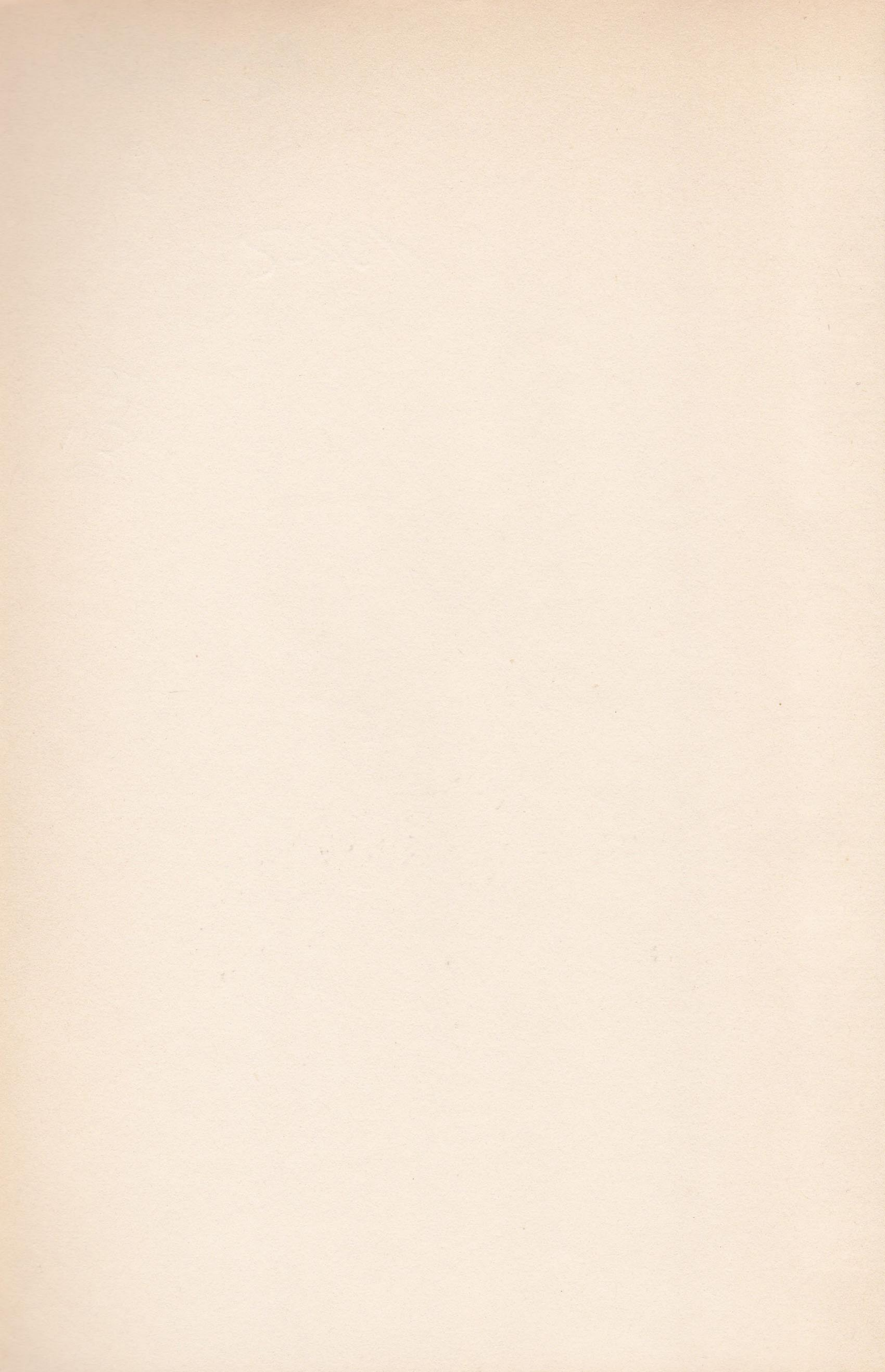
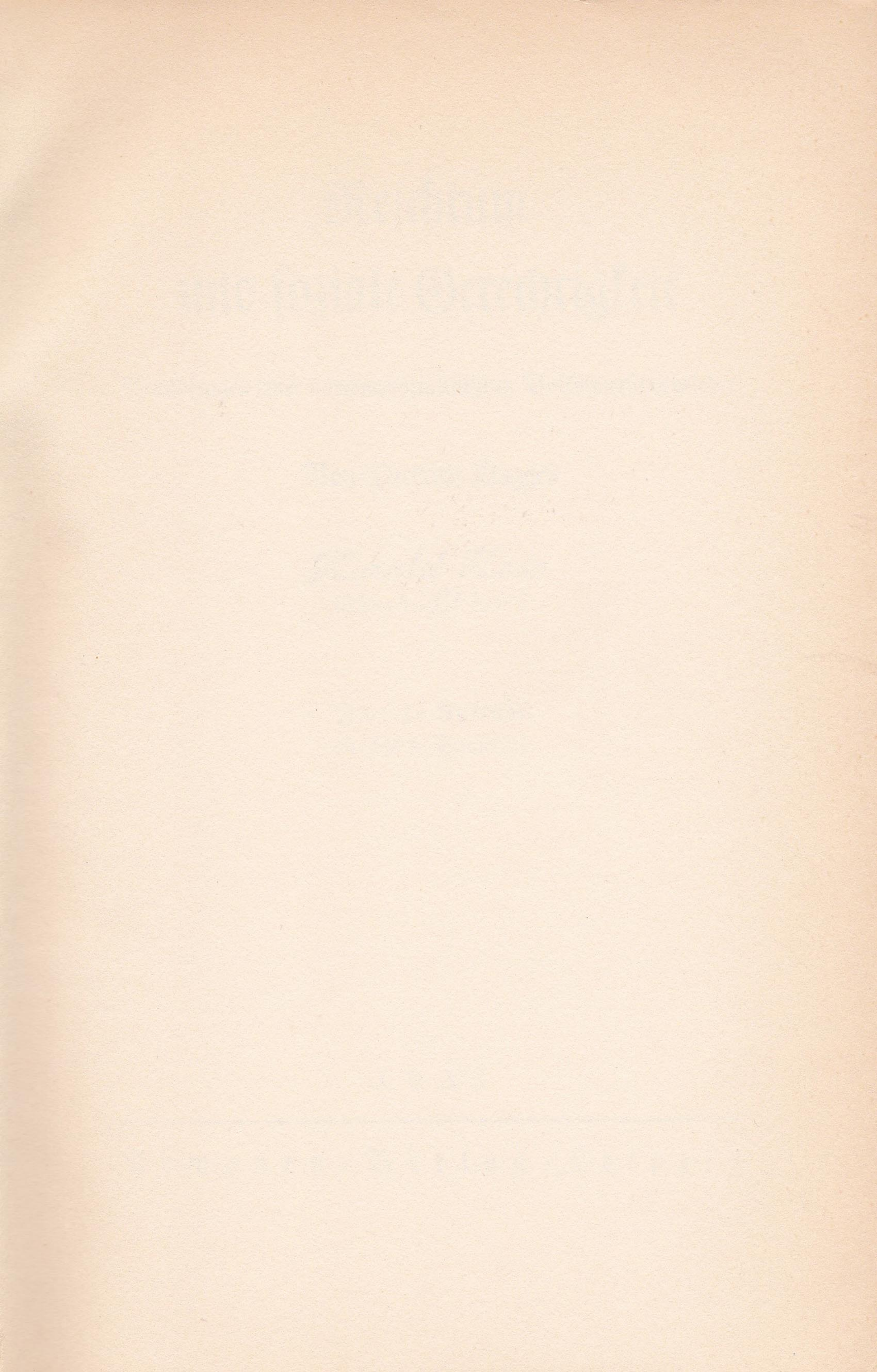
Dietrich Klagges

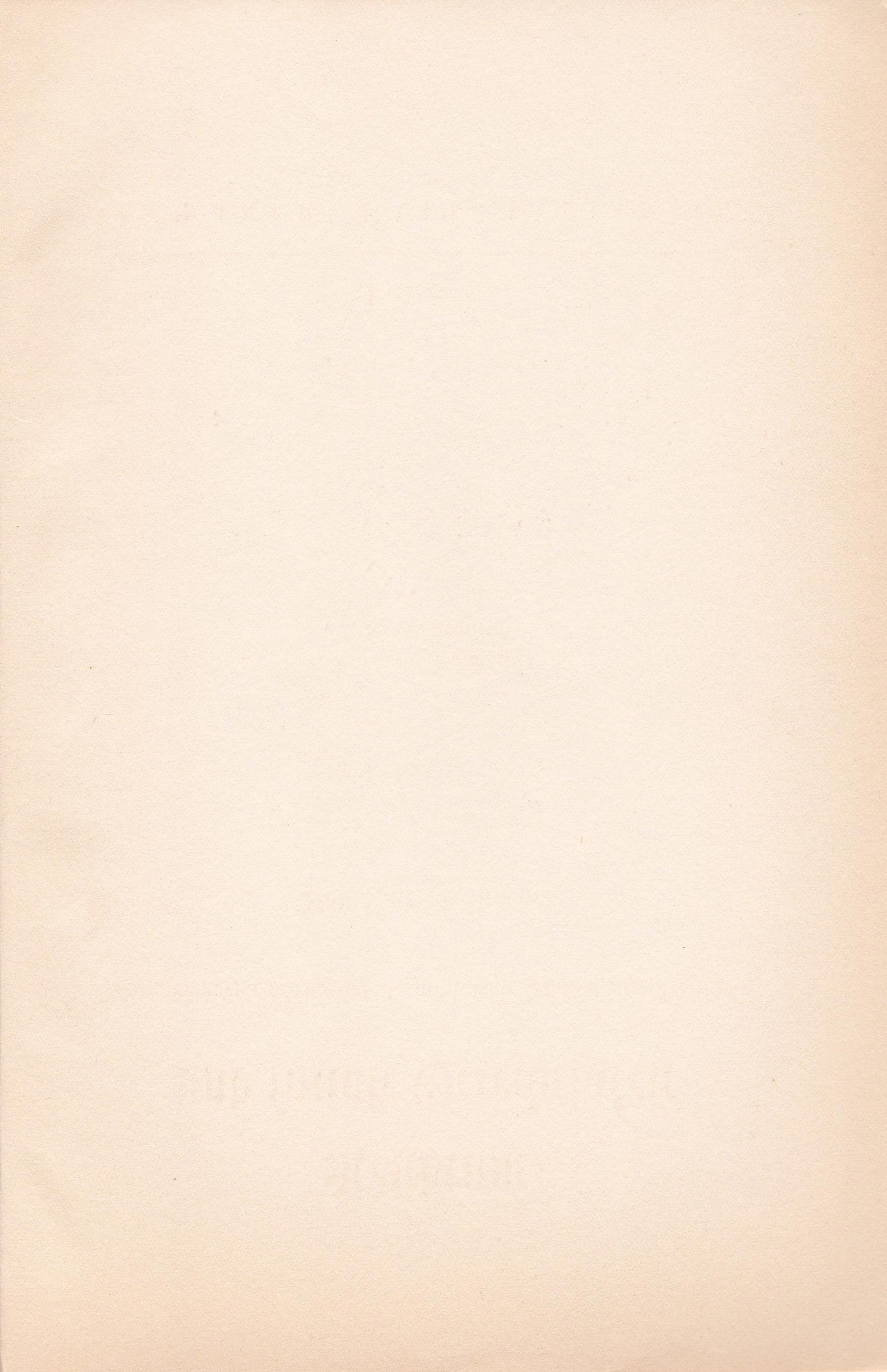
# Reichtum und soziale Gerechtigkeit

Armanen-Verlag / Leipzig









# Reichtum und soziale Gerechtigkeit

Grundfragen einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre

Von Dietrich Klagges



Zweite Auflage
(4. bis 6. Tausend)

1933

Armanen-Verlag · Leipzig

Druck: Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.

# Inhalt

# Vorwort

Seit 150 Jahren haben wir einen ungeheuren Aufschwung der Technik erlebt. Der Kulturmensch hat seine ursprüngliche, natürliche menschliche Schwäche, die ihn zu einem willenlosen Spielball der Naturgewalten machte, überwunden und sich in einem früher nicht geahnten Maße zum Herrn und Meister jener riesenstarken Kräfte gemacht.

Er zwang den mächtigen Dampf, die gewaltige Elektrizität in seinen Dienst. Er zwang das Meer, seine Dampfer, die Luft, seine Flugzeuge und Luftschiffe zu tragen.

Nicht zuletzt aber zwang er jene unvergleichlichen Diener, für ihn zu arbeiten, zu heben und zu tragen, zu mahlen, zu sägen, zu dreschen, zu hämmern, zu klopfen und zu walzen. So gelang es ihm, sich selbst die Arbeit zu erleichtern und doch seine Leistung ungeheuer zu steigern.

Aber merkwürdig! Derselbe Mensch, der im Bereich der Technik so unbedingt herrscht, der nur auf einen Knopf zu drücken braucht, damit Tausende von Rädern und Werkzeugen sich in genau bestimmter Weise regen und Tausende von Gegenständen die ihnen bestimmte Form erhalten, er steht plötzlich ohnmächtig und ratlos da, wenn es sich darum handelt, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft irgend etwas in Ordnung zu bringen, wenn er die Herstellung, die Verteilung und den Verbrauch der notwendigen wirtschaftlichen Bedarfsgegenstände regeln soll.

Der sonst so vielgewandte und allmächtige Beherrscher der Natur wird zur lächerlichen Possenfigur, wenn er sich vergeblich bemüht, Überproduktion und Absatzmangel auf der einen mit Arbeitslosigkeit und Not auf der anderen Seite in Übereinstimmung zu bringen.

Derselbe Kulturmensch, auf der einen Seite glänzender Gestalter und Ordner, auf der anderen armseliger Stümper! Wie ist das möglich?

Die Erfolge auf dem Gebiete der Technik sind dem Menschen erst zugefallen, seitdem er daran ging, die Natur, ihre Kräfte und Gesetze, in genauer Weise wiegend, messend und rechnend, zu erforschen. Auf jener exakten Naturforschung baute sich das Wunderwerk der Technik auf.

Der Volkswirtschaftslehre fehlt die Voraussetzung einer exakten Wirtschaftsforschung und Wirtschaftslehre bis heute nahezu gänzlich, und die vorhandenen Ansätze gehen von vollständig falschen theoretischen Ansichten aus. Der Nationalökonomie wurde noch kein Kopernikus, Kepler und Newton, kein Boyle und Gay-Lussac, kein Faraday, Kirchoff und Bunsen, kein Helmholtz, Hertz und Werner von Siemens geboren. Die Art und Weise, wie man zur Zeit eines Bombastus Paracelsus und der Alchimisten Naturwissenschaft betrieb, ist heute in der Volkswirtschaftslehre immer noch üblich und maßgebend.

Darum kann es auch keine technische Beherrschung der volkswirtschaftlichen Vorgänge und Verhältnisse, keine erfolgreiche Volkswirtschaftstechnik geben.

Und die Ursache dieser Rückständigkeit?

Es ist einmal der Umstand, daß es sich bei der Wirtschaft um ein Gebiet handelt, das dem Bereich des Organischen und nicht der Mechanik zugehört. Aber seitdem es gelungen ist, den organischen Vorgang der Vererbung gesetzlich so weit aufzuklären, daß eine erfolgreiche planmäßige Züchtungstechnik möglich wurde, darf man Gleiches auch für das Wirtschaftsleben nicht für unmöglich halten.

Erfolge würden auch nicht ausgeblieben sein, wenn man in der Vergangenheit überhaupt das Bedürfnis danach empfunden hätte. Hier liegt aber das Haupthindernis. Der herrschende Liberalismus hielt jeden planmäßigen Eingriff in das Wirtschaftsleben nicht nur für unmöglich, sondern auch für überflüssig und sogar für schädlich. Es war sein Glaubenssatz, daß in der Wirtschaft die völlig freie Konkurrenz der Einzelnen zu herrschen habe. Seine Begründer und Führer waren auch theoretisch und weltanschaulich davon überzeugt, das Ganze könne nie besser gedeihen, als wenn die Einzelnen völlig frei ihren Eigennutzen verfolgen könnten.

Solange jeder regelnde Eingriff des Staates in die Wirtschaft eifersüchtig abgelehnt wurde, solange war für die Entstehung einer exakten Wirtschaftsforschung und Wirtschaftslehre und damit auch für den Aufbau einer Wirtschaftstechnik kein Raum. Wenn sich aber doch jemand um die Schaffung dieser Dinge bemühte, so mußte er notwendig unbeachtet bleiben. Das hat zum Beispiel Johann Heinrich von Thünen erfahren müssen, der es anstrebte, das ideale Verhältnis von Lohnhöhe und Zinssatz zueinander mathematisch festzustellen und so den gerechten Lohn und den gerechten Zins zu finden. Gerade für diese Seite seiner Forschungsarbeit hat die Nationalökonomie aller Schulen stets nur ein hochmütig ablehnendes Achselzucken übrig gehabt.

Noch tragischer war das Geschick Eduard Sachers, jenes österreichischen Seminardirektors, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts versuchte, eine exakte Volkswirtschaftslehre aufzustellen und zu begründen. Seine Arbeiten, die hätten epochemachend werden können, fanden überhaupt keine Beachtung. Sacher fiel der Vergessenheit anheim, wie vor ihm Gregor

Mendel, weil die Zeit kein Bedürfnis für seine Gabe empfand. Und seine Verleger, Fischer (Jena) und Pierson, die seine Schriften herausbrachten, erlebten einen Mißerfolg. Selbst Professor Ruhland hat mit seinem ähnlich gerichteten Werk „System der politischen Ökonomie" noch im Jahre 1903 das Schicksal erlebt, fast unbeachtet zu bleiben und totgeschwiegen zu werden.

Heute ist die Sachlage eine ganz andere. Die Erfahrung eines Jahrhunderts hat die liberale Hoffnung, die freie Wirtschaft sichere das volkswirtschaftliche Gemeinwohl, zertrümmert. Wir wissen heute, daß die unbeschränkte Konkurrenz im Wirtschaftsleben zum Faustrecht der wirtschaftlich Mächtigen und damit zur Zerstörung der Wirtschaft und Gemeinschaft des Volkes führen muß.

Mit dieser Erkenntnis ist die Herrschaft des Liberalismus zu Ende; das Jahrhundert des Sozialismus zieht herauf. Es ist erfüllt von der Überzeugung, daß die Volkswirtschaft wie jedes andere Lebensgebiet eine gemeinschaftliche Angelegenheit ist, die man nicht der individuellen Willkür überlassen kann, sondern die zweck- und planmäßig nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft geregelt werden muß.

Der Sozialismus ist der Wille, diese notwendige Regelung der Volkswirtschaft nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft der Nation durchzuführen.

Ob dieser Wille berechtigt ist, das steht heute nicht mehr zur Debatte. Es ist nur noch die Frage, ob er unter Beibehaltung der Eigentumsordnung und innerhalb der selbständigen Volkswirtschaft, wie es der Nationalsozialismus will, oder nach marxistischen Grundsätzen unter Preisgabe des Eigentums in einer einheitlichen Weltwirtschaft verwirklicht werden kann und soll.

In dem Augenblick, in dem diese Regelung beginnen soll, wird aber auch die völlige Unzulänglichkeit und Hilflosigkeit der heutigen Nationalökonomie dieser neuen Aufgabe gegenüber offenbar. Ihre Unfähigkeit, dem gestaltenden und ordnenden sozialen Willen die notwendigen Hilfsmittel zu bieten, tritt nun erbarmungslos zutage.

Das Bedürfnis, eine exakte Wirtschaftsforschung auf Grund einer entsprechenden Wirtschaftslehre zu entwickeln, wird unabweisbar. Die Versuche, die früher in dieser Richtung angestellt wurden, gewinnen an Interesse, und die Notwendigkeit, das Werk jener Pioniere fortzuführen, wächst von Tag zu Tag.

Die vorliegende Arbeit hat den Zweck, Grundlagen schaffen zu helfen, mit deren Hilfe eine soziale Wirtschaftsregelung im Rahmen der Volkswirtschaft unter Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung möglich ist. Sie erhebt nicht den Anspruch auf programmatische Bedeutung und hat keinerlei parteiamtlichen Charakter, stellt vielmehr nur meinen persönlichen Beitrag zur Lösung der gekennzeichneten Aufgabe dar.

Zur Zeit der Sommersonnenwende 1927. Dietrich Klagges.

# I. Vom freien Spiel der Kräfte.

Alle politischen Systeme haben die Grundsätze, nach denen sie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik gestalteten, ihrer allgemeinen Weltanschauung entnommen.

Weil der Liberalismus den Glauben hegte, es gebe eigentlich nur gute Kräfte in der Welt, erwartete er den Sieg derselben auf allen Gebieten als eine Selbstverständlichkeit auch ohne ein besonderes menschliches Eingreifen.

Im Vertrauen auf die Richtigkeit dieser Hoffnung rief er, wie auf anderen Lebensgebieten so auch im Wirtschaftsleben, das „freie Spiel der Kräfte" als oberstes Gesetz aus.

Indem er das Eingreifen des Staates bewußt auf die Sicherung des Eigentums, des freien Verkehrs und der gerechten Besteuerung beschränkte, organisierte er mit bewußter Absicht die wirtschaftliche Anarchie, erhob damit die wirtschaftliche Macht zum unbeschränkten Herrscher und gab so dem wirtschaftlichen Faustrecht freie Bahn.

Aus diesem brodelnden Chaos, in dem alle Selbstsüchte, bis zur Weißglut erhitzt, heftig durcheinander quirlten, würde, so hoffte der Liberalismus mit einer engstirnig verstockten Zuversicht, nicht nur das höchst gedenkbare Wohl des Einzelnen, sondern auch das Gemeinwohl in aller Vollkommenheit emporsteigen.

Der Liberalismus, der jede staatliche Regelung des volkswirtschaftlichen Getriebes bewußt ablehnte, konnte aus diesem Grunde auch gar kein wirkliches Bedürfnis nach einer genauen Kenntnis der volkswirtschaftlichen Vorgänge empfinden. Im Gegensatz zu anderen wissenschaftlichen Gebieten vernachlässigte er daher die Erforschung der Volkswirtschaft auf das Gröblichste, so daß es heute an einer zutreffenden Wirtschaftsforschung und Wirtschaftslehre vollständig fehlt. Was der Liberalismus auf diesen Gebieten hervorbrachte, bezieht sich entweder auf die Privatwirtschaft oder auf die Weltwirtschaft. Was er hochklingend „Nationalökonomie" nannte, enthüllt sich bei genauerem Zusehen als Privatwirtschaftslehre, und zwar als Privathandelslehre.

Den Begriff der Volkswirtschaft als eines selbständigen, und zwar als des grundlegenden Wirtschaftsorganismus konnte der Liberalismus schon deshalb unmöglich erfassen, weil er ja im Volk selbst nur eine zufällige Anhäufung von Individuen und keineswegs den menschlichen Grundorganismus sah, der alle menschliche Entwicklung trägt.

Der Liberalismus, der das Gemeinwohl durch krasse Verwirklichung des individuellen Eigennutzens sichern wollte, ist heute nach Theorie und Praxis

vernichtend widerlegt. Die Erledigung des liberalen Kapitalismus als vernünftige Lebensordnung wirkt darum so durchschlagend und überzeugend, weil sie nicht von einem anderen Weltanschauungssystem, von einer entgegengesetzten Idee, sondern von der Erfahrung selbst bewirkt ist. Unabweisbar drängt sich aus der Geschichte einer jahrhundertelangen Probezeit jedem die Überzeugung auf, daß die liberale Wirtschaftsanarchie die Ursache der unzähligen Wirtschaftskrisen, die Ursache des Elends der schaffenden Menschen von heute sei.

## II. Der Ruf nach Ordnung und Recht.

Der Erbe des Liberalismus ist der Sozialismus. Der Sozialismus lehnt das „freie Spiel der Kräfte“, den unbeschränkten Wettbewerb und damit die Wirtschaftsanarchie ab.

Statt dessen erhebt er den Ruf nach Ordnung und Regelung auch im Wirtschaftsleben. Auch an dieser Stelle will er Macht und Willkür entthronen und dem Recht zur Geltung verhelfen. Bewußte Gestaltung der Wirtschaft nach Maßgabe des menschlichen Bedarfs und unter der Herrschaft sozialen Rechts, das ist seine Losung.

Marxistischer Kommunismus und Nationalsozialismus sind die beiden Richtungen, die Namen und Ideale des Sozialismus für sich in Anspruch nehmen.

Unvereinbar und feindselig jedoch stehen sich beide nach Ursprung, Ziel und Weg gegenüber.

Der Marxismus geht aus dem jüdischen Weltherrschaftswillen hervor. Als Ausgeburt einer krankhaft herrschsüchtigen Schmarotzergesinnung will er die schaffenden Völker zerstören und zersetzen, damit sie dem Weltjudentum um so leichter zum Opfer fallen. Durch Verwirklichung einer unnatürlichen Ordnung sucht er das Werk fortzuführen, das die kapitalistische Wirtschaftsanarchie des Liberalismus so wirkungsvoll begonnen hat. Wie der Liberalismus geht daher der marxistische Kommunismus immer vom Sozius, vom einzelnen Genossen aus, und bleibt auf diese Weise im Individualismus stecken.

Als ideale Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft stellt er die Menschheit hin, die doch den Charakter eines selbständigen Organismus gar nicht besitzt. Damit beschreitet der Marxismus bewußt den Weg des verderblichen Internationalismus, dem die organische Einheit der Volkswirtschaft das verhaßteste Hindernis ist. Die Aufrichtung einer wahren Ordnung macht er sich so bewußt unmöglich, da es ihm nur um das Niederreißen und Zerstören zu tun ist.

Er begnügt sich nicht damit, Regel und Ordnung so weit einzuführen, wie es die Sicherung des Gemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit erheischt, sondern er will das „freie Spiel der Kräfte“ und damit das persönliche Streben, den allgemein wirkenden Motor der Arbeit, vollständig ausschalten.

Jedoch sichert er auf diesem Wege nicht die gesteigerte Fruchtbarkeit der Arbeit, die er verspricht, sondern führt den Mangel am Notwendigsten herbei.

Auch die Frage des sozialen Rechts sucht der Marxismus vom Einzelnen aus zu lösen. Er fordert deshalb die wirtschaftliche Gleichheit, und zwar die Gleichheit im Genuß, und zieht damit die letzte Folgerung eines „Sozialismus“, dessen Rechtsempfinden vom Neid der Individuen bestimmt wird.

Ihm voll Genüge zu tun, ist nur möglich, wenn alles Eigentum an den Arbeitsmitteln (Kapital) beseitigt ist, wenn die Gütererzeugung von der Allgemeinheit betrieben wird und wenn jeder Einzelne im Verbrauch der Wirtschaftsgüter seinen persönlichen Bedürfnissen entsprechend frei ist, ohne daß von ihm eine Arbeitsleistung nachgewiesen zu werden brauchte.

So ist der Marxismus im Grunde die radikale Umkehrung des Liberalismus, er ist Kapitalismus mit umgekehrten Vorzeichen, ebenso unnatürlich und ungerecht, mithin auch ebenso verderblich für die schaffenden Völker wie dieser.

Der Nationalsozialismus ist seinem Wesen nach dem Marxismus so fremd wie dem Liberalismus.

Zwar fordert er wie der Marxismus die Aufrichtung einer Rechtsordnung im Wirtschaftsleben. Aber der Grund, aus dem diese Forderung erwächst, ist nicht die imperialistische Herrschsucht und der widerliche Ausbeutungsdrang der entarteten jüdischen Schmarotzerrasse, die den Marxismus erfand, sondern der gesunde, natürliche Wachstums- und Lebenswille eines schaffenden Volkes, dessen Dasein sich auf eigene Arbeit gründet.

Darum ist der Nationalsozialismus seiner Grundhaltung nach nicht zersetzend und zerstörend, sondern aufbauend und organisierend. Wie alles andere macht er auch die Wirtschaft dem völkischen Lebenswillen dienstbar. Wirtschaft ist ihm nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erhaltung und Steigerung der Volkskraft.

Ihm ist es selbstverständlich, in der Volksgemeinschaft den allgemeinen und in der Volkswirtschaft den wirtschaftlichen Grundorganismus zu sehen. Er weiß, daß sich jede Privatwirtschaft ihrer Volkswirtschaft einzugliedern hat, während die weltwirtschaftlichen Beziehungen ihr angegliedert werden müssen.

Der Nationalsozialismus ist das erste Weltanschauungssystem, das die Volkswirtschaft ihrer grundlegenden selbständigen Bedeutung entsprechend als alleinigen Gegenstand seiner praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik auffaßt, das Privatwirtschaft und Weltwirtschaft als Innen- und Außenglieder des unabhängigen volkswirtschaftlichen Organismus ansieht und behandelt, und dem es um die zweckmäßige und gerechte Ordnung dieser Volkswirtschaft und um nichts anderes zu tun ist.

Erfolgreiches Eingreifen und Regeln setzt aber genaue Kenntnis des Gegenstandes voraus, um den es sich handelt. Daher erwächst dem Nationalsozialismus zum erstenmal die Aufgabe, den Vorgang volkswirtschaftlicher Wertgewinnung, die Schaffung des Reichtums, wissenschaftlich genau zu erforschen und die Gesetze festzustellen, nach denen er sich vollzieht. Er hat eine Wirtschaftsforschung zu betreiben und eine Wirtschaftslehre aufzubauen, die die genauen Unterlagen liefert, auf Grund deren eine bewußte zweckmäßige Beeinflussung und Leitung des Wertgewinnungsprozesses der Volkswirtschaft mit sicherem Erfolge möglich ist.

Indem der Nationalsozialismus diese Aufgabe erkennt und sie in Angriff zu nehmen trachtet, wird er sich naturgemäß an die Wissenschaft der National-

ökonomie mit ihren Nebenfächern um Hilfe wenden. Dabei muß er allerdings die Erfahrung machen, daß er hier so gut wie vergeblich anklopft.

Die Vertreter dieser Wissenschaft, soweit sie im liberal-kapitalistischen oder im marxistischen Lager stehen, haben die vorliegende Aufgabe nicht einmal erkannt, geschweige denn gelöst.

Bei anderen, wie bei Adam Müller und Othmar Spann, ist bestenfalls eine organische Wirtschaftsphilosophie vorhanden, deren universalistischer Pferdefuß außerdem nicht übersehen werden darf. Eine organische Volkswirtschaftslehre aber, die eine exakte Anwendung auf die praktische Gestaltung der Volkswirtschaft gestattete, fehlt vollkommen. Hier stehen wir durchaus am Anfang und sind gezwungen, uns die Grundlagen selbst zu schaffen.

# III. Vom wahren Reichtum.

Es ist ein Geheimnis um den Reichtum. Wer glaubt nicht, sein Wesen zu kennen? Wer lächelt nicht mitleidig, wenn man versucht, ihm klarzumachen, was wahrer Reichtum ist? Und doch haben sich die Menschen vielleicht in keiner Frage so allgemein, so schwer und so verhängnisvoll geirrt wie in dieser. Gerade die letztvergangenen Jahre haben Riesenbeispiele dafür gebracht, daß sich eben diejenigen über das Wesen des Reichtums am meisten getäuscht haben, die es am besten zu kennen glaubten.

Im Jahre 1923, als die zielbewußt ins Werk gesetzte Entwertung unsere gute alte Reichsmark ihrem Billionengrabe entgegentrieb, bekam ich die handschriftliche Ausarbeitung eines Mannes in die Hand, der aus einer altbegüterten Familie stammte und bis 1918 hoher Staatsbeamter gewesen war. Diesem Manne hatten zur Verwaltung seines Reichtums außer seinen eigenen Kenntnissen die überlieferten Erfahrungen mehrerer Geschlechter zur Verfügung gestanden.

Seine Denkschrift hatte er niedergeschrieben auf der Rückseite von Bankabrechnungen, und diese gaben nun einen ungewollten, aber lehrreichen Einblick in die Vermögensverhältnisse und in die Vermögensverwaltung dieser Familie. Da standen in langer Reihe die Vermögenswerte des Hauses aus der Friedenszeit: 25000 ℳ Reichsanleihe, 30000 ℳ preußische Konsols, 50000 ℳ Kriegsanleihe . . . und so fort, viele Hunderttausende, alle, ach so „sicher" angelegt.

Warum hatte dieser Mann seinen Schriftsatz, der doch für fremde Hände bestimmt war, auf die Kontoauszüge seiner Bank niedergeschrieben? Offenbar deswegen, weil er, der ohne sein Zutun seinen ganzen Reichtum in wenigen Jahren verloren hatte, nun so arm geworden war, daß er sich den „Luxus", Papier zu kaufen, nicht mehr leisten konnte.

Jedermann weiß, daß Millionen Volksgenossen dieselbe Enttäuschung erlebt haben. Sie alle hatten ihr Vermögen in Bank- und Sparkassenguthaben, in Obligationen, in Kommunal-, Staats-, Reichs- und Kriegsanleihen angelegt und glaubten, sich dadurch ihren Reichtum dauernd gesichert zu haben. Die Inflation bewies ihnen aber, daß weder diese eben genannten Guthaben und Wertpapiere noch auch Hypotheken einen wirklichen Reichtum darstellten. Als sie einst diese Papiere kauften und ihre Guthaben einzahlten, hatten sie übersehen, daß sie mit diesen Dingen nicht eigentlichen Reichtum, sondern nur einen — Rechtsanspruch auf Reichtum — in die Hand bekamen.

Um Ansprüche, auch Rechtsansprüche, durchzusetzen, bedarf es aber der Macht. Keiner dieser Guthaben- und Wertpapierbesitzer besaß selbst die

notwendige Macht, um seinen berechtigten Anspruch in wirklichen Reichtum verwandeln zu können. Alle waren angewiesen auf die Staatsmacht, die durch die Rechtsprechung ihren Ansprüchen Nachdruck verlieh. Daß die Staatsmacht den Schutz ihrer Rechtstitel einmal versagen könne, haben sich diese guten Deutschen, wie so vieles andere, niemals denken können. Es mußte erst die Inflation kommen, um ihnen zu zeigen, daß ein Schuldtitel noch kein wahrer Reichtum ist. Dieselbe Lehre empfingen diejenigen, die etwa geglaubt hatten, die Tausendmarkscheine stellten an und für sich Reichtum dar.

Die Zeit der Geldentwertung hat auch gezeigt, daß es Dinge gibt, die einen zuverlässigeren Reichtum bilden als Wertpapiere, Geldscheine und Sparbücher. Es waren die sogenannten Sachwerte, die an der allgemeinen Entwertung nicht teilnahmen. Nahrungsmittel aller Art, Rohstoffe, Kleidungsstücke, Holz, Kohlen, Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge blieben wertbeständig und zeigten so, daß sie in zuverlässigerer Weise Reichtum sind als die vorhin behandelten Gegenstände. Wir dürfen deshalb erwarten, bei der Untersuchung der Sachwerte Fingerzeige zu erhalten, die es uns gestatten, das Rätsel des Reichtums und des Wertes überhaupt zu lösen.

Worin besteht also der Wert dieser Dinge, der einen so soliden Charakter bewiesen hat?

Einige besonders talentvolle Schieber und Hamsterer haben erfahren müssen, daß auch bei den Sachwerten nicht alles Gold war, was glänzte. Mancher, der Speisekammer, Keller und Lager allzusehr gefüllt hatte, bemerkte zu seinem Schaden, daß auch diese Reichtümer nicht unter allen Umständen wertbeständig blieben. Die Wurst verschimmelte, die Butter wurde ranzig, die Kartoffeln faulten, das Getreide wurde stockig, die Kleider kamen aus der Mode, und selbst die Maschinen veralteten. Das eine wie das andere verlor seinen Wert, wenn es allzulange auf Lager blieb.

Es gibt also Dinge, die nur dann Wert haben, wenn sie rechtzeitig verbraucht und damit in ihrer Gestalt als Sache vernichtet werden.

Das ist aber doch eigentümlich: Eine Sache stellt nur dann einen Wert dar, wenn sie vernichtet wird, sie ist nur dann Reichtum, wenn man sie braucht! Unterbleibt ihre Vernichtung, bleibt Roggen Roggen, bleiben Maschinen Maschinen, so werden sie wertlos. Dieser merkwürdige Widerspruch kann uns dem wahren Wesen des Reichtums auf die Spur führen.

Also Brot ist nur dann Wert, wenn es schließlich gegessen und damit als Brot vernichtet wird. Warum essen wir es aber? Offenbar deswegen, weil es Nährwert enthält. Dieser Nährwert ist also der eigentliche Wert des Brotes.

Das Stärkemehl, der wichtigste Bestandteil des Brotes, wird von unserem Körper verdaut und ins Blut aufgenommen. Von diesem wird es in alle Körperteile verfrachtet. Zugleich bringt das Blut auch den Sauerstoff der Luft, der durch die Lungen eingeatmet wurde, an diese Stellen. Im Stärkemehl ist der Kohlenstoff das wichtigste Element. In den Körperzellen verbindet sich der Kohlenstoff mit dem Luftsauerstoff zu Kohlendoppeloxyd.

Dieser Verbindungsvorgang gleicht durchaus der Verbrennung der Kohle im Ofen, nur geht er ohne Flamme vor sich. Wie im Ofen, so wird auch bei der Verbrennung von Kohlenstoff in unserem Körper Wärme entwickelt. Diese Wärme ist eine Energie oder Kraft. Die chemische Energie, die das Stärkemehl und der Sauerstoff in den Körper mitgebracht haben, wird durch die Verbrennung in Wärme umgewandelt. Aus einem Gramm Kohlenstoff und dem zu seiner Verbrennung nötigen Sauerstoff entstehen 8333 Wärmeeinheiten oder Kalorien[1].

Auf diese Wärmekraft hat es der Körper abgesehen. Sie dient dazu, ihm die lebensnotwendige Temperatur von 37 Grad Celsius zu erhalten.

Worin besteht also der Wert des Brotes? In nichts anderem als in der Energie, die wir daraus gewinnen. Das Brot ist so viel wert, wie es uns Kraft liefert.

Wir sind gewöhnt, von dem Stoffwechsel unseres Körpers zu reden und unsern Lebensvorgang als Stoffwechselvorgang zu verstehen. Das verführt uns dazu, dem Stoff als solchem Wert beizumessen. In Wahrheit handelt es sich aber nicht eigentlich um den Stoffwechsel. Dieser ist nur ein Mittel zum Zweck. Unser Lebensvorgang ist seinem innersten Wesen nach ein Kraftwechsel, und jeder Stoff hat als Lebensmittel die Aufgabe, uns Kraft zu liefern. Deshalb ist es auch möglich, ein Nahrungsmittel durch andere zu ersetzen. Es kommt eben nicht darauf an, dem Körper bestimmte Stoffe zuzuführen. Was er braucht, sind bestimmte Arten und Mengen von Energien, die sich aber in verschiedenen Nahrungsmitteln vorfinden. Die Energie, in den Nährstoffen als chemische Energie enthalten, wird von unserem Körper in Wärme, Muskelkraft, Nervenkraft und andere Energieformen umgewandelt.

Wir können deshalb den Satz über den Wert des Brotes erweitern und auf alle Nahrungsmittel ausdehnen, indem wir sagen: Alle Nahrungsmittel sind so viel wert, wie sie uns Kraft liefern. Das trifft auch für die Stoffe zu, die nicht zum Energiegewinn verbraucht werden, sondern zum Aufbau unseres Körpers dienen, ist doch die Wissenschaft neuerdings zu der Überzeugung gelangt, daß das Atom, das kleinste Teilchen eines Stoffes, als ein Kraftfeld aufgefaßt werden müsse. So ist auch der Stoff, der als Stoff selbst gebraucht wird, seinem Wesen nach Kraft.

Wie der Lebensvorgang unseres Körpers, so ist auch der Lebensvorgang der Volksgemeinschaft ein Kraftwechsel. Mithin ist auch die Volkswirtschaft, die einen Teil des Volkslebens bildet, ein Kraftwechselvorgang. Als solcher hat sie natürlich auch ihre Kraftquellen. Dazu rechnen neben den Menschen unter anderen noch Arbeitstiere, Sonne, Wind, Wasser und Kohle. Sie speisen den wirtschaftlichen Kraftwechsel ebenso wie die Nahrungsmittel

[1] Eine kleine oder Grammkalorie ist die Wärmemenge, welche nötig ist, um ein Kubikzentimeter Wasser um ein Grad zu erwärmen. Aus einem Gramm Kohlenstoff entsteht also so viel Wärme, wie nötig ist, um 8333 g oder 8⅓ Liter Wasser ein Grad wärmer zu machen.

unseren körperlichen Kraftwechsel unterhalten. Alle diese Dinge sind deshalb für das Wirtschaftsleben genau ebensoviel wert, wie sie ihm Kraft liefern[1].

Läßt sich der Wertbegriff nun auf alle Güter ausdehnen, sind alle Dinge so viel wert, wie sie Kraft liefern?

Untersuchen wir, wie es mit der Kleidung steht. Sie liefert uns keine Kraft und ist trotzdem wertvoll. Wenn sie aber auch nicht gerade Kraft liefert, eine Beziehung zum Kraftwechsel ist doch vorhanden. Die Kleidung vermindert die Wärmeausstrahlung, den Wärmeverlust unseres Körpers und spart dadurch Kraft. Kraftlieferung und Kraftersparnis haben aber im Endergebnis für unseren Kraftwechsel dieselbe Bedeutung. Wenn ich durch Bekleidung meines Körpers den Wärmeverlust auf die Hälfte herabsetze, so hat der Körper bei gleicher Verbrennung eine doppelt so große Wärmemenge zur Verfügung, wie er sie braucht. Die Verbrennung kann jetzt auf die Hälfte herabgesetzt werden, und die dabei ersparten Nahrungsmittel stehen dem Körper nun zu anderen Zwecken zur Verfügung, für die bis dahin keine Kräfte vorhanden waren. Der Erfolg für den Kraftwechsel unseres Körpers ist also eine Bereicherung an Kraft, gerade so, als wenn mehr Kraft geliefert wäre.

Auf der Kraftersparnis beruht jedoch nur ein Teil des Wertes der Kleidung. Daneben hat sie noch einen Schönheitswert, der sich darin äußert, daß sie in ihrem Träger Selbstbewußtsein und Freudigkeit und damit die Willenskraft steigert. Das sind freilich Kräfte geistiger Art, unwägbare Werte, Imponderabilien, aber es sind eben doch Kräfte und sogar sehr wichtige. Demnach ist die Kleidung sowohl Kraftlieferer wie auch Kraftsparer. Sie ist so viel wert, wie sie Kraft liefert oder spart.

Es gibt nun eine ganze Klasse von Gütern, deren Wert für die Wirtschaft auf ihrer Kraftersparnis beruht. Dahin gehören alle Werkzeuge und Werkzeugmaschinen. Eine Maschine, die jahrelang auf Lager steht, kann ihren Wert als Maschine vollständig verlieren und zu Alteisen herabsinken, obwohl sie aufs Beste erhalten ist. Das ist dann der Fall, wenn inzwischen eine Maschine gebaut worden ist, die dieselbe Wirkung mit geringerem Kraftaufwand erzielt, also mehr spart. Dadurch wird das alte System zum Kraftsparen gar nicht mehr zugelassen und ist damit wertlos. An dieser Erscheinung ist deutlich genug zu erkennen, daß der Wert einer Maschine in der Kraftersparnis besteht, die sie tatsächlich herbeiführt.

Die Praktiker der Wirtschaft wissen sehr wohl, daß durch Kraftersparnis ebensogut eine Bereicherung der Wirtschaft bewirkt wird wie durch Lieferung neuer Kraft. Der deutschen Wirtschaft sind die Kraftquellen heute arg beschnitten, und jede Erweiterung derselben ist ihr durch das Versailler Diktat unmöglich gemacht. Um so lauter ertönt deshalb gerade bei uns der Ruf nach Rationalisierung, d. h. nach Kraftersparnis. Durch kraftsparende

---

[1] Unter „Wert“ ist hier natürlich nicht der Preis zu verstehen. Darüber später.

Methoden sucht man den Mangel an Kraftquellen wieder gutzumachen. Tatsächlich kann die Kraft, die bei einer Arbeit erspart wird, zu einer anderen Arbeit verwandt werden, für die bisher keine Kraft vorhanden war.

Es kann also gesagt werden: Jeder Gegenstand ist wirtschaftlich so viel wert, wie er Kraft liefert oder spart.

Deshalb ist jeder echte Reichtum seinem innersten Wesen nach Kraft, und nur die Dinge können wahren Reichtum bilden, die selbst Kraft liefern oder sparen.

Alles aber, was weder selbst Kraft liefert noch spart, ist höchstens ein kümmerliches Surrogat, ein Reichtumsersatz, der, wie erst kürzlich die Schuldverschreibungen und Geldscheine, seinen unzuverlässigen Charakter jederzeit offenbaren kann.

Mit dem Wort: Jeder Reichtum ist seinem Wesen nach Kraft — ist nicht gesagt, daß jede Kraft nun ohne weiteres auch schon Reichtum sei.

Wohl ist jede Kraft Wert, aber zwischen Wert und Reichtum ist wohl zu unterscheiden.

Das Wort „Reichtum" ist abgeleitet von „reichen" und verwandt mit „Bereich" und „Reich". Ich „reiche" so weit wie ich bestimme, verfüge oder herrsche. Der Bezirk, in dem ich bestimmen kann, ist mein „Bereich". Das „Reich" als politischer Begriff ist der Machtkreis des deutschen Volkes. Mein persönlicher Reichtum kann also nur in den Kräften (Werten) bestehen, über die ich tatsächlich verfüge oder herrsche, und der Nationalreichtum eines Volkes besteht in den Kräften, über die das Volk verfügt.

Da die Endsilbe „tum" stets eine Zusammenfassung bedeutet (Volkstum, Fürstentum), so ist der Reichtum die Gesamtheit aller Kräfte oder Werte, über die wir tatsächlich verfügen.

Keineswegs wird der Reichtum aber aus der Gesamtheit aller Kräfte gebildet, die überhaupt vorhanden sind. Diese sind wohl Werte, aber deswegen noch kein Reichtum. Etwas unserem Reichtum zuzurechnen sind wir nur dann berechtigt, wenn wir tatsächlich Macht darüber haben, es zu gebrauchen. Die Verfügungsgewalt oder Macht ist ein unentbehrlicher Bestandteil des Reichtums. Das Wort des englischen Philosophen Hobbes: Reichtum ist Macht — ist also buchstäblich wahr und trifft nicht nur in dem seichten Sinne des Adam Smith zu, der Reichtum nur deshalb für Macht hält, weil man sich alles dafür kaufen könne. Diese Macht verleiht der Reichtum nur im kapitalistischen System, in dem alles käuflich ist. Ein unentbehrlicher Bestandteil des Reichtums ist die Macht dagegen immer, ganz unabhängig vom herrschenden System.

Die Gesamtheit der Werte, die den Reichtum der Menschen ausmachen, zerfällt in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die persönlichen oder eigenen Kräfte, über die ein Einzelner oder eine Volksgemeinschaft verfügt. Wir sind gewohnt, sie in körperliche und geistige Kräfte zu trennen. Eine andere Gruppe bilden die Kräfte der Natur, die sich der Mensch zu eigen macht. Zu diesen Naturkräften gehören die Kräfte der Pflanzen und Tiere,

die Schwerkraft der Erde, die bewegende Kraft des Wassers und der Luft, die chemische Kraft der Gesteine und der Kohle, die Zusammenhangskraft der Metalle, die Licht- und Wärmekraft der Sonne und viele andere. Eine dritte Gruppe bilden endlich die Kräfte fremder, zur Dienstbarkeit gezwungener Menschen.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Sicherheit des Besitzes dieser Kräftegruppen sehr verschieden ist. Da aber der Reichtum nicht durch alle überhaupt vorhandenen Kräfte gebildet wird, sondern nur durch diejenigen, die uns tatsächlich zu Gebote stehen, so sind die eben unterschiedenen Gruppen für den Reichtum des Einzelnen und der Volksgemeinschaften von sehr verschiedener Bedeutung. Den zuverlässigsten Bestandteil desselben bilden die eigenen körperlichen und geistigen Kräfte. Sie sind der notwendigste und zugleich der sicherste Besitz; der notwendigste deshalb, weil ohne sie die Gewinnung weiterer Kräfte unmöglich ist, der sicherste aus dem Grunde, weil sie nur im Falle der Krankheit oder der Unterjochung versagen. Ihrer sind wir so lange sicher, als wir gesund sind und darüber hinaus die Macht haben, unsere persönliche und unsere Volksfreiheit zu verteidigen.

Ebenso notwendig wie die Verfügung über eigene Kräfte ist dem Menschen der Besitz von Naturkräften, weil er ganz ohne Hilfe der Natur existenzunfähig ist.

Dieser Besitz ist jedoch schon weit unsicherer, weil die Trennung von ihm viel leichter bewirkt werden kann. Der Verlust solcher Kräfte kann z. B. erfolgen durch Verkauf und Verschuldung, durch Naturereignisse und durch kriegerische Gewalt. Ihr Besitz ist also nur in dem Maße sicher, als wir Macht besitzen, uns gegen alle diese Verlustmöglichkeiten zu schützen.

Am meisten gefährdet ist aber ohne Zweifel derjenige Reichtum, der in der Verfügung über fremde, durch Unterdrückung und Versklavung dienstbar gemachte, menschliche Kräfte besteht. Es ist das natürliche Bestreben jeder Menschenart, für sich selbst und für ihre arteigenen Aufgaben zu leben und zu wirken. Das Bewußtsein dieses Wollens lebt in jeder Menschenbrust.

Wer unter Mißachtung desselben fremder Menschen Kräfte seinen Zwecken dienstbar macht, der kann sich des so gewonnenen Reichtums nur erfreuen, solange seine Macht ausreicht, den Freiheitswillen des unterdrückten Volkes niederzuzwingen. An der Aufgabe, fremde Völker dauernd zu unterjochen, sind bis jetzt selbst die gesundesten und mächtigsten Völker letzten Endes zugrunde gegangen. Nicht anders ist es mit der Unterdrückung eines Volksteiles durch einen anderen. Bis jetzt ist noch jede Schicht verdorben, die ihre Existenz auf die Versklavung einer anderen Volksschicht gegründet hatte. Diese Art Reichtum ist also nicht nur stets unsicher, sondern auch für seinen Besitzer schließlich verhängnisvoll.

Das beste Beispiel eines Volkes, das sein Dasein ganz auf die Unterdrückung fremder Völker gründet, ist das jüdische Volk. Statt die ihm eigenen Kräfte dazu zu verwenden, sich aus der Natur neuen Kraftreichtum

zu verschaffen, hat es sein ganzes Sinnen und Trachten darauf eingestellt, diejenigen Werte an sich zu raffen, die andere Völker der Natur abgewinnen. Der Reichtum des jüdischen Volkes ist deshalb der denkbar unsicherste. Nicht nur besitzt es keinerlei Kräfte, um sich aus der unerschöpflichen Vorratskammer der Natur selbst neue Werte zu erringen, es verfügt auch nicht über persönliche Kräfte, um seinen errafften Reichtum zu verteidigen. Das einzige Machtmittel, dessen es sich meisterhaft bedient, sind die Irrtümer und Vorurteile, die es in die Köpfe der Angehörigen der Kulturvölker hineingefälscht hat. Diese verblenden heute den klaren Blick der schaffenden Nationen, so daß sie ihre eigenen Interessen nicht mehr zu erkennen vermögen und, ohne es zu wollen und zu wissen, dem Judentum in schmachvoller Knechtschaft fronen. Zur Befreiung ist nur nötig, die jüdischen Ideen aus den Köpfen der schaffenden Nationen herauszureißen, denn damit bricht die Macht und der Reichtum des Judentums in eins zusammen.

Bei den berühmten Größen der Nationalökonomie wird man vergeblich nach einer klaren Erkenntnis dessen suchen, was der Reichtum seinem Wesen nach ist. So sagt Adam Smith in seinem Buche über den „Reichtum der Nationen": „Der Mensch ist reich oder arm in dem Grade, als er imstande ist, sich die Bedürfnisse, die Annehmlichkeiten und die Freuden des menschlichen Lebens zu verschaffen." Smith begnügt sich also damit, die Wirkungen des Reichtums anzugeben, statt das Wesen des Reichtums selbst zu charakterisieren. Über diesen Standpunkt Smiths ist die wissenschaftliche Nationalökonomie bis heute noch nicht wesentlich hinausgekommen. Die Nationalökonomie will sein: Die Lehre von der Entstehung, der Verteilung und dem Verbrauch der Werte. Schon in dieser Zielsetzung fehlt der wichtigste Teil, nämlich: Die Lehre vom Wesen der Werte. Da die Nationalökonomie die Frage danach bisher nicht einmal aufgeworfen hat, so fehlt ihr notgedrungen die Kenntnis vom Wesen ihres eigenen Gegenstandes und damit der zuverlässige Grundstein. Daher ist es kein Wunder, daß diese Wissenschaft noch nicht zu naturwissenschaftlicher Exaktheit gelangt ist und ihre Aufgabe, zum allgemeinen Wohle Leiterin des Wirtschaftslebens zu sein, nur sehr unvollkommen hat erfüllen können.

In dem Satze: Der Wert eines Dinges ist die Kraftmenge, die es zu liefern oder zu ersparen imstande ist — ist der wirtschaftliche Wert auf einen naturwissenschaftlichen Begriff zurückgeführt, und er ist, soweit es sich nicht um geistige Werte handelt, auch zähl- und meßbar geworden.

Die Naturwissenschaft hat für jede Kraftform, mit der sie zu tun hat, ein besonderes Maß eingeführt. Sie mißt die Schwerkraft in Meterkilogramm, die Wärme in Kalorien, die Elektrizität in Watt. Da die Werte Kräfte sind, so lassen auch sie sich in diesen Kraftmaßen zum Ausdruck bringen. Von der Kraft leitet die Naturwissenschaft den Begriff der Arbeit ab, denn sie sagt: Die Wirkung der Kraft ist Arbeit. Um die Arbeit zu messen, muß man in Betracht ziehen, wie groß die wirkende Kraft war und wie lange Zeit sie gearbeitet hat. Die Arbeit ist Kraft mal Zeit. Die Maße für die Arbeit

heißen deshalb Meterkilogramm-Sekunden (mkg/sec), Wattsekunden usw. Genau so wie die naturwissenschaftliche Arbeit errechnet wird aus Kraft mal Zeit, so ist die wirtschaftliche Arbeit gleich: Wert mal Zeit. Da aber der Wert immer Kraft ist, so kann die wirtschaftliche Arbeit auch mit denselben Maßen gemessen werden wie die naturwissenschaftliche Arbeit.

Ist der Wert Kraft, so folgt er auch den Gesetzen der Kraft, vor allem dem Grundgesetz von der Erhaltung der Energie. Es heißt: Alle Energieformen lassen sich ineinander verwandeln. Dabei bleibt der Betrag der Energie unverändert derselbe. — Bei einer Umwandlung einer Energieform in eine andere kann also weder Kraft verlorengehen noch auch gewonnen werden. Genau so ist es mit den Werten. Auch sie können in mannigfacher Weise umgeformt werden, ohne daß sich ihr Gesamtbetrag dabei vermehrte oder verminderte.

# IV. Die Arten der Werte.

Es gibt nicht leicht eine andere Wissenschaft, die so wenig auf die scharfe Sonderung ihrer Grundbegriffe gehalten hat, wie die Nationalökonomie. Im besonderen gilt dies von dem Begriff des Wertes. Dem Worte „Wert" wird nicht nur von verschiedenen Nationalökonomen ein ganz verschiedener Inhalt gegeben, nein, auch in ein und demselben Werk wird es nicht selten in ganz verschiedener Bedeutung gebraucht, so soll es bald den Tauschwert, bald den Gebrauchswert bezeichnen. Daher muß vor allem geklärt werden, was hier unter „Wert" verstanden werden soll, und welche Arten von „Wert" zu unterscheiden sind.

Es geschehe dies am Beispiel der Kohle. Nach dem vorigen Abschnitt besteht der „Wert" der Kohle in der Energiemenge, die sie liefert. Ein Kilogramm Anthrazitkohle liefert bei vollständiger Verbrennung 8000 Kalorien Wärmekraft. 8000 Kalorien Energie machen also den „Vollwert"

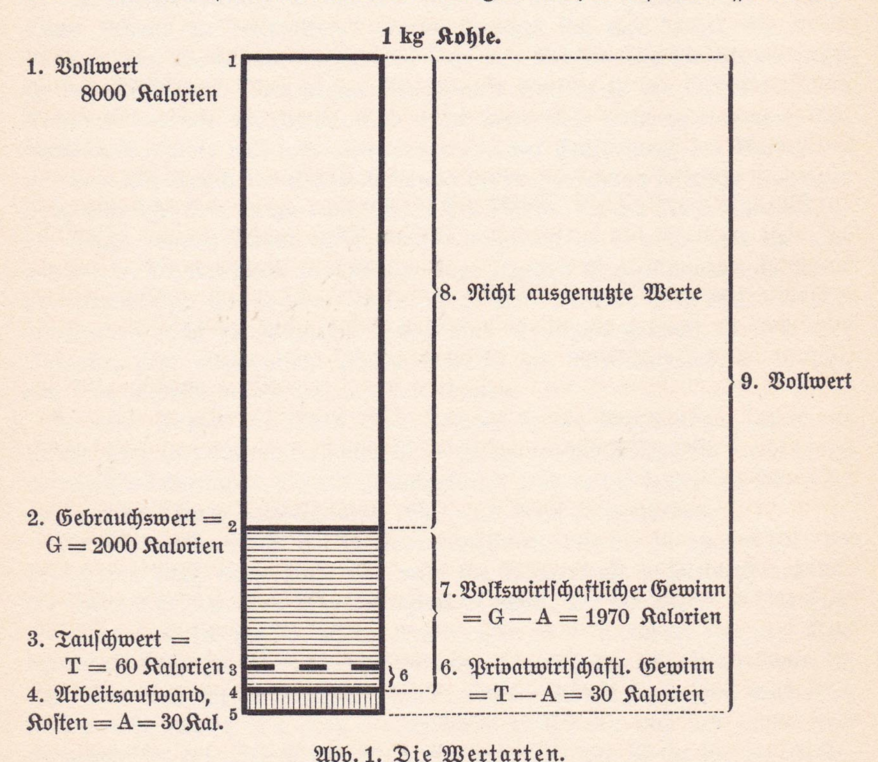



Abb. 1. Die Wertarten.

(Abb. 1, 5—1) eines Kilogramms Anthrazitkohle aus. Wo und auf welche Weise die Kohle auch immer verbrannt werden mag, die entstehende Wärmemenge bleibt stets dieselbe. Sie ist nur von Naturgesetzen abhängig, der Vollwert der Kohle ist eine naturgesetzliche Tatsache.

Bei den heutigen Maschinen und Verfahren ist es jedoch ganz unmöglich, die entstehende Wärmemenge von 8000 Kalorien, also den Vollwert wirklich nutzbar zu machen. Wird z. B. das Kilogramm Anthrazitkohle in der Dampfmaschine verbrannt, so werden nur 15 % der gesamten Wärme (= 1200 Kalorien) in bewegende Kraft umgewandelt. Der gewaltige Rest von 85 % (= 6800 Kalorien) geht der wirtschaftlichen Benutzung verloren. Er wird zum größten Teile mit den Rauchgasen und dem Abdampf an die Luft abgegeben oder geht bei der Überwindung der Reibung verloren. Bei der Vergasung der Kohlen werden 50 %, bei der Verbrennung im Zimmerofen 20 % ihres Wärmegehaltes gewonnen. Man kann deshalb wohl sagen, daß bei Kohle im Durchschnitt etwa 25 % ihres Vollwertes der Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Diese 25 % bilden den Nutz- oder Gebrauchswert (= G) der Kohle (Abb. 1, 5—2), denn nur sie vermehren unsern wirtschaftlichen Gesamtreichtum an Kräften, während die übrigen 75 % dafür gar nicht in Frage kommen. Reichtum ist die Gesamtheit der Kräfte, über die wir verfügen. Gewinnen wir nun 1 kg Anthrazitkohle, so wird unser Reichtum nicht um dessen Vollwert (= 8000 Kalorien), sondern nur um dessen Gebrauchswert (= 2000 Kalorien) vergrößert. Der Gebrauchswert kommt also für die Vermehrung des Reichtums allein in Frage, er ist der eigentliche wirtschaftliche Wert.

Nicht immer betrug der Gebrauchswert der Kohle 25 % ihres Vollwertes. Nur durch die technischen Fortschritte der letzten Jahrhunderte konnte er auf diese Höhe gebracht werden. Die zuerst gebauten kleinen Dampfmaschinen vermochten nur 2 % des gesamten Energiegehaltes der Kohlen in Gebrauchswert umzuwandeln. Es ist aber durchaus zu hoffen, daß weitere technische Fortschritte die Ausnutzung der Kohle auf 30, 40, 50 und mehr Prozent ihres Vollwertes steigern werden.

Der Gebrauchswert ist also wesentlich von der Technik abhängig, er ist eine technische Angelegenheit, und die Technik selbst ist weiter nichts als die Gesamtheit aller Veranstaltungen des Menschen zur Gewinnung von Gebrauchswert.

Eine dritte Wertart, die sowohl vom Gebrauchswert wie auch vom Vollwert streng zu unterscheiden ist, ist der Tauschwert (= T) oder Preis. Er bewegt sich um etwa 60 Kalorien herum. Der Tauschwert ist weder von den Gesetzen der Natur noch von denen der Technik abhängig. Er wird vielmehr durch die Gesetze des Handels oder Tausches bestimmt. Nun sind die Gesetze des Handels verschieden, je nach dem herrschenden Wirtschaftssystem. Im heutigen System der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft wird der Handel allein vom Gesetz der Macht beherrscht.

Für die Höhe der Preise ist es also maßgebend, über wieviel Machtmittel

Käufer und Verkäufer verfügen. Da Tauschwert und Preis dasselbe ist, so ist auch der Tauschwert allein von dem Verhältnis abhängig, in dem die wirtschaftlichen Machtmittel von Käufer und Verkäufer zueinander stehen. Viele Nationalökonomen glauben, neben dem Marktpreis noch einen besonderen Tauschwert annehmen zu müssen, der eine feste Größe und vom Marktpreis verschieden sein soll. Einen solchen, objektiv feststehenden Tauschwert neben dem Marktpreis gibt es aber, wie später noch nachgewiesen werden wird, nicht.

Der Preis oder Tauschwert ist eine veränderliche Größe. Der Verkäufer kann ihn zu seinen Gunsten steigern, wenn die Nachfrage zunimmt oder der Käufer durch eine besondere Notlage zum Kaufe gezwungen wird. Der Käufer kann ihn zu seinen Gunsten senken, wenn die Macht des Verkäufers durch reichliches Angebot, durch Kapitalnot oder ähnliches gemindert wird.

Der Handel und Tausch ist deshalb ein fortgesetztes Messen der wirtschaftlichen Machtmittel, ein dauernder Kampf, für den die Unternehmungen genau so gut um die Wette rüsten wie die Staaten für den Krieg.

Wenn nun auch der Tauschwert eine veränderliche Größe ist, so sind doch seinem Steigen oder Fallen in der Regel gewisse Grenzen gesetzt. Seine Grenze nach oben bildet im allgemeinen der Gebrauchswert. Für irgendein Gut wird man unter gewöhnlichen Umständen niemals mehr Energie in Tausch geben, als dies Gut selbst zu liefern oder zu sparen vermag. Da aber der Käufer zu dem Zwecke tauscht, um dadurch seinen Reichtum, d. h. seinen Besitz an wirtschaftlich nutzbaren Kräften zu vermehren, so wird er im allgemeinen weniger Energien in Tausch geben, als der Gebrauchswert dieses Gutes beträgt. Auf unser Beispiel angewandt, bedeutet das: Für 1 kg Anthrazitkohle, das einen Gebrauchswert von 2000 Kalorien hat, wird die normale Höchstgrenze des Preises oder Tauschwertes 2000 Kalorien betragen. Im Durchschnitt wird aber der Preis geringer, und zwar unendlich weit geringer sein.

Wie der Gebrauchswert die oberste, so bilden die Kosten der gesamten menschlichen Arbeit, die zur Gewinnung dieses Gutes nötig waren, für gewöhnlich die unterste Grenze des Preises. Bei der Kohle gehört zu diesen Arbeits- oder Gewinnungskosten (= A) ein entsprechender Teil der Arbeit, die zur Errichtung der Zechengebäude, zum Abteufen des Schachtes, zur Einrichtung der Stollen, zum Losbrechen, Fördern, Waschen, Auslesen und Verfrachten der Kohle, aber auch zum Lüften und Entwässern des Bergwerks, zur Herstellung all der Maschinen, Werkzeuge und sonstigen Arbeitsmittel und zur Anhäufung jenes Arbeitsvorrates nötig ist, der sich unter der Maske des sogenannten flüssigen Betriebskapitals verbirgt. Die Gewinnungskosten belaufen sich auf etwa 30 Kalorien. Wie niemand dauernd eine Sache über ihren Gebrauchswert bezahlen wird, so kann sie auch niemand dauernd unter diesen Gewinnungskosten verkaufen.

Wir haben also erkannt, daß der Tauschwert (Abb. 1, 5—3) zwar eine veränderliche Größe ist, sich aber doch im allgemeinen zwischen zwei be-

stimmten Linien, nämlich zwischen dem Gebrauchswert und den Arbeitskosten bewegt.

Gebrauchswert und Arbeitskosten spielen im Handel die Rolle strategischer Linien. Zwischen ihnen spielt sich der Kampf von Käufer und Verkäufer um den Preis ab, wobei jeder nach Kräften versucht, den Tauschwert möglichst nahe an die Basis des Gegners heranzurücken (Abb. 2). In besonderen Fällen kann diese Basis jedoch auch überschritten werden.

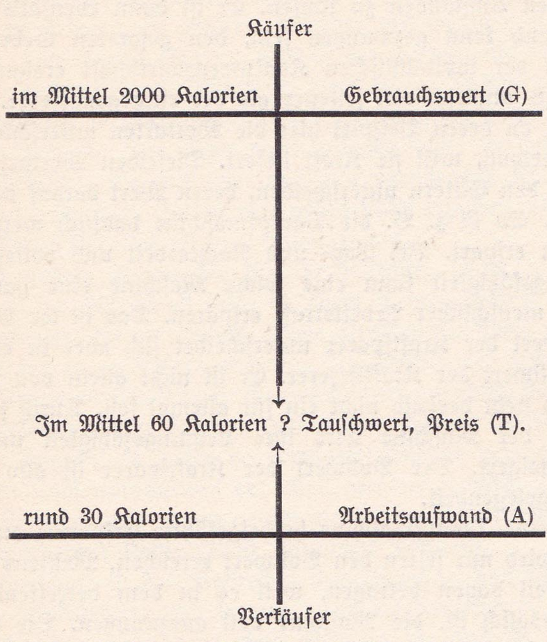



Abb. 2. Die Bestimmung des Tauschwertes.

Im Rohen wird demnach der Tauschwert der Waren durch die zwei allgemeingültigen objektiven Größen Gebrauchswert und Arbeitskosten bestimmt, im einzelnen aber durch die persönlichen, subjektiven Machtverhältnisse von Käufer und Verkäufer.

Ist der Verkäufer völlig machtlos, so wird er dauernd zu seinen eigenen Arbeitskosten verkaufen müssen. In dieser Lage befinden sich alle Besitzlosen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Gedrängt von Hunger sind sie genötigt, dauernd für einen Lohn zu arbeiten, der nur zur Wiedererzeugung ihrer eigenen Arbeitskraft ausreicht. Ist die Nachfrage nach Arbeitskraft besonders gering, wie augenblicklich bei uns in Deutschland, dann sind sie in ihrer Gesamtheit nicht einmal in der Lage, diesen Satz zu erreichen, weil das egoistische Privatinteresse der Unternehmer die Erhaltung einer so großen Zahl von Arbeitern augenblicklich nicht verlangt. Besteht dagegen in einer Wirtschaft große und dauernde Nachfrage nach Arbeits-

kraft, wie es in Amerika lange der Fall war, so kann der Lohn auch für sehr lange Zeit über den Satz, der zur Wiedererzeugung der gleichen Arbeitskraft notwendig ist, hinausgehen. Alles in allem gesehen, muß man sagen, daß die Arbeiterschaft, als Ganzes genommen, in Deutschland seit dem 30jährigen Kriege durchschnittlich nicht mehr Lohn erhalten hat, wie zur Fristung ihres Lebens unentbehrlich war.

Auf der anderen Seite verhält es sich ebenso, wenn der Käufer gezwungen ist, unter allen Umständen zu kaufen. Er ist dann ebenfalls wirtschaftlich ohnmächtig und kann gezwungen sein, den gesamten Gebrauchswert zu bezahlen. In der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft ereignet sich dieser Fall allerdings ungleich viel seltener als der entgegengesetzte.

Die Kohle, an deren Beispiel hier die Wertarten unterschieden wurden, ist darum wertvoll, weil sie Kraft liefert. Dieselben Wertarten lassen sich aber auch an den Gütern unterscheiden, deren Wert darauf beruht, daß sie Kraft sparen. So ist z. B. die Dampfmaschine dadurch wertvoll, daß sie Menschenkraft erspart. Bei Tag- und Nachtarbeit und voller Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit kann eine solche Maschine eine ganz bestimmte Höchstmenge menschlicher Arbeitskraft ersparen. Das ist ihr Vollwert.

Der Vollwert der Kraftsparer unterscheidet sich aber in einem Punkte von dem Vollwert der Kraftlieferer. Er ist nicht allein von Naturgesetzen abhängig und steht deshalb nicht ein für allemal fest. Durch jede technische Verbesserung der Maschine wird ihre Leistungsfähigkeit und damit ihr Vollwert gesteigert. Der Vollwert der Kraftsparer ist also bereits eine technische Angelegenheit.

Die durch eine Dampfmaschine herbeigeführte Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft wird nur selten den Vollwert erreichen. Meistens wird sie nur einen Bruchteil davon betragen, weil es in dem betreffenden Betriebe technisch unmöglich ist, die Maschine voll auszunutzen. Die im Einzelfall tatsächlich erreichte Ersparnis ist der Gebrauchswert der Maschine.

Ihr Tauschwert bewegt sich, genau so wie bei der Kohle, zwischen diesem Gebrauchswert und den Arbeitskosten, welche ihre Herstellung verursacht hat.

Nach kapitalistischer Weise betrachtet nimmt der Mensch in der Wirtschaft eine eigenartige Stellung ein. Er ist sowohl Kraftlieferer wie auch Kraftsparer. Kraftlieferer ist z. B. der Knecht, der eine Rübenschneidemaschine dreht, die Waschfrau, die eine Waschmaschine bewegt, der Arbeiter, der eine Winde in Tätigkeit setzt. Der Vollwert eines Menschen, der nur Arbeitskraft liefert, ist gleich der Kraftmenge, die er im Höchstfalle zu liefern vermag. Dieser Vollwert hängt von seiner natürlichen Beschaffenheit ab, ist also eine naturgesetzliche Angelegenheit. Sein Gebrauchswert ist gleich der Kraftmenge, die er tatsächlich bei der Arbeit anwendet. Welchen Bruchteil vom Vollwert sie beträgt, ist vor allen Dingen von seinem Willen abhängig, ist also eine sittliche Angelegenheit. Die Schaffung einer menschlichen Arbeitskraft erfordert einen ganz bestimmten Aufwand an Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnung, Heizung usw. In all diesen Dingen steckt wieder eine bestimmte Arbeits-

menge. Diese Arbeitsmenge ist gleich den Arbeitskosten der menschlichen Arbeitskraft. Der Tauschwert, Preis oder Lohn des Arbeiters bewegt sich selbstverständlich genau wie bei jedem anderen wirtschaftlichen Wertgegenstand zwischen diesen Arbeitskosten und dem Gebrauchswert. Da aber der Arbeiter durch den Hunger gedrängt wird, so ist schon aus diesem Grunde seine Macht im Kampfe um die Lohnhöhe gering. Sie ist gleich Null, wenn das Angebot von Arbeitskraft die Nachfrage übersteigt. Die Arbeiter sind dann nicht imstande, den Lohn über die Erzeugungskosten ihrer eigenen Arbeitskraft zu steigern, sie müssen sich eher mit weniger begnügen. Auch Gewerkschaft und Streik können, weil sie den Hunger nicht zu bannen vermögen, daran nichts ändern. Übersteigt dagegen die Nachfrage nach Arbeitskraft das Angebot, so wird der Arbeiter wirtschaftlich mächtiger und kann seinen Lohn steigern. Im allgemeinen pflegen solche Zeiten abzuwechseln, so daß die Arbeiter, die nur oder auch nur vorwiegend Kraftlieferer sind, im Durchschnitt längerer Zeiten nicht mehr Lohn erhalten wie nötig ist, um die gleiche Menge Arbeitskraft wiederzuerzeugen.

Wesentlich anders liegen die Wertverhältnisse, wenn der Mensch als Kraftsparer in der Wirtschaft tätig ist. Sein Gebrauchswert ist dann gleich der Energiemenge, die er erspart. Diese Kraftmenge kann vielmals höher sein als die, die er zu liefern vermag. Als Kraftsparer kann infolgedessen der Mensch seinen wirtschaftlichen Gebrauchswert unendlich steigern. Nehmen wir an, es gelänge einem Erfinder, den Gebrauchswert der Kohle von 25 % auf 50 % zu steigern, so hätte er ebensoviel Energie gespart, wie jetzt aus der gesamten Kohlenproduktion der Welt gewonnen wird. Der Gebrauchswert dieses Mannes wäre dann genau gleich dem Gesamtwert der heute in der Welt geförderten Kohle (1250 Millionen Tonnen).

In der Wirtschaft ist das Bestreben unverkennbar, den Menschen immer weniger als Kraftlieferer und immer mehr als Kraftsparer zu verwenden. Es gibt heute schon nicht mehr viele Arbeiter, die nur als Kraftlieferer in Frage kommen. Auch der einfachste Arbeiter ist, namentlich dann, wenn er Maschinen zu bedienen hat, gleichzeitig auch Kraftsparer. Bei dem Heizer einer Dampfmaschine kommt es z. B. nicht darauf an, daß er heizt, daß er eine bestimmte Menge Körperkraft anwendet, um die Kohlen in die Feuerung zu befördern, sondern es kommt vor allem darauf an, wie er heizt. Durch verständige Heizung kann bei gleicher Kraftanstrengung leicht ein Viertel bis ein Drittel der Kohlenmenge gespart werden, die bei gleichgültiger Arbeit des Heizers verbraucht wird. Fast reine Kraftsparer sind die Erfinder und Organisatoren. Ihr wirtschaftlicher Gebrauchswert ist deshalb besonders hoch.

Die Erzeugungskosten der Kraftsparer sind infolge einer meist längeren Lehrzeit wohl etwas, aber nicht beträchtlich höher wie die der Kraftlieferer. Der Tauschwert oder Lohn der Kraftsparer bewegt sich ebenfalls im großen und ganzen genau wie bei den Kraftlieferern zwischen Erzeugungskosten und Gebrauchswert. Welche Höhe er erreicht, hängt ganz davon ab, wie die

Kraftsparer die wirtschaftliche Macht zu brauchen wissen, die ihnen aus ihrer unersetzlichen Geisteskraft erwächst. Wer, wie der sogenannte „unpraktische Erfinder", diese Machtanwendung durchaus nicht versteht, kann trotz seines hohen Gebrauchswertes in seiner Entlohnung weit unter die Erzeugungskosten seiner eigenen Arbeitskraft herabsinken und dadurch in Armut und Elend geraten. Der Erfolg seiner kraftsparenden Erfindungen wird ihm dann von besseren Strategen des Wirtschaftskampfes entrissen. Andererseits ist es praktisch unmöglich, daß ein Erfinder den ganzen Erfolg seiner Kraftersparnis in seinen Besitz bringen könnte. Wohin das führen würde, zeigt, allerdings übertrieben, unser Beispiel von der Kohle. Erhielte der Erfinder, der die Ausnutzung der Kohle von 25 auf 50 % steigert, den ganzen Ertrag seiner Leistung, so würde er in einem Jahre zum reichsten Manne der Welt werden.

Außer den Wertarten läßt Abb. 1 noch zwei andere wichtige Größen deutlich erkennen, den Wertgewinn der Volkswirtschaft und den Wertgewinn der Privatwirtschaft, der durch 1 kg Kohle erzielt wird. Der privatwirtschaftliche Wertgewinn ergibt sich aus: Tauschwert abzüglich Arbeitsaufwand, das ist T — A = 60 Kal. — 30 Kal. = 30 Kal. Der volkswirtschaftliche Wertgewinn wird gefunden aus: Gebrauchswert abzüglich Arbeitsaufwand, das ist G — A = 2000 Kal. — 30 Kal. = 1970 Kal.

Es zeigt sich hier mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß der privatwirtschaftliche und der volkswirtschaftliche Vorteil keineswegs übereinstimmen, sondern grundverschiedene Größen sind, von denen die eine vom Tauschwert, die andere aber vom Gebrauchswert abhängt.

Um nun die Übersicht über das bisher Gesagte zu erleichtern, sei es hier nochmals in einer Tabelle zusammengestellt:

Werte sind Energien oder Kräfte.

Jeder Gegenstand ist so viel wert, wie er Kraft liefert oder spart.

| Wertarten | Kraftlieferer | Kraftsparer |
|---|---|---|
| Wert (Vollwert) | Die Kraftmenge, die der Gegenstand enthält | Die Kraftmenge, die der Gegenstand günstigstenfalls ersparen kann |
| Gebrauchswert | Die Kraftmenge, die er tatsächlich wirtschaftlich nutzbar liefert | Die Kraftmenge, die er im Einzelfalle tatsächlich erspart |
| Tauschwert | Der Tauschwert ist eine veränderliche Größe, die durch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse bestimmt wird. Arbeitskosten und Gebrauchswert bilden nur Richtpunkte des Tauschwertes nach unten und oben | |
| Privatwirtschaftlicher Gewinn | Unterschied zwischen Tauschwert und Arbeitsaufwand T — A | |
| Volkswirtschaftlicher Gewinn | Unterschied zwischen Gebrauchswert und Arbeitsaufwand G — A | |

# V. Die Herkunft der Werte.

Nachdem wir uns über das Wesen des Reichtums und auch über die Arten der Werte Klarheit verschafft haben, erhebt sich die wichtige nationalökonomische Frage: Woher stammen die Werte? Wo liegen die Quellen des Reichtums? Diese Frage ist einmal deshalb so schwerwiegend, weil eine entsprechende Schätzung und Pflege der Wertquellen erst dann erfolgen kann, wenn sie in ihrer Bedeutung als solche richtig erkannt sind, zum andern aber auch deshalb, weil eine erfolgreiche Herstellung und eine sozial gerechte Verteilung der Werte erst stattfinden kann, wenn man weiß, wie sie gewonnen werden. Um die Antwort zu finden, bleiben wir bei dem Beispiel der Kohle. Die Kohle ist zunächst ein Naturgegenstand. So, wie sie sich in der Erde findet, ist sie allein durch die Kräfte der Natur geschaffen. Ist nun die in der Erde lagernde, von Menschenhand noch unberührte Kohle schon ein Wert? Zweifellos! Denn Werte sind Energien oder Kräfte, und in der Kohle sind durch das Wirken der Natur ungeheure Mengen sogenannter chemischer Energie aufgespeichert. Dieser Energiegehalt der Kohle ist ihr Naturwert.

Ist dieser Naturwert aber auch schon Reichtum? Keineswegs! Denn wir entsinnen uns, daß nur diejenigen Kräfte, die zur Verfügung des Menschen stehen, die sich in seinem „Bereich" befinden, die also Gebrauchswerte darstellen, Reichtum sind. Die Kohlen aber, die noch unberührt und unentdeckt unter der Erde ruhen, stehen den Menschen noch nicht als nützliche Kräfte zur Verfügung, sind noch keine Gebrauchswerte. Um sie dazu zu machen, ist es nötig, Schächte und Stollen zu graben, die Kohle loszubrechen, sie zu fördern, auszulesen, zu verfrachten, sie mit dem Sauerstoff der Luft in Berührung zu bringen, sie zu verbrennen und durch alle diese Maßnahmen ihre natürliche chemische Energie in Wärmekraft umzuformen. Erst, wenn die Kohle im Ofen verbrannt ist und Wärme entwickelt hat, ist ihre Umwandlung in Gebrauchswert und damit in Reichtum vollendet.

Naturwerte bedürfen also, wie es am Beispiel der Kohle zu sehen ist, der Umformung, um zu Gebrauchswerten zu werden. Diese Umformung aber wird durch die menschliche Arbeit geleistet. Der Mensch muß Arbeitsenergie aufwenden, um naturgegebene Werte in Gebrauchswerte oder Reichtum umzuformen. An der Gewinnung jenes Gebrauchswertes von 2000 Kalorien, den 1 kg Anthrazitkohle darstellt, ist sowohl die Natur wie auch die menschliche Arbeit beteiligt. Dieser Gebrauchswert ist gewissermaßen eine Legierung aus Naturwerten und Arbeitswerten, und unser Ergebnis lautet: Quellen des Reichtums sind die Natur und die menschliche Arbeit (Abb. 3). Die menschliche Arbeitskraft wird dabei in zwei Formen gebraucht: einmal als vom Menschen frisch gelieferte Arbeitskraft, als unmittelbare Arbeitskraft, dann aber auch als in den Arbeitsmitteln bereits enthaltene, gewonnene, kristallisierte, kurz als mittelbare Arbeitskraft.

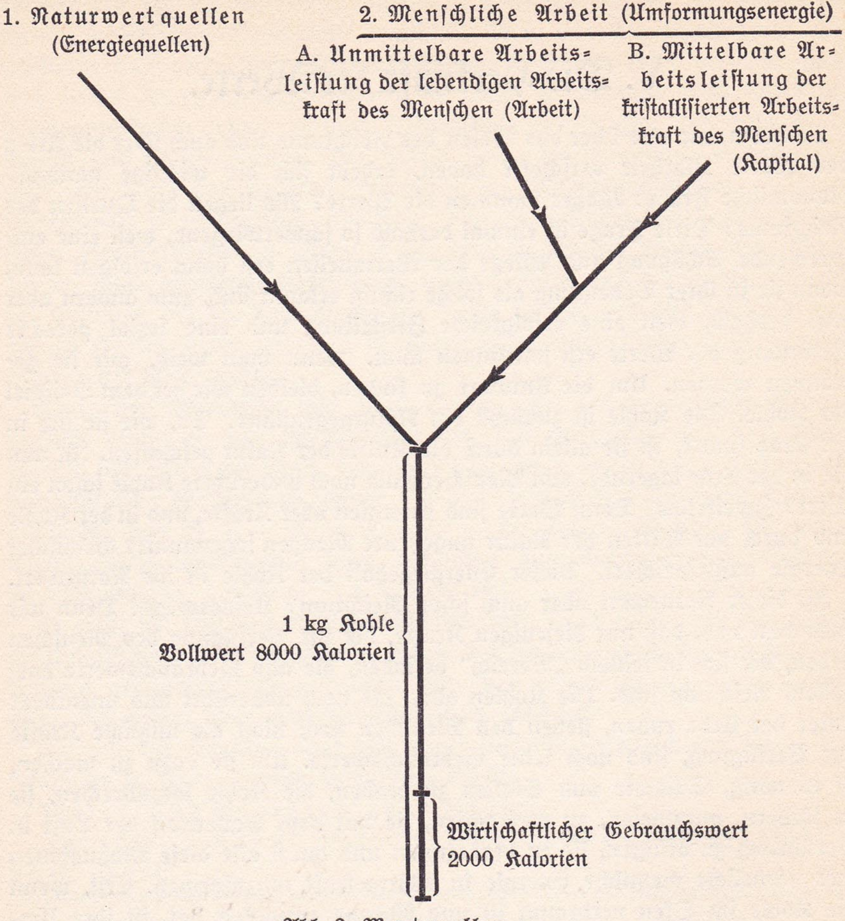



Abb. 3. Wertquellen.

Die Anwendung dieser letzteren Art von menschlicher Arbeitskraft ist das eigentliche Merkmal, durch das sich die Kulturarbeit des Menschen von der Naturtätigkeit der Tiere unterscheidet, sie ist die höhere Form der Arbeitsanwendung.

Beide Arten der menschlichen Arbeitskraft sind notwendig bei der Wertgewinnung und sind daher auch Wertquellen.

Das trifft nicht nur für die Kohle zu, sondern genau so für jedes andere wirtschaftliche Gut, für Getreide und Fleisch, für Maschinen und Werkzeuge, für Kleidungsstücke und Häuser, für kraftliefernde und kraftsparende Güter. Das Eisen einer Dampfmaschine ist ein Naturstoff. Die Natur hat es mit den Molekularkräften ausgestattet, die ihm Festigkeit, Biegsamkeit, Zähigkeit, Federkraft und alle seine anderen wertvollen Eigenschaften verleihen. Aber die Natur bietet es als Erz dar und nicht in der Form, in der es der

Mensch wirtschaftlich braucht. Es findet sich auch nicht an dem Orte, an dem er es verwenden kann. Um es zu einem Gebrauchswert zu machen, muß das Erz gebrochen und geläutert, muß das gewonnene Metall geschmolzen, gereinigt, gehärtet und geformt werden. Ehe dies aber geschehen konnte, mußten alle jene Verfahren entdeckt, mußten alle die Naturgesetze erforscht werden, die bei der Dampfmaschine in Frage kommen, mußten die Betriebe organisiert werden, die derartiges schaffen können. So erst, durch den gewaltigen Vorgang der Zusammenarbeit von Kopf und Hand, von unmittelbarer und mittelbarer Arbeit, von Mensch und Natur, entsteht der Gebrauchswert Dampfmaschine.

Und so wie hier ist es überall. Alle Gebrauchswerte und damit alle Reichtümer werden gewonnen durch die Zusammenarbeit von Natur und Mensch. Überall bestätigt sich der Satz: Natur und menschliche Arbeit sind die beiden Quellen des Reichtums.

Man könnte gegen diese Behauptung einwenden: Der Mensch mit seiner Arbeitskraft ist auch ein Stück der Natur. Also stammen alle Werte letzten Endes aus der Natur, mithin aus einer, nicht aus zwei Quellen.

Das ist, naturwissenschaftlich gesehen, auch richtig; wirtschaftlich betrachtet ist es aber grundfalsch. Menschenkraft und Naturkraft unterscheiden sich zwar naturwissenschaftlich nicht wesentlich voneinander, wirtschaftlich sind sie aber durch ein sehr wichtiges Merkmal getrennt. Die gütige Mutter Natur nimmt keine Bezahlung für ihre Leistungen, sie reicht ihre Werte dem Menschen umsonst dar. Deshalb erscheinen die Naturwerte in der Wirtschaft, wenigstens ursprünglich, als unbezahlte Werte.

Anders ist es mit den Arbeitswerten. Diese müssen, in unserem Wirtschaftssystem wenigstens, nach ihrem Tauschwert bezahlt werden. Sie erscheinen deshalb stets als bezahlte Werte oder als Kosten.

Erinnern wir uns jetzt, daß jeder wirtschaftliche Gebrauchswert eine Legierung aus Naturwerten und Arbeitswerten darstellt, und nehmen wir hinzu, daß die Naturwerte immer geschenkt sind, während die Arbeitswerte stets mit ihrem Tauschwert bezahlt werden müssen, so erkennen wir schon jetzt klar und deutlich, daß der bei einem wirtschaftlichen Unternehmen erzielte Wertüberschuß oder Gewinn nicht allein aus Arbeitswerten, sondern auch aus Naturwerten besteht.

Es ist der wirtschaftliche Zweck einer jeden menschlichen Arbeit, einen solchen Wertüberschuß zu gewinnen. Rechnerisch erhält man diesen Überschuß, wenn man die Arbeitsenergie, die zur Umwandlung eines gegebenen Naturwertes in einen Gebrauchswert angewandt werden mußte, von dem gewonnenen Gebrauchswert abzieht.

Als wichtigste Ergebnisse dieser Untersuchung über die Herkunft der Werte ist also festzuhalten: Der wirtschaftliche Gebrauchswert oder Reichtum stammt aus zwei Quellen, aus der Natur und aus der menschlichen Arbeit. Beide Formen der Arbeitsleistung, die unmittelbare und die mittelbare Arbeitsleistung, sind bei seiner Gewinnung beteiligt.

# VI. Die geschichtlichen Irrtümer der Wertlehre und ihre Folgen.

## 1. Die klassische Lehre Adam Smiths und Ricardos.

Der Sinn und das Interesse der meisten Menschen ist allein auf das Praktische gerichtet. Sie sehen mit Gleichgültigkeit oder gar mit Verachtung auf alle Theorie oder Lehre und vergessen dabei gänzlich, daß „eine gute Theorie die praktischste Sache von der Welt" ist. Sie übersehen dabei auch vollständig, was sie selbst in ihrem praktischen Können der Theorie verdanken und wie sehr ihre eigene Gesinnung und ihr eigenes Streben von bestimmten Theorien und Lehrmeinungen beherrscht wird.

Infolge dieser ebenso unberechtigten wie verbreiteten Verachtung alles Theoretischen ahnen die wenigsten Menschen etwas davon, wie stark unser wirtschaftliches und politisches Leben, in welch gewaltigem Umfange erst recht das wirtschaftliche und politische Sinnen und Trachten unseres Volkes durch die hergebrachte Wirtschaftslehre beeinflußt und geleitet wird.

Da die Nationalökonomie nicht nur nach allgemeiner Auffassung, sondern auch in der Tat die Lehre von der Gewinnung, der Verteilung und dem Verbrauch der Werte ist, so ist jede nationalökonomische Theorie ihrem Kerne nach Wertlehre.

Nun ist natürlich nicht nur eine richtige Theorie imstande, die Handlungen der Menschen nachhaltig zu beeinflussen, sondern ebenso sehr vermag das eine falsche. Gerade die Geschichte der Wertlehre läßt das auf jeder Seite deutlich erkennen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß die grundsätzlichen Fehler unserer Außenpolitik ebenso wie unsere innere Zerrissenheit und Ohnmacht zu einem ganz großen Teil auf die falschen Vorstellungen zurückzuführen sind, die wir uns über Herkunft und Wesen der Werte, über ihre Gewinnung, ihre Verteilung und ihren Verbrauch machen.

Den größten und verhängnisvollsten Einfluß übt noch heute in dieser Hinsicht *die* Wertlehre aus, die in ihren Grundzügen von dem englischen Nationalökonomen Adam Smith aufgestellt worden ist.

Adam Smith gilt noch immer als der Vater der wissenschaftlichen Nationalökonomie, als ihr erster Klassiker. Seine Lehre wurde grundlegend für den wirtschaftlichen und politischen Liberalismus, den sie von Anfang an so beherrschte, daß von der Marwitz schon 1810 von Smith sagen konnte, er sei neben Napoleon der mächtigste Monarch Europas.

Seitdem ist Adam Smiths geistige Macht noch dadurch vervielfacht worden, daß auch der Marxismus seine Grundlehren annahm.

Diese beherrschen nun sowohl die Köpfe der Unternehmer wie der Arbeiter,

der Regierenden sowohl wie der Regierten, der Raffenden wie der Schaffenden und treiben auf allen Seiten zu jenem verhängnisvollen Klassenkampfe an, der der eigentliche Grund unseres nationalen Elends ist.

Wie sieht die Theorie aus, die solche Wirkungen ausübt?

Am Anfange seines Buches „Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Völker" stellt Smith die grundlegende Behauptung auf, die menschliche Arbeit sei die einzige Quelle des Reichtums. Er beginnt sein Werk mit dem Satze: „Die jährliche Arbeit eines Volkes ist der Fond, welcher dasselbe mit allen Bedürfnissen und allen Annehmlichkeiten des Lebens versorgt, die es jährlich verbraucht."

Auf diesem Satze baut sich nun das ganze umfangreiche Werk mit allen seinen Untersuchungen und Schlußfolgerungen auf. So ist es nur natürlich, daß die Ergebnisse, zu denen Smith gelangt, zum großen Teile falsch sind, enthält doch dieser erste und Hauptsatz bereits den grundlegenden Irrtum.

Wie wir gesehen haben, ist es nicht die menschliche Arbeit allein, die die Werte schafft, sondern die Natur trägt vor allem zur Befriedigung unserer Bedürfnisse bei. Aus ihr stammen in erster Linie die Kräfte, die unseren Reichtum ausmachen. Die menschliche Arbeit dient in der Hauptsache nur dazu, Naturwerte in wirtschaftliche Gebrauchswerte umzuformen und sie dadurch der menschlichen Verfügung zu gewinnen.

Der erste Fehler Smiths bestand also darin, daß er sich über die Herkunft der Werte täuschte. Er übersah die Rolle der Natur als Wertquelle und überschätzte deshalb die Bedeutung, welche die menschliche Arbeit für die Bildung des Reichtums hat.

Daß Smith die Stellung der menschlichen Arbeit im Wertgewinnungsprozeß nicht richtig zu erfassen vermochte, hatte seine Ursache vor allem in einer Unterlassung, deren man ihn zeihen muß. Er begnügte sich damit, die Herkunft der Werte aus der Arbeitskraft festzustellen, vergaß aber ganz, nach dem Wesen, nach der Natur dieser reichtumbildenden Werte zu fragen. Er errichtete in etwas voreiliger Weise ein Lehrgebäude über einen Gegenstand, mit dessen Natur er sich weder vorher noch nachher vertraut gemacht hatte. Leider ist ihm die gesamte wissenschaftliche Nationalökonomie bis auf den heutigen Tag in dieser Unterlassung gefolgt. Daher rührt die Unklarheit ihrer Ausdrucksweise, die Unbeholfenheit ihrer Begriffsbestimmungen, die Unbestimmtheit ihrer Ergebnisse und ihre geringe Brauchbarkeit im praktischen Leben.

Diesen ersten Fehlern fügt Smith aber noch einen weiteren, nicht weniger verhängnisvollen hinzu, wenn er auf Seite 27 seines Werkes sagt:

„Das Wort Wert hat zweierlei verschiedene Bedeutung und drückt bald die Brauchbarkeit einer Sache, bald die Möglichkeit aus, andere Dinge dafür zu kaufen. Der eine kann Gebrauchswert, der andere Tauschwert genannt werden."

Smith kennt also die beiden Wertarten, Gebrauchswert und Tauschwert, sehr wohl.

Man sollte nun erwarten, er würde sich zunächst der Untersuchung des eigentlichen wirtschaftlichen Wertes, des Gebrauchswertes zuwenden. Smith tut dies jedoch nicht, sondern fährt sogleich fort:

„Um die Prinzipien zu erforschen, welche den Tauschwert der Waren regulieren, ...“ und beschäftigt sich von jetzt an nur noch mit dem Tauschwert, den Gebrauchswert ganz vernachlässigend.

In seiner „Positiven Theorie des Kapitales“, Bd. 1, S. 162 hat Böhm-Bawerk dies Verfahren Smiths und seiner Nachfolger vortrefflich gekennzeichnet. „Man wußte mit ihm (dem Gebrauchswert) nicht viel anzufangen und vernachlässigte ihn fast gänzlich. Man gab sich weder um die tiefere Erforschung seines Wesens Mühe, noch bediente man sich seiner bei der Erfüllung der anderweitigen Forschungsaufgaben; man ließ ihn gleichsam, nachdem man ihn im Begriffsverzeichnis genannt hatte, wie einen unbeschäftigten Statisten in einer Ecke des Lehrgebäudes stehen. Erst der neuesten Forschung war es beschieden, in dem unbeachteten Statisten den Träger eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Begriffe und zugleich den Gegenstand einer Reihe der merkwürdigsten Gesetze zu entdecken.“

Genau so wie es hier geschildert wird, läßt schon Smith den Gebrauchswert weiterhin ganz unbeachtet, ihm ist der Tauschwert der „Wert schlechthin“.

So erklärt es sich, daß Adam Smiths Theorie nicht eine alle Wertarten umfassende und die einzelnen richtig einordnende Wertlehre geworden ist, sondern nur eine Lehre vom Tauschwert.

Daß diese Einseitigkeit der klassischen Schule und mit ihr der gesamten Nationalökonomie überhaupt jüngeren Vertretern hin und wieder zum Bewußtsein gekommen ist, beweist wieder Böhm-Bawerk, wenn er in seinem soeben genannten Werk auf Seite 161 schreibt:

„Dem objektiven Tauschwert ist von der ökonomischen Theorie zu allen Zeiten sein Recht geworden. Die Gesetze zu erforschen, welche die Austauschverhältnisse der Güter beherrschen, wurde zu allen Zeiten für eine der vornehmsten, und bisweilen — ich erinnere an den Vorschlag, für unsere Disziplin den Namen ‚Katalaktik‘-Tauschwissenschaft in Gebrauch zu setzen — übertreibend sogar für die Hauptaufgabe unserer Wissenschaft gehalten.“

Wir wissen jetzt, daß gerade Smith der Vater dieser Übertreibung ist. Er hält daher nicht, was er in dem Titel seines Buches verheißt. Er verspricht dort, Aufklärung über „die Natur und die Ursachen des Reichtums der Völker“ zu geben. Wir haben früher gesehen, daß der Reichtum eines Volkes vor allem durch die Gebrauchswerte bestimmt wird, welche ihm zur Verfügung stehen. Die Tauschwerte der Waren haben auf den Reichtum einer erzeugenden und verbrauchenden Nation gar keine Einwirkung, solange der Austausch der Waren nur im Inlande stattfindet. Bloßer Warenaustausch im Inlande bewirkt vom Gesamtinteresse aus gesehen nur eine Verschiebung, aber keine Vermehrung oder Verminderung der vorhandenen Gebrauchswerte. Anders ist es freilich beim Außenhandel. Jede Bereicherung dessen, der nach dem Auslande verkauft oder aus dem Auslande kauft,

bedeutet auch eine Bereicherung seiner Volkswirtschaft auf Kosten der fremden Nation.

Für die Bereicherung der einzelnen Privatwirtschaften sind dagegen Tauschwert und Handel von größter Bedeutung. Für ein privates Unternehmen bringt jeder Tausch auch im Inlande entweder eine Vermehrung oder eine Verminderung des eigenen Wertbesitzes mit sich.

Ausschlaggebend ist der Tauschwert daher vor allem für den Händler. Ob sein Reichtum wächst oder sinkt, hängt nicht vom Gebrauchswert seiner Waren, sondern nur von ihrem Tauschwert ab. Für den individualistisch eingestellten und egoistisch nur auf seinen Privatvorteil bedachten Händler ist es deshalb natürlich, den Tauschwert für den eigentlichen Wert, für „den Wert an sich" zu halten.

Nach seinem eigenen Zeugnis hat Adam Smith die Wirtschaft nicht vom Standpunkt des Volksganzen und nicht mit den Augen des Gemeinwohls, sondern nur unter dem Gesichtswinkel des privaten Eigennutzens und vom Händlerstandpunkt aus betrachtet. Heißt es doch auf S. 28 von ihm:

„Der Wert einer Ware ist demnach für denjenigen, der sie besitzt, sie aber nicht selbst zu gebrauchen oder zu verzehren, sondern gegen andere Waren auszutauschen gedenkt, gleich der Quantität Arbeit, welche er dafür kaufen kann."

Er sucht also nicht zu erfahren, welchen Wert eine Ware für den hat, der sie gebraucht, nein, er möchte nur wissen, was sie für den wert ist, der mit ihr handelt.

Bei einem Engländer seiner Zeit braucht uns diese einseitige, privatwirtschaftlich-händlerische Betrachtungsweise nicht allzusehr in Erstaunen zu setzen. Es war die Zeit, als der Liberalismus sich im wirtschaftlichen und politischen Leben siegreich durchsetzte. Der Liberalismus aber war von Anfang an individualistisch und egoistisch durch und durch und betrachtete alle Dinge grundsätzlich vom Standpunkte der Einzelnen. Außerdem aber waren die Engländer schon damals ein Handelsvolk, das vom Außenhandel lebte, indem es Rohstoffe und Nahrungsmittel kaufte und dafür den größten Teil seiner Warenerzeugung auf den Weltmarkt brachte. Es ist nur natürlich, daß ein solches Volk geneigt ist, dem Tauschwert eine größere Bedeutung beizulegen, als er ihm bei einer wahrhaft volkswirtschaftlichen Betrachtung zukommt.

Bei diesen Zeitverhältnissen ist es leicht verständlich, daß die sogenannte klassische Nationalökonomie Adam Smiths nicht eine echte Volkswirtschaftslehre, vielmehr eine Theorie der Privatwirtschaft geworden ist, ja, daß sie überhaupt keine umfassende Wirtschaftslehre, sondern nur eine Handelslehre darstellt. Wenn ein späterer „Nationalökonom" also vorschlug, diese Lehre als „Tauschwissenschaft" zu bezeichnen, so hat er damit voll ins Schwarze getroffen.

Wenn nun die verhängnisvollen Irrtümer Adam Smiths durch eine geschichtliche Betrachtungsweise auch verständlicher werden, so werden sie dadurch doch keineswegs ungefährlicher.

Besonders verhängnisvoll sind sie für ein Volk, wie es unser deutsches Volk ist. Wir leben nicht vorwiegend vom Handel, sondern sind in der Hauptsache eine selbst schaffende und selbst verbrauchende Nation. Die Reichtumsbildung unseres Volkes wird daher ganz überwiegend durch die Werte gefördert, die wir für den inneren Bedarf gewinnen. Für die Höhe dieser Werte ist aber der Gebrauchswert allein maßgebend. Der Tauschwert hat dafür gar nichts zu bedeuten. Berücksichtigen wir nun trotzdem allein den Tauschwert, so muß unsere nationale Wirtschaftspolitik dadurch in grundverkehrte Bahnen gedrängt werden. Daher ist es allerhöchste Zeit, daß wir uns endlich darauf besinnen, daß wir nicht Engländer des 18., sondern Deutsche des 20. Jahrhunderts sind.

Das eigentliche Handelsvolk der Erde sind die Juden. Sie haben es grundsätzlich aufgegeben, ihren Reichtum durch Erzeugung und Verbrauch des Erzeugten zu gewinnen. Statt dessen schalteten sie sich in den Zwischenhandel ein und häufen nun dessen Erträgnisse auf. Für das jüdische Volk bedeutet „handeln" tatsächlich „wirtschaften", ist Handelslehre oder Tauschwissenschaft eine vollgültige Wirtschaftslehre.

Es ist deshalb sehr begreiflich, daß eine Lehre, die das Wirtschaftsleben so einseitig vom händlerisch-privatwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, wie es bei Adam Smith der Fall ist, die Bewunderung des jüdischen Börsenspekulanten und Finanzriesen David Ricardo wachrief. Dieser fühlte sich berufen, die Lehre Smiths zu verwalten und weiterzubilden. Die reichliche Muße, die ihm sein an der Börse gewonnenes, beträchtliches Vermögen gestattete, benutzte er zur Abfassung eines umfangreichen Buches über Volkswirtschaftslehre. Alle Grundsätze Adam Smiths, besonders auch die eben erwähnten grundlegenden Irrtümer hat Ricardo gern übernommen. Ebenso finden sich alle Einzelgesetze, die Ricardo aus den Grundsätzen entwickelt, bei Adam Smith mindestens schon angedeutet, nur daß dieser sie meist einfacher und anspruchsloser ausgesprochen hat. Da also die Irrtümer Smiths in der Wertlehre auch die Fehler Ricardos sind, kann dieser hier keine besondere Behandlung beanspruchen.

Wir müssen uns nun noch zwei Folgerungen klarmachen, die sowohl Smith wie Ricardo aus ihren soeben dargelegten Voraussetzungen gezogen haben. Es handelt sich dabei um eine Wahrheit und um einen Irrtum. Die Wahrheit bezieht sich auf die Bildung des Tauschwertes oder Preises. Der „Preis" besteht nach Smith in der privatwirtschaftlichen Ordnung aus drei Teilen, aus den Arbeitskosten, aus der Grundrente und aus dem Kapitalgewinn. Den Preis, der diese drei Teile in der üblichen Höhe enthält, nennt Smith den „natürlichen Preis". Auf Seite 54 sagt er darüber:

„Wenn der Preis einer Ware weder höher noch niedriger ist, als er sein muß, um die Grundrente, den Arbeitslohn und den Gewinn des auf Erzeugung, Bereitung und Feilbietung verwendeten Kapitals nach ihrem natürlichen Satze zu bezahlen, so wird die Ware für den Preis verkauft, den man ihren natürlichen nennen kann."

Smith stellt also fest, daß der Preis aller Waren in der Privatwirtschaft natürlicherweise nicht nur die Arbeits- oder Gewinnungskosten, sondern auch noch einen darüber hinausgehenden Gewinnanteil enthält, einen Gewinnanteil allerdings zugunsten der Besitzer des Geldes, des Bodens oder der Ware, kurz zugunsten der Besitzer der Arbeitsmittel.

Im kapitalistischen System wird nun auch die Arbeitskraft als Ware behandelt. Wie verhält es sich aber mit dem Preise der Ware Arbeitskraft, mit dem Lohn? Enthält dieser auch dieselben Bestandteile wie der Preis der anderen Waren?

Auf diese Frage findet sich bei Smith eine verneinende Auskunft. Seite 67 sagt er:

„Wenn indes auch die Meister bei Streitigkeiten mit ihren Arbeitern gewöhnlich im Vorteil sind, so gibt es doch einen bestimmten Satz, unter den der gebräuchliche Lohn selbst der geringsten Art von Arbeit nicht auf längere Zeit heruntergebracht werden zu können scheint. Es muß ein Mensch durchaus von seiner Arbeit zu leben haben, und der Arbeitslohn muß wenigstens hinreichend sein, um ihm den Unterhalt zu verschaffen. Ja, er muß in den meisten Fällen noch mehr als hinreichend sein, sonst wäre der Arbeiter nicht imstande, eine Familie zu gründen, und das Geschlecht solcher Arbeiter würde mit der ersten Generation aussterben. Aus diesem Grunde nimmt Cantillon an, daß die geringste Art gewöhnlicher Arbeiter immer wenigstens doppelt soviel, als zu ihrem Unterhalt nötig ist, verdienen muß, damit jeder in den Stand gesetzt werde, durchschnittlich zwei Kinder zu erziehen."

Wenn ein Arbeiter als Lohn nur so viel erhält, wie zum Unterhalt seiner selbst und seiner Familie nötig ist, so erhält er eben nur die Gewinnungskosten seiner eigenen Arbeitskraft, denn eine Familie mit zwei Kindern erzeugt nur die Arbeitskraft wieder, die der Vater besessen hat.

Smith gibt damit also zu, daß der Arbeiter gewöhnlich keinen, über die Gewinnungskosten seiner eigenen Arbeitskraft hinausgehenden Gewinn erhält.

Er gibt aber auch den Grund an, warum die „Ware Arbeitskraft" beim Wettbewerb schlechter gestellt ist wie die übrigen Waren. Er weiß, „daß die Meister bei Streitigkeiten mit den Arbeitern gewöhnlich im Vorteil sind". Sie sind aber deshalb im Vorteil, weil sie durch den Besitz der Arbeitsmittel wirtschaftlich mächtiger sind.

Allerdings ist Smith noch zu optimistisch, wenn er meint, der Lohn könne nicht unter den Betrag sinken, der zum Unterhalt einer Familie nötig ist. Die Erfahrung der letzten Jahre hat wieder gezeigt, daß der Lohn für Millionen Arbeiter jahrelang auf Null sinken kann, nämlich immer dann, wenn die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte den Bedarf bei weitem übersteigt.

Immerhin hat Smith das Verdienst, bereits auf das zentrale kapitalistische Unrecht hingewiesen zu haben, welches darin besteht, daß die Besitzer der Arbeitsmittel (des Geldes, der Werkzeuge und Werkstätten, des Bodens und

der Rohstoffe) im Preise ihrer Waren nicht nur ihre Auslagen, also ihre Gewinnungskosten, sondern noch einen darüber hinausgehenden Gewinn erhalten, während dem Arbeiter nur die Wiedererzeugungskosten seiner Arbeitskraft gezahlt werden.

Dabei ist das Unrecht keineswegs darin zu sehen, daß die Unternehmer einen solchen Gewinnanteil erhalten, sondern erst darin, daß die Arbeitskraft ihn nicht erhält.

Auch gegen die Folgen dieses Unrechts war Smith nicht blind, er hätte sonst nicht den Satz schreiben können: „Es kann sicherlich eine Gesellschaft nicht blühen und glücklich sein, deren meiste Mitglieder arm und elend sind.“

Die Erkenntnis von der Benachteiligung der Arbeiter, die keine Arbeitsmittel besitzen, durch den aufkommenden Kapitalismus, war keineswegs Smith allein eigen. Sein Werk erschien 1776, aber schon 1766 hatte der französische Physiokrat Turgot geschrieben: „Der Lohn des Arbeiters ist infolge ihrer Konkurrenz untereinander auf seinen notwendigen Lebensunterhalt beschränkt. Er fristet gerade sein Dasein.“ Der Franzose Quesnay, der Begründer der physiokratischen Schule, hatte sogar schon 1757 ähnliches ausgesprochen.

Es ist bezeichnend, daß die beiden volkswirtschaftlichen Richtungen des Liberalismus, die klassische und die physiokratische, deren Grundsätze so verschieden sind, in ihren Ansichten über den Arbeitslohn übereinstimmten. Man erkennt daran, daß es sich hier nicht um eine aus irgendeinem nationalökonomischen Lehrsystem gezogene Folgerung handelt, die mit diesem System steht und fällt, sondern daß wir darin eine Tatsache des wirtschaftlichen Lebens vor uns haben, die deshalb immer wieder festgestellt wird, weil sie sich jedem Beobachter aufdrängt.

Eigenartig ist es, welche Konsequenzen die klassische und die physiokratische Schule aus ihrer Erkenntnis des sozialen Unrechts gezogen haben. Die Physiokraten erkannten das Bestehen sozialer Ungerechtigkeiten entschieden an und glaubten diese durch die Erfassung der Grundrente beseitigen zu können.

Adam Smith sowie David Ricardo und ihre klassische Schule zogen dagegen aus ihrer Erkenntnis keinerlei Folgerungen gegen die kapitalistische, vom Staate völlig ungeregelte private Konkurrenzwirtschaft. Sie hielten diese Unordnung für die „natürliche Ordnung“ der Dinge und nahmen auch ihre Übelstände als natürliche, unvermeidbare Folgen unbesehen in Kauf. Sie dachten nicht daran, die kapitalistische Ordnung durch eine andere, gerechtere zu ersetzen.

Bei Adam Smith ist dieser Mangel darum noch besonders auffallend, weil er aus seiner Grundanschauung, daß die menschliche Arbeit die einzige Wertquelle sei, notgedrungen eine Folgerung zog, die das System der Eigentumswirtschaft sogar noch ungerechterweise auf das Schwerste belastete.

Es handelt sich um die für die soziale Gerechtigkeit so wichtige Frage: *Woher stammen die Gewinne*, die als Kapitalprofit und Bodenrente neben dem Ersatz der Arbeitskosten ständig einen Teil des Preises ausmachen?

Wenn die menschliche Arbeit die einzige Wertquelle ist, so kann dieser Gewinn einzig und allein aus der Arbeit stammen. Der Kapitalgewinn ist damit hingestellt als ein Teil des Wertes menschlicher Arbeit, der dem Arbeiter durch den Besitzer der Arbeitsmittel vorenthalten wird. Smith faßte die Entstehung des Kapitalgewinnes tatsächlich so auf. Er schreibt auf Seite 48, nachdem er die Verhältnisse der Eigentumswirtschaft geschildert hat:

„Unter diesen Umständen gehört nicht immer das ganze Produkt der Arbeit dem Arbeiter. Er muß es in den meisten Fällen mit dem Kapitalisten teilen, der ihn beschäftigt."

Wer, wie Smith, die Arbeit als die einzige Wertquelle hinstellt und dann behauptet, daß der Arbeiter das Produkt seiner Arbeit mit dem Besitzer der Produktionsmittel teilen müsse, der erklärt doch damit den Kapitalgewinn des Unternehmers einzig und allein aus der Ausbeutung der Arbeitskraft und charakterisiert damit den Unternehmer selbst als Dieb und Räuber.

Liegt die Sache wirklich so, dann erscheint das kapitalistische Unrecht unlösbar verknüpft mit dem Eigentum an den Arbeitsmitteln, und es scheint keinen anderen Weg zu seiner Beseitigung zu geben wie die Aufhebung dieses Eigentums selbst.

So ist tatsächlich Adam Smith, der nationalökonomische Klassiker des Liberalismus, der eigentliche theoretische Begründer jener Ausbeutungs- und Klassenkampflehre, die Marx und Engels später ausgebaut haben.

Es ist ganz klar, daß diese Lehre, die alle Werte und ganz besonders den Kapitalgewinn des Unternehmers allein aus der Arbeit herleitet, zu einem unversöhnlichen Klassenkampf zwischen den Besitzern der Arbeitsmittel und den besitzlosen Arbeitern führen mußte, sobald sie in dem Bewußtsein zuerst der Unternehmer und dann auch der Arbeitnehmer zur Herrschaft gelangte. Und das ist das Furchtbare an diesem Klassenkampf, daß er niemals durch einen friedlichen Ausgleich, sondern nur durch die Vernichtung des einen Gegners beendet werden kann, falls es nicht gelingt, die „klassische" Wertlehre als einen folgenschweren Irrtum zu erweisen und im Bewußtsein der Massen durch eine bessere und überzeugendere zu ersetzen.

## 2. Die Wertlehre des Individual-Sozialismus (Marxismus).

Die großen Nationalökonomen des Liberalismus hatten mit anerkennenswertem Scharfblick die Tatsache aufgedeckt, daß die kapitalistische Form der Eigentumswirtschaft auf einem schweren Unrecht gegen die menschliche Arbeitskraft aufgebaut ist. Die Aufstellung des Ideals einer neuen, gerechteren Ordnung hatten sie aber entweder ganz unterlassen, wie die klassische Schule, oder sie hatten doch nur einen unzulänglichen Versuch dazu unternommen, wie die Physiokraten, die nur den Boden aus dem ganzen Kreis der wirtschaftlichen Fragen herausnehmen und für sich allein regeln wollten.

Jedoch standen bald genug nach ihnen Männer auf, die sich nicht mehr mit der Erkenntnis des Unrechts begnügten, sondern daraus auch die Forderung nach einer gerechteren, nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung entwickelten. In England ragten Thompson und Owen hervor, in Frankreich St. Simon, Proudhon, Fourier, Blanc, und in Deutschland Rodbertus.

Aber auch sie waren Kinder ihrer Zeit, der Zeit, der das Individuum alles, die Gemeinschaft nichts war. Sie stellten deshalb auch die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit nicht vom Standpunkt der Gemeinschaft, sondern nur vom Standpunkt des Einzelnen aus. Hat man aber bei dem Bestreben, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen, nur die Einzelnen vor Augen, und ist man obendrein noch von der Gleichheit aller Menschen überzeugt, so gelangt man notwendig zur Forderung nach wirtschaftlicher Gleichheit aller, wie sie der Kommunismus herbeiführen und dauernd erhalten will. Weil also alle diese Männer Individualisten waren, konnten sie auch nur Individualsozialisten sein, mußten sie den Kommunismus auf ihre Fahne schreiben.

Ihre nationalökonomische Grundlage bildeten ausnahmslos Adam Smith und Ricardo. Mit den Einsichten übernahmen sie auch deren Irrtümer, besonders den, daß der Kapitalgewinn einzig und allein aus der Arbeit stamme. So erklärte Proudhon: „Es ist die Arbeit, die Arbeit allein, die alle Elemente des Reichtums hervorbringt.“ In einer namenlosen englischen kommunistischen Streitschrift von 1821 heißt es: „Was auch dem Kapitalisten zukommen möge, er kann immer nur die Mehrarbeit der Arbeiter aneignen“, und Thompson fragte 1827: „Warum soll der Arbeiter nicht das ganze Produkt seiner Arbeit erhalten?“ Obwohl in diesen Sätzen die marxistische Lehre bereits lange vor Marx fertig ausgebildet vorlag, ist es doch keinem dieser Männer gelungen, eine Volksbewegung in diesem Sinne hervorzurufen. Dies blieb zwei anderen vorbehalten, die als Juden die bestehende Staats- und Wirtschaftsordnung viel rücksichtsloser angreifen konnten, gefährdeten sie doch nicht Volkstum und Kultur der eigenen Nation, sondern fremder, ihnen verhaßter Völker.

Diese beiden waren Lassalle und Marx. Auch sie sind wie ihre Vorgänger gänzlich abhängig von der klassischen Nationalökonomie Adam Smiths und Ricardos. Trotzdem unterscheiden sie sich in ihren Forderungen wesentlich voneinander. Lassalle stellte das „eherne Lohngesetz“ in den Mittelpunkt seiner Agitation. Er ging also von der unumstößlich richtigen Erkenntnis aus, die sich auch bei Smith und Ricardo fand, daß der Arbeiter als Lohn im allgemeinen nicht mehr erhält, wie zur Wiedererzeugung seiner Arbeitskraft notwendig ist. Dieses eherne Lohngesetz der kapitalistischen Ordnung gelte es zu durchbrechen. Lassalle und seine Anhänger waren also keine grundsätzlichen Gegner der Eigentumsordnung und der Privatwirtschaft. Sie erstrebten nur einen gerechten Anteil der Arbeiter am Ertrage und an der Führung dieser Wirtschaft. Deshalb schlugen sie Produktivgenossenschaften vor, für die sie Staatsunterstützungen verlangten, blieben also mit ihren

Forderungen durchaus im eigentums- und privatwirtschaftlichen Rahmen, waren auch nicht ausgesprochen international gerichtet.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß Bismarck versucht hat, mit ihnen zusammen zu wirken, während er den Gedanken, mit den Marxisten zu arbeiten, stets weit von sich gewiesen hat.

Und mit vollem Recht. Marx hat die klassischen und physiokratischen Lehren viel vollständiger in sich aufgenommen wie der oberflächliche Blender Lassalle.

Daß er jedoch nicht nur von Adam Smith und Ricardo gelernt hat, sieht man auf Seite 10 des „Kapitals", Bd. 1, wo zu lesen ist: „Die Gebrauchswerte Rock, Leinwand usw., kurz die Warenkörper, sind Verbindungen von zwei Elementen, Naturstoff und Arbeit. Zieht man die Gesamtsumme aller verschiedenen nützlichen Arbeiten ab, die in Rock, Leinwand usw. stecken, so bleibt stets ein materielles Substrat zurück, das ohne Zutun des Menschen von Natur vorhanden ist. Der Mensch kann in seiner Produktion nur verfahren wie die Natur selbst, d. h. nur die Formen der Stoffe ändern. Noch mehr. In dieser Arbeit der Formung selbst wird er beständig unterstützt von Naturkräften. Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums. ‚Die Arbeit ist sein Vater', wie William Petty sagt, ‚und die Erde seine Mutter.'"

Hier verrät Marx die wichtige Erkenntnis, daß die Gebrauchswerte, die den wirtschaftlichen Reichtum der Menschen ausmachen, aus zwei Quellen fließen, aus Natur und Arbeit. Hätte er Originalität des Geistes und guten Willen genug besessen, um auf dieser Einsicht folgerichtig ein neues System der Nationalökonomie aufzubauen, so hätte er der Schöpfer einer wirklichen Wirtschaftslehre werden können. Ihm aber fehlte einerseits die Einsicht in die überragende Bedeutung des Gebrauchswertes im Wirtschaftsleben, andererseits hatte er als Jude, also als Angehöriger eines reinen Handelsvolkes, keinen Anlaß, die bis dahin als Volkswirtschaftslehre geltende Handelslehre Smiths und Ricardos durch eine echte Wirtschaftslehre zu ersetzen.

So setzt er denn den eben angeführten Satz fort: „Gehen wir nun von der Ware, soweit sie Gebrauchsgegenstand, über zum Warenwert." Da Marx schon vorher auseinandergesetzt hat, daß unter Warenwert Tauschwert zu verstehen sei, so verläßt er hier also mit kühler Handbewegung das Gebiet der Gebrauchswerte, um alle weiteren Untersuchungen seines dreibändigen Werkes „Das Kapital" allein dem Tauschwert zu widmen. Mit dieser Wendung hat sich Marx wieder auf den Erkenntnisstandpunkt Smiths zurückbegeben, den er bereits überwunden zu haben schien. Es ist nur natürlich, daß Marx nun auch alle Irrtümer der klassischen Schule übernimmt und dadurch wissenschaftlich zu einem Nachbeter von Smith und Ricardo wird.

Auch für Marx ist der Tauschwert hinfort der eigentliche Wert. „Der Fortgang der Untersuchung wird uns zurückführen zum Tauschwert als der notwendigen Ausdrucksweise oder Erscheinungsform des Werts." (Kapital, S. 5.) Und für diesen Wert (Tauschwert) erkennt er, genau wie Smith und Ricardo, nur eine Quelle an, die menschliche Arbeit. „Es ist also nur das

Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswertes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße (Tauschwert) bestimmt. Als Werte (Tauschwerte) sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit."

Schärfer und bestimmter läßt sich das klassische Einquellendogma überhaupt nicht aussprechen. Wie steht es aber mit dem Beweis? Ein solcher wird gar nicht erst versucht, obwohl er nötig genug wäre. Gibt man mit Marx zu, daß der Gebrauchswert aus Natur- und Arbeitswerten zusammengesetzt ist, so muß man die Möglichkeit einer solchen Zusammensetzung auch für seinen Bruchteil, den Tauschwert erwägen und die Sache untersuchen. Erst wenn diese Untersuchung das unmögliche Ergebnis haben sollte, daß tatsächlich die Naturwerte nichts zur Bildung des Tauschwertes beitragen, könnte eine Behauptung, wie die von Marx, aufgestellt werden. Marx hat an diese Untersuchung nicht einmal gedacht.

Ein Marxist könnte nun zur Verteidigung seines Meisters erklären: „Die Naturwerte sind doch geschenkte Werte. Der Tauschwert wird aber als Durchschnittspreis für die Ware gezahlt. Der Teil der Ware, der geschenkt worden ist, kann aber nicht in dem Teil enthalten sein, der bezahlt wird." Der Mann übersieht nur, daß man niemand daran hindern kann, sich Werte, die ihm geschenkt wurden, von andern beim Verkauf bezahlen zu lassen, falls er die wirtschaftliche Macht dazu hat, die Bezahlung zu erzwingen. Tatsächlich haben die Warenbesitzer diese Macht, selbst bei freier Konkurrenz, und erst recht dann, wenn diese durch Vertrustung eingeschränkt ist. Marx setzt das auch selbst voraus, nimmt er doch an, daß sich die Kapitalisten Werte bezahlen lassen, die sie von den Arbeitern geschenkt nahmen. Wenn das aber mit Arbeitswerten möglich ist, muß es doch ebensogut mit Naturwerten möglich sein.

Wie die Grundsätze, so hat Marx auch die Folgerungen der Klassiker sich zu eigen gemacht, vor allem das Wertgesetz, das behauptet, daß alle Waren im Verhältnis ihres Wertes ausgetauscht würden. Auf Seite 20 spricht Marx das so aus: „Die Gleichung ‚20 Ellen Leinwand gleich 1 Rock, oder: 20 Ellen Leinwand sind 1 Rock wert' setzt voraus, daß in 1 Rock gerade so viel Wertsubstanz steckt als in 20 Ellen Leinwand, daß beide Warenquanta also gleich viel Arbeit kosten oder gleich große Arbeitszeit."

Die Meinung Smiths, daß der Arbeitslohn nie auf einen geringeren Betrag sinken könne als zum Unterhalt einer Familie notwendig sei, macht Marx sich in der Form zu eigen, daß die Arbeitskraft vom Unternehmer im Durchschnitt zu ihrem Werte gekauft werden müsse. Was ist aber der Wert der Arbeitskraft? „Der Wert (Tauschwert) der Arbeitskraft, gleich dem jeder andern Ware, ist bestimmt durch die zur Erzeugung, also auch Wiedererzeugung dieses besonderen Artikels notwendige Arbeitszeit."

Da der Wert der Arbeitskraft ihren Wiedererzeugungskosten gleich ist, und die Arbeiter im Durchschnitt den Wert ihrer Arbeitskraft als Lohn erhalten, so können sie nach Marx auf einen Lohn rechnen, der ihnen den Unterhalt

einer Familie gestattet. Daß sich diese Meinung der Praxis gegenüber nicht immer bewahrheitet, ist schon früher zum Ausdruck gebracht worden.

Wie denkt Marx nun über die Entstehung des Kapitalgewinnes? Auch hier eignet er sich die klassische Lehre an, daß der Kapitalgewinn immer und allein ein Abzug vom Arbeitsertrage sei, daß er nur durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter zustande komme. Wie dies möglich sei, führt er Bd. II, S. 177—79 näher aus: „Wir haben gesehen, daß der Arbeiter während eines Abschnittes des Arbeitsprozesses nur den Wert seiner Arbeitskraft produziert, d. h. den Wert seiner notwendigen Lebensmittel. Wenn der Wert seiner täglichen Lebensmittel im Durchschnitt sechs vergegenständlichte Arbeitsstunden darstellt, so muß der Arbeiter im Durchschnitt täglich 6 Stunden arbeiten, um ihn zu produzieren. Den Teil des Arbeitstages nenne ich notwendige Arbeitszeit.

Die zweite Periode, die der Arbeiter über die Grenzen der notwendigen Arbeitszeit hinaus schanzt, kostet ihm zwar Arbeit, bildet aber keinen Wert für ihn. Sie bildet Mehrwert, der den Kapitalisten mit allem Reiz einer Schöpfung aus nichts anlacht. Diesen Teil des Arbeitstages nenne ich Mehrarbeitszeit und die in ihr verausgabte Arbeit Mehrarbeit.

So entscheidend es für die Erkenntnis des Wertes (Tauschwertes) überhaupt ist, ihn als bloße Gerinnung von Arbeitszeit, als bloß vergegenständlichte Arbeit, so entscheidend ist es für die Erkenntnis des Mehrwertes, ihn als bloße Gerinnung von Mehrarbeitszeit, als bloß vergegenständlichte Mehrarbeit zu begreifen.

Also arbeitet der Arbeiter die eine Hälfte des Tages für sich, die andere für den Kapitalisten."

Marx hat sich zeitlebens viel darauf zugute getan, daß er nicht nur, wie Smith und Ricardo, behauptet habe, der Kapitalgewinn entstamme allein der menschlichen Arbeit, sondern daß er darüber hinaus gezeigt habe, wie die menschliche Arbeit im kapitalistischen System diesen Mehrwert erzeuge. In Wirklichkeit hat er diese Frage aber nicht zu Ende gedacht. Marx hat angenommen, die menschliche Arbeit sei imstande, aus sich heraus doppelt soviel Tauschwert zu schaffen, wie zu ihrer eigenen Wiedererzeugung notwendig sei. Ob diese Behauptung richtig ist, hat er nicht untersucht, viel weniger bewiesen. Nehmen wir sie aber als richtig an, so erhebt sich doch sofort die Frage: Woher hat die menschliche Arbeitskraft, die ans zauberische grenzende Fähigkeit, mehr Wert zu erzeugen, als sie selbst darstellt?

Werte sind Kräfte oder Energien. Die menschliche Arbeit ist weiter nichts als Umwandlung einer Energieform in eine andere. Nach einem unumstößlichen Naturgesetz erhält man aber bei einer solchen Umwandlung auf beiden Seiten gleiche Energiemengen, nicht mehr und nicht weniger. Wenn nun der Mensch imstande ist, bei seiner Arbeit doppelt soviel Kraft auszugeben, wie zu seiner eigenen Erzeugung verbraucht worden ist, so gibt es dafür nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: Entweder haben wir hier das

Wunder einer „Schöpfung aus nichts" vor uns, oder wir müssen annehmen, daß der entstandene Wert nicht allein aus der menschlichen Arbeit, sondern teilweise aus einer anderen Quelle geflossen ist. Da wir uns mit der Erklärung durch das Wunder kaum zufrieden geben werden, so bleibt ernsthafter Forschung nur der zweite Weg, die Zweiquellentheorie, übrig.

Die zweite Wertquelle kann aber nur die Natur sein. So führt gerade die Frage nach der Entstehung von Mehrwert, deren Lösung Marx gefunden haben will, bei folgerichtiger Durchdenkung zu der Einsicht, daß neben der Arbeitskraft des Menschen auch die Naturkräfte zur Bildung von Wert beitragen. Das bedeutet aber den Umsturz des ganzen Gedankengebäudes der klassischen Wertlehre mitsamt ihrem marxistischen Anhängsel, denn dieses System beruht auf dem Grundsatz, daß die Arbeit des Menschen die einzige Wertquelle sei. Hätte Marx also die Gedanken von Smith und Ricardo konsequent zu Ende gedacht, so hätte er selbst zu der Erkenntnis gelangen müssen, daß schon der erste Fundamentalsatz derselben unhaltbar war.

Marx fühlte sich dazu begreiflicherweise nicht veranlaßt. Als Jude genügte es ihm, in den allgemein als Wahrheiten anerkannten Irrtümern der klassischen Nationalökonomie eine vorzügliche Grundlage gefunden zu haben, um die Arbeiter zu lehren, daß jeder Unternehmergewinn für sie eine Beraubung um einen Teil ihrer Arbeitsleistung darstelle, um ihre berechtigte Empörung über ihre schlechte Lage in der kapitalistisch verdorbenen Eigentumsordnung fortzubilden zum unversöhnlichen Haß gegen alle Unternehmer und Besitzenden und schließlich gegen die Eigentumsordnung selbst, um den durch den kapitalistischen Mißbrauch hervorgerufenen Interessengegensatz der Stände zum Klassenkampf zu steigern, und um ihnen als einziges Mittel ihrer Befreiung die Aufhebung des Eigentums und die Zerstörung der Nationen und deren Ersatz durch die kommunistische Weltwirtschaft und die menschliche Gesellschaft zu predigen.

Es ist also nicht der Marxismus gewesen, der die Theorie des Klassenkampfes erfunden hat, vielmehr war diese in der klassischen Nationalökonomie des Liberalismus bereits im Keime enthalten. Marx war sich dieser Tatsache vollständig bewußt, sagt er doch schon in seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie": „Ganz so wichtig, wie es war, den Wert in Arbeit aufzulösen, ganz so wichtig war es, den Mehrwert, der sich als ein Mehrprodukt darstellt, in Mehrarbeit. Dies ist in der Tat bei Adam Smith schon gesagt und bildet ein Hauptmoment in Ricardos Entwicklung."

Auch der Kommunismus vor Marx war, wissenschaftlich gesehen, nur ein Auswuchs der klassischen Lehren. Als Zeuge mag dafür Friedrich Engels gelten, der im Vorwort zum „Kapital", Bd. II, S. XVI schreibt: „Der ganze Owensche Kommunismus, soweit er ökonomisch-polemisch auftritt, stützt sich auf Ricardo. Neben ihm aber noch eine ganze Reihe von Schriftstellern, von denen Marx schon 1847 nur einige gegen Proudhon anführt: Edmonds, Thompson, Hodgskin und noch vier Seiten et cetera."

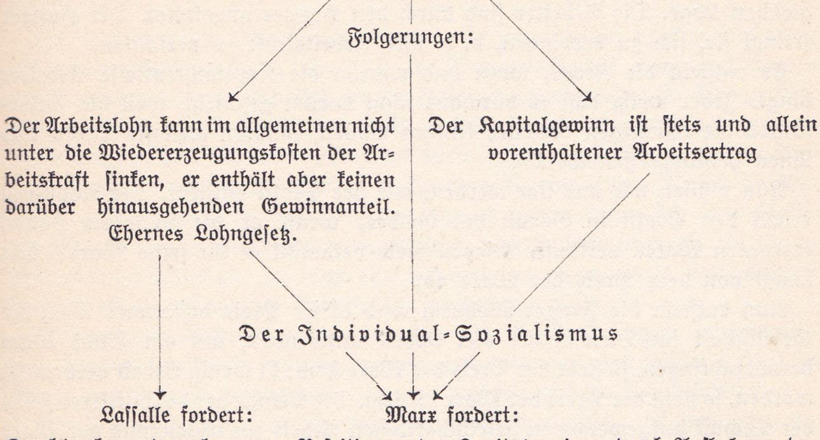
Um diesen Zusammenhang zwischen dem Liberalismus und dem In-

dividual-Sozialismus, soweit er die Wertlehre betrifft, zur vollen Klarheit zu bringen, möge hier noch eine gedrängte Übersicht folgen:

**Die klassische Schule des Liberalismus (Smith, Ricardo).**

**Grundsätze:**

1. Der Tauschwert ist der eigentliche Wert (Privatwirtschaftslehre, Handelslehre).
2. Die menschliche Arbeit ist die einzige Wertquelle (Klassenkampflehre).




Lassalle fordert: Durchbrechung des ehernen Lohngesetzes. Arbeiter-Produktivgenossenschaften.

Marx fordert: Beseitigung des Kapitalgewinns durch Aufhebung der Eigentumsordnung (Kommunismus). Weg dahin: Internationale Organisation und Zusammenwirken des Proletariats; dadurch Beseitigung der nationalen Gliederung (Internationalismus).

Kommunismus und Internationalismus sind Ziele der natürlichen Entwicklung und deshalb unvermeidlich.

Die liberal-marxistische Wertlehre ist keineswegs eine praktisch nebensächliche Angelegenheit. Sie spielt in der liberalen Fassung noch heute in der Wissenschaft eine große Rolle. So schrieb Professor Diehl 1905 in seinem großen Werk über Ricardo: „Eine Kritik der Ricardoschen Werttheorie dürfte auch heute noch keineswegs als überflüssig zu erachten sein; denn weit entfernt davon, daß wir es hier mit einer längst widerlegten Theorie zu tun haben, werden die Gedankengänge Ricardos ganz oder teilweise auch heute noch in weitem Umfange von der Wissenschaft festgehalten." Und Dietzel schrieb 1892 sogar: „Ich bin der Meinung, daß das Problem des Wertes seine, zwar in Einzelheiten mangelhafte, im großen und ganzen aber endgültige, unangreifbare Beantwortung durch Ricardo erhalten hat."

Von viel verhängnisvollerer Wirkung ist aber die Macht, die jene Lehre in ihrer marxistischen Gestalt auf die großen Massen des arbeitenden Volkes in ganz Europa durch die sozialdemokratische und die kommunistische Partei ausübt. In diesen Kreisen haben die Irrlehren von Smith, Ricardo und

Marx eine verheerende Volkstümlichkeit erhalten und bestimmen ausschließlich das politische Wollen derselben.

In welcher Reinheit diese Theorien noch heute dort verbreitet werden, zeigt neben dem sozialdemokratischen Schrifttum besonders deutlich das bolschewistische „ABC des Kommunismus“ von Bucharin und Preobraschensky. Dort heißt es:

„Tatsächlich befinden sich aber Arbeiter und Kapitalisten nicht in der gleichen Lage. Die Arbeiter sind durch den Hunger angekettet. Der Hunger zwingt sie, sich zu verdingen, d. h. ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Es entsteht die Frage, wozu und warum die Kapitalistenklasse Arbeiter dingt. Jeder weiß, daß es durchaus nicht darum geschieht, weil die Fabrikanten die hungrigen Arbeiter füttern wollen, sondern weil sie Profit aus ihnen herauspressen wollen.

Nun müssen wir uns klar werden, wie der Profit entsteht. Der Kapitalist erhält den Profit in Gestalt des Geldes, wenn er die in seiner Fabrik erzeugten Waren verkauft. Wieviel Geld bekommt er für seine Ware? Das hängt von dem Preis der Ware ab.

Nun entsteht die Frage: Wodurch wird dieser Preis bestimmt? Muß die Gesellschaft im Durchschnitt viel Arbeit aufwenden, um ein Stück Ware hervorzubringen, so steht der Preis der Ware hoch; ist wenig Arbeit verbraucht worden, so steht der Preis der Ware niedrig. Die Menge der bei mittlerer Höhe der Technik aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeit zur Erzeugung der Ware bestimmt den Wert dieser Ware. Jetzt sehen wir, daß der Preis durch den Wert bestimmt wird. In Wirklichkeit ist der Preis bald höher, bald tiefer als der Wert, doch können wir der Einfachheit halber annehmen, daß er ein und dasselbe ist.

Das Dingen der Arbeiter ist der Kauf einer besonderen Ware, die den Namen „Arbeitskraft“ trägt. Ist die Arbeitskraft einmal Ware geworden, so gilt für sie alles das, was für andere Waren gilt. Wenn der Kapitalist den Arbeiter dingt, so bezahlt er ihm den Preis für seine Arbeitskraft oder, der Einfachheit halber, ihren Wert. Wodurch ist dieser Wert bestimmt? Wir haben gesehen, daß der Wert aller Waren durch die Menge der Arbeit bestimmt wird, die zu ihrer Erzeugung verwendet wurde. Dasselbe gilt auch für die Arbeitskraft. Was versteht man aber unter Erzeugung der Arbeitskraft? Die Befriedigung der Bedürfnisse des Arbeiters stellt die Erzeugung der Arbeitskraft dar. Es kommen aber da noch andere Dinge hinzu, wie die Ausgaben für eine eventuelle Lehrzeit, wenn es sich um gelernte Arbeiter handelt, usw.

Alles, was die Arbeiterklasse verbraucht, um ihre Arbeitskraft zu erneuern, hat einen Wert. Folglich bilden der Wert der Bedarfsartikel und die Ausgaben für die Lehre den Wert der Arbeitskraft.

Erstens hat die Ware in sich den Wert der verbrauchten Produktionsmittel eingesogen. Zweitens ist darin die Arbeit der Arbeiter enthalten. Wenn 30 Arbeiter an der Herstellung der Waren je 30 Stunden arbeiteten, so verwendeten sie insgesamt 900 Arbeitsstunden. Der gesamte Wert der erzeugten

Ware wird also bestehen aus dem Werte der aufgebrauchten Materialien (nehmen wir z. B. an, dieser Wert ist gleich 600 Stunden) und aus dem neuen Werte, den die Arbeiter durch ihre Arbeit (900 Stunden) hinzugefügt haben, d. h. er wird gleich sein 600 plus 900 gleich 1500 Stunden.

Wieviel kostet aber den Kapitalisten diese Ware? Für die Rohstoffe bezahlt er alles, d. h. jenen Geldbetrag, der dem Werte von 600 Arbeitsstunden entspricht. Und für die Arbeitskraft? Hat er denn die ganzen 900 Stunden bezahlt?

Da liegt eben die Lösung des Ganzen. Er bezahlt laut unserer Annahme den vollen Wert der Arbeitskraft für die Tage der Arbeit, eine Summe, die zur Erneuerung ihrer Arbeitskraft für diese Tage notwendig ist. Wie groß ist aber diese Summe? Die Antwort ist einfach: sie ist bedeutend geringer als der Wert von 900 Stunden. Warum? Weil jene Menge Arbeit, die zur Aufrechterhaltung meiner Arbeitskraft notwendig ist, eine Sache für sich ist; was anderes ist wieder jene Arbeitsmenge, die ich leisten kann. Ich kann täglich 10 Stunden arbeiten. Verzehren, Kleider verbrauchen kann ich täglich im Werte von 5 Stunden. Ich kann also viel mehr arbeiten, als an Aufwand zur Aufrechterhaltung meiner Arbeitskraft verbraucht wird.

Bei unserem Beispiel verbrauchen die Arbeiter in 3 Tagen Lebensmittel und Kleider im Werte von, sagen wir, 450 Stunden und leisten Arbeit im Werte von 900 Stunden; 450 Stunden verbleiben dem Kapitalisten."

Wir sehen, auch der Bolschewismus beruht theoretisch voll und ganz auf der liberal-marxistischen Wertlehre, deren Bedeutung damit genügend hervorgehoben sein dürfte.

## 3. Die Wertlehre der Physiokraten.

Die folgerichtige Durchdenkung der klassisch-marxistischen Wertlehre führt zu der Erkenntnis, daß ihre beiden Hauptsätze: 1. der Tauschwert ist der wirtschaftliche Wert und 2. die Arbeit der Menschen ist die einzige Wertquelle — unhaltbar sind.

Vor und neben der klassischen Schule standen die Physiokraten. Sie waren echte Liberale wie die Klassiker. Von ihnen stammt der Satz: Laissez faire, laissez passer, le monde va de lui-même. Das heißt auf Deutsch: Machen lassen, laufen lassen! Die Welt geht von selbst; oder in echt niedersächsischer Mundart und Kürze: „Dat löpt sik all t'recht." Es war ihr Glaube, daß sich auch im Wirtschaftsleben Recht und Gerechtigkeit durchsetzen würden, wenn man ihm nur eine naturgemäße Entwicklung in Freiheit gestatte. Mit Baruch Spinoza waren sie von dem restlosen Siege des Gemeinwohls überzeugt, wenn nur jeder sein Eigenwohl ungehindert verfolgen könne. Sie waren also Individualisten und stimmten in all dem mit Adam Smith und seiner Schule völlig überein.

In der Wertlehre jedoch vertraten sie eine völlig entgegengesetzte Ansicht. Ihr Hauptsatz lautete: Die Erde allein ist die Quelle aller Güter. Dabei ver-

standen sie „Erde" in dem umfassenden Sinne von „Natur" überhaupt. Sie suchten also die Wertquelle nicht in der Arbeit, sondern allein in der Natur und waren damit ebenso einseitig wie Adam Smith und seine Anhänger, nur ging ihre Einseitigkeit in gerade entgegengesetzter Richtung.

Auch sie konnten infolgedessen nicht zu einer zutreffenden Erkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge gelangen. So behauptete der Franzose Quesnay, der Begründer der Schule, nur die Bauern seien eine werterzeugende, produktive Klasse, die Gewerbe seien dagegen unproduktiv, unfruchtbar. Und an dieser Ansicht hat die ganze physiokratische Schule im Prinzip dauernd festgehalten, wenn sie auch die Ausdrucksweise später etwas milderte. Sie glaubte eben allen Ernstes, nur diejenigen, die die Früchte der Natur unmittelbar in Empfang nähmen, gewännen einen Wertüberschuß, während das weiterverarbeitende Gewerbe einen solchen nicht erzielen könne.

Der Ansicht der Physiokraten, nur die Natur sei Wertquelle, entsprang auch ihr Reformvorschlag, durch dessen Verwirklichung sie in der entarteten Eigentumsordnung ihrer Zeit die soziale Gerechtigkeit wieder heimisch zu machen hofften. Das sollte erreicht werden durch eine einzige, verblüffend einfache Maßnahme, nämlich durch die Schaffung der „einzigen" Steuer, die von den Bodenbesitzern zu zahlen sei, weil nur diese eine arbeitslose Rente von der Natur bezögen.

Die Unzulänglichkeit der ganzen Lehre offenbarte sich in diesem Vorschlage so deutlich, daß sie schon zu Zeiten ihrer Gründer erkannt wurde und Voltaire das Schlagwort prägen konnte, die einzige (unique) Steuer sei eine ungerechte (inique) Steuer.

Trotzdem ist die physiokratische Lehre auch heute noch nicht ganz belanglos. Ihre Grundlehren sind durch Henry George wieder lebendig gemacht worden und durch ihn in jene Richtung der Bodenreformbewegung hineingeflossen, die in Deutschland von Adolf Damaschke geführt wird.

Aber auch die Freiland- und Freigeldbewegung Silvio Gsells ist im Grunde nur eine etwas erweiterte Neuauflage physiokratischer Lehren und Irrtümer.

Wie kamen nun die Physiokraten zu der sonderbaren Lehre von der Unfruchtbarkeit des Gewerbes? Offenbar dadurch, daß sie unter Wert weder den Tauschwert noch den Gebrauchswert, sondern den Vollwert, den „Wert schlechthin" verstanden, also eine sehr unklare Vorstellung von dem eigentlichen wirtschaftlichen Wert hatten.

Der Naturwert der Kohle besteht in ihrem Energiegehalt. Diesen besitzt sie bereits in ihrer vollen Höhe, wenn sie noch als reiner Naturgegenstand in der Erde ruht. Durch die Arbeit, die der Mensch an der Kohle leistet, wird dieser Energiegehalt in keiner Weise vermehrt. Ein Kilogramm Kohle erzeugt immer 8000 Wärmeeinheiten, mag es nun ausgelesen, gewaschen, gebrochen, verfrachtet sein oder nicht. Genau so ist es mit dem Getreide. Auch dieses hat seinen vollen Kraftinhalt bereits als Naturerzeugnis. Durch Mahlen und Backen kann derselbe in keiner Weise vergrößert werden. In bezug auf den Naturwert sind daher die weiterverarbeitenden Gewerbe tatsächlich un-

produktiv, unfruchtbar. Sie sind durchaus nicht imstande, neue Werte dieser Art, nämlich neue Kräfte zu erzeugen. Sieht man genauer zu, so erkennt man freilich, daß auch der Bauer oder der Bergmann in diesem Sinne nicht produktiv ist. Auch er erzeugt die Energie der Kohle oder des Weizens nicht, diese wird vielmehr allein durch die Natur hervorgebracht. Ja, die Kraft, die der Mensch bei der Arbeit ausgibt, stammt selbst aus der Natur, ist also auch der Herkunft nach Naturwert. Wir kommen also zu dem Schluß, daß die menschliche Arbeit aller Berufe und nicht nur der weiterverarbeitenden Gewerbe außerstande ist, neue Kräfte, also „Wert schlechthin", zu erzeugen. In bezug auf die Energie oder den „Wert schlechthin" ist alle menschliche Arbeit unfruchtbar. Freilich produzieren, erzeugen kann auch die Natur diesen Wert nicht, die Kräfte sind da, sie sind naturgegeben.

Immerhin, sieht man nur auf den „Wert schlechthin", so haben die Physiokraten recht, wenn sie sagen: Die Natur ist die einzige Wertquelle; dann ist auch nicht nur die gewerbliche, sondern jede menschliche Arbeit unproduktiv, der Mensch ist nichts weiter als ein Kostgänger der Natur.

Die Kräfte als solche, die „Werte schlechthin" ins Auge zu fassen, das ist aber der Standpunkt des Naturforschers, nicht des Wirtschaftlers. Dem Wirtschaftler ist nicht mit Kräften, nicht mit „Werten im allgemeinen" gedient, er will wirtschaftliche Gebrauchswerte oder Reichtum, also solche Kräfte, die vermöge ihrer besonderen Form den Menschen für ihren Krafthaushalt zur Verfügung stehen, ihnen nutzbar sind. Allein auf die Gewinnung solcher Gebrauchswerte ist die ganze wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen gerichtet. Gebrauchswerte kann man aber nur gewinnen, wenn man Naturwerte durch menschliche Arbeit in der richtigen Weise umformt. In dieser Umformung besteht also die Produktion wirtschaftlicher oder Gebrauchswerte. Zu dieser Umformung liefert die Natur gewissermaßen das Material, der Mensch aber die Umformungsenergie. Beide sind also bei der Umformung tätig und damit Quelle von wirtschaftlichem oder Gebrauchswert. In bezug auf den Gebrauchswert ist nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Arbeit produktiv. An der Umwandlung des Naturwertes in Gebrauchswert sind auch alle Berufe und Stände beteiligt, soweit sie überhaupt eine nützliche Tätigkeit ausüben. In bezug auf ihn ist also jede menschliche Arbeit produktiv. Das Wort produzieren oder erzeugen kann freilich auch hier leicht irreführen. Es handelt sich ja nicht eigentlich um ein Erzeugen, sondern nur um ein Umformen, das am besten als „Gewinnung" bezeichnet wird.

Der Irrtum der Physiokraten bestand also darin, daß sie im „Wert schlechthin", wie ihn die Natur liefert, bereits „wirtschaftlichen Wert" erblickten und dadurch die beiden Begriffe „Wert" und „Gebrauchswert" gleichsetzten. Daher kam es denn auch, daß sie die Natur für die einzige Wertquelle hielten. Diese Irrtümer, die ein wirkliches Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge unmöglich machten, mögen sich daraus erklären, daß Quesnay, der Begründer der Schule, Arzt und Naturforscher war und deshalb geneigt sein mochte, auch die Wirtschaft allein mit den Augen des Naturforschers zu betrachten. Dazu

kam noch, daß in dem wenig industrialisierten Frankreich vor der Revolution die Bodenfrage eine überragende soziale Bedeutung hatte, so daß selbst kluge Männer in den Irrtum verfallen konnten, durch ihre Regelung die soziale Gerechtigkeit überhaupt gesichert zu haben.

Die nachstehende Übersicht soll die Hauptpunkte der klassisch-marxistischen und der physiokratischen Richtung durch Gegenüberstellung noch einmal hervorheben.

| | Die klassisch-marxistische Schule | Die physiokratische Schule |
|---|---|---|
| Der wirtschaftliche Wert . | Tauschwert | Wert schlechthin |
| Die einzige Wertquelle. . | Die menschliche Arbeit | Die Natur |
| Herkunft des Gewinnes . | Aus der menschlichen Arbeit | Aus der Natur |
| Nutznießer dieses Gewinnes | Besitzer der Waren und der Arbeitsmittel | Besitzer des Bodens |

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Nationalökonomie als Wissenschaft uns zwar bisher in der klassisch-marxistischen Schule eine Wertlehre vom Standpunkt des Tauschwertes und in der physiokratischen Schule eine solche vom Standpunkt des „Wertes überhaupt“ gegeben hat, daß aber eine Wertlehre, die den „eigentlichen wirtschaftlichen Wert“, nämlich den Gebrauchswert, in den Mittelpunkt stellt, durchaus fehlt.

Daran ist auch durch die neueren Richtungen dieser Wissenschaft, wie die historische, die staatssozialistische und die Wiener Schule, nichts geändert worden. Die letztere hat sich zwar in der Grenznutzentheorie mit den Werten befaßt, ist aber dabei trotz ihres Gegensatzes zu Adam Smith vom Tauschwert nicht losgekommen. Der Gegensatz zu Adam Smith besteht nur darin, daß dieser und mit ihm Marx den Tauschwert von den Kosten abhängig sein läßt, während die Grenznutzentheoretiker nachweisen wollen, er sei von dem Nutzen (Gebrauchswert der Güter), und zwar von dem kleinsten noch möglichen Nutzen (Grenznutzen) abhängig. „Das Maß des abhängigen Nutzens ist in aller Regel auch das Maß für den Güterwert (Tauschwert) . . . Nicht der größte Nutzen also, den das Gut stiften könnte, ist für seinen Wert maßgebend, auch nicht der Durchschnittsnutzen, sondern der kleinste Nutzen (Grenznutzen), zu dessen Herbeiführung es rationellerweise noch verwendet werden dürfte . . . Der Wert eines Gutes bestimmt sich nach der Größe seines Grenznutzens“ (Böhm-Bawerk a. a. O., S. 174 und 184). Da aber der kleinstmögliche Nutzen eines Gutes mit seinen Kosten zusammenfällt, so ist der ganze gelehrte Streit zwischen den Wienern und den Klassikern und Marxisten müßig. Ich habe bereits gezeigt, daß der Tauschwert zwar zwischen Kosten und Nutzen zu liegen pflegt, in seiner Lage aber von den wirtschaftlichen Machtverhältnissen be-

stimmt wird. Weil sie diese Zusammenhänge nicht erkannte, konnte der Wiener Schule die Aufstellung einer befriedigenden Wertlehre ebensowenig gelingen wie den Klassikern.

## 4. Ansätze zu einer Gebrauchswertlehre.

Zu einer zutreffenden Wertlehre kann man nur gelangen, wenn man die Erkenntnis zugrunde legt und bis zu Ende festhält, daß der Gebrauchswert der eigentliche wirtschaftliche Wert ist, und daß die Natur und die menschliche Arbeit gleicherweise Quellen dieses Wertes sind.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Einsicht an und für sich ebenso alt ist wie die bisher dargestellten Lehren.

Es wurde bereits das treffliche Wort Pettys angeführt, der vom Reichtum sagt: Die Arbeit ist sein Vater wie die Erde seine Mutter. Aber schon der ältere Mirabeau schreibt von sich: „Ich hatte also geklügelt: ‚Die Reichtümer sind die Früchte der Erde und der Tätigkeit des Menschen.'" Die Art, wie er von dieser richtigen Grundansicht zu dem Irrtum der Physiokraten bekehrt wurde, denen er sich später anschloß, ist bezeichnend dafür, wie der menschliche Geist, der schon auf dem Wege zur Wahrheit sicher voranschreitet, doch wieder in den Irrtum zurückfallen kann.

Quesnay las Mirabeaus Werk „Der Menschenfreund" und schrieb darauf: „Das Kind hat schlechte Milch getrunken. Die Kraft seiner Naturanlagen reißt es zwar zu den richtigen Folgerungen fort, aber von den Grundsätzen versteht es nichts." Er bat Mirabeau um eine Unterredung, zu der dieser „mit der Sicherheit eines Goliath" ging. „In der Unterhaltung geschah es nun, daß dem Goliath der Schädel zertrümmert wurde", so bekannte Mirabeau später selbst. Aber wie geschah das? „Mein Gegner ersuchte mich, den Menschen die gleiche Ehre wie den Schafen zu geben. Um diese zu vermehren, beginne man doch mit der Vermehrung der Weiden. Ich erwiderte, das Schaf sei nur ein untergeordnetes Mittel des Wohlstandes; der Mensch dagegen müsse als die erste Ursache der Hervorbringung von Früchten betrachtet werden. Darauf fing er an zu lachen und bat mich, ihm das deutlicher auseinanderzusetzen und zu sagen, ob der erste Mensch etwa das Brot in der Tasche mitgebracht habe, als er auf die Erde gekommen sei, um von ihm so lange zu leben, bis die Erde bearbeitet, besäet, abgeerntet und die Frucht gewonnen worden sei. Damit war ich besiegt."

Leicht besiegt, darf man wohl hinzufügen. Wie so oft, so war auch hier das richtige Gefühl dem geschulteren Verstande und der größeren Disputierkunst unterlegen.

Gewiß waren und sind die Früchte der Natur vor dem Menschen da. Aber es sind eben Naturprodukte und keineswegs wirtschaftliche Güter. Wirtschaftliche Gebrauchswerte werden sie erst dann, wenn der Mensch sie sucht, sammelt, aufbewahrt, verarbeitet, anbaut, verzehrt, kurz, sie durch seine Arbeit umformt und sie seinem Krafthaushalt dienstbar macht. Freilich werden alle Kräfte

durch die Natur hervorgebracht. Zu Gebrauchswerten werden sie aber erst durch die Mitwirkung des arbeitenden Menschen.

Aus Quesnays Gründen geht deutlich genug hervor, daß er auch als Nationalökonom die Dinge mit den Augen des Naturforschers ansah, so wie Smith, Ricardo und Marx sie mit den Augen des Händlers betrachteten.

Auch später ist die Wahrheit der Zweiquellentheorie noch oft genug von neuem ausgesprochen worden. So sagte Harris: „Land und Arbeit sind die Quellen des Reichtums", und Carey erklärte, der Volksreichtum sei nur bestimmt durch die Nutzbarkeiten des Lebens, nicht durch den Tauschwert.

In seinem „Nationalen System der politischen Ökonomie" weist Friedrich List auf den Unterschied hin, der zwischen der „Theorie der Werte" und der „Theorie der produktiven Kräfte" bestehe. Diese Unterscheidung hätte List nicht machen können, wenn er nicht geahnt hätte, daß die produktiven Kräfte die eigentlichen Werte seien.

Heinrich von Thünen, der sich selbst dankbar als Schüler Adam Smiths bekennt, besaß sogar genug Einsicht und Geistesfreiheit, seinen Lehrer wie folgt zu berichtigen: „Aus Adam Smiths Ansicht von der Landrente gehen mehrere Irrtümer seines Systems hervor, namentlich: Daß die Natur beim Landbau mitarbeite, während sie bei den Manufakturen nichts tue.

Hierzu ist in Kürze zu entgegnen: Ohne Mitwirkung der Naturkräfte können die Gewerbe ebensowenig wie der Landbau betrieben werden."

Dieser Ausspruch, der sich in Thünens eigenartigem Werk „Der isolierte Staat", Seite 18 findet, hat nur den einen Fehler, daß er Adam Smith noch zuviel Wahrheitsgehalt zubilligt; denn tatsächlich setzt dieser auch beim Landbau von Anfang an keine werteschaffende Mitwirkung der Natur voraus.

Böhm-Bawerk sagt in seiner „Positiven Theorie des Kapitals", S. 120: „Alle Genußgüter, die der Mensch erzeugt, entstehen durch ein Zusammenwirken der Menschenkraft mit Naturkräften." S. 7 heißt es sogar: „Produzieren! Was will das heißen? — Daß das Schaffen von Gütern kein Hervorbringen vorher noch gar nicht dagewesener Stoffe, kein Schaffen im wahren Sinne des Wortes, sondern nur ein Ummodeln der unvergänglichen Materie in vorteilhaftere Gestalten ist und sein kann, ist so oft schon ausgesprochen worden, daß es völlig überflüssig wäre, hier nochmals darauf zurückzukommen."

So richtig diese Einsichten aber auch waren, sie traten nur vereinzelt hervor, und ihre Träger blieben Vorläufer. Keinem von ihnen ist es gelungen, eine umfassende Theorie vom Gebrauchswert aus aufzustellen und damit endlich eine echte Wirtschaftslehre zu schaffen, die das Wirtschaftsleben vom Standpunkt des eigentlichen Wirtschaftlers, nämlich des schaffenden und verbrauchenden Menschen, begreift und erklärt. Diese grundlegende Arbeit ist noch zu leisten.

Erst als ich meine Untersuchung bis zu diesem Punkte gefördert hatte, wurde ich durch eine ganz unbedeutende Notiz in Diehls „Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft"

auf ein Werk von Eduard Sacher aufmerksam, das dieser österreichische Seminardirektor, also Nichtfachmann, 1899 verfaßt und unter dem Titel „Die Gesellschaftskunde als Naturwissenschaft" bei Pierson herausgegeben hatte. Wie so vieles Wertvolle und Bedeutende ist auch dieses Werk über die erste Auflage nie hinausgekommen und längst aus dem Buchhandel verschwunden. Es bereitete einige Mühe, bis ich es in einer Bücherei aufgetrieben hatte. Aber diese Mühe wurde reichlich belohnt durch die freudige Überraschung, die es mir beim Lesen bot. Hier fand ich alles, was ich suchte und inzwischen auch gefunden hatte, eine Gebrauchswertlehre, unbedingt richtig aufgefaßt und mit außerordentlicher Klarheit und Einfachheit dargestellt.

Noch wertvoller wurde mir Sachers erste Schrift: „Grundzüge einer Mechanik der Gesellschaft". Wie wohltuend unterschied sich das kleine, schmale Bändchen von den dickleibigen Wälzern sogenannter „Klassiker" dieser betrüblichen Wissenschaft, und wie inhalt- und aufschlußreich war es trotzdem.

Am meisten ergriff mich die außerordentliche Übereinstimmung mit meinen eigenen Formulierungen, die in den Kernsätzen bis zum völlig gleichen Ausdruck geht und mich vielleicht dem Vorwurf des Abschreibens aussetzen wird. Wollte ich alles hier anführen, was von Interesse ist, ich müßte mich selbst vollständig wiederholen. Deshalb mögen nur einige Begriffsbestimmungen hier stehen:

„Vom Wert der Dinge."

„Der absolute Wert eines Dinges besteht in der gesamten ihm innewohnenden Energie.

In der Mechanik der Gesellschaft kommt es aber weniger auf den absoluten Wert als auf zwei andere Wertformen an, diese sind der Gebrauchswert und der Tauschwert.

Der Gebrauchswert eines Dinges besteht in der Energie, die durch Anwendung desselben von Menschen gewonnen, erhalten oder erspart werden kann.

Der Tauschwert eines Dinges besteht in der zu seiner Gewinnung von den Menschen als Arbeit durchschnittlich angewandten Energie."

Diese Erklärungen der wichtigsten Grundbegriffe sagen wohl genug. Ich kann ihnen voll zustimmen, nur die Bestimmung des Begriffes „Tauschwert" ist abzulehnen. In ihr verrät sich ein letzter Rest liberal-marxistischer Beeinflussung. Dieser letzte Rest von Irrtum, den Sacher nicht hat abschütteln können, wird diesem sonst so unabhängigen Geist denn auch zum Verhängnis, wenn er zu praktischen Vorschlägen über die Wirtschaftsgestaltung, besonders über die Verteilung vorzudringen sucht. Später wird davon noch zu reden sein.

Die verblüffende Übereinstimmung, die, ganz ohne daß ich Kenntnis von Sachers Arbeit gehabt hätte, zwischen ihm und mir zustande gekommen ist, erklärt sich einfach genug aus der gleichen Grundeinstellung dem Wirtschaftsproblem gegenüber. Sacher sagt darüber:

„Der Verfasser glaubt in den Naturwissenschaften die Basis für eine ra-

tionelle Volkswirtschaft gefunden zu haben. Wenigstens läßt sich mit Hilfe derselben klar erkennen, woher die treibenden Kräfte im Volksleben stammen, wieviel Kraft ein Volk besitzt, wieviel es verbraucht und wie das zu Verbrauchende erworben werden kann. Es lassen sich ferner die grundlegenden Definitionen für die Nationalökonomie in so präziser Form geben, wie sonst nicht leicht. Der Begriff des Wertes, nach welchem seit der Entwicklung dieser Wissenschaft vergeblich gesucht wird, läßt sich mit Hilfe der Physik klar und einfach definieren, es läßt sich Tausch- und Gebrauchswert klar und einfach unterscheiden. Der neueingeführte Begriff des spezifischen Wertes wird jedem, der auch nur einigermaßen mathematisch zu denken vermag, bald geläufig sein.

Als Maßeinheit dient der physikalische Grundbegriff der Energie, und zwar speziell nach Clausius, indem 1 Werk = 424 Kilogrammeter genommen wurde."

Dieser Stellungnahme wäre nur noch hinzuzufügen, daß nicht allein die Gesetze der Physik, sondern auch diejenigen der Biologie und schließlich der Geschichte der Menschen und der Geschichte des Lebens überhaupt bei der Gestaltung der Wirtschaft maßgebend sein müssen.

Es erscheint fast als ein Rätsel, wie ein solches Buch, das eine grundstürzende Umwälzung der Nationalökonomie in Theorie und Praxis begründete, so ohne Auswirkung bleiben und gänzlich in Vergessenheit geraten konnte. Ein Exemplar desselben konnte ich erst in der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin erlangen; in einer Universitätsbibliothek, bei der ich darum anfragte, fehlte es. Das Berliner Stück trug den Stempel der Frankfurter Zeitung, war also als Besprechungsstück an diese gelangt und hatte dann den Weg nach Berlin gefunden. Und das alles, obwohl es in dem großen Verlag Fischer, Jena, erschienen war. Sacher war offenbar ganz zur unrechten Zeit gekommen, seinem Werk kam keinerlei Bedürfnis entgegen. Dem Bürgertum war der Kapitalismus noch Ideal, das Proletariat begann gerade, sich an den marxistischen Utopien zu begeistern. Da fehlte freilich der fruchtbare Boden für Sachers wertvolle Saat.

Auch in dem Buche von Pohlmann-Hohenaspe, „Grundbegriffe der Volkswirtschaft", finden sich manche Wahrheiten der Gebrauchswertlehre. So betont Pohlmann, daß an „der Spitze aller Werte der bedürfnisreiche und leistungsfähige Mensch steht", und daß die Gewinnung eines Gutes erst dann vollendet wird, „wenn es vernichtet wird, wenn es seinen Zweck erfüllt und in die Muskel-, Nerven- und Gehirnsubstanz eines Menschen übergeht".

Um ein folgerichtiges Gebrauchswertsystem aufzustellen, dazu fehlte ihm wohl die naturwissenschaftliche Einstellung, die Sacher auszeichnet, und daran hinderten ihn auch die physiokratischen Irrtümer, in denen er befangen war.

In neuerer Zeit hat Ruhland in seinem „System der politischen Ökonomie" die Wahrheit der Zweiquellentheorie wieder stark betont. Auf Seite 99, Bd. I, sagt er: „Die Erde ist die Quelle, aus welcher die menschliche Arbeit jene Stoffe gewinnt, die in den verschiedenen Graden ihrer Veredelung die Gesamtheit jener Gütermengen ausmachen, die wir den Reichtum des Volkes nennen."

Ruhland wollte ein System schaffen und hatte auch in der Zweiheit — Natur und Arbeit — glücklich den einzig brauchbaren Ausgangspunkt für sein Vorhaben gefunden.

Leider ließ er sich im weiteren Verlauf seiner Arbeiten durch seine besondere Liebhaberei für das Getreide und die Getreidewirtschaft von der richtigen Erkenntnis wieder abwenden.

Auf Seite 159, Bd. I, entgleist er daher in folgender Weise: „Aber selbst all diese Anforderungen genügen noch nicht für die Schaffung eines neuen Systems. Es ist vielmehr endlich notwendig, den rechten konstruktiven Ausgangspunkt zu finden. Die bisherigen nationalökonomischen Systeme hatten verschiedene Ausgangspunkte.

Das Merkantilsystem ging vom Geldreichtum aus, das physiokratische vom Grund und Boden, Adam Smith vom Güterreichtum, Karl Marx vom Lohnarbeiter.

Welches wird unser Ausgangspunkt sein?

Ich entscheide mich für das Getreide!"

Schon die Ausgangspunkte der anderen Systeme sind hier nicht klar erfaßt, ganz einseitig und daher abwegig ist aber die Wahl des Getreides als Ausgangspunkt. Wenige Seiten weiter gesteht er die Einseitigkeit dieses Standpunktes auch bereits selbst mit den Worten ein: „Wenn also die Wirtschaftslehre überhaupt einseitig aufgebaut werden könnte, so wäre das als Lehre vom Getreide, nicht aber als Lehre vom Gelde möglich" (Bd. I, S. 161).

Die praktische Veranlagung und der gesunde Sinn haben Ruhland trotzdem im dritten Bande seines Werkes zu praktischen Forderungen gelangen lassen, die große Beachtung verdienen, aber ein System zu bilden, konnte ihm nach dieser grundsätzlichen Verirrung nicht mehr gelingen.

In seinem Schlußwort zu Bd. III, Seite 400, gibt er das Scheitern seiner ursprünglichen systematischen Absicht denn auch zu: „Eine besondere theoretische Volkswirtschaftslehre, welche notwendigerweise eine „Philosophie des Begriffes Volkswirtschaftslehre sein müßte, bringe ich nicht. . . . Für eine brauchbare Philosophie wird diese praktische Wissenschaft erst reif, wenn sie . . . eine exakte Wissenschaft geworden ist."

Hätte Ruhland Sacher gekannt und beachtet, so würde er voraussichtlich auch im Systematischen weiter gekommen sein.

Wo Sacher infolge seiner falschen Anschauungen über den Tauschwert versagt, nämlich in der Frage der gerechten Wertverteilung, da setzt Johann Heinrich von Thünen ein. Dieser freie Denker erkannte schon um 1825, daß der Verzicht auf Regelung der Wirtschaft durch den Staat verhängnisvoll werden müsse, weil die schrankenlose Herrschaft der Macht im Wirtschaftsleben zur Ungerechtigkeit desselben führe. In seinem „Isolierten Staat", Teil II, sagt er: „Alle nationalökonomischen Studien führten mich immer wieder auf die Frage zurück: Ist der geringe Lohn, den die gewöhnlichen Handarbeiter fast überall erhalten, ein naturgemäßer, oder ist dieser durch Usurpation, der sich die Arbeiter nicht wieder entziehen können, entstanden?

Welches ist das Gesetz, wonach die Verteilung des Arbeitserzeugnisses zwischen Arbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer naturgemäß geschehen soll? Ja, es hat die Ansicht, als käme dem Arbeiter nichts zu, als was er zu seinem Lebensunterhalt notwendig bedarf, sich der Gemüter dermaßen bemächtigt, daß das Gewissen ruhig schläft, solange der Arbeiter nicht wirkliche Not leidet. Wenn aber einst das erwachende Volk die Frage aufwirft: ‚Welches ist der naturgemäße Anteil des Arbeiters an seinem Erzeugnis?', so kann ein Kampf entstehen, der Verheerung und Barbarei über Europa bringt.

Jetzt wird seit Beginn der französischen Revolution die Welt durch die Idee der konstitutionellen Freiheit bewegt. Aber jenseits dieser Kämpfe lauscht schon ein anderer, der in dem Ringen nach konstitutioneller Freiheit schon als Keim enthalten ist, und der leicht verderblicher und verheerender werden kann als irgendeiner der früheren. Schon jetzt zeigen sich in Frankreich, in den Ansichten und Lehren der Kommunisten die ersten Spuren des beginnenden, für jetzt noch unblutigen Kampfes. Die Kommunisten begnügen sich nicht damit, für die Arbeiter den naturgemäßen Lohn zu fordern, sondern gehen sogleich zu chimärischen Hoffnungen, zu vernunftwidrigen Forderungen über."

So hat von Thünen, ein deutscher Grachus, die lebensgefährliche Wunde unserer nationalen Gemeinschaft schon so früh klar erkannt, er hat sich um Mittel zu ihrer Heilung bemüht, von denen später noch zu reden sein wird; ja, er ist nicht bei der Lehre stehen geblieben, sondern zur Tat fortgeschritten. Wohl als erster hat er seinen praktischen Vorschlag, den Arbeitern Gewinnbeteiligung zu gewähren, auf seinem eigenen Gute Tellow durchgeführt, mit der Absicht, den Arbeitern auf diese Weise einen erhöhten Anteil am Wirtschaftsgewinn zukommen zu lassen.

Thünens Wollen war edel. Was bei ihm unvollkommen blieb, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es ihm nicht gelang, sich von der Autorität Adam Smiths und seiner Tauschwertlehre vollständig freizumachen und zu einer folgerichtigen Gebrauchswertlehre vorzudringen, zu der er einmal in einer natürlichen, aus der praktischen Erfahrung hervorgehenden Opposition gegen Adam Smith einen Anlauf genommen hatte.

Nach diesem Ausflug in die Geschichte der Nationalökonomie als Lehre dürfte genügend Überblick geschaffen sein, um die weiteren grundsätzlichen Fragen verfolgen zu können.

## VII. Der Erfolg der Wertgewinnung und der „spezifische Wert".

Es ist der Zweck jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, Naturwerte durch Aufwand menschlicher Arbeitskraft in Gebrauchswerte umzuformen. Der Erfolg verwirklicht sich in dem Wertüberschuß, der über den Ersatz der Arbeitskosten hinaus erzielt wird. Die Größe dieses Gewinnes wird zunächst einmal bestimmt durch die Höhe des gewonnenen Gebrauchswertes. Wächst der Gebrauchswert eines Kilogramms Anthrazitkohle über 2000 Kalorien hinaus, so steigt damit auch der Gewinn. Andererseits hängt der Gewinn aber auch von der Höhe der Arbeitskosten ab. Steigen diese, so verkleinert sich der Gewinn, sinken sie, so wird er größer. Es sind also beide Größen, Gebrauchswert und Arbeitskosten, die durch ihre Lage und durch ihre Bewegung gemeinsam den Gewinn bestimmen. Steigt zum Beispiel der Gebrauchswert um 100 Kalorien, während gleichzeitig die Arbeitskosten ebenfalls um 100 Kalorien wachsen, so bleibt der Wertüberschuß, in Kalorien ausgedrückt, derselbe. Trotzdem ist der wirtschaftliche Erfolg zurückgegangen, denn es konnte derselbe Gewinn nur durch einen um 100 Kalorien höheren Arbeitsaufwand erzielt werden.

Hieraus geht hervor, daß zwei Arbeiten, die beide denselben Gewinn an Kalorien erzielen, aus diesem Grunde allein noch keineswegs wirtschaftlich gleich erfolgreich zu sein brauchen. Den gleichen wirtschaftlichen Erfolg haben sie nur dann, wenn auch Arbeitskosten und Gebrauchswerte auf beiden Seiten gleich sind.

Diese wichtigen Beziehungen, die zwischen Arbeitskosten, Gebrauchswert und Gewinn bestehen, und die für die Bewertung einer wirtschaftlichen Tätigkeit ausschlaggebend sind, werden zusammengefaßt im „spezifischen Wert". Der Begriff des „spezifischen Wertes" ist, wie ich bereits erwähnte, zum ersten Male von dem genialen Deutschösterreicher Eduard Sacher entwickelt worden[1].

Man findet den spezifischen Wert, wenn man den Gebrauchswert durch die Gewinnungskosten teilt. Sacher definiert allerdings abweichend und unzweckmäßiger: Spezifischer Wert gleich Gebrauchswert durch Arbeitsleistung. Arbeitskosten und Arbeitsleistung sind jedoch sehr verschieden. Betrachtet man die Wertgewinnung als eine gemeinwirtschaftliche Angelegenheit aller bei Herstellung und Verbrauch Beteiligten, so bestehen die Gewinnungskosten einzig und allein aus der aufgewandten und verbrauchten unmittelbaren und mittelbaren menschlichen Arbeitskraft, die Gewinnungskosten

[1] Eduard Sacher, Grundzüge einer Mechanik der Gesellschaft. Fischer, Jena 1881. Vergriffen.

Eduard Sacher, Die Gesellschaftskunde als Naturwissenschaft. Pierson, 1899. Vergriffen.

sind nur Arbeitskosten. In der kapitalistischen Ordnung werden die Arbeitskosten durch die Energiemenge gebildet, die nötig ist, um die verbrauchte unmittelbare und mittelbare menschliche Arbeitskraft zu ersetzen oder wiederzuerzeugen. Diese Energiemengen werden in der Hauptsache für Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Kindererziehung und -ausbildung gebraucht.

Man kann die Arbeitskosten, die auf 1 kg Anthrazitkohle, das gebrauchsfertig vor dem Kessel liegt, entfallen, auf 29,43 (rund 30)[1] Kalorien veranschlagen. Ist nun der durchschnittliche Gebrauchswert dieses Kilogramms gleich 2000 Kalorien, so beträgt der durchschnittliche spezifische Wert

$$\frac{2000}{29{,}43} = \mathbf{68.}$$

Die Zahl 68 sagt, daß die Arbeit, die auf die Gewinnung des Gebrauchswertes Steinkohle verwandt wird, 68mal soviel Gebrauchswert liefert, wie zu ihrer eigenen Wiedererzeugung notwendig ist. Wollen wir die Gewinnung eines Kilogramms Anthrazitkohle in der Buchführung unserer gesamten Kraftwirtschaft unterbringen, so müssen wir auf die Ausgabeseite 29,43 Kalorien, auf die Einnahmeseite 2000 Kalorien setzen.

Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß andere wirtschaftliche Arbeiten auch einen anderen spezifischen Wert haben. Mag derselbe nun aber auch 1, 2, 20, 30 oder 80 betragen, immer gibt er einwandfrei darüber Auskunft, in welchem Maße die betreffende wirtschaftliche Arbeit unseren Kraftwechsel bereichert, welchen wirtschaftlichen Wirkungsgrad, welche Fruchtbarkeit sie hat.

Wenn wir die spezifischen Werte der einzelnen wirtschaftlichen Arbeiten sowie der wirtschaftlichen Güter kennen, so sind wir imstande, sie in bezug auf ihre allgemeine Bereicherungskraft miteinander zu vergleichen und in dieser Hinsicht eine Rangordnung unter ihnen herzustellen.

Unter 1 kann der spezifische Wert auf die Dauer nicht sinken, weil sonst ein dauernder Wertverlust eintreten würde anstatt einer Bereicherung an Werten. Nach oben hat der spezifische Wert theoretisch keine Grenze, er wird in dieser Richtung praktisch jedoch jederzeit durch unser Können und durch die Ergiebigkeit der Natur begrenzt.

Deshalb gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Wege, um ihn zu steigern. Die eine Möglichkeit besteht in der Gewinnung und Erschließung neuer und ergiebigerer Naturwertquellen. Die andere besteht in der Steigerung unseres Könnens. Auch darin sind wieder zwei Richtungen möglich. Die Verbesserung unseres Könnens kann auf eine Erhöhung des erzielten Gebrauchswertes gerichtet sein. Das bedeutet dann eine Steigerung der sogenannten „Produktion“. Sie kann erreicht werden durch vergrößerten Fleiß aller Mitarbeiter. Weit wirksamer ist in dieser Hinsicht jedoch die Arbeit der Erfinder, die neue Verfahren ausarbeiten und neue Einrichtungen herstellen, die es gestatten, mit dem gleichen Arbeitsaufwand mehr Gebrauchswerte zu gewinnen. So ist z. B. durch den Erfinder der Dampfmaschine sowie durch ihre Verbesserer

[1] Die Berechnung zeigt Kapitel XIV „Ein Beispiel der Wertgewinnung“.

Großartiges für die Steigerung des Gebrauchswertes der Kohle geleistet worden. Eine ähnliche Wirkung hat aber auch die Erfindung des Vergasungsverfahrens (Gasanstalt) ausgeübt. Die Dampfmaschine kann bestenfalls 15% der Heizkraft der Kohle ausnützen, die Gasanstalt führt 50% des gesamten Wärmeinhaltes der nützlichen Verwendung zu. Auch die kürzlich gelungene Verflüssigung der Kohle ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Steigerung des Gebrauchswertes unserer schwarzen Diamanten.

Die Erfinder bereichern den wirtschaftlichen Kraftwechsel in ganz ungewöhnlichem Maße. Sie sind in dieser Hinsicht wahre Wohltäter der Menschen und könnten es in einer verständig geordneten Wirtschaft noch in viel höherem Grade sein; bedeutet doch eine Steigerung der durchschnittlichen Ausnutzung der Kohle um nur 1% bei einer Weltförderung von 1250 Millionen Tonnen einen Mehrgewinn von 25000 Milliarden Kalorien. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß den Erfindern dieses Verdienst nicht allein gebührt. Als Pioniere sind ihnen regelmäßig die wissenschaftlichen Forscher vorangegangen, die in ebenso mühevoller wie uneigennütziger Arbeit der Natur die Kenntnis jener Gesetze abgerungen haben, deren sich die Erfinder bedienen.

Eine weitere Möglichkeit, den spezifischen Wert zu steigern, liegt in der Senkung der Arbeitskosten. Das ist in erster Linie Sache der Organisatoren der Wirtschaft. Diese haben dafür zu sorgen, daß die einzelnen Teilarbeiten eines Wertgewinnungsprozesses so ineinandergreifen, daß keine Arbeitskraft verschwendet wird. Ihre Aufgabe ist es auch, die Arbeitsmittel so anzuschaffen und anzuwenden, daß zur Gewinnung eines bestimmten Gebrauchswertes die möglichst geringe Menge menschlicher Arbeitskraft verbraucht wird. Der mächtigste Anstoß zur arbeitsparenden Organisation der Wertgewinnung ist in neuerer Zeit von dem Amerikaner Taylor ausgegangen und hat dann unter anderem in dem sogenannten Fordschen Band sichtbare Gestalt gewonnen.

Ebenso unentbehrlich wie die Erfinder, Forscher und Organisatoren sind für die Steigerung des spezifischen Wertes schließlich die schaffenden Menschen selbst, seien sie nun Arbeiter der Stirn oder der Faust. Von ihrer Ein-, Über- und Umsicht, von ihrer Beherrschung der Arbeitsmethoden und -mittel, von ihrer Kraft, ihrem guten Willen und ihrem Fleiße hängt schließlich der Enderfolg ab. Sein Können erwirbt der schaffende Mensch durch Unterricht und Lehre. Daher sind auch diese beiden für eine günstige Gestaltung des spezifischen Wertes unentbehrlich. Freilich, auch sie sind nicht imstande, „aus jedem Holze einen Apoll zu schnitzen". Sie können wiederum nur entwickeln, was als Erbmerkmal im Menschen schon angelegt ist, „un, wat en Scheper is, dat blivt en Scheper".

Der gute Wille der schaffenden Menschen wird vor allem gewonnen durch einen gerechten Anteil an den gewonnenen Werten sowie durch eine ihrer Bedeutung entsprechende Einordnung in den Gesamtorganismus. Wo diese beiden Bedingungen nicht erfüllt sind, da hält auch die ehrlichste Begeisterung für das Gemeinwohl selten stand.

Neben der unmittelbar wirkenden Menschenkraft aller Art sind die Arbeits-

mittel, die Kristalle vorgetaner menschlicher Arbeit darstellen, entscheidend für den Erfolg der Wertgewinnung. Der Handnäher z. B. kann nicht entfernt das leisten, was der Maschinennäher in der gleichen Zeit mit der gleichen Anstrengung fertigbringt, weil jenem die Maschine fehlt, die diesem zur Verfügung steht.

Als Formen des Kapitals sind zu unterscheiden:

1. Das flüssige Betriebskapital, bestehend in Verbrauchsgegenständen aller Art (Nahrung, Kleidung usw.).
2. Anlagekapital, das in Arbeitsmitteln der verschiedensten Art besteht (Maschinen, Rohstoffe usw.).

Die allmähliche Entstehung und Verwendung dieser Kapitalarten ist kennzeichnend für die Entwicklungsstufen der Arbeit und bestimmend für ihren Erfolg.

Abb. 4 zeigt die geschichtlichen Entwicklungsformen der Arbeit. Auf der ersten Stufe sind die meisten Tiere stehengeblieben (Hase, Reh, Fuchs usw.). Sie suchen Nahrung und fressen. Gewinnung und Verbrauch der Werte sind nicht zeitlich getrennt und reihen sich daher punktweise in einer Geraden aneinander.

Was gewonnen wird, wird sofort verbraucht. Ersparnis von Werten gibt es auf dieser Stufe noch in keiner Form. Sie kennt daher noch keine der beiden Kapitalarten und ist deshalb auch von geringster Produktivität.

Auf der zweiten Stufe (Biene) werden die gewonnenen Gebrauchsgüter teilweise erspart (Nahrung). Für diese Stufe fallen Gewinnung und Verbrauch zeitlich auseinander, so daß ein Kreislauf entsteht, der sich auf einer Spirale bewegt. Die eine Seite derselben ist die Produktions-, die andere die Verbrauchsseite.

Das Ersparte ist Betriebskapital. Es dient dazu, die Arbeitskraft zu erhalten, wenn Gewinnung von Bedarfsgütern vorübergehend nicht möglich ist.

Die Geschöpfe werden dadurch befähigt, ungünstige Zeiten zu überwinden. Das Maß ihrer Produktivkraft bleibt jedoch eingeschränkt in die Grenzen, die durch die Ergiebigkeit der Natur und durch die Arbeitskraft gezogen werden.

Diese Grenzen werden erst auf der dritten Stufe der Arbeit durchbrochen (Ameise, Mensch), und zwar durch die Schaffung von Produktionsmitteln, die eine neue Form des Kapitals, Anlagekapital, darstellen.

Es zeigt sich, daß die Ersparnis von Betriebskapital nicht nur die Wiedererzeugung der verbrauchten Bedarfsgegenstände, sondern daneben die Herstellung von Produktionsmitteln ermöglicht, die nicht zum Verbrauch, sondern zur Steigerung der Produktivität bestimmt sind.

So steigt der spezifische Wert durch ein zweckmäßiges Zusammenwirken der unmittelbaren und der mittelbaren Arbeit, der Schaffenden und der Schöpferischen ununterbrochen. Seine augenblickliche Höhe ist also keineswegs das Verdienst des jetzt lebenden Geschlechts allein. Seit den Uranfängen der Menschheit hat jede Geschlechterfolge an ihrem Teile dazu beigetragen, so daß wir gerade auf diesem Gebiete in besonders hohem Maße glückliche Erben sind. Auch was wir an Fortschritten hinzutun, ist vielleicht das weitaus Beste, was

**I. Stufe der Arbeit.**

Wertgewinnung und Wertverbrauch folgen zeitlich unmittelbar aufeinander (Hase).

Keine Ersparnis von Werten, daher

**kein Kapital.**

**II. Stufe der Arbeit.**

Wertgewinnung und Wertverbrauch zeitlich getrennt (Biene).

Ersparnis von Werten in Gestalt von Fertigwaren, Gebrauchsgegenständen (Nahrung usw.).

**Betriebskapital.**

**III. Stufe der Arbeit.**

Wertgewinnung und Wertverbrauch zeitlich getrennt.

Ersparnis von Werten in doppelter Gestalt:

**Betriebskapital:** Fertigwaren, Verbrauchsgegenstände, schneller Verbrauch.

**Anlagekapital:** Arbeitsmittel, langsamer Verbrauch.

Produktionsumfang steigerungsfähig
Ameise: Pilzkulturen.
Mensch.

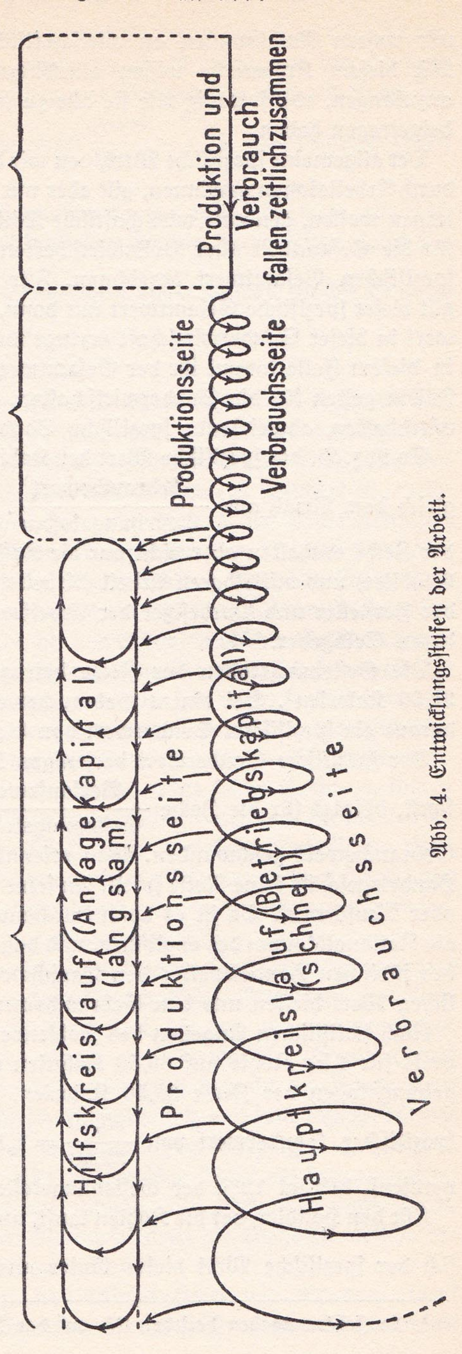



Abb. 4. Entwicklungsstufen der Arbeit.

wir unsern Nachkommen an wirtschaftlichen Werten hinterlassen können. Mit diesem Kulturerbe wissen allerdings keineswegs alle Völker gleichviel anzufangen, ebensowenig wie sie alle zu seiner Schaffung in gleichem Maße beigetragen haben.

Der allgemeine spezifische Wert, den wir durch Teilung von: Gebrauchswert durch Arbeitskosten gewinnen, gilt aber nur dann, wenn wir den Wert kennenlernen wollen, den eine wirtschaftliche Tätigkeit oder ein wirtschaftliches Gut für die Gesamtheit aller Volkswirtschaften hat. Wir können ihn deshalb als spezifischen Gesamtwert bezeichnen. Für eine bestimmte Sonderwirtschaft gilt dieser spezifische Gesamtwert nur dann, wenn der betreffende Gebrauchswert in dieser Sonderwirtschaft erzeugt und auch verbraucht wird, denn nur in diesem Falle kommt ihr der Gesamtwertgewinn zugute. In allen andern Fällen gelten für die Sonderwirtschaften, seien es nun Volks- oder Privatwirtschaften, abweichende spezifische Sonderwerte.

So ist z. B. der spezifische Wert der Kohlen, die die Zeche selbst verbraucht, gleich dem Bruch aus $\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Gestehungskosten}}$. Die privaten Gestehungskosten der Zeche enthalten aber nicht nur die Kosten der unmittelbaren (Löhne und Gehälter) und mittelbaren Arbeit (Arbeitsmittel), sondern auch die Gewinne der Hersteller und Vorbesitzer der Arbeitsmittel, Nahrungsmittel usw. sowie deren Geldgeber.

Die Gestehungskosten der Zeche betragen für 1 kg Anthrazitkohle etwa 32,50 Kalorien[1]. Bei einem Gebrauchswert von 2000 Kalorien ergibt sich daraus ein spezifischer Sonderwert von 61,5.

Der spezifische Sonderwert derjenigen Kohlen, die die Zeche weiterverkauft, beträgt für die Zeche $\frac{\text{Verkaufswert}}{\text{Gestehungskosten}}$. Aus dieser Formel ist der Gebrauchswert geschwunden. Man erkennt daran, daß er tatsächlich für das Handelsgeschäft keine Rolle spielt. An seine Stelle tritt hier der Verkaufspreis oder Tauschwert. Da ist es denn durchaus kein Wunder, daß Adam Smith als Nationalökonom des englischen, und daß Ricardo und Marx als Theoretiker des jüdischen Handelsvolkes den Tauschwert für den eigentlichen wirtschaftlichen Wert hielten und den Gebrauchswert unbeachtet ließen.

Nach statistischen Angaben des Kohlenverbandes kann man den Verkaufspreis für 1 kg Kohle auf 36,50 Kalorien veranschlagen. Sind nun die Gestehungskosten der Zeche 32,50 Kalorien, so ergibt sich für diesen Fall ein spezifischer Sonderwert von $\frac{36{,}50}{32{,}50} = 1{,}12$. Das heißt aber, der Zechenverdienst beträgt 12% der Gestehungskosten.

Für den Händler, der die Kohlen kauft, um sie wieder zu verkaufen, errechnet sich der spezifische Wert dieses Gutes aus $\frac{\text{Verkaufspreis}}{\text{Selbstkosten}}$. Die Selbstkosten

[1] Die Zahlenangaben beziehen sich auf das Jahr 1913.

bestehen aus Einkaufspreis und eigenen Arbeitskosten des Handels. Ist der Einkaufspreis 36,50 Kalorien, und setzen wir die Arbeitskosten des Handels mit 11,65 Kalorien, den Verkaufspreis an den Verbraucher aber mit 59,80 Kalorien an, so ist der spezifische Sonderwert $\frac{59,80}{48,15} = 1,24$. Das bedeutet einen Gewinn von 24%.

Für die Versorgung unserer Seeküsten kaufen wir sehr viele englische Kohlen. Der spezifische Sonderwert derselben für die Importeure ergibt sich aus $\frac{\text{Verkaufspreis}}{\text{Selbstkosten}}$, der spezifische Sonderwert dieser Kohlen für die deutsche Volkswirtschaft ist dagegen $\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Selbstkosten}}$.

Schon hieraus ergibt sich, daß ein solches Einfuhrgeschäft vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls der Volkswirtschaft ganz anders beurteilt werden muß, wie es vom Standpunkt der Privatwirtschaft geschieht. Daher ist es ganz klar, daß das Gemeinwohl unserer Volkswirtschaft keineswegs gesichert ist, wenn seine Wahrung, wie es heute geschieht, den Vertretern der Privatwirtschaft überlassen wird. Die merkantilistischen Regierungen des 17. und 18. Jahrhunderts, die es für die Aufgabe des Staates hielten, über das Wohl ihrer Volkswirtschaft zu wachen, bewiesen damit mehr Weisheit, wie unsere heutigen liberal-kapitalistischen Staatsmänner, die das Gemeinwohl der Volkswirtschaft dadurch genügend gesichert glauben, daß es jedem Privatwirtschaftler gestattet ist, seinen Eigenvorteil schrankenlos zu verfolgen. Die vorstehenden Formeln über die spezifischen Sonderwerte beweisen besonders deutlich, wie aussichtslos die Hoffnung des Liberalismus ist, daß das Gemeinwohl allein durch die Verfolgung des Einzelwohls erreicht werden könne. Eine solche Hoffnung könnte man nur dann hegen, wenn ein bestimmtes wirtschaftliches Gut für die Einzelwirtschaften und für die Volkswirtschaft stets denselben spezifischen Wert hätte, oder wenn die spezifischen Sonderwerte wenigstens von dem spezifischen Gesamtwert abhängig wären und mit diesem gemeinsam stiegen und fielen. Es ist jedoch weder das eine noch das andere der Fall.

Deshalb ist es besonders bedauerlich, daß Eduard Sachers großangelegter Versuch, der Wirtschaftslehre eine naturwissenschaftliche Grundlage zu geben, bis heute so unbeachtet geblieben ist. Eine Zeit, die von einer planmäßigen Leitung des Wirtschaftslebens ganz absah, weil sie glaubte, Eigennutz und Gemeinnutz seien gleichbedeutend, die darum alles bewußt der Konkurrenz, d. h. dem Wettbewerb der Privatwirtschaften überließ, empfand kein Bedürfnis für eine exakte Durchdringung der wirtschaftlichen Vorgänge. Inzwischen haben wir erkannt, daß wir ohne eine planmäßige Wahrung des volkswirtschaftlichen Gemeininteresses nicht auskommen. Wir verlangen vom Staat, daß er die Aufgabe übernimmt, der Volkswirtschaft die Wege zu weisen, die sie zur Sicherung des Gemeinwohls gehen muß.

Für eine erfolgreiche Leitung des Wirtschaftslebens, die den Zweck verfolgt, das volkswirtschaftliche Gemeinwohl zu sichern, ist aber eine exakt

naturwissenschaftlich-mathematische Wertlehre unbedingt notwendig. Und in dieser Wertlehre ist wieder die Kenntnis des spezifischen Wertes von größter praktischer Bedeutung.

Das gilt schon für die Beurteilung und Leitung der Gewinnungsmethoden in der Volkswirtschaft. Um zu einem Urteil darüber zu gelangen, achtet man heute ausschließlich auf drei Größen: Gestehungskosten, Preis und Menge des hergestellten Gutes. Der Bruch $\frac{\text{Verkaufspreis}}{\text{Gestehungskosten}}$ ist der spezifische Sonderwert für die herstellende Privatwirtschaft. Ist dieser Bruch beträchtlich größer als 1, so arbeitet das Werk unter günstigen Bedingungen. Ist dann auch die Mengenleistung befriedigend, so kann der Gewerbszweig zur Blüte kommen. Privatwirtschaftlich ist alles in bester Ordnung.

Was damit aber noch nicht geklärt ist, das ist die Frage, ob die Volkswirtschaft ebenso zufrieden sein kann. Für sie ist der spezifische Wert $\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}}$. Er ist der einzig maßgebende Wirtschaftspegel, wenn der Vorteil festgestellt werden soll, den die selbstherstellende und selbstverbrauchende Volkswirtschaft von einem Gewerbezweige hat. Der volkswirtschaftliche spezifische Wert eines Werkes oder einer Werksart kann zum Beispiel schlecht sein im Vergleich mit anderen inländischen oder mit den gleichen ausländischen Industrieunternehmungen. Dann ist es Aufgabe des Staates, sich die Förderung der betreffenden Gewinnungsmethoden in Gemeinschaft mit den Beteiligten angelegen sein zu lassen. Es ist auch der Fall möglich, daß der volkswirtschaftliche spezifische Wert gleich Null ist, obwohl der privatwirtschaftliche spezifische Wert einen guten Stand aufweist. Das trifft zum Beispiel zu für die Herstellung von Schundliteratur und Rauschgiften, deren Herstellung sich privatwirtschaftlich meistens außerordentlich lohnt. Einen volkswirtschaftlichen Wert haben sie aber nicht, da ihr Gebrauchswert gleich Null ist. Der spezifische volkswirtschaftliche Wert ist dann gleich $\frac{\text{Null}}{\text{Arbeitskosten}}$. Das ergibt wieder Null. Die Arbeitskosten sind also im Sinne der Volkswirtschaft weggeworfen, anstatt einer Wertbereicherung ist eine Wertabnahme der Volkswirtschaft eingetreten. Es ist ein volkswirtschaftlicher Schaden entstanden, der sich durch die vergiftende, kräftezerstörende Wirkung der Erzeugnisse noch ungeheuer vervielfältigen kann.

Die gleiche entscheidende Bedeutung hat der spezifische Wert für die Beurteilung des Außenhandels. Die Außenhandelsbilanz ist noch ganz besonders primitiv. Sie sagt uns im allgemeinen nur etwas über den Preis der ein- und ausgeführten Güter, sie beachtet also nur den Tauschwert. Der Gebrauchswert spielt für sie keine Rolle. Vom Standpunkt des privaten Außenhandels ist das auch durchaus zu verstehen, da für ihn der Gebrauchswert nichts bedeutet. Kindisch aber mutet es an, wenn Volkswirtschaftler sich nun bemühen, aus dieser reinen Händlerstatistik schwerwiegende Schlüsse über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Außenhandels zu ziehen. Über-

steigt die Tauschwertsumme der Einfuhr diejenige der Ausfuhr, so sprechen sie von einer „passiven Handelsbilanz". Damit wollen sie sagen, daß die betreffende Volkswirtschaft eine Wertverarmung erlitten habe. Man ist also über die außerordentlich primitive Beurteilungsmethode, die schon der Merkantilismus zu seinem eigenen Schaden anwandte, nicht hinausgekommen.

Nun hat man aber längst beobachtet, daß Völker, die sich in wirtschaftlichem Aufschwung befinden, fast regelmäßig eine passive Handelsbilanz zeigen. Alle Industrieländer Europas haben seit Jahrzehnten eine passive, die Kolonialländer haben durchweg eine aktive Handelsbilanz. Schon aus dieser Beobachtung hätte man entnehmen müssen, daß eine im Tauschwert passive Handelsbilanz noch nichts über die Wertbereicherung oder Wertverarmung der betreffenden Volkswirtschaft aussagt.

Um darüber ein Urteil fällen zu können, muß vor allem der spezifische Sonderwert in Betracht gezogen werden, den jede der ausgetauschten Waren für die verbrauchende Volkswirtschaft hat. Dieser ist Gebrauchswert: Preis. Nehmen wir an, Deutschland habe nach Dänemark von der Ware A 600 Tonnen ausgeführt und dafür 100000 RM. erhalten. Dänemark habe andererseits von einer Ware B ebenfalls 600 Tonnen ausgeführt und dafür die gleiche Summe erhalten. Nach der herkömmlichen Beurteilung der Handelsbilanz wäre diese jetzt im Gleichgewicht, keine der beteiligten Volkswirtschaften hätte eine Veränderung ihres Wertbestandes erfahren.

Beträgt nun aber der Bruch $\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Preis}}$ für die Ware A 40, für die Ware B aber 60, so zeigt sich, daß doch eine Wertverschiebung stattgefunden hat. Deutschland hat dann für jede bezahlte Tauschwertkalorie 60 Gebrauchswertkalorien erhalten, Dänemark dagegen nur 40. Die deutsche Volkswirtschaft hat also für je 40 ausgeführte Gebrauchswertkalorien 60 zurückerhalten. Das bedeutet eine Wertbereicherung um 50%, während Dänemark für je 60 Kalorien nur 40 zurückerhält, also einen Wertverlust von 33⅓ % erleidet. Das Gleichgewicht der Tauschwertbilanz bedeutet also noch keineswegs ein Gleichgewicht der eigentlichen Wertbilanz, nämlich der Gebrauchswertbilanz.

Eine nähere Untersuchung des Tauschvorganges kann erst im nächsten Abschnitt gegeben werden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier aber noch darauf hingewiesen, daß das Prinzip der größten Wertgewinnung keineswegs das einzige ist, das bei der Leitung der Wertgewinnung und des Außenhandels einer Volkswirtschaft in Betracht kommt. Gleichberechtigt neben ihm steht der Grundsatz der Wertersparnis. Ihr dienen z. B. alle Maßnahmen, die im Interesse der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Volkswirtschaft ergriffen werden, auch wenn sie nicht mit höchstmöglicher Wertgewinnung verbunden sind. Sie haben dafür die Wirkung, weit größere Verluste, wie sie etwa durch Arbeitslosigkeit, durch wirtschaftliche Abhängigkeit oder durch einen verlorenen Krieg herbeigeführt werden, zu verhindern.

# VIII. Die Wertgewinnungsgemeinschaft.

Sowohl in der Lehre wie auch in der Praxis der Volkswirtschaft ist es üblich, Produktion und Konsum einander gegenüberzustellen und infolgedessen die Interessen der Hersteller und Verbraucher als entgegengesetzt und unvereinbar anzusehen.

Wirtschaftliche Produktion ist die Erzeugung oder besser die Gewinnung von Gebrauchswerten.

Nach der herkömmlichen Meinung sieht man die Gewinnung des Gebrauchswertes Kohle als vollendet an, wenn diese gefördert ist, oder mindestens doch dann, wenn sie gebrauchsfertig vor dem Kessel oder im Kessel liegt. Ebenso meint der Schneider, eine wirtschaftliche Wertschöpfung vollbracht zu haben, wenn er ein Kleid verfertigt hat. Die gleiche Leistung schreibt sich der Bauer zu, der Weizen, Kartoffeln oder Milch gewonnen, der Gärtner, der Gemüse gezogen, der Kapitalist, der eine Fabrik errichtet, der Künstler, der ein Gemälde geschaffen hat.

Und doch sind sie alle im Irrtum. Sie überschätzen ihre eigene Leistung ganz bedeutend. Eine harte und ernüchternde Lehre erhalten alle „Produzenten", wenn einmal längere Zeit, wie jetzt seit Jahren, kein Absatz für ihre Waren vorhanden ist. Dann lagern die Kohlen auf der Halde und setzen Moos an, die Kleider verstauben im Laden und kommen aus der Mode, das Getreide schimmelt, die Kartoffeln verfaulen und die blitzblanken Maschinen der Fabrik verrosten und veralten.

Und immer wieder brechen die Enttäuschten in die Klage aus, die von ihnen geschaffenen Werte seien „wertlos geworden", sie seien entwertet. Wie ist es möglich, daß alle diese kostbaren Dinge und noch viele andere „wertlos" werden können, wenn die Wertgewinnung an ihnen schon vollendet war?

In den eben geschilderten Fällen fehlt immer ein und dasselbe, nämlich der Verbraucher. Ohne ihn sind die schönsten Produkte, sind Getreide, Fleisch, Kohlen, Edelsteine und Diamanten wertlos. Er, der verachtete, viel verwünschte, von der Wirtschaftspolitik so gern übersehene Konsument erweist sich als unentbehrlich für die Vollendung der Wertgewinnung. Ja, es erweist sich als Wahrheit, alle wirtschaftlichen Werte sind erst dann gewonnen, wenn sie verbraucht sind.

Das scheint ein Widerspruch zu sein, denn wir sind gewohnt, den Verbrauch als Wertvernichtung anzusehen. Diese Gewohnheit ist aber nur die Folge einer oberflächlichen Betrachtung, wie sie in wirtschaftlichen Dingen leider allgemein üblich ist. Mit den wirtschaftlichen Tatsachen ist eine solche Ansicht nicht in Einklang zu bringen.

Das „Wertloswerden" produzierter Güter erklärt sich aber ohne weiteres, wenn wir annehmen, daß erst der Verbrauch die Wertgewinnung vollenden könne.

Eine solche Annahme wird auch von der hier vertretenen Wertlehre gefordert. Jedes Ding ist so viel wert, wie es Kraft liefert oder spart, wurde früher definiert. Diese Kraftlieferung oder Kraftersparnis muß aber einem menschlichen Kraftwechsel zugute kommen, eben dem Kraftwechsel des Konsumenten oder Verbrauchers. Die Werte schlechthin, die Naturkräfte, sind erst dann zu wirtschaftlichen Werten umgeformt, wenn sie nicht nur gewonnen, sondern wenn sie „uns gewonnen", wenn sie in Menschenkraft verwandelt sind. Das wird auch bereits durch das Wort „gewinnen" zum Ausdruck gebracht. „Etwas gewinnen" bedeutet „sich etwas aneignen", sich etwas „zu eigen machen". Naturwerte sind also erst dann wirklich gewonnen, wenn wir sie uns so angeeignet haben, daß sie in der Gestalt unserer eigenen menschlichen Kraft auftreten.

Diese Aneignung kann eine unmittelbare sein. Die Energien der Nahrungsmittel verleiben wir ohne weiteres unserem Kraftwechsel ein. Die Wärmekraft der Kohle, die uns zum Kochen der Nahrung dient, beeinflußt nicht ohne weiteres unseren Kraftwechsel. Sie macht aber die Nahrung verdaulicher und gestattet uns so, einen größeren Teil der in ihr enthaltenen Energie aufzunehmen. Dadurch kommt die Kraft der Kohle unserm Kraftwechsel mittelbar zugute.

Es erweist sich also, daß die sogenannte „Produktion" oder besser die Herstellung noch keineswegs vollendete Wertgewinnung ist. Sie ist vielmehr nur ein Teilvorgang des gesamten Wertgewinnungsprozesses, zu dem der Verbrauch als zweite, nicht weniger wichtige Hälfte hinzutreten muß.

So erkennen wir, daß Hersteller und Verbraucher keineswegs nur entgegengesetzte Interessen haben, daß sie vielmehr vollständig aufeinander angewiesen sind, weil sie eine unlösliche organische Gemeinschaft bilden, die erst durch ihr Zusammenwirken imstande ist, wirtschaftliche Werte zu gewinnen.

Nun verstehen wir auch, warum Güter wertlos werden, wenn sie keinen Absatz finden. Sie werden gar nicht eigentlich „wertlos", sondern es zeigt sich dann nur, daß sie noch gar nicht „wertvoll" geworden waren. Die Umwandlung der in ihnen enthaltenen Naturwerte in wirtschaftliche Gebrauchswerte war noch nicht vollendet, sondern erst begonnen. Sie blieb nun auf halbem Wege stecken, weil sich kein Verbraucher fand, der sie fortsetzte.

Die erste Lehre, die sich aus dem Vorstehenden ergibt, ist die:

Zu einer Wertgewinnungsgemeinschaft gehören Hersteller und Verbraucher als gleichwichtige und gleichgeordnete Glieder.

Doch ist auch noch ein zweites daraus zu erkennen: Wer in der Wirtschaft tätig ist, neigt dazu, die Herstellung von Sachgütern als die eigentliche und vollständige Aufgabe der Wirtschaft anzusehen. Er wird lernen müssen, daß die wahre Aufgabe der Wirtschaft die Erhaltung, Vermehrung und Steige-

rung der Menschenkraft ist, zu der die Herstellung von Sachgütern nur eine Vorbereitung darstellt. Die Sachgüter, Kartoffeln, Weizen, Maschinen und Kohlen sind weiter nichts als bescheidene Mittel zu höherem Zwecke.

Gegenstand, Zweck und Ziel der Wirtschaft ist niemals eine Sache, sondern immer nur der Mensch, die Erhaltung und Mehrung seiner Kraft. Diese beiden wichtigen Erkenntnisse, zu denen die Kraftwertlehre führt, sind zugleich wichtigste Grundsätze der nationalsozialistischen Weltanschauung und Wirtschaftsphilosophie, der die Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Sicherung der Volkskraft ist. Die grundsätzlichen Irrtümer und Mängel der herrschenden liberal-kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsauffassung haben zu einem sehr großen Teile ihren Grund in der Verkennung dieser Wahrheiten.

Ist die Wertgewinnungsgemeinschaft räumlich sehr ausgedehnt, dann hört die unmittelbare Berührung zwischen Herstellung und Verbrauch auf. Beide sind nicht mehr imstande sich gegenseitig aufzusuchen. Dann bildet sich notwendig die kaufmännische Vermittlung als drittes Glied der Wertgewinnungsgemeinschaft heraus. Ihr fällt die Aufgabe zu, die hergestellten Güter dem Verbrauch zuzuführen.

Dem Handel wird vielfach vorgeworfen, er sei unproduktiv, er habe keinen Anteil an der Wertgewinnung. Das ist aber durchaus ungerecht. Wertgewinnung besteht doch darin, Naturkräfte umzuformen und irgendwie dem menschlichen Kraftwechsel einzuverleiben. Das ist in vielen Fällen ohne eine besondere händlerische Vermittlung unmöglich, ohne sie würde der Wertgewinnungsvorgang unvollendet bleiben.

Die kaufmännische Tätigkeit ist also an und für sich ein unentbehrlicher Bestandteil der Wertgewinnung und deshalb durchaus wertbildend, also „produktiv".

Jede größere Wertgewinnungsgemeinschaft besteht also natur- und sachgemäß aus den drei Gliedern

| Herstellung | Vermittlung | Verbrauch |.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, daß es selbstverständlich keine Nur-Hersteller oder Nur-Verbraucher gibt. Der eine verbraucht, was der andere herstellt und umgekehrt, so daß jeder schaffende Mensch die Eigenschaften des Herstellers und Verbrauchers in sich vereinigt.

Die Gliederung der Wertgewinnungsgemeinschaft wird nun noch außerordentlich vervielfältigt durch die Arbeitsteilung. Diese ist vor allem bei der Herstellung, aber auch bei der Vermittlung und selbst im Verbrauch durchgeführt. So stellt nicht ein Mann den Gebrauchswert Kohle bereit, sondern Hunderte arbeiten nacheinander daran, von der Erforschung und Lehre der zugehörigen Naturgesetze anfangend über die Erfindung und Erbauung der Maschinen, die Einrichtung des Bergwerks bis zur Förderung und Bearbeitung der Kohle selbst. Nicht anders ist es beim Handel und Transport und selbst im Verbrauch. Der eine verbraucht das Leuchtgas, das aus der

Kohle gewonnen wird, ein anderer den Koks, ein dritter das Benzol, wieder andere verbrauchen den künstlichen Dünger, die Farbstoffe und Heilmittel, die alle aus den Rückständen gewonnen werden. So ist schon allein der Wertgewinnungsvorgang der Kohle ein riesiger, komplizierter Organismus, in dem jeder Einzelne der Beteiligten vollständig vom anderen abhängt.

Theoretisch ist es durchaus möglich, daß ein Einzelner den gesamten Wertbildungsprozeß durchführt. Die beste Darstellung eines solchen Falles ist die Erzählung von Robinson, die in dieser Hinsicht sehr viel mehr ist als eine Kindergeschichte. Robinson ist im wahrsten Sinne des Wortes Selbstversorger, der alle seine Bedürfnisse selbst befriedigen muß, und dem dann auch der ganze Ertrag seiner Arbeit zugute kommt, weil er den Verbrauch mit niemand teilt. Aber Robinson ist nur eine Dichtung, und selbst er bleibt nicht in seiner Isolierung. Die Schiffstrümmer bieten ihm Hilfsmittel, die er nicht selbst geschaffen, und in Freitag ersteht ihm ein Genosse, mit dem er nun eine Wertgewinnungsgemeinschaft bildet. Und mit diesen beiden Umständen bessert sich seine Lage.

In der wirklichen Welt gibt es eine vollständig selbständige, geschlossene Einzelwirtschaft erst recht nicht. Da gehört jeder einer Wertgewinnungsgemeinschaft an, von der er abhängig ist.

Die kleinste dieser Gemeinschaften ist die Familie mit ihrer Privatwirtschaft. Sie ist uralt und uralt ist darin auch die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, die nach nordischem sittlichen Empfinden stets so geregelt war, daß dem Manne die gefahrvollere Außenarbeit, der Frau mehr die friedlichere Innenarbeit zufiel. Das Beispiel der Familie zeigt auch deutlich, daß das Ziel jeder wirtschaftlichen Tätigkeit nicht Gewinnung von Sachwerten, sondern Erhaltung und Vervielfältigung der Menschenkraft ist, ist es doch der Lebenszweck jeder Familie und die innerste Triebfeder elterlichen Strebens, Kinder zu erzeugen und zu erziehen. In der Privatwirtschaft der Familie finden wir auch Nur-Verbraucher, und zwar sind es die noch nicht arbeitsfähigen Kinder und die nicht mehr arbeitsfähigen Alten. Das Dasein dieser Verbraucher, von denen die Kinder gerade der Zweck der Familienarbeit sind, macht es den Eltern ganz unmöglich, den „gesamten Arbeitsertrag" für sich zu verwenden.

Jede Familie gehört wieder einer größeren Wertgewinnungsgemeinschaft an. Zeitweilig bildeten Städte mit den sie umgebenden Landgebieten solche Gemeinschaften. Diese Zwischenstufe ist auch heute noch nicht ganz fortgefallen, aber doch etwas zurückgetreten.

Die größte und zugleich lebenswichtigste, der Familie übergeordnete wirtschaftliche Gemeinschaft ist die Nation mit ihrer Volkswirtschaft. Von ihr ist jede Familienwirtschaft abhängig. Am selbständigsten von allen steht noch die bäuerliche Privatwirtschaft da. Sie erzeugt wenigstens noch den eigenen Nahrungsbedarf und ist in dieser Hinsicht Hersteller und Verbraucher zugleich, also Selbstversorger. Doch auch der Bauer ist abhängig. Er muß absetzen, was er über seinen eigenen Bedarf hinaus erzeugt. Auf der anderen

Seite braucht er Kleidung, Wohnung, Geräte, Maschinen, künstlichen Dünger, Verkehrsmittel, elektrische Kraft und nicht zuletzt Waffenschutz gegen äußere Feinde. Gerade in letzter Zeit hat die Verknüpfung des Bauern mit dem volkswirtschaftlichen Organismus besonders stark zugenommen. Jede Maschine, die auf den Hof kommt, jeder elektrische Leitungsdraht, der im Lande gespannt wird, bindet auch den Bauern offensichtlicher an die Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft der Nation.

Jedes Abhängigkeitsverhältnis ist zugleich ein Machtverhältnis. Die ganze nationale Wirtschaftsgemeinschaft ist ein Gewebe von Machtfaktoren. Seitdem der nationale Staatsgedanke und die nationale Staatsmacht durch den weltpolitischen Kosmopolitismus mehr und mehr untergraben wurden, suchten die einzelnen Glieder mit wechselndem Erfolg ihre Abhängigkeit von den anderen Gliedern zu beseitigen, ihre Macht ihnen gegenüber aber zu stärken. So war es das Bestreben der Industrie, und zwar der Unternehmer wie der Arbeiter, freie Einfuhr von Lebensmitteln zu erlangen, um so von der eigenen Landwirtschaft unabhängig zu werden. Für ihre eigenen Erzeugnisse verlangte die Industrie jedoch Schutzzölle und damit eine Monopolmacht gegenüber den landwirtschaftlichen Abnehmern. Die Bemühungen der Landwirtschaft, von gleichem Berufsegoismus getrieben, gingen selbstverständlich in entgegengesetzter Richtung. Beide erkannten nicht, daß der andere Stand für sie selbst als Verbraucher unentbehrlich ist, und daß es deshalb in ihrem eigenen Interesse liegt, ihn wirtschaftlich stark zu halten. Solche kurzsichtigen Bestrebungen und Praktiken mußten natürlich die nationale Wertgewinnungsgemeinschaft erschüttern und in ihrem Bestande aufs schwerste bedrohen, zum Schaden aller Angehörigen, die mit ihr leiden und untergehen.

Auch die nationalen Wertgewinnungsgemeinschaften sind nicht vollständig in sich abgeschlossen. Sie tauschen Werte untereinander aus, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Diese Beziehungen bilden die sogenannte Weltwirtschaft.

Es ist ein weitverbreiteter Glaube, der vom Ultramontanismus, Liberalismus und Marxismus gleicherweise genährt wird, die Volkswirtschaften müßten sich der Weltwirtschaft ebenso unterordnen, wie sie selbst dies von den Privatwirtschaften verlangen. Die Reihe: Privat-, Volks-, Weltwirtschaft ist für jene eine einheitliche, notwendige Entwicklungslinie.

Das ist jedoch ein Trugschluß. Schon die rein wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Privatwirtschaft und Volkswirtschaft sind ganz anders geartet wie diejenigen zwischen Volks- und Weltwirtschaft. Eine einzige Privatwirtschaft ist durchaus nicht imstande, alle Aufgaben einer Wertgewinnungsgemeinschaft mit Einschluß der Aufgabe der Arterhaltung durch Zeugung und Verteidigung zu erfüllen. Sie bedarf dazu *notwendig* des Zusammenschlusses zur Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft dagegen ist zu alledem imstande, denn sie ist beliebig ausdehnungsfähig an Volkszahl und Raum. Ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen sind zwar vielfach *zweckmäßig*, aber keines-

wegs **notwendig**. Die nationale Wertgewinnungsgemeinschaft hat die Fähigkeit zu selbständigem Eigenleben und deshalb auch die Pflicht dazu.

Der aufkommende Liberalismus (Rousseau) hat die Lehre verbreitet, die Entwicklung der Menschheit habe mit der geschlossenen Familienwirtschaft begonnen, über die Stadtwirtschaft zur Volkswirtschaft geführt und müsse nun notwendig zur Weltwirtschaft weitergeleitet werden. Diese ganze Theorie ist durch die Ergebnisse der Geschichtsforschung widerlegt. Schon in der Steinzeit wurden Waffen und Geräte in besonderen Werkstätten von Spezialisten hergestellt. Dasselbe wissen wir aus der Bronzezeit, in der außerdem ein schwunghafter Handel von Volk zu Volk, „Weltwirtschaft", nachgewiesen ist. Schon im Frührot menschlicher Geschichte hat es Familienwirtschaft, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft nebeneinander und miteinander gegeben. Alle drei haben nur in ihrem Verhältnis zueinander geschwankt. Stets aber war die Volkswirtschaft der einzige wirkliche Wirtschaftsorganismus, und es ist daher widernatürlich, ungeschichtlich und verderblich, in Zukunft die Weltwirtschaft als einen solchen ansehen zu wollen. Was wir Weltwirtschaft nennen, ist ein Gewirr wechselnder volkswirtschaftlicher Beziehungen aber kein Organismus.

In welchem Maße auch heute noch die nationale Eigenwirtschaft die Weltwirtschaft an Bedeutung übersteigt, kann durch eine einfache Rechnung gezeigt werden.

Infolge des Versailler Vertrages und auch als Auswirkung des weltbürgerlichen Wahnes der bei uns herrschenden Parteien ist Deutschland heute ein Land, das dem Einfall fremder Waren nach allen Richtungen hin offensteht.

Nun betrug Deutschlands Einfuhr im Jahre 1926 9,9 Milliarden, seine Ausfuhr 9,7 Milliarden. Seine weltwirtschaftlichen Beziehungen stellten mithin einen Durchschnittswert von 9,8 Milliarden dar.

Die Zahl der Erwerbstätigen war in Deutschland in diesem Jahre 32 Millionen. Rechnen wir für jeden einen Durchschnittsverdienst von 1800 RM., so ist der deutsche Gesamtverbrauch auf 57,6 Milliarden RM. zu veranschlagen. Durch Einfuhr wurden aber nur 9,9 Milliarden, das ist rund ein Sechstel, gedeckt.

Selbst unter unseren ungünstigen deutschen Verhältnissen war die Bedeutung unserer nationalen Eigenwirtschaft rund fünfmal so groß wie die Bedeutung der weltwirtschaftlichen Beziehungen.

Die Fürsorge des Staates für seine Selbstversorgung sollte also auch fünfmal so groß sein wie für den Außenhandel. Gerade das Umgekehrte ist jedoch in Deutschland der Fall.

Auch mit der Entwicklung von der Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft ist es bei näherem Zusehen nichts. Selbst ein so unentwegt kosmopolitisch eingestelltes Organ wie der sozialdemokratische Vorwärts mußte vor einiger Zeit eine bewegliche Klage darüber anstimmen, daß seit 1914 die nationale Selbstversorgung in der ganzen Welt im Aufstieg, der weltwirtschaftliche Güterverkehr aber im Zurückgehen begriffen sei.

Soll sich vielleicht darin die natürliche Überlegenheit der Weltwirtschaft über die Volkswirtschaft offenbaren? Der Nationalsozialismus lehnt es daher ab, unsere deutsche Volkswirtschaft noch länger von der Anarchie des Weltmarktes abhängig zu machen und dadurch zugrunde richten zu lassen. Er will die Volkswirtschaft im Innern nach den Lebensbedürfnissen unseres Volkes und zur Mehrung seiner Kraft einrichten und ihr dann die unentbehrlichen Wirtschaftsbeziehungen zu andern Völkern organisch angliedern.

Für die nationale Wertgewinnungsgemeinschaft birgt sich bereits in der natürlichen Gliederung in Hersteller, Vermittler und Verbraucher eine Fülle von Konfliktstoff. Durch die Abhängigkeit und die Machtverhältnisse zwischen diesen drei Gruppen können Spannungen und Explosionen gefährlichster Art entstehen. Ihr Gedeihen ist nur dann gesichert, wenn sie von einer gerechten und starken Staatsmacht geregelt und geleitet wird. Schaltet man dagegen den Staat bewußt von der Wirtschaft aus und schwächt man ihn, wo man kann, so muß das Gemeinwohl und damit das Recht jeden Anwalt und jede Bedeutung im Wirtschaftsleben verlieren, und der Machtkampf zwischen den Sonderinteressen der Glieder muß ungehemmt zum Ausbruch kommen.

Unter dem Schutze liberal-demokratisch-kapitalistischer Theorien tobt dieser Machtkampf bei uns seit Jahrhunderten und bewirkt fortgesetzt neue Erschütterungen und Zerrüttungen.

Die verhängnisvollste Folge des wirtschaftlichen Faustrechtes, das sich mit dem Eindringen des römischen Rechtes im frühen Mittelalter bei uns entwickelt hat, ist eine unnatürliche Zerklüftung unserer nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft.

Während die bisher besprochene sachgemäße Dreigliederung gewissermaßen eine senkrechte oder vertikale war, die alle drei Glieder gleichberechtigt nebeneinander bestehen ließ, war die neu sich bildende machtgemäße Schichtung eine waagerechte oder horizontale. Bei ihr lagerten sich besitzlose Arbeiter, Arbeitsmittel besitzende Unternehmer und Geldleiher übereinander:

Geldleiher,
Unternehmer,
Arbeiter.

Was diese Schichten trennt, ist nicht ihre verschiedene Tätigkeit bei der Wertgewinnung, die Hersteller, Vermittler und Verbraucher unterscheidet, sondern lediglich die ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Macht. Die besitzlosen Arbeiter sind in der kapitalistischen Ordnung wirtschaftlich vollständig ohnmächtig. Ihnen stehen als Inhaber der wirtschaftlichen Macht die beiden andern Schichten der Unternehmer und der Geldgeber als Kapitalisten gegenüber. Ihre Macht gründet sich in erster Linie auf den Besitz der Arbeitsmittel, des Vorrates an geronnener Arbeitskraft, ohne den keine Wertgewinnung von der lebendigen Arbeitskraft betrieben werden

kann. Zwar bedürfen die Besitzer der Arbeitsmittel auch der Arbeitskraft der Arbeiter, scheinen also auch von diesen abhängig zu sein. In einem Streik erliegen die Arbeiter aber regelmäßig, weil sie viel stärker und früher dem Hunger preisgegeben sind. Praktisch sind sie daher machtlos, selbst dann, wenn sie völlig einig den Besitzern der Arbeitsmittel gegenüberstehen.

In bezug auf die wirtschaftliche Macht bilden aber die sogenannten Kapitalisten auch keineswegs eine einheitliche Gruppe. Die wirtschaftlichen Unternehmer besitzen Kapital in der Form von Ackerland, Wald, Rohstoffen, Fabrikanlagen, Maschinen usw. Diese Arbeitsmittel nutzen sich ab, verlieren also täglich an Wert. Diese Wertminderung tritt nicht nur ein, wenn mit diesen Dingen gearbeitet wird, sondern erst recht dann, wenn sie nicht zur Wertgewinnung gebraucht werden. Die Maschinen rosten und veralten, die Rohstoffe verderben, die Fabriken verfallen, das Ackerland verwildert. Das Unternehmerkapital ist samt und sonders unbeständiges, vergängliches Kapital. Darum ist der Unternehmer gezwungen, wenn er nicht ärmer werden will, es in der Wertgewinnung einzusetzen, damit zu schaffen. Die Wertgewinnung, bei der seine Arbeitsmittel beteiligt sind, kann er auch nicht allein der Sorge anderer überlassen. Dafür ist die Gefahr des Verlustes für ihn viel zu groß. Er muß, wenn er nur nicht ärmer werden will, täglich den Betrag seiner Kapitalabnutzung zurückverdienen, sorgt er nicht wenigstens dafür, so steht er bald vor dem Nichts. So ist er notwendig Leiter, Organisator, Erfinder und damit Vorarbeiter. Verschlechtert sich jedoch die Geschäftslage in seinem Gewerbe, so daß er statt mit Gewinn mit Verlust arbeiten muß, so ist es bald um seinen Kapitalbesitz geschehen, weil er ihn infolge seiner festen Gebrauchsgestalt nicht ohne weiteres in ein anderes Gewerbe überführen kann.

Anders der Geldverleiher. Er besitzt das Kapital in der Gestalt des Geldes. Das Geld ist die Form des Kapitals, die keine bestimmte Gebrauchsgestalt besitzt. Es ist flüssig, kann jederzeit von dem Schuldner in Geldgestalt zurückverlangt und an anderer Stelle angelegt werden.

Der Geldverleiher braucht sich daher nur wenig darum zu sorgen, was der Schuldner mit seinem Gelde anfängt. Der arme Teufel ist verpflichtet, ihm seinen Zins zu zahlen, ob er nun Gewinn erzielt hat oder nicht. Und kommt der Zusammenbruch des beliehenen Unternehmens, dann sorgen Gerichtsvollzieher und Katasteramt eilfertig dafür, daß der Geldverleiher zu seinem Hypothekenrecht kommt. Er kann dann sein Geld in einem Gewerbe anlegen, in dem gerade bessere Verdienstaussichten sind und sich auf diese Weise stets die besten Möglichkeiten aussuchen. So ist der Geldverleiher der mächtigste Kapitalist, mächtig durch die Gestaltlosigkeit seines Kapitals, mächtiger noch durch die rechtliche Bevorzugung des Geldkapitals.

Die senkrechte Gliederung in Hersteller, Vermittler und Verbraucher ist überall der waagerechten Schichtung in Arbeiter, Unternehmer und Geldleiher vorangegangen. Diese Schichtung setzte in nationalen Wertgewinnungsgemeinschaften immer erst dann ein, wenn die staatliche Regelung des

Wirtschaftslebens aufhörte und damit an die Stelle des Rechtes die wirtschaftliche Macht trat. Das war so im alten Rom, das ist auch im Deutschen Reiche so gewesen.

Dabei ging die Bildung kapitalistischer Schichten immer vom Handel aus. Dieser erwies sich im freien Wettbewerb stets als das mächtigste der drei Glieder: Herstellung, Handel und Verbrauch. Weil er das unentbehrliche Bindeglied zwischen Herstellung und Verbrauch darstellte, hatte er beide in der Hand und konnte seinen Verdienst auf Kosten der beiden anderen in die Höhe treiben. In seiner Hand sammelte sich Reichtum in Gestalt des Geldes, das er entweder auslieh oder zu wirtschaftlichen Unternehmungen benutzte. Die kapitalistische Unternehmung des Händlers aber machte wiederum den herstellenden Handwerker brotlos, so daß er zum besitzlosen Arbeiter herabsank.

Am frühesten hat das jüdische Volk die Vormachtstellung und damit die Einträglichkeit des Handels in einer Wirtschaft des „freien Wettbewerbs" erkannt. Wenn es irgend konnte, hat es sich deshalb diesem Erwerbszweige ausschließlich zugewandt. Im eigenen Interesse ist es überall für die Beseitigung jeder Wirtschaftsregelung und für die Durchführung der Konkurrenzwirtschaft eingetreten, wohl wissend, daß nur unter dieser Voraussetzung der Handel als Sprungbrett zur Wirtschaftsmacht dienen könnte. Vom Handel aus hat es sich dann seine eigentliche wirtschaftliche Herrscherstellung in der Geldleihe gesichert.

Da der Vorgang der machtgemäßen Schichtung ein allgemeiner wirtschaftlicher Prozeß war, so haben natürlich nicht nur die Juden, sondern auch die Deutschen daran teilgenommen. So waren die Fugger und Welser nicht nur große Kaufherren, sondern auch Finanzleute und wirtschaftliche Unternehmer, und nach ihnen tausend andere.

| | | Sachgemäße Gliederung | |
|---|---|---|---|
| | | Herstellung / Vermittlung | Verbrauch |
| Machtgemäße Schichtung | Geldleiher | Keine Mitarbeit (Finanzielle Kontrolle)<br>Schwervergängliches Kapital ohne bestimmte Gebrauchsgestalt<br>Größte Machtfülle | Unbeschränkt |
| | Unternehmer | Vorarbeit (Organisation und Leitung)<br>Leichtvergängliches Kapital in bestimmter Gebrauchsgestalt<br>Mäßiger Machtanteil | Ausreichend |
| | Arbeiter | Mitarbeit<br>Ohne Kapital<br>Ohne Macht | Mangelhaft |

Den Hauptanteil stellen wir Deutschen aber zu den Schichten der besitzlosen Arbeiter und der Unternehmer, nur sehr wenige betätigen sich als Finanzkapitalisten. Das bedeutet freilich eine stetig fortschreitende Ausschaltung von der wirtschaftlichen Macht in unserer eigenen Wertgewinnungsgemeinschaft. Mit der fortschreitenden Konzentrierung der Wirtschaftsmacht in der Hand der Juden, wird der Klassenkampf von selbst zu einem Rassenkampf.

Nachdem die machtgemäße Klassenschichtung in allen drei Gliedern der Wertgewinnungsgemeinschaft durchgeführt ist, gewährt dieselbe das vorstehende Bild (s. Zusammenstellung S. 66).

Die neuere Zeit hat noch ein Mittelding zwischen dem reinen Geldverleiher und dem Unternehmer geschaffen. Das ist der Aktionär, der zwar keine Mitarbeit leistet, der aber Miteigentümer des Werkes ist, nicht nur Gläubiger. Er besitzt also leichtvergängliches Kapital und unterliegt der Verlustgefahr. Zu seiner Sicherheit nimmt er deshalb ein finanzielles Kontrollrecht in Anspruch.

# IX. Gemeinnutz und Eigennutz in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft.

Die liberal-kapitalistische Wirtschaftsauffassung hat stets den Grundsatz vertreten: Gemeinnutz durch Eigennutz. Sie behauptete, das Gemeinwohl sei dann am besten gesichert, wenn jeder Einzelne seinen wirtschaftlichen Eigennutzen völlig frei und ungehemmt verfolgen könne. Der Liberalismus setzt also voraus, daß Gemeininteressen des Ganzen und Sonderinteressen der Einzelnen stets übereinstimmen oder doch parallel laufen. Darum glaubt er, den Sonderinteressen freien Raum geben und auf jede Maßnahme zur Sicherung des Gemeinwohls verzichten zu können.

Untersuchen wir einmal an Hand des bisher Erarbeiteten, wie sich Gemeininteresse und Sonderinteresse in der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft zueinander verhalten:

In dem Abschnitt, der sich mit dem Erfolg der Wertgewinnung befaßte, ist gezeigt worden, daß dieser an dem spezifischen Werte erkennbar ist. Für jeden, an der Gewinnung eines Wertes Beteiligten, hat das Erzeugnis einen anderen spezifischen Sonderwert.

Für unsere Untersuchung kommen folgende spezifische Werte der Kohle in Betracht:

I. Gemeininteresse:

$$\text{Spezifischer Gesamtwert} = \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Gesamt-Arbeitskosten}} = \frac{2000 \text{ Kal.}}{29{,}43} = 68$$

II. Sonderinteressen:

1. Spezifischer Sonderwert für die Zeche als Selbstverbraucher $\Big\} = \dfrac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Gestehungskosten}} = \dfrac{2000 \text{ Kal.}}{32{,}50} = 61{,}5$

2. Spezifischer Sonderwert für den Verbraucher $\Big\} = \dfrac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Einkaufspreis}} = \dfrac{2000 \text{ Kal.}}{59{,}80} = 33{,}4$

3. Spezifischer Sonderwert für den Händler $\Big\} = \dfrac{\text{Verkaufspreis}}{\text{Selbstkosten}} = \dfrac{59{,}80 \text{ Kal.}}{48{,}15} = 1{,}24$

4. Spezifischer Sonderwert für die Zeche als Verkäufer $\Big\} = \dfrac{\text{Verkaufspreis}}{\text{Gestehungskosten}} = \dfrac{36{,}50 \text{ Kal.}}{32{,}50} = 1{,}12$

5. Spezifischer Sonderwert für den Geldleiher $\Big\} = \dfrac{\text{Kapital} + \text{Dividende}}{\text{Kapital}} = \dfrac{100 + 12}{100} = 1{,}12$

6. Spezifischer Sonderwert für den Arbeiter $\Big\} = \dfrac{\text{Lohn}}{\text{Unterhaltungskosten}} = \dfrac{23 \text{ Kal.}}{23} = 1$

Aus dieser Aufstellung, deren Berechnungsweise später (Abschnitt XIV) geklärt wird, geht hervor, daß das Gemeininteresse an der Kohle = 68 ist.

Die Wertgewinnungsgemeinschaft, in der die Kohle gefördert und verbraucht wird, erhält also aus der Kohle 68mal soviel nutzbare Kraft, wie sie als Arbeitsenergie zur Gewinnung hat aufwenden müssen. Vergleichen wir damit nun die Sonderinteressen, so zeigt sich, daß kein einziges mit dem Gemeininteresse übereinstimmt. Ferner zeichnen sich zwei Gruppen deutlich voneinander ab. Zu der einen gehören noch die Zeche als Selbstverbraucher und der Endverbraucher mit den spezifischen Werten 61,5 und 33,4. Ihr Sonderinteresse ist dem Gemeininteresse wenigstens angenähert.

Anders ist es mit der zweiten Gruppe, die sich aus dem Händler, der Zeche als Verkäufer, dem Geldleiher und dem Arbeiter zusammensetzt. Ihre spezifischen Werte sind der Reihe nach 1,24; 1,12; 1, zeigen also keinerlei Verwandtschaft mit dem spezifischen Gesamtwert und damit mit dem Gemeininteresse. Um Einklang zwischen Gemein- und Sonderinteresse herzustellen, ist es nun nicht gerade notwendig, daß beide zahlenmäßig übereinstimmen. Es genügt, wenn die Sonderinteressen von denselben Umständen bestimmt werden wie das Gemeinwohl, so daß sie mit diesem steigen und fallen. Dann würde auch das Gemeininteresse mit den Einzelinteressen zu- und abnehmen, beide liefen parallel, und man könnte tatsächlich durch kräftige Verfolgung des Eigeninteresses das Gemeinwohl verwirklichen, wie es der Liberalismus wollte.

Wie steht es aber mit dieser notwendigen Parallelität der Interessen? Das Gemeinwohl wird wirtschaftlich durch zwei Größen bestimmt: durch den Gebrauchswert = G und durch die Arbeitskosten = A. Der Gesamtnutzen steigt mit dem Gebrauchswert, aber er fällt, wenn die Arbeitskosten anwachsen. Er ist dem Gebrauchswert direkt und den Arbeitskosten umgekehrt proportional. Gebrauchswert und Arbeitskosten sind nicht von der wirtschaftlichen Macht abhängig, sondern werden bestimmt durch die Ergiebigkeit der Natur, durch die Leistungsfähigkeit der Menschen und ihrer wirtschaftlichen Methoden und durch die Beschaffenheit der Arbeitsmittel.

Spielen die beiden Größen G und A nun auch für die Bestimmung der spezifischen Sonderwerte eine ausschlaggebende Rolle? Die Arbeitskosten kommen bei allen Sonderwerten unter dem Bruchstrich vor. Sie stecken im Kapital, in den Unterhalts-, Gestehungs- und Selbstkosten sowie im Einkaufspreis. An allen Stellen tritt allerdings auch ein anderer Posten, der Gewinn des Vorbesitzers hinzu, der von der Macht abhängig ist. Der Gebrauchswert erscheint dagegen nur in den spezifischen Sonderwerten der Zeche als Selbstverbraucher und der Verbraucher. Sonst tritt an seine Stelle der Lohn und der Verkaufspreis oder Tauschwert. Lohn und Preis steigen und fallen jedoch nicht mit dem Gebrauchswert, sondern mit der wirtschaftlichen Macht. Gewiß, man kann die wirtschaftliche Macht, die notwendig ist, um einen höheren Verkaufspreis zu erhalten, auch dadurch erreichen, daß man einen besseren Gebrauchswert liefert, das dient dann dem Gemeinwohl; doch es steht auch der Weg frei, Truste und Ringe zu bilden und nun den Preis ungerechtfertigt hinaufzudrücken. Die Macht zur Senkung der Arbeitskosten

kann ebenfalls durch Einführung verbesserter Methoden gewonnen werden zum Nutzen des Gemeinwohls und der Beteiligten. Man braucht aber auch nur seine wirtschaftliche Macht zum Lohndruck zu gebrauchen und hat seinen Sondervorteil ebenfalls verbessert. Da nun zu dem ersteren Wege immer Geist, zu dem zweiten aber nur Brutalität erforderlich ist, so ist der letztere der breite und allgemeine.

Das Ergebnis unserer Zusammenstellung kommt in den folgenden Sätzen zum Ausdruck:

I. In der kapitalistischen Wirtschaft fällt kein Sonderinteresse gänzlich mit dem Gemeininteresse zusammen.

II. Der Zusammenhang zwischen Gemein- und Einzelinteressen ist sehr verschieden.

a) Am meisten ist das Interesse der Verbraucher an das Gemeininteresse geknüpft (Selbstverbraucher und Endverbraucher).

b) Die Herstellerinteressen stehen dem Gemeininteresse um so ferner, je weniger die Hersteller Selbstverbraucher sind.

c) Die Interessen der Händler, Geldleiher und der Arbeiter als Hersteller stehen in gar keinem direkten Zusammenhang mit dem Gemeininteresse.

Aus der Untersuchung geht also hervor, daß der Liberalismus, indem er die „geregelte Eigentumswirtschaft" in die „freie Konkurrenzwirtschaft" überführte, eine verhängnisvolle Interessenspaltung hervorrief. Er machte den Widerstreit zwischen den Sonderinteressen von Herstellern, Händlern, Arbeitern und Geldverleihern einerseits und dem Gemeininteresse andererseits geradezu zum Angelpunkt des Wirtschaftslebens. Ohne eine vollständige Beseitigung dieses Grundübels ist eine harmonische Gestaltung unseres Wirtschaftsorganismus unmöglich.

Wer das Gesetz biologischer Wechselwirkung kennt, der weiß, daß sich zwar die dauernde erbliche Eigenart (Erbbild) der Menschenrassen nicht einfach durch Einwirkungen der Umwelt erklären läßt, daß aber andererseits die wechselnden Lebensverhältnisse, wie sie ein Volk vorfindet oder sich schafft, mit auf das zeitliche Erscheinungsbild dieses Volkes einwirken und es in seiner Besonderheit mitbestimmen.

Es ist verlockend, mit Hilfe der gewonnenen Erkenntnis eine Betrachtung über die politische Gesinnung der größeren Volksteile anzustellen. Von den Sonderinteressen der Hersteller geht nur das des Selbstverbrauchers dem Gemeininteresse parallel. Den größten Raum im Verhältnis zu seiner Herstellung nimmt der Selbstverbrauch beim Bauern ein. Damit stimmt es überein, daß die politische Gesinnung der Bauernschaft im allgemeinen stets staatstreu war. Es erscheint verständlich, daß alle anderen Stände und Schichten politisch sehr viel unruhiger und zur Opposition gegen den Staat geneigter waren, steht ihr Sonderinteresse als Hersteller und Vermittler doch in gar keiner festen Beziehung zum volkswirtschaftlichen Gemeininteresse. So wird es erklärlich, daß weite Kreise nicht nur der Arbeiterschaft,

sondern auch der Kaufleute und Industriellen sich den Kreisen der Reichszerstörer anschließen konnten. Für die Geldleiher war dies außerdem schon darum selbstverständlich, weil sie von Anfang an fast ausschließlich Juden waren, für die es kein deutsches, sondern nur ein jüdisches Gemeininteresse gibt.

Wer aber das Riesenwerk unternimmt, aus dem heutigen Interessenwirrwarr eine feste deutsche Volks- und Staatsgemeinschaft zu fügen, der wird vor allem die Aufgabe lösen müssen, die wirtschaftlichen Sonderinteressen so zu regeln, daß sie hinfort ausnahmslos mit dem Gemeininteresse steigen oder fallen. Es genügt keineswegs, der liberalen Irrlehre: Gemeinnutz durch Eigennutz — die nationalsozialistische Wahrheit: Gemeinnutz vor Eigennutz — nur entgegenzustellen. Die Betonung dieser Wahrheit würde erfolglos bleiben müssen, wenn die kapitalistische Spaltung von Gemein- und Sonderinteresse bestehenbliebe. Die rettende Tat ist hier erst in der tatsächlichen Gleichrichtung beider, in ihrer Harmonisierung zu sehen. Die Harmonisierung von Gemeinwohl und Sonderinteressen durch ein organisches Wirtschaftsrecht ist *die* Aufgabe einer wahrhaft sozialistischen, sie ist aber auch *die* Aufgabe einer wahrhaft nationalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung.

# X. Bestimmung der „sozialen Gerechtigkeit".

Die bisherige Untersuchung hat zu der Erkenntnis geführt, daß Wertgewinnung auf Grund von Arbeitsteilung nur im Rahmen einer Wertgewinnungsgemeinschaft möglich ist. Ferner zeigte es sich, daß die Nation für alle Zeiten die eigentliche Wertgewinnungsgemeinschaft darstellt.

Damit sind wir zu dem Punkte gelangt, an dem es möglich ist, die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit zu klären.

Auch die herrschenden politischen Richtungen, Liberalismus und Marxismus, haben diese Frage gestellt und sie von ihrem Gesichtspunkte aus beantwortet.

Für den Liberalismus herrscht soziale Gerechtigkeit, wenn alle Individuen die gleiche Freiheit haben, ihren Eigennutzen zu verfolgen. So lautet z. B. der vierte Satz der Menschenrechte, wie die französische Revolution sie verkündete:

„Die Freiheit besteht in der Macht, alles das zu tun, was einem andern nicht schadet.

Die Ausübung der natürlichen Rechte des Menschen hat also nur die Grenzen, die den andern Gliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte sichern."

Kein Wort von dem höheren Rechte der Gemeinschaft! Das Gemeinwohl und seine Wahrung erschien diesen Leuten überflüssig. Das ist freilich kein Wunder, denn für sie hatte die organisierte Staatsgemeinschaft keinen besonderen, nur ihr eigenen Selbstzweck, sondern sie war nur dazu da, die Menschenrechte der Individuen zu schützen, denn in Satz 2 jenes Revolutionsaufrufs heißt es:

„Der Zweck jeder staatlichen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unverjährbaren Menschenrechte. Das sind die Rechte auf Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung."

Bei einer solchen Auffassung vom Wesen des Staates ist es natürlich unmöglich, einen höheren Gesichtspunkt als den des Eigennutzens aufzustellen.

Der Marxismus sieht die soziale Gerechtigkeit verwirklicht, wenn alle Einzelnen die gleiche Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In der Schrift „Unsere Ziele" von August Bebel heißt es auf Seite 20: „Als Zweck betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens. Die Freiheit hört da auf, wo sie hinübergreift in die Sphäre des anderen, d. h. wo sie durch ihre Übergriffe die Gleichheit verletzt." In seinen „Grundsätzen des Kommunismus" sagt uns Friedrich Engels immer wieder deutlich genug, daß sich die Gleichheit

in allererster Linie auf die Befriedigung der Bedürfnisse beziehen soll. So ist auf Seite 28 zu lesen: „Auf diese Weise wird die Gesellschaft Produkte genug hervorbringen, um die Verteilung so einrichten zu können, daß die Bedürfnisse aller Mitglieder befriedigt werden." Seite 29 heißt es: „Die allgemeine Assoziation aller Gesellschaftsmitglieder zur gemeinsamen und planmäßigen Ausbeutung der Produktionskräfte, die Ausdehnung der Produktion in einem Grade, daß sie die Bedürfnisse aller befriedigen wird, das Aufhören des Zustandes, daß die Bedürfnisse der einen auf Kosten der andern befriedigt werden — die Teilnahme aller an den durch alle erzeugten Genüssen —, das sind die Hauptresultate der Abschaffung des Privateigentums."

Dem Liberalismus hält der Marxismus entgegen, daß Freiheit der Interessenvertretung noch nicht Gleichheit der Bedürfnisbefriedigung bedeute.

Trotz dieses Gegensatzes stimmen die beiden Richtungen, wie gezeigt worden ist, doch in dem wesentlichsten Punkte überein: Sie erheben die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit vom Standpunkt des Individuums, vom Sozius aus. Maßstab der sozialen Gerechtigkeit ist für sie das Recht des Einzelnen, der Eigennutzen. Wo aber der Gesichtspunkt des individuellen Eigennutzens unbeschränkt gilt, da erscheint die vollständige Gleichheit als das notwendige Ideal der Gerechtigkeit. Daher ist der Kommunismus das unausbleibliche Endergebnis einer solchen Denkweise.

Ist aber, wie wir gesehen haben, Wertgewinnung nur in einer festen Wertgewinnungsgemeinschaft möglich, dann ist diese individualistische Einstellung grundfalsch. Dann steht über dem Einzelnen die Gemeinschaft, dann ist nicht der Eigennutzen, sondern das Gemeinwohl der notwendige und einzig berechtigte Maßstab für soziale Gerechtigkeit. Der individuelle Eigennutzen braucht deshalb nicht ausgeschaltet zu werden, aber er hat nur soweit Anspruch auf Geltung und Berücksichtigung, als er sich im Rahmen des Gemeinwohles hält, als er dem Gemeinwohl parallel läuft, als er jenem dient.

Das ist die Stellung des Nationalsozialismus zu dieser wichtigen Frage. Er bestimmt den Begriff „soziale Gerechtigkeit" vom Gemeinwohl aus. Für ihn ist nur das sozial gerecht, was dem Gemeinwohl dient.

Welche Gestaltung der Wirtschaft erfordert nun das Gemeinwohl der Nation und das in seinen Rahmen eingeschlossene Wohl der einzelnen Volksgenossen?

1. Die erste Forderung, die vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls aus an die Volkswirtschaft zu stellen ist, lautet: Selbständigkeit und Sicherheit. Die Selbständigkeit der Nationalwirtschaft ist bedroht von seiten der Weltwirtschaft. Liberale und Marxisten suchen in gegenseitigem Einverständnis die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Abhängigkeiten zu fördern. Sie tun das gern mit der Begründung, es komme darauf an, alles dort herzustellen, wo dies am bequemsten und billigsten sei. Das ist zwar, privat-

wirtschaftlich gesehen, richtig, volkswirtschaftlich gesehen aber grundfalsch. Jene stellen also damit den privatwirtschaftlichen Vorteil über den volkswirtschaftlichen Wertgewinnungserfolg und damit über das nationale Lebensinteresse. Deshalb sind sie z. B. ohne weiteres bereit, die nationale Landwirtschaft preiszugeben, wenn deren Erzeugnisse im Ausland billiger gekauft werden können, und genau so halten sie es mit jedem anderen Gewerbe, wie z. B. mit dem heimischen Bergbau. Sie tun das in dem scheinwissenschaftlichen Glauben, daß die volkswirtschaftliche Entwicklungsstufe naturnotwendig ihrem Ende entgegengehe und sich von selbst zur weltwirtschaftlichen Stufe umforme.

Wir haben demgegenüber die dauernde Bedeutung der nationalen Lebens- und Wertgewinnungsgemeinschaft erkannt und wissen, daß sie die eigentliche geschichtliche Entwicklungseinheit der Menschen ist.

Die Sorge für die Selbständigkeit der Volkswirtschaft allen andern vorangehen zu lassen, ist letzten Endes auch der wirtschaftlich erfolgreichste Weg, kann es doch nur so verhindert werden, daß die nationale Wertgewinnungsgemeinschaft mit allen ihren unersetzlichen Werten materieller und geistiger Art eines Tages von außen her lahmgelegt oder vernichtet wird. Um das zu verhindern, ist auch für die militärische Sicherheit des Volkes stets mit allen Mitteln Sorge zu tragen.

Freilich ist auch der rein wirtschaftliche Gesichtspunkt der Billigkeit zu berücksichtigen, aber nur im Rahmen der Selbständigkeit und Sicherheit, niemals auf Kosten derselben. Lebenswichtige Gewerbszweige dürfen niemals der günstiger gestellten und darum erdrückenden Konkurrenz des Auslandes zum Opfer fallen, die Aufwendungen für Wehrhaftigkeit nie aus falscher Sparsamkeit unterlassen werden; denn der wirtschaftliche Erfolg ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Erhaltung und Steigerung des nationalen und damit zugleich des individuellen Lebens.

*Die Deckung des notwendigen Lebensbedarfs im eigenen Lande und damit die Sicherung und Förderung jedes lebenswichtigen Gewerbszweiges ist der höchste kategorische Imperativ aller Wirtschaftspolitik, aller am Gemeinwohl orientierten sozialen Gerechtigkeit.*

2. Die nächstwichtige Forderung sozialer Gerechtigkeit ist die, für eine *erfolgreiche Wertgewinnung* und damit für *möglichst große wirtschaftliche Fruchtbarkeit* zu sorgen. Erfolgreich für das Gemeinwohl ist eine Wirtschaft nur dann, wenn sie nicht wertvolle Menschenkraft darauf verschwendet, überflüssige, nutzlose oder gar schädliche Dinge herzustellen, mögen diese auch für den Hersteller oder Händler noch so reichen Gewinn abwerfen, sondern wenn alle verfügbare Arbeitskraft darauf verwandt wird, den Bedarf des Volkes zu decken, indem Waren gewonnen werden, deren Wertgehalt auch tatsächlich wieder in Menschenkraft, das eigentliche Endziel aller wirtschaftlichen Betätigung, umgewandelt werden kann.

Dieser Bedarf des Volkes an wirklichen Gebrauchswerten muß aber auch

möglichst billig, gewonnen werden, indem mit den niedrigsten Arbeitskosten die höchsten Gebrauchswerte hergestellt werden. Mit anderen Worten: die menschliche Arbeit und die gewonnenen wirtschaftlichen Güter müssen einen möglichst hohen spezifischen Wert haben.

In der Steigerung des spezifischen Wertes der Arbeit und der Güter liegt der wirtschaftliche Fortschritt, der dem Gemeinwohl dient. Nur wenn diese Steigerung vor sich geht, können immer wieder neue Arbeitskräfte freigemacht werden, nicht um sie dem Hungertode der Erwerbslosigkeit zu überliefern, sondern um mit ihnen stets neue Kulturaufgaben in Angriff nehmen und trotzdem die Arbeitslast der Einzelnen erleichtern zu können.

Um die Arbeitskosten niedrig zu halten, ist eine sorgliche Behandlung und zweckmäßige Handhabung der Arbeitsmittel zu gewährleisten. Da sie selbst kristallisierte Arbeit enthalten, bedeutet jeder Mißbrauch derselben Verschwendung von Arbeitskraft. Aus demselben Grunde ist die beste Aufbewahrung und Verwendung der hergestellten Güter wichtig. Das ist am sichersten zu erreichen, wenn sich Arbeitsmittel und Erzeugnisse im Eigentum und damit auch in der Verlustgefahr Einzelner befinden.

Eine unerläßliche Bedingung des wirtschaftlichen Erfolges ist es aber auch, daß alle verfügbaren Arbeitskräfte ohne Ausnahme zur Gewinnung von Gebrauchswerten eingesetzt, daß andererseits alle gewonnenen Gebrauchswerte restlos wieder in Menschenkraft umgesetzt werden. Das ist nur erreichbar, wenn alle Volksgenossen in den Wertgewinnungsprozeß eingeschaltet bleiben, und zwar sowohl in seine Herstellungs- wie auch in seine Verbrauchshälfte.

3. Das letzte Geheimnis des wirtschaftlichen Erfolges ist aber nicht die Organisation, sondern die Gesinnung der Mitglieder.

Nur, wenn sie alle freiwillig und freudig ihre ganze Kraft in den Dienst der Wertgewinnung stellen, ist der volle Erfolg für das Gemeinwohl gewährleistet.

Nun ist der Selbsterhaltungstrieb, der sich wirtschaftlich als Eigennutzen offenbart, der allgemeinste und zugleich stärkste Antrieb zu Fleiß und Geschicklichkeit. Die allergrößte Zahl der Menschen arbeitet zunächst zur Befriedigung des Eigennutzens, und es ist noch eine offene Frage, ob überhaupt einzelne dazu gelangen, allein im Hinblick auf das Gemeinwohl dauernd ebenso unermüdlich zu schaffen, als ob sie es allein für sich täten. Man ist gewohnt, wegen dieser Tatsache den Menschen moralische Vorwürfe zu machen. Doch ist es noch keineswegs sicher, daß diese Vorwürfe berechtigt sind, ist doch die Selbsterhaltung der Einzelnen unter gewöhnlichen Umständen die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung des Volkes und damit sittlich vollkommen gerechtfertigt.

Statt gegen die Menschen würden die Vorwürfe besser gegen die geltende kapitalistische Wirtschaftsordnung gerichtet, die es nicht versteht, den mächtigsten, in allen Individuen vorhandenen Trieb voll dem Gemeinwohl dienstbar zu machen.

Eine organische, sozial gerechte Wirtschaftsordnung darf nicht den gleichen Fehler begehen. Sie muß so eingerichtet sein, daß der unübertreffliche Motor des Eigennutzens ganz für das Gemeinwohl eingespannt wird. Das gelingt nur dann, wenn beide, Gemeinnutz und Eigennutz, in Übereinstimmung gebracht, wenn sie harmonisiert sind, so daß niemand sein eigenes Wohl fördern, seinen privaten Nutzen vergrößern kann, ohne zugleich das Gemeinwohl gefördert zu haben.

Nun ist das wirtschaftliche Gemeinwohl der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft eine klar bestimmbare Größe. Im Rahmen der nationalen Selbständigkeit ist es allein von dem spezifischen Wert = S der gewonnenen Güter abhängig. Der spezifische Wert wird seinerseits wieder bestimmt durch den Bruch $\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}} = \frac{G}{A}$. Damit ist für das Gemeinwohl in volkswirtschaftlicher Hinsicht eine ganz bestimmte Richtschnur gegeben, von der nicht abgewichen werden darf.

Eine Ordnung, die Eigennutz und Gemeinnutz in Übereinstimmung bringt, kann also nur erreicht werden, wenn der Eigenvorteil der einzelnen Volksgenossen von denselben Größen abhängig gemacht wird, die auch das Gemeinwohl bestimmen, nämlich von S oder, was dasselbe ist, von G und A. Und zwar gilt dies vom Eigennutzen aller Glieder der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft.

Im Abschnitt VIII ist dargelegt, daß sich jede Wertgewinnungsgemeinschaft naturgemäß in Herstellung, Vermittlung und Verbrauch gliedert.

Das wohlverstandene Gemeinwohl verlangt nicht nur eine gerechte Behandlung des Einzelnen, sondern darüber hinaus den ständigen Ausgleich dieser drei Hauptstufen der Wertgewinnungsgemeinschaft. Vor allem müssen Herstellung und Verbrauch stets im Gleichgewicht gehalten werden, weil sonst Wirtschaftskrisen mit Arbeitslosigkeit und Zusammenbrüchen unvermeidlich sind.

Auch sind Herstellung und Verbrauch stets auf der Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu halten, doch wird das bereits durch die Sorge um die Fruchtbarkeit der Wirtschaft bewirkt.

Vom Standpunkt des Gemeinwohls aus gesehen ist daher die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ein dreifaches Gebot:

Das Gemeinwohl der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft, das gleichzeitig das Wohl der Einzelnen umschließt, verlangt

1. eine selbständige Volkswirtschaft,
2. eine fruchtbare Volkswirtschaft,
3. eine geordnete Volkswirtschaft.

Selbständigkeit, Fruchtbarkeit und Ordnung sind die Forderungen, von deren Erfüllung der sichere Bestand und die Blüte der Volkswirtschaft in erster Linie abhängen.

# XI. Das kapitalistische Unrecht.

Erfüllt die kapitalistische Wirtschaftsordnung unserer Tage die Forderungen, die vom Standpunkt des Gemeinwohls aus erhoben werden müssen? Das ist die Prüfung, die sie zu bestehen hat.

Die Sicherheit der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft durch Erhaltung ihrer Selbständigkeit und Wehrhaftigkeit findet am liberalen Kapitalismus einen schlechten Freund. Wer meint, daß die nationale Gliederung des Wirtschaftslebens nur eine vorübergehende Entwicklungsstufe sei, die später durch den weltwirtschaftlichen Zusammenschluß aller Volkswirtschaften von selbst abgelöst werden würde, der kann nur ein bewußter Freund und Förderer der zunehmenden weltwirtschaftlichen Abhängigkeit sein, der muß in allen Bestrebungen, die die Selbständigkeit und Sicherheit der nationalen Wirtschaft zum Ziele haben, reaktionäre Entwicklungshindernisse erblicken. Und so sind denn in der Tat die großen Wirtschaftsmächte, das Finanzkapital, der kapitalistische Großhandel und selbst die kapitalistische Großindustrie unter der Führung des internationalen Finanzkapitals rege bei der Arbeit, durch internationale Zusammenschlüsse zu Trusts und Monopolen, durch Abbau der Zollschranken, durch Rückkehr zur extensiven Bodennutzung, durch Vereinigung der Märkte, durch Einfuhr fremder Arbeiter, durch Beeinflussung der Staatsmacht in allen Ländern und durch viele andere Maßnahmen den letzten Resten volkswirtschaftlicher Selbständigkeit das Grab zu schaufeln. Es sind das dieselben Kreise, die vor einiger Zeit mit ihrem internationalen Wirtschaftsmanifest an die Öffentlichkeit traten, und darin diese Ziele mehr oder weniger offen auf den Schild hoben.

So ist die Vernichtung der nationalen wirtschaftlichen Selbständigkeit und die damit verbundene Bedrohung der Sicherheit des nationalen Lebens die eine Seite des kapitalistischen Unrechts gegen das gemeine Wohl.

Um so mehr betonen die Vertreter der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung die zweite Forderung, die wir im Namen der sozialen Gerechtigkeit erheben mußten, den wirtschaftlichen Erfolg. Er ist das A und das O jeder kapitalistischen Weisheit, er ist der Fetisch, mit dem sie ihre Wirtschaftsweise gegen alle Angriffe schützen zu können glaubt. So maßlos ist der Kapitalismus in der Vertretung dieser Forderung, daß sie für ihn die einzig berechtigte wird, die durch keine andere eingeschränkt werden darf, am allerwenigsten durch die besonderen Notwendigkeiten des nationalen Lebens. Der Kapitalismus ist nicht nur maßlos in seinem Erfolgsstreben, sondern er gibt diesem auch noch eine ganz falsche Richtung. Für ihn bestimmt nicht das Gemeinwohl über den Erfolg, sondern der Eigennutzen. Er mißt ihn deshalb auch nicht an der Menge der erzeugten Gebrauchswerte, noch an der Höhe

der spezifischen Werte, sondern allein am privatwirtschaftlichen Vorteil, am Gewinn oder Verdienst, den der Einzelne sich aneignen kann, und den er, um in der kapitalistischen Ordnung bestehen zu können, sich aneignen muß. Dem Profit zuliebe wird grundsätzlich immer dort gekauft, hergestellt und verkauft, wo es am vorteilhaftesten ist, Ausland und Inland gilt ihm dabei völlig gleich.

Trotz aller nationalen Redensarten vieler seiner Vertreter untergräbt er so die wirtschaftliche nationale Selbständigkeit auf das empfindlichste und schädigt dadurch das Gemeinwohl seiner eigenen Wertgewinnungsgemeinschaft.

Es ist ein glücklicher Umstand für den Kapitalismus sowohl wie für die Nationen, deren Wirtschaft er beherrscht, daß eine Steigerung des Profits unter anderem auch möglich ist durch die Senkung der Arbeitskosten (A) und durch die Steigerung des Gebrauchswertes (G), also durch die Erhöhung des spezifischen Wertes der Erzeugnisse. Schlägt der Kapitalismus diesen Weg der Gewinnsteigerung ein, so fördert er unbeabsichtigt gleichzeitig auch das Gemeinwohl.

Man muß gestehen, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise in der Erhöhung des spezifischen Wertes, in der Steigerung der Produktivität der Arbeit Gewaltiges geleistet hat. Das ist ein Vorteil dieses Systems, der unter allen Umständen auch der sozial gerechten Wirtschaft der Zukunft erhalten werden muß.

Aber auch in der Steigerung des allgemeinen Wirtschaftserfolges hat der Kapitalismus leider nicht die Grenzen innegehalten, die durch das Gemeinwohl gezogen werden. Die Senkung der Arbeitskosten hat er z. B. nicht allein durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Arbeitsmittel angestrebt, sondern er hat sich auch nicht gescheut, billigere volksfremde Arbeitskräfte zu Hunderttausenden ins Land zu ziehen, um so die Arbeitslöhne unter das Maß zu drücken, das für den schaffenden deutschen Menschen unentbehrlich ist. Schließlich hat er sich mit aller Gewalt der Verpflichtung entzogen, diejenigen Volksgenossen, die durch die allgemeine Steigerung der Produktivität der Arbeit und die durch die Einfuhr fremder Arbeitskräfte an ihren Plätzen überflüssig wurden, wieder in den Herstellungsprozeß einzuschalten, sei es durch stärkere Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit, sei es durch Inangriffnahme weiterführender Kulturaufgaben oder durch Stärkung der Kaufkraft vermöge besserer Entlohnung.

Infolgedessen sind Millionen wertvoller Volksgenossen aus dem Wertgewinnungsprozeß ausgeschaltet und durch erzwungene Arbeitslosigkeit mit ihren Familien dem entsetzlichen Schicksale langsamen Verhungerns preisgegeben.

Durch diese unverantwortliche und grausame Vergeudung von Menschenkraft wird auch der allgemeine Wirtschaftserfolg auf das schwerste beeinträchtigt. Hat man erkannt, daß die Wertgewinnung erst dann erfolgreich beendet ist, wenn die der Natur entrissenen Kräfte in Menschenkraft um-

gewandelt sind, dann muß man jede Ausschaltung auch nur eines einzigen arbeitsfähigen Menschen aus dem Herstellungs- und damit aus dem Verbrauchsvorgang gerade vom Standpunkt des Wirtschaftserfolges aus auf das heftigste mißbilligen. Bedeutet doch jeder Einzelne, der durch Erwerbslosigkeit, durch Hungerlohn, durch Krankheit oder sonstige Ursachen aus dem Verbrauch ausgeschieden wird, eine Verminderung der Kauf- oder Verbrauchskraft und damit ohne weiteres auch eine Einschränkung der Herstellung, die nun nicht mehr in der gewohnten Weise Absatz für ihre Güter finden kann und dadurch zum Verkümmern gezwungen wird.

Ähnliche Folgen einer Verkümmerung der Herstellung haben auch andere Erscheinungen kapitalistischer Wirtschaftsweise. Durch die schrankenlose Unterbietung ruiniert der Kapitalismus die Herstellung und hält die Werke im allgemeinen an der Grenze des Bankrotts, sie so verhindernd, ihre Arbeitsmittel und -methoden so zu entwickeln, wie es möglich und notwendig wäre. Die gleiche Wirkung hat die Aussaugung der Wirtschaft durch den Zinswucher des Finanzkapitals, die verhängnisvolle Zinsknechtschaft. Die Planlosigkeit der Herstellung ruft immer wieder Krisen hervor, in denen Unsummen hergestellter Werte zugrunde gehen, Unsummen von Arbeitskraft brach liegen bzw. vernichtet werden. Im Banne des Profitrausches stellt die kapitalistische Wirtschaft eine Menge unnützer, ja schädlicher Dinge her und vergeudet auf diese Weise nicht nur die Arbeitskraft, sondern schädigt und schwächt geradezu die Volkskraft.

Wenn also die kapitalistische Epoche den wirtschaftlichen Erfolg auch für das Gemeinwohl gesteigert hat, so konnte ihr das doch nicht in dem Umfange gelingen wie es möglich und erforderlich gewesen wäre.

In Zukunft wird ihr das noch weniger möglich sein, ist sie doch mit Erfolg bestrebt, Monopole zu schaffen und damit die gegenseitige Konkurrenz, ihren einzigen Antrieb zur Steigerung des Wirtschaftserfolges, auszuschalten.

Am ungeheuerlichsten aber frevelt der Kapitalismus gegen das dritte Gebot sozialer Gerechtigkeit: gegen die harmonische Ordnung in der Wertgewinnungsgemeinschaft. Als bewußter Vertreter des Gegenteils, der Wirtschaftsanarchie, führte er den Kampf aller gegen alle so radikal durch, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Abhängigkeit im Bewußtsein ihrer Glieder vollständig unterdrückt und zerstört wurde. Nicht Genossenschaft, sondern Feindschaft, nicht Zusammenarbeit, sondern Klassenkampf war hinfort die Losung.

Diese Zertrümmerung der organischen Wertgewinnungsgemeinschaft und ihre Verfälschung in ein Gewimmel individualistischer Atome, die nicht mehr durch ein übergeordnetes Gemeininteresse geordnet und zusammengehalten werden, sondern von denen jedes einzelne nur noch durch seinen schrankenlosen Eigennutzen angetrieben wird, ist das eigentliche kapitalistische Menschheitsverbrechen, ist das kapitalistische Unrecht im besonderen.

Der Liberalismus hat die kapitalistische Anarchie mit bewußter Absicht herbeigeführt.

Klein schreibt in seiner „Geschichte des deutschen Liberalismus" über die liberale Theorie, Seite 45: „Oberster Leitsatz des Liberalismus ist das Individualitätsprinzip oder der Individualismus, das heißt die Lehre: Der Staatszweck ist die Förderung des Einzelnen, die Entwicklung und harmonische Ausbildung aller seiner Fähigkeiten zum Vollgenuß des Lebens, wozu alle Einzelnen gleichberechtigt sind.

Auch im Wirtschaftsleben der Staatsangehörigen ist die individuelle Freiheit das Heil oder für jeden die Bedingung, zu seinem natürlichen Rechte zu kommen. Der Staat soll in wirtschaftlichen Dingen die Natur walten lassen. Er hat im wesentlichen nur für die Freiheit des Verkehrs und eine gerechte Besteuerung zu sorgen.

Mithin: Der Liberalismus will, zum Vorteile aller, die Beseitigung der Bevormundung der Bürger vom Staate und die wirtschaftliche Freiheit. Aber die wirtschaftliche Überlegenheit der Begüterten über die Unbegüterten zieht er noch nicht in Betracht, denn er erwartet von der Einführung des Liberalismus in die Staatspraxis zwar nicht die Beseitigung von arm und reich, wohl aber, daß die Einzelnen zu dem Lebensgenuß kommen werden, der ihrer Eigenart angemessen ist.

Ja, vom Individualismus hoffen die Liberalen im Beginn des 19. Jahrhunderts den sozialen Frieden."

Die Ideale des jungen Liberalismus waren gut. Er wollte „das Wohl aller", „den sozialen Frieden", „zwar nicht Gleichheit, aber Gerechtigkeit", kurz, er wollte Harmonie.

Wie anders ist es gekommen! Nicht Frieden wurde erreicht, sondern der Klassenkampf hervorgerufen, nicht das Wohl aller verwirklicht, sondern die Knechtschaft aller Schaffenden, statt der Freiheit herrscht die Tyrannei der Raffer.

Welch ein Gegensatz zwischen Wollen und Wirken! Zwischen Versprechung und Erfüllung! Der Liberalismus wollte — die soziale Gerechtigkeit, er brachte — das kapitalistische Unrecht!

Wie konnte das kommen? Der Liberalismus gab sich dem Wahne hin, es bedürfe keiner besonderen Anstalten und Maßnahmen, um die Harmonie zu verwirklichen, diese gelange in der Staatsgemeinschaft, ja, in der Menschheitsgemeinschaft ganz von selbst zum Siege. Nur eine Maßregel sei dazu nötig, die vollständige Durchführung der Freiheit, d. h. in der Wirtschaft die Durchführung des schrankenlosen Wettbewerbs. Wenn jeder ungehemmt seinem Eigennutzen folgen könne, dann müsse das Wohl aller und der Gesamtheit dadurch am besten erreicht werden. Das bedeutet, daß der Liberalismus durch Verfolgung des Eigennutzens den Gemeinnutz verwirklichen wollte. Diese verhängnisvolle Hoffnung beruhte auf der Lehre des jüdischen Philosophen Baruch Spinoza, der den wirtschaftlichen und politischen Liberalismus philosophisch begründete. Spinoza meinte, der Mensch habe, gleich einem Rade in der göttlichen Weltmaschine, keinen freien Willen. Befreie man ihn von dem Einfluß anderer Mitwesen, Mit-

räder, so befolge er aus sich heraus den Willen des Ganzen, den Willen Gottes, denn er sei ein Teil der göttlichen Weltsubstanz und daher von Natur gut. Befreie man ihn von äußeren Hemmungen, so könne er nur Gutes tun. Das Böse sei überhaupt „etwas Unwirkliches, etwas nur Scheinbares".

Indem der Liberalismus diese Lehre, deren Wurzel in der alttestamentlichen Schöpfungsgeschichte zu suchen ist (und siehe da, es war sehr gut), verwirklichte, machte er sich zum Schrittmacher des entsetzlichsten Unrechtes, das die Welt je gesehen, des kapitalistischen.

Hermann Klein ist ein unverdächtiger Zeuge. Selbst ein Liberaler, ist er ein Lobredner des Liberalismus. Aber er muß doch zugeben, daß der Liberalismus von einem Irrwahn ausging, weil er „die wirtschaftliche Überlegenheit der Begüterten über die Unbegüterten noch nicht in Betracht zieht".

Klein gehört, wie Fr. Naumann, zu den Liberalen, die aus der Erfahrung gelernt hatten, daß soziale Regelungen für die Durchführung der Harmonie unvermeidlich seien.

Die Ursache, warum die wirtschaftliche Anarchie solch verheerende Folgen auslösen mußte, hat Klein allerdings nur sehr ungenau erkannt. Er sieht diese Ursache im Eigentum.

Der eigentliche Grund der kapitalistischen Unterdrückung der schaffenden Menschen ist aber in der Tatsache zu suchen, daß infolge der schrankenlosen Konkurrenz in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten allein die Macht, in keiner das Recht entscheidet. Kapitalismus ist nicht Besitzordnung, ist nicht Eigentumswirtschaft, Kapitalismus ist das zum Grundsatz erhobene wirtschaftliche Faustrecht.

Wirtschaftliche Macht und Besitz decken sich keineswegs. Zwar kann mit Eigentum wirtschaftliche Macht verbunden sein, doch ist ein Begüterter nicht selten wirtschaftlich ohnmächtig, z. B. dann, wenn seine Erzeugnisse unverkäuflich werden oder, wenn er durch die staatliche Macht an der Ausübung der wirtschaftlichen Macht, die ihm sein Besitz an und für sich verleihen würde, gehindert wird (Hausbesitzer).

Andererseits kann auch ein Besitzloser unter Umständen wirtschaftliche Macht ausüben, beispielsweise der glückliche Erfinder oder der Staatsbeamte (Schlichter).

Das kapitalistische Unrecht hat also seine Ursache nicht im Bestehen der Eigentumsordnung, sondern in der hemmungslosen Herrschaft der wirtschaftlichen Macht, wie sie mit der schrankenlosen Konkurrenz und mit der daraus hervorgehenden kapitalistischen Anarchie verbunden ist.

Selbst Arbeitsmittel in Privatbesitz sind nicht ohne weiteres Kapital, sondern harmlose Maschinen, Rohstoffe usw., die zur Wertgewinnung unentbehrlich sind. Sie werden erst dadurch zu Kapital, daß die freie kapitalistische Konkurrenz ihren Besitzern nicht nur die Macht verleiht, sie vielmehr geradezu zwingt, ihr Eigentum zum Schaden der gesamten Wertgewinnungsgemeinschaft und zum Schaden einzelner Glieder derselben zu mißbrauchen.

Jede Wertgewinnungsgemeinschaft, in der das kapitalistische Faustrecht herrscht, bietet denselben Anblick dar, wie ein untergehendes Schiff, auf dem das Kommando versagt. Das Gesamtwohl hat dann keinen Anwalt mehr. Rette sich, wer kann, ist die allgemeine Losung. Um die Plätze in den Rettungsbooten geht der Kampf auf Tod und Leben, aber nur die wenigsten können flottgemacht werden. Jeder ergreift schließlich, was ihm zur Rettung tauglich erscheint und wirft sich damit ins Wasser. Dort entspinnt sich dann erst recht der gräßliche Kampf aller gegen alle. Der eine sucht den andern von der rettenden Planke zu verdrängen, und ebenso unbarmherzig stößt ihn dieser wieder zurück ins Wasser.

Hier scheint es kein gemeinsames Interesse mehr zu geben. Jeder ist des andern Feind. Vergessen ist, daß sie schließlich doch alle nur durch dasselbe Mittel, nämlich durch die Dazwischenkunft eines anderen Schiffes gerettet werden können. Infolge des verzweifelten Zustandes ist niemand in der Lage daran zu denken, ist erst recht niemand in der Lage, etwas zu diesem Zwecke zu tun.

In der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie ist es nicht anders. Zwar ist auch hier das gemeinsame Lebensinteresse der Wertgewinnungsgemeinschaft im Grunde vorhanden, aber es kann sich nicht auswirken, weil die Interessen der Einzelnen sich nicht mit ihm decken. Während das Gemeinwohl von den Arbeitskosten (A) und von dem Gebrauchswert (G) abhängt, wird der Einzelvorteil durch die wirtschaftliche Macht bestimmt. Er kann also auch unabhängig vom Gemeinwohl, ja sogar im Gegensatz zu ihm, befriedigt werden und wird auch in dieser Weise befriedigt. Der Kampf aller gegen alle und aller gegen das Ganze herrscht in seiner ganzen Brutalität. Wo aber keine Harmonie der Interessen vorhanden ist, da gibt es keinen Gleichklang der Willen, da gibt es auch keinen Erfolg.

Der wahnsinnige Interessenkampf der Individuen geht um drei Dinge:

1. Um den Besitz der Arbeitsmittel,
2. um Anteil an der Leitung der Wirtschaft und
3. um das Recht zur Arbeit und zum Leben.

Geht man diesen Forderungen auf den Grund, so handelt es sich im Grunde immer um ein und dasselbe: um einen möglichst großen Anteil an dem gesamten Wirtschaftsgewinn.

Die Verteilung des Wirtschaftsertrages unter die Glieder der Wertgewinnungsgemeinschaft erfolgt in der kapitalistischen Anarchie nicht nach irgendwelchen Gesetzen sozialen Rechts, sondern allein nach der wirtschaftlichen Macht.

Wie geht diese Verteilung vor sich, und mit welchem Ergebnis findet sie statt? Worin besteht also das kapitalistische Unrecht in der Verteilung, und wie kommt es zustande?

In der kapitalistischen Wirtschaft erfolgt die Verteilung ganz überwiegend durch den Tausch. Nur noch ein geringer Bruchteil der Güter wird zum Selbstverbrauch hergestellt, für den es kein Verteilungsproblem gibt.

Getauscht werden die verschiedensten Dinge gegeneinander: Ware gegen Ware, Ware gegen Geld, Arbeitskraft gegen Ware und gegen Geld usw. In den meisten Fällen schiebt sich als Tauschmittel das Geld ein.

Welche Rolle spielt das Geld beim Tausch und überhaupt in der Wirtschaft? Es ist beim Tausch nicht unentbehrlich. Der einfache Tausch gibt Ware gegen Ware oder Arbeitskraft gegen Ware. Immer stellte sich aber bald das Bedürfnis nach einem besonderen Tauschmittel heraus. Als Tauschmittel dienten stets Waren, wie Vieh, Kakaobohnen, Kaurimuscheln, Kattunstreifen, Edelmetalle u. a.

Ihre Aufgabe beim Tausch war eine doppelte. Sie dienten

1. als Wertmesser und
2. als Wertträger.

Zum Tausch Ware gegen Ware hätte ein Wertmaßstab vollständig genügt. Da aber ein Verkäufer oft nicht gleich von seinem Kunden, sondern erst von einem Dritten und zu einer späteren Zeit etwas wieder kaufen wollte, so bedurfte er für die Zwischenzeit eines bequemen und beständigen Wertträgers. Dazu waren die Edelmetalle besser wie jede andere Ware geeignet. In dieser besonderen Brauchbarkeit ist auch zum guten Teil der hohe Gebrauchswert der Edelmetalle begründet, der für das Gold im besonderen geradezu dadurch, daß es in fast allen Kulturländern gesetzliches Zahlungsmittel ist, künstlich erhalten wird. Da die Edelmetalle so außergewöhnlich haltbar sind, eigneten sie sich auch besonders gut als Wertspeicher und Schatzbildner.

Goldgeld als Tauschmittel vereinigt also in sich drei Eigenschaften. Es ist zugleich: Wertmaßstab,
Wertträger und
Wertspeicher.

Heute haben die Weltnotenbanken überall an Stelle des Goldgeldes das Papiergeld treten lassen. Das Papiergeld ist nur ein Wertzeichen, es enthält in sich selbst keinen Wert, ist also für sich allein nur noch als Wertmaß, nicht mehr als Wertträger oder Wertspeicher zu gebrauchen. Den Wertträger Gold haben die Weltnotenbanken selbst in ihren Kellern gespeichert. Infolgedessen ist es heute für den gewöhnlichen Privatmann unmöglich, das Tauschmittel zu unbedingt sicherer Schatzbildung zu gebrauchen. Dies Vorrecht steht nur noch den auserwählten Beherrschern der großen Notenbanken zu.

Wer Papiergeld speichert, sei es nun zu Hause oder auf einem Kassenkonto, häuft damit nicht echte Werte auf, sondern nur Forderungen, die sich bei einem Konto gegen die Bank oder Sparkasse, bei Papiergeld selbst gegen die Notenbank richten. Solche Forderungen sind natürlich immer unsicher. Sich auf sie zu verlassen, ist überhaupt nur bei einem hohen Stande staatlicher und wirtschaftlicher Organisation möglich.

Der Mangel des Papiergeldes, nicht Wertträger und Wertspeicher zu sein, schädigt es nicht in seiner Brauchbarkeit als eigentliches Tauschmittel. Damit ist erwiesen, daß zum Tausch in einer geordneten Wirtschaft nur ein Wertmaß und ein entsprechendes Wertzeichen in Gestalt eines unbefristeten zinslosen

Wechsels nötig ist. Findet der Staat, der solches Geld ausgibt, das nötige Vertrauen in seinen Bestand und in seine Rechtssicherheit, und hütet er sich, mehr Geld in Umlauf zu bringen, wie der vorhandene Warenumsatz erfordert, so braucht er für seinen Geldumlauf weder Gold noch andere Werte als Deckung.

Andererseits schützt die beste Golddeckung sein Geld nicht vor der Entwertung, wenn er mehr ausgibt, wie zur Regelung des Warenaustausches erforderlich ist (etwa $^1/_{10}$ des Jahresumsatzes). Das Papiergeld nimmt seinen Wert als Tauschmittel eben nicht aus irgendeiner Deckung, sondern aus seiner Funktion, aus seiner Aufgabe, aus seinem Gebrauch als unentbehrliches Tauschmittel, als Wertmaßstab. Daher ist das Gold, nicht aber das Geld für den modernen Tauschverkehr überflüssig.

Im Papiergeld ist der Wertmaßstab noch vom Golde genommen, obwohl dieses selbst gar nicht mehr Tauschmittel ist. Das ist bei dem heutigen Stande der Tauschwirtschaft eine Rückständigkeit. Statt Goldwertzeichen würden wir jetzt zweckmäßiger einen Tauschmaßstab verwenden, der auf wirkliche Werteinheiten, nämlich auf Energieeinheiten, Kilowatt, Meterkilogramm, Kalorien oder Werk lautete.

Zu der Wirtschaft der Zukunft, die auf Grund einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Wirtschaftslehre geregelt ist, gehört unbedingt auch ein solches, mathematisch-naturwissenschaftlich bestimmtes Wertmaß als Tauschmittel.

Da ein solches Wertmaß weder Wertträger noch Wertspeicher ist, so können mit seiner Hilfe nicht mehr wirkliche Werte, sondern nur noch Forderungen gespeichert werden, die leicht der öffentlichen Regelung zu unterwerfen sind. Vor allem liegt es dann aber für jeden klar zutage, was heute durch den Schleier des Goldmaßstabes noch verdeckt ist, daß beim Tausch immer Werte, d. h. Energiemengen getauscht werden.

Wie geht es nun bei diesem Wert- oder Energieaustausch in der kapitalistischen Wirtschaft zu?

Die klassisch-marxistische Schule hat das Tauschgesetz aufgestellt: Alle Waren werden im Durchschnitt zu ihrem Werte ausgetauscht, so daß Äquivalente (gleiche Werte) getauscht werden. Erinnern wir uns, daß diese Schule im Tauschwert „den“ Wert sah. Sie glaubte, jeder Ware wohne ein bestimmter, objektiv festzustellender Tauschwert inne. Als diesen objektiven oder wahren Tauschwert sah sie die Menge menschlicher Arbeit an, die, gemessen in Arbeitszeit, zur Herstellung gerade dieser Ware im Durchschnitt nötig ist.

Das klassisch-marxistische Gesetz des Warentausches bedeutet also, daß im Durchschnitt gleiche Mengen menschlicher Arbeitszeit gegeneinander ausgetauscht werden. Da diese aber Unkosten darstellen, so bedeutet es, daß im allgemeinen gleiche Arbeitskosten ausgetauscht werden.

Die Besitzer A und B wollen die Waren I und II miteinander tauschen (Abb. 5). 1 kg Ware I enthält 100 Kalorien Arbeitskosten, in 1 kg Ware II befindet sich dieselbe Menge. Dann müßten A und B diese beiden Waren im Durchschnitt Kilogramm gegen Kilogramm austauschen. Der Preis könnte

vorübergehend über diesem Werte liegen, müßte dann aber auch zeitweilig darunter fallen, so daß die an und für sich unbeträchtlichen Gewinne und Verluste sich ausgleichen.

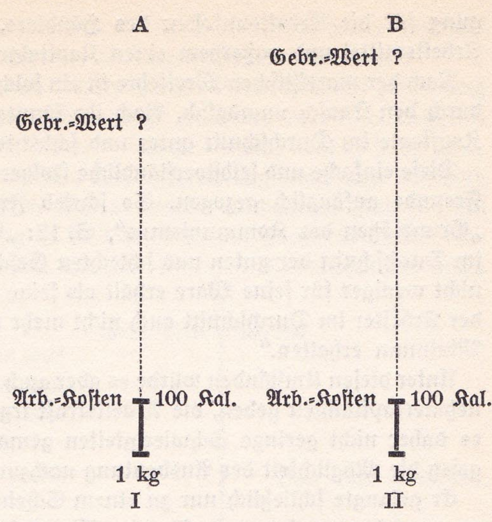


Abb. 5. Das klassisch-marxistische Tauschgesetz.

Marx kam zu dieser Ansicht vom Tausche, weil er sich richtig sagte, es kann nur dann dauernd getauscht werden, wenn der Tausch zu beiderseitigem Vorteile geschieht. Würde nun dauernd 1 kg Ware I gegen 1,1 kg Ware II getauscht, so erhielte A für 100 Kalorien Wert deren 110. Er hätte also einen Vorteil von 10 Kalorien. B erhielte aber für 100 Kalorien Wert nur deren 91, hätte mithin einen Verlust von 9 Kalorien und wäre damit geprellt. Einem Wertgewinn auf der einen Seite steht auf der andern Seite stets ein Wertverlust gegenüber. Da sich aber niemand fortgesetzt prellen läßt, so kann der Tausch nicht dauernd in dieser Weise vor sich gehen. Nach der liberal-marxistischen Theorie ist dauernder Tausch überhaupt nur dann möglich, wenn im Durchschnitt Äquivalente ausgetauscht werden.

Diese theoretische Forderung der Tauschwertlehre widerspricht nun ganz und gar der praktischen Erfahrung. Tatsächlich sind im Wirtschaftsleben beide Partner im allgemeinen mit dem Tausch zufrieden und bereichern sich dabei.

Das ist der beste Beweis dafür, daß die Tauschwertlehre das wirtschaftliche Leben nicht erklären kann, daß sie also grundfalsch ist.

Natürlich haben die Marxisten das Versagen ihrer Lehre ebenfalls bemerkt. Sie haben es zu verdecken versucht, es dadurch aber erst recht unterstrichen. So sagt Kautsky in den Erläuterungen zum Erfurter Programm, S. 7: „Will also der Kaufmann einen Überschuß des Verkaufspreises der Ware über ihren Einkaufspreis erzielen, d. h. einen Gewinn oder Profit, so kann er denselben in der Regel nur dadurch erlangen, daß er seine Ware an einem Orte und zu einer Zeit kauft, wo sie billig ist, daß er sie an einem Orte oder zu einer Zeit verkauft, wo sie teuer ist."

Was Kautsky hier als Handelsgewinn mit der marxistischen Tauschwertlehre in Einklang bringen kann, sind aber nur die Spekulationsgewinne, nicht die regelmäßigen Gewinnaufschläge des regulären Handels. Tatsächlich kauft der Handel regelmäßig an jedem Orte und zu jeder Zeit und erhebt im Durchschnitt seinen Gewinnzuschlag. Dieser Handelszuschlag enthält die Entschädi-

gung für die Arbeitsunkosten des Händlers, den Ersatz etwa verbrauchter Arbeitsmittel und außerdem einen Kapitalgewinn.

Nach der marxistischen Wertlehre ist ein solcher regelmäßiger Kapitalgewinn durch den Tausch unmöglich. Nach ihr könnten sich weder Fabrikanten noch Kaufleute im Durchschnitt guter und schlechter Geschäftszeiten bereichern.

Diese einfache und selbstverständliche Folgerung haben auch Marx und seine Freunde anfänglich gezogen. So schrieb Friedrich Engels 1848 in seinen „Grundsätzen des Kommunismus", S. 12: „Aber ebenso wie der Fabrikant im Durchschnitt der guten und schlechten Geschäftszeiten doch nicht mehr und nicht weniger für seine Ware erhält als seine Produktionskosten, ebenso wird der Arbeiter im Durchschnitt auch nicht mehr und nicht weniger als eben dies Minimum erhalten."

Unter diesen Umständen würde es aber auch keine Möglichkeit für den Unternehmerkapitalisten geben, die Arbeitskraft irgendwie auszubeuten. Marx hat es daher nicht geringe Schwierigkeiten gemacht, aus dem klassischen Wertgesetz die Möglichkeit der Ausbeutung nachzuweisen.

Er gelangte schließlich nur zu einem Scheinbeweis, und auch diesen konnte er nur erlangen, indem er für die „Ware" Arbeitskraft eine Ausnahme von allen Waren konstruierte. Für den „Wert" der Arbeitskraft ist auf einmal nicht nur der Tauschwert, sondern auch der Gebrauchswert maßgebend. Marx meint, der Arbeiter erhielte im Lohn den Tauschwert seiner Arbeitskraft, während sich der Fabrikant im Preise seiner Waren den Gebrauchswert der in den Waren enthaltenen Arbeit bezahlen lassen könne. Durch diese Einschmuggelung des Gebrauchswertes in den Tausch ist allerdings die ganze klassische Wertlehre, die Marx gerade zugrunde legen wollte, über den Haufen geworfen.

Nehmen wir nun aber einmal an, es würde beim Tausch nach dem klassischen Wertgesetz verfahren, es würden tatsächlich Äquivalente, d. h. gleiche Mengen menschlicher Arbeitskraft ausgetauscht. Welche Folgen erkennen wir dann auf Grund der Kraft- oder Gebrauchswertlehre?



Abb. 6. Der Tausch nach der Gebrauchswertlehre. 1. Fall.

Es sei angenommen, zwei Besitzer, A und B, wollten die Ware I und II miteinander tauschen (Abb. 6).

1 kg Ware I erfordert 100 Kalorien Arbeitskosten und hat 600 Kalorien Gebrauchswert. 1 kg Ware II bedingt ebenfalls 100 Kalorien Arbeitskosten und stellt 600 Kalorien Gebrauchswert dar. Gleiche Mengen dieser Waren sind also gleichwertig einmal im Sinne des klassischen Wertgesetzes, denn sie enthalten gleiche Mengen menschlicher Arbeit, dann aber auch im Gebrauchswert. Nach dem Tausche

haben beide Besitzer wieder die gleichen Mengen Gebrauchswerte (600 Kalorien), die auch gleiche Arbeitskosten (100 Kalorien) verursacht haben.

Hat ein derartiger Tausch nun überhaupt Zweck? Beide Partner haben doch vor und nach dem Tausch gleichviel. Allerdings gleichviel, aber nicht dasselbe. Die 600 Kalorien Gebrauchswert I waren für A wertlos, weil er selbst keine Verwendung dafür hatte und deshalb ihre Gewinnung nicht zum Abschluß bringen konnte. Die 600 Kalorien Gebrauchswert II dagegen sind für ihn nützlich. Genau umgekehrt erging es B. Darum ist der Tausch für beide vorteilhaft gewesen. Beide haben sich um 600 Kalorien Gebrauchswert durch diesen Tausch bereichert.

Mithin stellt sich heraus:

1. Der Tausch ist möglich, wenn auf beiden Seiten gleiche Mengen Arbeitskosten und gleiche Gebrauchswerte vorhanden sind.
2. Der Tausch ist in diesem Falle für beide Teile vorteilhaft.
3. Und zwar ist er für beide Teile gleich vorteilhaft.

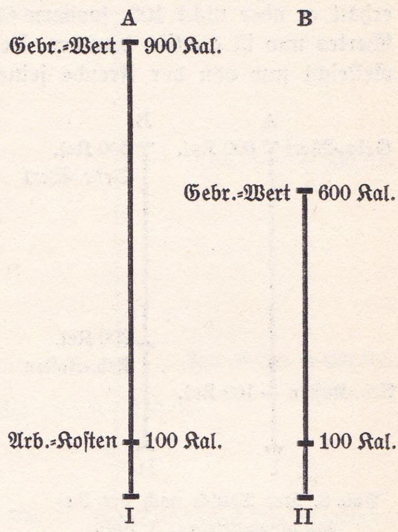


Abb. 7. Der Tausch nach der Gebrauchswertlehre. 2. Fall.

Der hier angenommene Fall wird nur selten eintreten. Wählen wir deshalb die Verhältnisse so, daß zwar die Arbeitskosten gleich sind, nicht aber die Gebrauchswerte. Nach den „ewigen Gesetzen des Warenaustausches“ würde auch dieser Fall noch als Austausch von Äquivalenten gelten müssen (Abb. 7).

1 kg der Ware I erfordert diesmal 100 Kalorien Arbeitskosten, wie auch 1 kg der Ware II. Der Gebrauchswert von I beläuft sich auf 900 Kalorien, der von II auf nur 600 Kalorien. Nach dem klassischen Wertgesetz müßte 1 kg der Ware I gegen 1 kg der Ware II getauscht werden. Dann wären Äquivalente, d. h. gleiche Mengen menschlicher Arbeit getauscht worden. Es möge sich um zwei kraftliefernde Stoffe handeln, etwa zwei Brennstoffe. Dann hat A nach dem Tausch nur 600 Kalorien zur Verfügung, B aber 900 Kalorien. Daraus geht hervor, daß trotz gleicher Arbeitsunkosten doch keine Äquivalente, keine gleichen Werte getauscht worden sind, weil die Gebrauchswerte nicht gleich waren.

Das klassische Wertgesetz ist also für diesen Fall hinfällig. Es sind zwar gleiche Arbeitsmengen (Äquivalente), aber doch keine gleichen Werte in Tausch gegangen.

Kann dieser Tausch trotzdem vor sich gehen? Man wird vielleicht einwenden, A würde nicht auf diesen Tausch eingehen, weil er nachher 300 Kalorien Ge-

brauchswert weniger zur Verfügung hat als vorher, B dagegen würde sehr gern einverstanden sein, da er durch den Besitzwechsel 300 Kalorien Gebrauchswert mehr erhält, als er zuerst hatte.

Dabei wird aber übersehen, daß A zwar von vornherein 900 Kalorien Gebrauchswert besaß, für sie aber keine Verwendungsmöglichkeit hatte, sonst würde er ja nicht tauschen wollen. Sie waren also für ihn wertlos. Fände er keine Möglichkeit zum Tausch, so wären seine 100 Werk Arbeitskosten weggeworfen. Er muß also eine Tauschgelegenheit ausfindig machen, bei der er zumindest seine 100 Kalorien Arbeitskosten zurückerhält. In unserem Fall erhält er aber nicht 100, sondern 600 Kalorien eines für ihn brauchbaren Wertes und ist glücklich darüber. Sein Vergnügen über diesen Tausch wird vielleicht nur von der Freude seines Partners übertroffen, der für seine 100 Werk Arbeitskosten gar 900 Kalorien Gebrauchswert erhält.

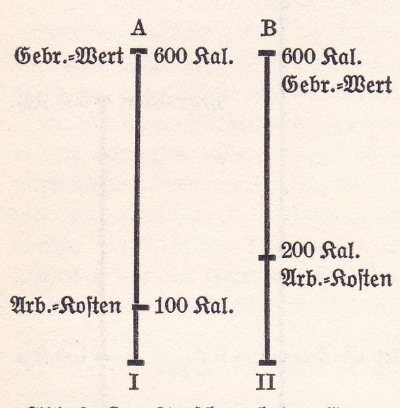



Abb. 8. Der Tausch nach der Gebrauchswertlehre. 3. Fall.

Beide also reiben sich vergnügt die Hände, obwohl ungleiche Werte getauscht worden sind.

Es zeigt sich also:

1. Ein Tausch ist auch dann möglich, wenn auf beiden Seiten zwar gleiche Arbeitskosten aber ungleiche Gebrauchswerte stehen.
2. Er kann auch in diesem Falle für beide Teile vorteilhaft sein.
3. Der Vorteil ist aber auf beiden Seiten verschieden.

Drittens sei vorausgesetzt, daß die Gebrauchswerte zwar gleich, die Arbeitskosten aber verschieden seien. Ein solcher Tausch würde dem klassisch-marxistischen Wertgesetz widersprechen (Abb. 8).

Beide haben vor dem Tausch 600 Kalorien Gebrauchswert und nachher ebenfalls. Hier sind also tatsächlich gleiche Werte getauscht worden. Bezieht man aber den Gebrauchswert auf gleiche Arbeitskosten, so zeigt es sich anders. A erhält für 100 Kalorien Arbeitskosten 600 Kalorien Gebrauchswerte, B dagegen für 100 Kalorien Arbeitskosten nur 300 Kalorien Gebrauchswerte. A erhält also das 6fache, B das 3fache. Das ist dasselbe Verhältnis der beiden Wertgrößen, wie es bei A und B schon vor dem Tausche bestand. Daher haben bei diesem Tausche beide ihren Vorteil gewahrt.

1. Tausch ist möglich, wenn gleiche Gebrauchswerte, aber ungleiche Arbeitskosten getauscht werden.
2. Auch in diesem Falle kann der Tausch für beide Teile vorteilhaft sein.
3. Der schon vor dem Tausch auf beiden Seiten vorhandene Vorteil bleibt gleichmäßig gewahrt.

Das Tauschverhältnis beider Waren kann auch so gestaltet werden, daß gleiche Arbeitskosten in Tausch gehen, wie es das klassisch-marxistische Wertgesetz verlangt. Dann müssen 2 kg Ware I gleich 1200 Kalorien Gebrauchswert gegen 1 kg Ware II gleich 600 Kalorien Gebrauchswert ausgewechselt werden. Es sind dann auf beiden Seiten zwar gleiche Arbeitskosten von 200 Kalorien, aber ungleiche Gebrauchswerte vorhanden. Es sind also wieder trotz äquivalenter Arbeitskosten ungleiche Werte ausgetauscht worden. Außerdem werden durch einen derartigen Tausch die Vorteile geradezu umgekehrt. A hatte zunächst an Gebrauchswert das 6fache der Arbeitskosten, B das 3fache; nachher hat A das 3fache und B das 6fache.

Es bleibt nun noch die Möglichkeit zu untersuchen, daß die Waren sowohl in den Arbeitskosten wie auch in den Gebrauchswerten ungleich sind. Auch dieser Tausch ist möglich, obwohl Gleichwertigkeit in keiner Hinsicht besteht.

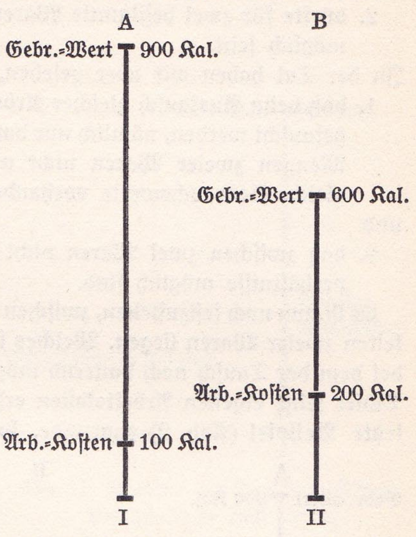



Abb. 9. Der Tausch nach der Gebrauchswertlehre. 4. Fall.

Werden diese Waren (Abb. 9) Kilogramm gegen Kilogramm ausgetauscht, so erhält A für seine 100 Kalorien Arbeitskosten 600 Kalorien Gebrauchswert, B für seine 200 Kalorien Arbeitskosten 900 Kalorien Gebrauchswert, beide können also zufrieden sein. Die Vorteile sind allerdings nicht in gleicher Weise gewahrt worden. A hatte vorher das 9fache seiner Arbeitskosten an Gebrauchswert, B das 3fache; nach dem Tausch hat A das 6fache, B das $4\frac{1}{2}$fache.

Das Ergebnis lautet also:

1. Ein Tausch ist auch dann möglich, wenn Arbeitskosten und Gebrauchswerte der beiden Waren verschieden sind.
2. Auch in diesem Falle können beide Parteien ihren Vorteil dabei finden.
3. Er ist allerdings auf beiden Seiten verschieden.

Auch diese Waren lassen sich in einem Verhältnis tauschen, daß sich entsprechend dem klassisch-marxistischen Tauschgesetz gleiche Arbeitskosten gegenüberstehen. Es sind dann 2 kg Ware I mit 200 Kalorien Arbeitskosten gegen 1 kg Ware II mit 200 Kalorien Arbeitskosten auszuwechseln. Allerdings stehen sich dann 1800 Kalorien und 600 Kalorien Gebrauchswerte, also ganz ungleiche Werte gegenüber.

Versuchen wir es einmal mit der Erhaltung des gleichen Vorteils. Wir müssen dann setzen: 1 kg Ware I $= 1\frac{1}{2}$ kg Ware II.

A erhält dann für 100 Kalorien Arbeitskosten 900 Kalorien Gebrauchswerte zurück, B für 200 Kalorien Arbeitskosten 600 Kalorien Gebrauchswerte. A behält also seinen 9fachen, B seinen 3fachen Vorteil.

Aus diesen Beispielen ist ohne weiteres zu erkennen, daß das klassisch-marxistische Wertgesetz keineswegs den wirtschaftlichen Tatsachen entspricht. Wenn es richtig wäre, müßten

1. beim Austausch gleicher Arbeitskosten auch wirklich gleiche Werte ausgetauscht werden;
2. dürfte für zwei bestimmte Waren nur ein einziges Austauschverhältnis möglich sein.

In der Tat haben wir aber gesehen,

1. daß beim Austausch gleicher Arbeitskosten nur selten gleiche Werte ausgetauscht werden, nämlich nur dann, wenn zufällig in den ausgetauschten Mengen zweier Waren nicht nur gleiche Arbeitskosten, sondern auch gleiche Gebrauchswerte vorhanden sind;

und

2. daß zwischen zwei Waren nicht ein einziges, sondern viele Austauschverhältnisse möglich sind.

Es ist nun noch festzustellen, zwischen welchen Grenzen die Austauschmöglichkeiten zweier Waren liegen. Welches ist das ungünstigste Verhältnis für A, bei dem der Tausch noch dauernd möglich bleibt? A muß mindestens auf die Dauer seine eigenen Arbeitskosten ersetzt erhalten. Legen wir auch hier das letzte Beispiel (Abb. 9) zugrunde, so betragen diese für 1 kg der Ware I 100 Werk. Da Ware II 600 Kalorien Gebrauchswert in 1 kg enthält, so sind jene 100 Kalorien Arbeitskosten des A durch $^1/_6$ kg der Ware II gedeckt. Deshalb ist der für A ungünstigste Fall, der dauernd möglich ist:

1 kg Ware I gegen
$^1/_6$ kg Ware II (Abb. 10).

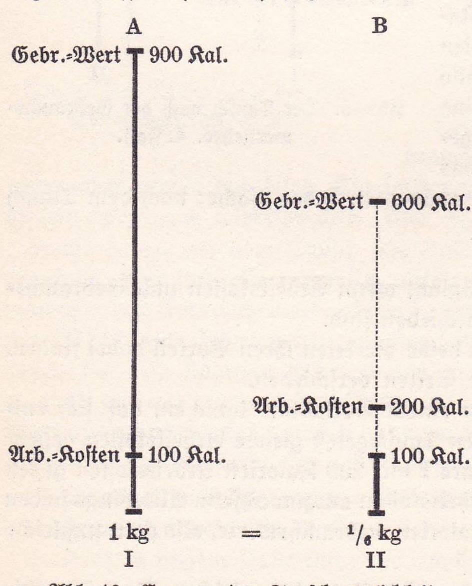



Abb. 10. Grenzen der Tauschmöglichkeit. Der ungünstigste Fall für A.

Vorübergehend kann A sogar noch ungünstiger tauschen: z. B. 1 kg Ware I gegen 50 Kalorien der Ware II. Er rettet dann wenigstens die Hälfte seiner Arbeitskosten, die sonst ganz und gar verloren wären.

Welches ist aber der günstigste Fall für A, der dauernd möglich ist? B muß mindestens seine Arbeitskosten ersetzt erhalten,

die für 1 kg Ware II 200 Kalorien ausmachen. Diese 200 Kalorien sind in $^2/_9$ kg Ware I enthalten (Abb. 11).

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Für $^2/_9$ kg Ware | I | kann | A | noch gerade | 1 | kg Ware | II kaufen. |
| „ $^1/_9$ „ „ | I | „ | A | „ „ | ½ | „ „ | II „ |
| „ 1 „ „ | I | „ | A | „ „ | 4½ | „ „ | II „ |

Der ungünstigste Fall für A ist:
1 kg Ware I gegen $^1/_6$ kg Ware II.

Der günstigste Fall für A ist:
1 kg Ware I gegen 4½ kg Ware II.

Da 4½ kg = $^{27}/_6$ kg sind, so erhält A im günstigsten Falle 27mal soviel wie im ungünstigsten.

B erhält im ungünstigsten Falle
für 1 kg Ware II $^2/_9$ kg Ware I,
im günstigsten Falle
für 1 kg Ware II 6 kg Ware I.

Da 6 kg = $^{54}/_9$ kg sind, so erhält B im günstigsten Falle ebenfalls 27mal soviel wie im ungünstigsten.

Die Zahl 27 gibt also die Tauschspanne an, innerhalb deren der Tausch dieser beiden Waren dauernd zu beiderseitigem Vorteil möglich ist.

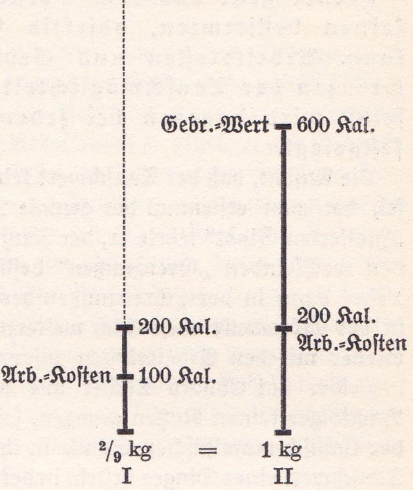


Abb. 11. Grenzen der Tauschmöglichkeit. Der günstigste Fall für A.

Das klassisch-marxistische Wertgesetz, nach dem stets gleiche Werte ausgetauscht werden müssen, und das für zwei Waren nur ein einziges Tauschverhältnis dauernd für möglich hält, erweist sich damit als vollständig nichtig.

Der Tausch zweier Waren kann vielmehr innerhalb der sehr großen Tauschspanne in den verschiedensten Mengenverhältnissen zu beiderseitigem Nutzen stattfinden. Die Größen A und B begrenzen die Tauschmöglichkeit wechselseitig.

Die Tauschspanne ist leicht zu berechnen, wenn die spezifischen Werte der beiden Waren bekannt sind. Ihr Produkt ergibt die Tauschspanne. In unserm Falle hat die Ware I den spezifischen Wert 9, die Ware II den spezifischen Wert Wert 3. $9 \times 3$ ergibt die Tauschspanne 27.

Da nun die spezifischen Werte mancher Waren bedeutend größer sind als 3 oder 9, so ist erwiesen, daß der Tausch überaus große Bereicherungsmöglichkeiten bietet, ohne daß die Beiderseitigkeit des Tauschvorteils verloren geht. Erhält A für 1 kg Ware I 4½ kg Ware II, so werden ihm seine 100 Kalorien Arbeitskosten mit 2700 Kalorien Gebrauchswert vergütet, während sie sich durch seine eigene Herstellungsarbeit höchstens mit 900 Kalorien Gebrauchs-

wert bezahlt machen können. Der mögliche Vorteil im Handel ist in diesem Falle also dreimal so groß wie in der Herstellung.

Diese ungewöhnlichen Möglichkeiten, die der Tausch unter der Herrschaft der wirtschaftlichen Macht der persönlichen Bereicherung bietet, hat das Judentum sehr früh erkannt. Schon im Talmud ist die Weisheit niedergelegt, daß derjenige, der 100 Talente im Handel habe, alle Tage Fleisch essen könne, wer aber 100 Talente im Ackerbau habe, der müsse alle Tage Kohl essen.

Ferner geht aus dem Vorstehenden hervor, daß eine Ware keinen bestimmten, objektiv feststehenden Tauschwert haben kann. Arbeitskosten und Gebrauchswert bestimmen nur die Grenzen der Tauschmöglichkeit, weiter nichts. Der Tauschwert selbst wird dagegen bei jedem Tausch von neuem (subjektiv) festgelegt.

Die Ansicht, daß der Tauschwert keine bestimmte, objektiv festgelegte Größe sei, hat zum erstenmal der geniale J. H. v. Thünen aufgestellt. In seinem „Isolierten Staat" lehrte er, der Tauschwert werde in jedem Einzelfalle durch den wechselnden „Grenznutzen" bestimmt. Die „Wiener Schule" hat diese Lehre dann in der „Grenznutzentheorie" ausgebaut, ohne damit allerdings in der Erkenntnis wesentlich weiterzukommen, da der kleinste Grenznutzen wieder mit den Arbeitskosten zusammenfällt.

Leider hat Eduard Sacher aus den Erkenntnissen Thünens und seiner Nachfolger keinen Nutzen gezogen, sondern ist in der Tauschwertbestimmung der klassisch-marxistischen Schule in ihrer starrsten Ausprägung gefolgt. „Der Tauschwert eines Dinges besteht in der zu seiner Gewinnung von den Menschen durchschnittlich als Arbeit angewandten Energie", sagt er auf Seite 53 seiner „Mechanik". Dieser Rest geistiger Abhängigkeit hat ihn an mancher wichtigen Schlußfolgerung gehindert, zu der ihn seine Gebrauchswertlehre sonst befähigt haben würde.

Wenden wir uns nun wieder der Frage zu: Wodurch wird nun der Tauschwert oder besser das Tauschverhältnis beim kapitalistischen oder „freien" Tausche in jedem Einzelfalle bestimmt. Die Antwort lautet: Durch nichts anderes als durch die wirtschaftliche Macht. Frei tauschen, frei kaufen und verkaufen bedeutet geradezu: nach Maßgabe der wirtschaftlichen Machtverhältnisse tauschen.

Im Kapitalismus ist der Tauschwert eine Funktion der wirtschaftlichen Macht. Angebot und Nachfrage, Grenznutzen und andere Begriffe sind nur Wortschleier für diese brutale Tatsache. Wer also darauf aus ist und es versteht, wirtschaftliche Macht in seiner Hand zu vereinigen, der ist imstande, sich in der kapitalistischen Wirtschaft ungemein zu bereichern.

Reklame, Schleuderpreise, Abzahlungsgeschäfte, die Presse als Wirtschaftsmacht, Trusts, Syndikate, Ringe und Monopole haben diesen Sinn.

Im achten Abschnitt ist die Verteilung der wirtschaftlichen Macht unter die Glieder der Wertgewinnungsgemeinschaft unter der Herrschaft des Kapitalismus untersucht worden. Es wurden dort die drei Stufen machtgemäßer

Schichtung festgestellt: Geldleiher, Unternehmer, besitzloser Arbeiter. Die Übermacht ist in den Händen der Geldleiher, die Unternehmer verfügen über eine mäßige Macht, während die besitzlosen Arbeiter diesen beiden Schichten gegenüber ohnmächtig sind.

Nun erhalten die Arbeiter ihren Anteil an dem durch die Wertgewinnungsgemeinschaft geschaffenen Wertgewinn in Gestalt des Lohnes. Dessen Höhe wird aber festgestellt nach den Gesetzen des kapitalistischen Tauschverkehrs. Wie hoch muß nun der Lohn, den sie im machtgemäßen Tauschverkehr für ihre Arbeitskraft erhalten, sein?

Der wirtschaftlich Ohnmächtige muß zu den ungünstigsten Bedingungen tauschen, die dauernd möglich sind, d. h. er muß im allgemeinen seine Arbeitskosten zurückerhalten. Die Arbeitskosten des Arbeiters jeder Art bestehen in der Energiemenge, die nötig ist, um seine Arbeitskraft zu erhalten und sie durch eine Familie wieder zu erzeugen. Die Arbeitsunkosten eines Arbeiters sind also die Unterhaltskosten einer fünfköpfigen Familie. Diese betragen durchschnittlich nach der Berechnung im vierzehnten Abschnitt 17393 Kalorien täglich. Diese Energiemenge wird also der durchschnittliche Lohn eines kraftliefernden Arbeiters sein. Er wird über diesen Betrag steigen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskraft das Angebot übersteigt; denn so lange ist die Arbeitskraft nicht ohnmächtig. Sie kann soviel Lohn mehr erzwingen, wie zur Aufzucht des fehlenden Nachwuchses nötig ist. Ist mehr Angebot an Arbeitskraft vorhanden als Nachfrage, so wird der Lohn unter den Normalsatz sinken, bis die Arbeitskraft auf das erforderliche Maß verkümmert ist (Erwerbslose). Wahrlich, ein schauerliches Los des „freien" Arbeiters.

Die Besitzer der Arbeitsmittel, der Waren und des Geldes haben ihre Macht dadurch teilweise ins Ungeheuerliche gesteigert, daß sie sich unter Führung des Finanzkapitals zuerst national, dann auch international zu Interessengemeinschaften zusammenschlossen. Auf diese Weise setzten sie sich selbst in den Stand, einen beliebig großen Teil des Wirtschaftsgewinnes in ihre Taschen zu lenken.

Geblendet von diesem Vorbild, hat die Arbeiterschaft diesen Weg ebenfalls beschritten. Unter Führung des Marxismus hat sie sich sowohl national wie auch international organisiert. Sie hoffte, durch gemeinsamen Abschluß von Lohnverträgen mehr als den bloßen Unterhaltslohn herausholen zu können. Im Notfalle suchte sie die Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft dadurch zu erhöhen, daß diese durch Streiks dem Arbeitsmarkt vorübergehend planmäßig entzogen wurde.

Beide Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen. Weder durch Tarifverträge noch durch Streiks hat die besitzlose Arbeitskraft ihren Anteil am Wirtschaftsgewinn über den Unterhaltslohn hinaus erhöhen können.

Seit den achtziger Jahren ist der Reallohn nicht mehr gestiegen, und er war damals nur halb so hoch wie im Jahre 1350.

Das ist in der kapitalistischen Wirtschaft nur natürlich und wird durch die Gebrauchswertlehre auch ohne weiteres verständlich.

Bei der Untersuchung der Tauschmöglichkeit zeigte es sich, daß die Tauschspanne im allgemeinen durch die Arbeitskosten und den Gebrauchswert gemeinsam bestimmt wird. Im ungünstigsten Falle erhielt A gerade seine Arbeitskosten durch den Gebrauchswert des B gedeckt, im günstigsten Falle deckte sein Gebrauchswert gerade die Arbeitskosten des B.

Die Voraussetzung für eine solche positive Tauschspanne ist aber, daß bei dem betreffenden Tauschgegenstande der Gebrauchswert über den Arbeitskosten liegt, wie es z. B. bei der Kohle der Fall ist, deren spezifischer Wert 68 ist.

Liegt nun auch bei der menschlichen Arbeitskraft der Gebrauchswert über den Arbeitsunkosten? Die täglichen Arbeitsunkosten einer Arbeitskraft können normalerweise nicht wesentlich niedriger sein als 17393 Kalorien[1]. Wie groß ist aber ihr Gebrauchswert? Der Gebrauchswert eines wirtschaftlichen Gutes ist gleich der Energiemenge, die es liefert oder spart. Wieviel Energie kann nun der nur kraftliefernde Arbeiter täglich wirtschaftlich nützlich abgeben? Durch Versuche ist festgestellt, daß ein Arbeiter bei einförmiger Berufsarbeit (Rammklotz) in zehnstündiger Arbeitszeit durchschnittlich 300 Kalorien liefert.

Betrachtet man den Menschen also rein als ein kraftlieferndes wirtschaftliches Gut, als Kraftmaschine, als Ware, so liegt sein Gebrauchswert von 300 Kalorien weit unter seinen Arbeitsunkosten von 17393 Kalorien.

Der spezifische Wert des Menschen als Arbeitsmaschine ist demnach:

$$\text{Spezifischer Wert} = \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}} = \frac{300 \text{ Kal.}}{17393 \text{ Kal.}} = \frac{1}{58}.$$

[1] Hier drängt sich die Frage auf, ob der ganze Familienbedarf von 17393 Kal. bezahlte Werte darstellt, ob er also in seiner ganzen Höhe als Unkosten gebucht werden darf? Vom Beispiel der Kohle ausgehend wird man nicht geneigt sein, diese Frage zu bejahen. In der Kohle gehen ja eine Menge unbezahlter Gebrauchswerte in den Verbrauch ein. Man müßte das deshalb auch von den andern Bedarfsartikeln des Menschen vermuten. Um die Frage zu entscheiden, müßten genau genommen erst alle Unterhaltsgüter des Menschen untersucht sein.

Im großen und ganzen läßt sich die Frage jedoch auch jetzt schon beantworten. Wir sind bei der Berechnung des Familienbedarfs von der Ernährung ausgegangen. Eine Untersuchung eines wichtigen Nahrungsmittels, des Weizens, auf Gehalt an unbezahlten Gebrauchswerten, durchgeführt an Hand behördlichen statistischen Materials, führt zu folgendem Ergebnis:

Der Gebrauchswert eines Kilogramms Weizen wird von Sacher auf 1610 Kal. angegeben. Die Gestehungskosten des Landwirts errechnen sich auf rund 860 Kal. Der Preis des Brotes liegt etwa 96 Prozent über dem der entsprechenden Weizenmenge. Indessen der Weizen als Brot in die Hände des Verbrauchers gelangt, haben seine Gesamtgestehungskosten den Gebrauchswert erreicht und damit aufgezehrt. Unbezahlter Gebrauchswert ist nicht mehr darin enthalten. Da die meisten andern Nahrungsmittel im Verhältnis zu ihrem Nährwert teurer sind, so darf man wohl als richtig annehmen, daß die Nahrungsmittel eine wesentliche Menge unbezahlter Gebrauchswerte nicht mehr enthalten. Sind aber die etwa 8000 Kal. Nahrungsbedarf bezahlt, so handelt es sich auch bei dem Rest des errechneten Bedarfs um bezahlte Werte. Der ganze Betrag von 17393 Kalorien kann mithin als Kosten angesehen werden.

Als Kraftmaschine stellt der Mensch daher ein wirtschaftliches Gut dar, dessen spezifischer Wert weit unter 1 liegt und das daher keine positive Tauschspanne hat. Nach den Gesetzen des machtgemäßen Tausches muß der Lohn der menschlichen Arbeitskraft das Bestreben haben, unter ihre eigenen Arbeitsunkosten zu sinken, da der Gebrauchswert selbst weit darunter liegt, und der Tauschwert sich im allgemeinen zwischen Arbeitsunkosten und Gebrauchswert bewegt.

Bei so ungünstigen wirtschaftlichen Wertverhältnissen kann sich die menschliche Arbeitskraft in der Konkurrenzwirtschaft natürlich nur behaupten, solange sie keinen überlegenen Konkurrenten findet, solange sie also unentbehrlich ist.

Überlegene Konkurrenten sind der menschlichen Arbeitskraft vor allem in den Kraftmaschinen erstanden, die ja den Menschen als Kraftlieferer mehr und mehr von seinen Arbeitsplätzen verdrängen.

In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ist das gar nicht anders möglich. Eine Dreimal-Expansionsdampfmaschine liefert bei Dauerbetrieb 300 Kalorien (= ½ PS-Stunde) Gebrauchswert mit einem Arbeitskostenaufwande von im ganzen 30 Kalorien (Abb. 12).

Ihr spezifischer Wert als Kraftlieferer ist also gleich

$$\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}} = \frac{300 \text{ Kal.}}{30 \text{ Kal.}} = 10.$$

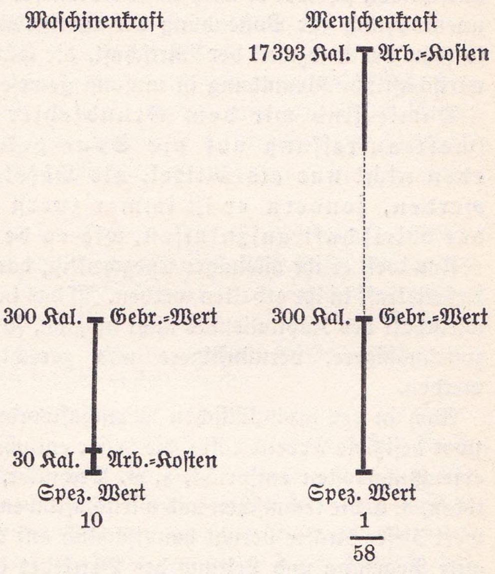



Abb. 12. Die wirtschaftliche Ohnmacht der menschlichen Arbeitskraft.

Eine solche Maschine ist dem Menschen daher nicht weniger als 580mal überlegen, nämlich 10 × 58. Es wäre ein Wunder, wenn sie ihn in der Kraftlieferung nicht überflüssig machte.

In der Tatsache, daß beim Menschen als Kraftlieferer im Gegensatz wohl zu den meisten anderen Werten der Gebrauchswert unter den Arbeitskosten liegt, ist die besondere wirtschaftliche Ohnmacht der menschlichen Arbeitskraft in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft begründet.

Der Mensch ist daher, als rein wirtschaftlicher Machtfaktor betrachtet, eine Null. Zählt man aber auch noch so viele Nullen zusammen, man erhält stets wieder nur eine Null.

Das ist die Lösung des Rätsels, warum die in den internationalen Gewerkschaftsbünden zusammengeschlossenen Arbeitermassen als wirtschaftliche Mächte nichts bedeuten und im kapitalistischen System auch niemals etwas

bedeuten werden. Anders ist es mit ihrem politischen Einfluß. Dieser stellt erst die Eins dar, die den Nullen Wert verleiht.

Ist der Mensch im Wettbewerb mit den Maschinen als Lieferant von Arbeitskraft nicht konkurrenzfähig, gut, so muß er eben weichen, mag er auch verhungern, sagen die Kapitalisten. Nun entpuppt sich aber der Irrsinn dieser Wirtschaftsgesinnung, die in der Billigkeit der Warenherstellung das einzigste wirtschaftliche Ideal und in der Rentabilität das einzigste wirtschaftliche Gebot anerkennt, die den Menschen selbst aber nur als Mittel der Wirtschaft wertet. In dem Maße, wie der Mensch als Arbeitskraft aus dem Wirtschaftsleben ausscheidet, scheidet er auch als Verbraucher aus. Als Verbraucher ist er aber unentbehrlich zur Vollendung der Wertgewinnung. Fehlt der Verbraucher, so fehlt der Endzweck der Wirtschaft, die Güter sind wertlos, und die ganze wirtschaftliche Bemühung ist umsonst gewesen.

Damit sind wir dem Grundfehler der kapitalistischen Wirtschaftsauffassung auf die Spur gekommen. Der Mensch kann eben nicht nur als Mittel, als Objekt der Wirtschaft betrachtet werden, sondern er ist immer zuerst als Endzweck, als Subjekt der Wirtschaft aufzufassen, wie es der Nationalsozialismus tut. Und weil er ihr alleiniger Endzweck ist, darum muß er auch als Mittel, als Arbeitskraft in ihr erhalten werden. Ist das in der machtgemäßen Konkurrenzwirtschaft des Kapitalismus nicht möglich, so muß sie eben durch eine andere zweckmäßigere, vernünftigere und gerechtere Wirtschaftsordnung ersetzt werden.

Auch in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es Arbeitskräfte, und zwar besitzlose Arbeitskräfte, die besser entlohnt werden, wie es ihren Wiedererzeugungskosten entspricht, z. B. Techniker, Ingenieure, Kaufleute, Direktoren, d. h. die technischen und wirtschaftlichen Organisatoren. Der Gebrauchswert dieser Kräfte beruht hauptsächlich auf der Kraftersparnis, die sie durch gute Regelung und Leitung des Betriebes bewirken. Dieser Gebrauchswert kann leicht das Vielfache ihrer eigenen Unterhaltskosten betragen, so daß bei ihnen eine positive Tauschspanne vorhanden ist. Sie besitzen damit wieder einen Anteil an der wirtschaftlichen Macht und ein Mittel, sich im Lohn nicht nur die Unterhaltskosten, sondern auch einen darüber hinausgehenden Anteil am Gewinn anzueignen.

Der Übergang von der kraftliefernden zur kraftsparenden Tätigkeit ist das einzig wirksame Mittel der besitzlosen Arbeitskraft, um für sich allein in der Konkurrenzwirtschaft wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Untersuchung des machtgemäßen Tauschverkehrs, wie er in der kapitalistischen Ordnung vor sich geht, mit den Mitteln der Gebrauchswertlehre hat also ergeben, daß die gewöhnliche kraftliefernde Arbeit besitzloser Menschen aus sich heraus nicht in der Lage ist, ihren Tauschwert dauernd über den zu ihrer Wiedererzeugung notwendigen Lohn zu steigern. Daraus geht aber hervor, daß dieser menschlichen Arbeit von dem Wirtschaftsgewinn, der über die Arbeitskosten hinausgeht, nichts zufällt.

Wo bleibt dieser Wirtschaftsgewinn? Als Inhaber wirtschaftlicher Macht sind die Besitzer der Arbeitsmittel, der Waren und des Geldes im allgemeinen imstande, sich außer ihrem Arbeitslohn und dem Ersatz ihrer Unkosten einen Gewinn anzueignen, der dem von ihnen zur Verfügung gestellten Kapital entspricht. Der Marxist sieht einen solchen Kapitalgewinn an und für sich für ein soziales Unrecht an. Er ist der Meinung, das kapitalistische Unrecht bestehe in der Tatsache, daß es derartige Kapitalgewinne überhaupt gibt. Ist diese Meinung haltbar?

Die Rohstoffe und Arbeitsmittel enthalten kristallisierte Arbeit. Indem ihr Besitzer sie anwendet, wendet er mittelbar Arbeit an. Ein Teil der in den Arbeitsmitteln geronnenen Arbeit wird dabei verbraucht.

Ohne die Unterstützung durch die mittelbare Arbeit und ihren Verbrauch kann die direkte menschliche Arbeit die Naturwerte nicht in wirtschaftliche Gebrauchswerte umformen. Deshalb ist diese verbrauchte mittelbare Arbeit ebensogut an der Gewinnung der wirtschaftlichen Gebrauchswerte beteiligt, wie die dabei verbrauchte unmittelbare Arbeit. Sie ist daher nicht nur ersatz-, sondern auch gewinnberechtigt.

Unter den heutigen Zuständen ist der Geldverleiher infolge der Zinsknechtschaft unbedingt sicher, einen Gewinnanteil zu erhalten, auch wenn mit seinem Gelde gar kein Gewinn erzielt worden ist. Mithin ist der Geldverleiher bevorrechtet, nicht nur vor der schaffenden Arbeit, sondern auch vor den Besitzern der Arbeitsmittel, die nur dann einen Gewinn erhalten können, wenn mit ihren Arbeitsmitteln tatsächlich ein solcher erzielt wurde.

Ist dieses Vorrecht irgendwie begründet, ja, hat der Geldverleiher überhaupt einen berechtigten Anspruch auf einen Gewinnanteil? Auch der Geldverleiher kann in einer sozial gerechten Wirtschaftsordnung nur in dem Maße einen Anteil am Gewinn verlangen, wie er Arbeit geleistet hat. Das Geld ist seinem Wesen nach, wie die Arbeitsmittel, gespeicherter Wert und zu einem Teile wie diese kristallisierte Arbeitskraft. Wird von dieser durch Hergabe des Geldes mittelbar geleisteten Arbeit aber auch etwas verbraucht? Auf den ersten Blick scheint das nicht der Fall zu sein. Das geliehene Geld behält seinen Wert, die Schuldsumme ist beständig. Diese Art mittelbare Arbeit scheint also gänzlich unvergänglich zu sein. Sie ist das auch in ganz anderem Maße wie die Arbeitsmittel oder wie die menschliche Arbeitskraft selbst, aber sie ist es doch nicht vollständig.

Alles ausgeliehene Geld ist mehr oder weniger gefährdet und kann gelegentlich verlorengehen. Diese Verlustgefahr muß mit ihrer durchschnittlichen Größe als Abnutzung oder Verbrauch eingesetzt werden.

Außerdem erfährt das Geldkapital wie jeder gespeicherte Wert eine fortgesetzte verhältnismäßige Wertverminderung durch den wirtschaftlichen Fortschritt. Indem die Gebrauchswerte mit einem immer geringeren Arbeitsaufwande gewonnen werden können, sinkt die Kaufkraft der alten, gespeicherten Werte.

In dem Maße also, wie es der Verlustgefahr ausgesetzt wird, und in dem

Maße, wie es durch die Steigerung des Wirtschaftserfolges entwertet wird, wird auch die im Finanzkapital enthaltene mittelbare Arbeit verbraucht, und in dem gleichen Maße ist der Geldleiher berechtigt, an dem gesamten Wirtschaftsgewinn teilzunehmen.

Das kapitalistische Unrecht in der Wertverteilung besteht also nicht darin, daß die Besitzer der Arbeitsmittel und des Geldes überhaupt einen über den Ersatz ihrer Güter hinausgehenden Anteil am Wirtschaftsgewinn erhalten, sondern darin, daß die schaffende Arbeit als die Lieferantin der unmittelbaren menschlichen Arbeitskraft durch ihre wirtschaftliche Ohnmacht gänzlich von einem solchen Anteil ausgeschlossen ist.

Infolge dieses ungerechten Ausschlusses wird es der schaffenden Arbeit auch unmöglich gemacht, sich in irgendwie nennenswertem Maße am Besitz der Arbeitsmittel und des Geldes zu beteiligen. Dadurch wird sie wieder automatisch von der Leitung der Wertgewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen, der sie doch ihre Kräfte widmet, von der ihr Schicksal abhängt und deren Endzweck sie schließlich selbst darstellt. Die letzte Folge ihres Ausschlusses vom Wertgewinn ist die menschenunwürdige Lage, in der sich die schaffende Arbeit heute innerhalb der Wertgewinnungsgemeinschaft befindet.

Der Grund all dieser Mißstände aber ist in der Tatsache zu suchen, daß der Kapitalismus durch die Erklärung der schrankenlosen Konkurrenz die Verteilung des gesamten wirtschaftlichen Wertgewinnes allein zu einer Funktion der wirtschaftlichen Macht erniedrigt. Das wirtschaftliche Faustrecht, welches hierauf beruht, ist das eigentliche Kainsmal des Kapitalismus und die Ursache des kapitalistischen Unrechts.

Der Kapitalismus kann nur überwunden, das kapitalistische Unrecht kann nur beseitigt werden, wenn die Wertverteilung von der wirtschaftlichen Macht unabhängig gemacht, wenn diese wichtige soziale Aufgabe hinfort zu einer Wirkung des Rechts erhoben wird.

Am Beispiel der Kohle ist nun noch zu zeigen, zu welchen Ergebnissen die Verteilung auf Grund der Gesetze des kapitalistischen, d. h. des machtgemäßen Tausches führt.

Nach der ausführlichen Berechnung, die im zwölften Kapitel mitgeteilt wird, entfallen von den 2000 Kalorien Gebrauchswert, die 1 kg Kohle darstellt, 59,8 Werk, das ist rund 60 Werk, auf Gestehungskosten. Mit einem Kostenaufwand von 60 Werk wird 1 kg Kohle bis zur Feuerstätte geliefert. Der Rest von 1940 Kalorien ist also noch als unbezahlter Gebrauchswert in der Kohle vorhanden, wenn sie zum Verbrauch kommt. Diese 1940 Kalorien sind geschenkter Wert.

Der unbezahlte Rest ist ganz unerwartet groß, so groß, daß dagegen die ganzen Gestehungskosten und erst recht die darin enthaltenen Gewinne verschwinden. Deshalb drängt sich jedem die Frage auf, wo er bleibt, wem er

zugute kommt, wen er bereichert, handelt es sich hier doch um den Löwenanteil an dem ganzen Gebrauchswert der Kohle.

Die 1940 Kalorien unbezahlte Gebrauchswerte fließen zunächst dem Verbraucher der Kohle zu. Sie sind für ihn unbezahlte Arbeitskraft und helfen ihm, andere Warengüter herzustellen. Dabei gehen sie gewissermaßen in den Gebrauchswert dieser Güter, es mögen Eisenwaren sein, ein. Der Verbraucher der Kohle ist für diese Eisenwaren Hersteller. Er verkauft die Eisenwaren und mit ihnen die darin enthaltenen unbezahlten Gebrauchswerte der Kohlen.

Kann sich der Hersteller der Eisenwaren bei diesem Weitertausch nun die aus den Kohlen entnommenen unbezahlten Gebrauchswerte mitbezahlen lassen und sie sich dadurch als Gewinn aneignen? Der Preis seiner Eisenwaren hat eine untere Grenze, die Arbeitskosten, das ist der bezahlte Arbeitsaufwand. Dazu gehören jene unbezahlten, aus der Kohle stammenden Gebrauchswerte nicht. Die obere Grenze des Preises ist im allgemeinen der Gebrauchswert der Eisenwaren. In diesen sind auch die unbezahlten Gebrauchswerte der Kohle eingegangen. Verfügt nun der Verbraucher der Kohle als Hersteller und Verkäufer der Eisenwaren über eine gewisse wirtschaftliche Macht, so ist er imstande, seinen Preis so hoch zu setzen, daß er darin nicht nur die Arbeitskosten zurückerhält, sondern sich gleichzeitig damit auch noch einen Teil jenes Gebrauchswertes aneignet, den er selbst nicht bezahlt hat. Er kann sich also von seinen Käufern einen Bruchteil jener 1940 Kalorien, sagen wir vielleicht 10 Kalorien, bezahlen lassen. Die übrigen 1930 Kalorien Gebrauchswert je Kilogramm Kohle bleiben weiterhin unbezahlt in den Eisenwaren und ermöglichen deren billigen Preis. Sie laufen weiter im Wirtschaftsleben um, teilen sich den verschiedensten anderen Erzeugnissen mit und wirken verbilligend auf deren Preise sowie auf den Lebensunterhalt der Menschen.

Immer aber, wenn die unbezahlten Gebrauchswerte in eine Hand kommen, die über genügend wirtschaftliche Macht verfügt, dann bleibt wieder ein Bruchteil von ihnen in dieser Hand zurück, so lange, bis schließlich die letzte jener 1940 Kalorien aufgeteilt ist, aufgeteilt unter die wirtschaftlich Mächtigen.

Das ist der Sinn des oft zur Verteidigung angeführten Wortes: Das kommt dem Konsumenten zugute. Dem schaffenden Menschen, der weder Arbeitsmittel, noch Geld, noch irgendeine andere Quelle wirtschaftlicher Macht besitzt, kommt von diesen unbezahlten Gebrauchswerten nichts zugute. Er kocht z. B. mit den 1940 unbezahlten Kalorien Gebrauchswert der Kohle sein Essen. Das verbilligt seinen Lebensunterhalt, und nach diesem richtet sich wieder im allgemeinen sein Lohn. Infolge seiner wirtschaftlichen Ohnmacht kann der besitzlose schaffende Mensch sich von den geschenkt erhaltenen Gebrauchswerten auf die Dauer nicht das geringste im Lohn bezahlen lassen, sondern muß sie umsonst weitergeben. Für ihn bedeutet Preisverbilligung Lohnsenkung.

Unbezahlte Gebrauchswerte, die im Wirtschaftsleben umlaufen, bedeuten in der kapitalistischen Wirtschaft für die Inhaber der wirtschaftlichen Macht ebenso viele Gewinnmöglichkeiten, die wirtschaftlich Ohnmächtigen haben keinen Vorteil davon.

Billige Preise können also in der freien Konkurrenzwirtschaft niemals ein Mittel sein, um die Lage der schaffenden Arbeit, die an und für sich stets wirtschaftlich ohnmächtig ist, zu verbessern, denn niedrige Preise bedeuten niedrige Löhne. Für die wirtschaftlich Mächtigen sind dagegen die billigen Preise ein unentbehrliches Mittel zur Ausgleichung der Gewinnmöglichkeiten in den verschiedenen Zweigen der Herstellung und Vermittlung. Weil in allen Wirtschaftszweigen unbezahlte Gebrauchswerte umlaufen, die in den verschiedensten Industrien gewonnen wurden, um dann unbezahlt an andere weitergegeben zu werden, können gleiche Kapitale im Durchschnitt überall gleiche Gewinne erzielen. Das wäre bei der großen Verschiedenheit des Wertgewinnungserfolges in den verschiedenen Gewerbszweigen sonst unmöglich.

Nachdem wir das Schicksal der 1940 unbezahlten Kalorien in der kapitalistischen Verteilung verfolgt haben, wenden wir uns den 59,8 Kalorien Gestehungskosten zu, die zur Gewinnung von 1 kg Kohle nötig sind.

Wie aus dem vierzehnten Abschnitt genauer hervorgeht, verteilen sie sich in folgender Weise auf die Beteiligten:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Herstellung | Unmittelbare Arbeitskraft | Ihre Wiedererzeugungskosten . . . . . . | 23 Kal. |
| | | Gewinn darauf . . . | — |
| | Mittelbare Arbeitskraft (Arbeitsmittel) (Kapital) | Ersatz für Abnutzung und Verbrauch . . . . | 9,5 Kal. |
| | | Gewinn darauf . . . | 4 Kal. |
| Handel | Unmittelbare Arbeitskraft und Arbeitsmittel | Für Wiedererzeugung, Abnutzung und Verbrauch . . . . . . | 11,65 Kal. |
| | | Gewinn darauf . . . | 11,65 Kal. |
| | | Zusammen | 59,8 Kal. |
| Verbrauch | | | 1940,2 Kal. |
| | | | 2000,0 Kal. |

Ein Teil der Gestehungskosten von 59,8 Kalorien dient zum Ersatz der verbrauchten Arbeitskraft, der mittelbaren sowohl wie der unmittelbaren. Die für die Herstellung direkt gelieferte lebendige menschliche Arbeitskraft erhält zu ihrer Wiedererzeugung 23 Kalorien. Die darin indirekt tätige, in den Arbeitsmitteln geronnene Arbeitskraft beansprucht 9,5 Kalorien. Zum Ersatz der im Handel verbrauchten unmittelbaren und mittelbaren Arbeitskraft sind 11,65 Kalorien nötig. Auf die Arbeitsmittel im Handel, d. h. auf das Unternehmerkapital der Händler entfällt ein Gewinn von 11,65 Kalorien, auf die mittelbare Arbeit in der Herstellung, d. h. auf das Unternehmerkapital im Bergbau, entfallen 4 Kalorien je Kilogramm als Gewinn.

Die einfache, in Herstellung und Handel unmittelbar tätige Arbeitskraft aber geht bei der Verteilung des Überschusses leer aus, auf sie entfällt kein Gewinnanteil.

Man kann das nicht damit entschuldigen, daß ein solcher nicht zur Verfügung stehe. 1 kg Kohle enthält noch 1940 Kalorien unverbrauchten Gebrauchswertgewinn. Falls also am Kapitalgewinn nichts oder doch nicht genügend übrig sein sollte, so steht hier immer noch eine hohe Gebrauchswertreserve zum Zwecke der Verteilung zur Verfügung.

In der machtgemäßen Wirtschaftsordnung erhält die unmittelbare schaffende Arbeitskraft keinen Gewinnanteil, aber nicht etwa deshalb, weil ein solcher nicht mehr zur Verfügung stände, sondern nur deshalb, weil ihr die wirtschaftliche Macht fehlt, einen solchen an sich zu reißen, und weil ihr soziales Recht nicht zur Seite steht.

Wer erhält nun jene 15,65 Kalorien Gewinn, die in den Gestehungskosten enthalten sind. Durch den Preis fallen sie zunächst den Unternehmern in Bergbau und Handel zu. Erinnern wir uns aber, daß auch die wirtschaftliche Macht dieser Leute nur gering ist im Vergleich mit der Macht der Geldverleiher oder Finanzkapitalisten, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch die Unternehmer, die Besitzer und Lieferanten der mittelbaren schaffenden Arbeitskraft den Gewinn nicht festhalten können, sondern durch die Zinsknechtschaft gezwungen sind, ihn zum allergrößten Teile an die Finanzkapitalisten weiterzugeben. Die Finanzkapitalisten sind auch die hauptsächlichsten Endnutznießer jener Gewinne, die noch im weiteren Verlaufe des wirtschaftlichen Kreislaufes aus den mit der billigen Kohle hergestellten Erzeugnissen herausgepreßt werden. Während nun die Besitzer der Arbeitsmittel an diesen weiteren Gewinnen wenigstens mitbeteiligt sind, bleibt die unmittelbare schaffende Arbeitskraft auch davon gänzlich ausgeschlossen.

# XII. Marxistische und andere Irrwege.

Der Liberalismus ging von dem Glauben aus, zwischen dem individuellen und dem Gemeinwohl bestehe eine natürliche Übereinstimmung. Es bedürfe deshalb keiner bewußten Harmonisierung beider im Wirtschaftsleben. Wer erfolgreich seinen Eigennutzen verfolge, der diene damit gleichzeitig der Verwirklichung des Gemeinwohls. Um das Gemeinwohl zu sichern, genüge es deshalb vollständig, dem Streben nach Eigennutzen restlose Freiheit zu gewähren: Gemeinnutz durch Eigennutz!

Nur zu bald wurde das Scheitern dieser liberalen Hoffnung offenbar. Es ist immer so: Ein vielgefeierter Wundertäter, der das Unglück hat, bei irgendeiner Gelegenheit seine Ohnmacht zu verraten, wird ohne Erbarmen verdammt. Der Wundertäter des Liberalismus war der Eigennutzen. Nachdem er in seiner Unfähigkeit, das Gemeinwohl zu verwirklichen, bloßgestellt war, mußte das Volk geneigt sein, ihn gänzlich zu verwerfen.

Diese seelische Verfassung der Enttäuschten machte sich der Marxismus zunutze. Der Sehnsucht der Massen, die unter der schrankenlosen Eigennützigkeit des Systems litten, die vom kapitalistischen Faustrecht erlöst sein wollten, bot er ein Lebens- und Wirtschaftsideal, nach dem alles durch Gemeinsinn, nichts mehr durch Egoismus geschehen soll.

Der Eigennutzen soll aus der marxistischen Zukunftswirtschaft verbannt werden, indem es den Einzelnen unmöglich gemacht wird, ihn irgendwie zu verwirklichen.

Aus diesem Grunde darf es kein Privateigentum an Arbeitsmitteln geben. „Die Abschaffung des Privateigentums ist sogar die kürzeste und bezeichnendste Zusammenfassung, der aus der Entwicklung der Industrie notwendig hervorgehenden Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung und wird daher mit Recht von den Kommunisten als Hauptforderung hervorgehoben", sagt Friedrich Engels auf Seite 21 seiner Schrift „Grundsätze des Kommunismus".

Wenn die Arbeitsmittel nicht einem Einzelnen gehören, so kann auch kein Einzelner Anspruch auf das Eigentum an den Erzeugnissen erheben und mit dessen Hilfe seinen Eigennutzen befriedigen, schlußfolgern Engels und Marx.

Diese Überlegung ist allerdings nicht ganz zutreffend. In der germanischen Markgenossenschaft war das Arbeitsmittel Acker nicht Eigentum, sondern Gemeinbesitz der Genossenschaft. Trotzdem waren die geernteten Früchte Privateigentum. Der Boden wurde jährlich eingeteilt und die Stücke ausgeliehen. Die Bearbeitung aber wie die Ernte war Sache der Einzelnen, die auf diese Weise immer noch Gelegenheit hatten, ihren Eigennutzen verschieden stark zu fördern. Bei unsern Alten bestand also neben dem Gemeinbesitz am Boden eine Eigen- oder Privatwirtschaft. Die Verfolgung des Eigen-

nutzens war zwar im Interesse des Gemeinwohls eingeschränkt, aber keineswegs ausgeschaltet. Der Gemeinbesitz am Boden war für die altdeutsche Dorfgemeinschaft das Mittel, um Eigenwohl und Gemeinwohl zu harmonisieren.

Es erreichte diesen Zweck in genügendem Maße, solange die Besiedlung nur dünn war. Als sie an Zahl zunahm, wurde eine so gründliche Bearbeitung und Düngung des Bodens notwendig, daß sich der Ertrag derselben nicht mehr in einem Jahre heimholen ließ. Um zu dieser im Interesse des Gemeinwohls unerläßlichen intensiveren Bearbeitung anzureizen, war deshalb eine langfristige Austeilung oder noch besser Eigentum am Boden nötig. Das Besitzrecht änderte sich in demselben Verhältnis, wie die intensive Bearbeitung Platz griff. Deshalb wurde zunächst der Garten Eigentum, dann der Acker, schließlich die Wiese und zuletzt der Wald. Der Gemeinbesitz am Boden verschwand, weil er mit dem wirtschaftlichen Fortschritt, den das Gemeinwohl verlangte, unvereinbar geworden war.

Da kommunistisches Besitzrecht an den Arbeitsmitteln noch nicht Ausschaltung des Eigennutzens bedeutet, so konnte sich der Marxismus mit dieser Forderung nicht begnügen, sondern mußte darüber hinaus auch kommunistische Wirtschaftsweise fordern. In Engels eben erwähnter Schrift heißt es auf Seite 20: „Sie wird vor allen Dingen den Betrieb der Industrie und aller Produktionszweige überhaupt aus den Händen der einzelnen, einander Konkurrenz machenden Individuen nehmen und dafür alle diese Produktionszweige durch die ganze Gesellschaft, das heißt für gemeinschaftliche Rechnung, nach gemeinschaftlichem Plan und unter Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft betreiben lassen müssen."

In einer solchen Wirtschaft, die weder Eigentum an Produktionsmitteln noch auch Herstellung auf eigene Rechnung, also Eigenwirtschaft, kennt, braucht freilich das Streben nach Eigenvorteil noch immer nicht ganz ausgeschaltet zu bleiben.

Es kommt nämlich darauf an, wie die Gemeinschaft, auf deren Kosten und Rechnung gewirtschaftet wird, ihre Glieder für ihre Arbeit entlohnt, oder mit anderen Worten: wie sie die Erzeugnisse verteilt. Durch ein geeignetes Lohnsystem ließe sich der Eigennutzen als treibende Kraft auch noch in eine Wirtschaftsordnung einschalten, in der es weder Eigentum noch Eigenwirtschaft gibt.

Aber auch diese letzte Wirkungsmöglichkeit wollen die Väter des Marxismus dem Streben nach Eigennutzen nicht zugestehen. Engels sagt über die Verteilung auf Seite 28 seiner „Grundsätze": „Auf diese Weise wird die Gesellschaft Produkte genug hervorbringen, um die Verteilung so einrichten zu können, daß die B e d ü r f n i s s e aller Mitglieder befriedigt werden können."

Daraus muß man den Schluß ziehen, daß es in der marxistisch-kommunistischen Wirtschaft keine Entlohnung nach der Leistung, sondern nur eine Verteilung nach dem Bedürfnis der Einzelnen geben soll. Wenn jeder erhält, was er braucht, ohne eine entsprechende Arbeitsleistung nachgewiesen zu

haben, wenn andererseits niemand für seine Mehrleistung einen Mehrlohn ernten kann, dann ist der Eigennutzen allerdings als Antriebskraft in der Herstellungsseite der Wirtschaft ganz und gar ausgeschaltet.

Tatsächlich wird diese von Engels angedeutete Meinung von den Kommunisten mit aller Bestimmtheit vertreten. Im „ABC des Kommunismus", das die Bolschewisten Bucharin und Preobraschensky zu Verfassern hat, steht Seite 61 zu lesen: „In der ersten Zeit, vielleicht die ersten 20 bis 30 Jahre, wird man vielleicht verschiedene Regeln einführen müssen, und es werden z. B. bestimmte Produkte nur denjenigen zugewiesen, die einen entsprechenden Vermerk im Arbeitsbuch oder ihre Arbeitskarten vorgezeigt haben. Später, wenn sich die kommunistische Gesellschaft gefestigt und entwickelt hat, wird das alles überflüssig sein. Jedes Produkt wird reichlich vorhanden, alle Wunden werden längst geheilt sein, und jeder wird dann so viel nehmen können, als er braucht. Den Überfluß zu verkaufen hat ja auch niemand ein Interesse; denn jeder kann, was er braucht und wann er braucht, bekommen. Auch das Geld wird dann keinen Wert haben.

Folglich werden zu Beginn der kommunistischen Gesellschaft die Produkte wahrscheinlich nach der Arbeitsleistung und später einfach nach den Bedürfnissen der Bürger, der Genossen, verteilt werden."

Menschenwürdig zu leben ist in unsern Breiten an und für sich nicht möglich ohne Arbeit. Auch eine kommunistische Gesellschaft kann für sich als Ganzes dieses Naturgesetz nicht aufheben. Auch sie kann die Bedürfnisse ihrer Glieder nicht befriedigen, ohne daß gearbeitet wird. Als Ganzes bleibt auch für sie der Zwang zur Arbeit bestehen, bleibt die Arbeit notwendig. Auch die Höhe ihres Wertgewinnes, das Schicksal ihres Gemeinwohls, bleibt abhängig von dem Bruche $\frac{G}{A}$.

Trotzdem versprechen die Kommunisten, die einzelnen Glieder ihrer Gesellschaft der Notwendigkeit, zu arbeiten, entheben zu können, sie von dem Zwange zur Arbeit zu befreien. Wie aber will der Kommunismus die Menschen in dem notwendigen Umfange zur Arbeit veranlassen, wenn alle Bedürfnisse befriedigt werden können, ohne Arbeit nachgewiesen zu haben? Wie will er erreichen, daß die Arbeitsmittel und -methoden verbessert, daß die Arbeitsunkosten vermindert, die Gebrauchswertgewinne aber erhöht werden; wie will er den wirtschaftlichen Fortschritt, den er mit vollem Munde verspricht, tatsächlich verwirklichen.

Nun, er glaubt auf die Krücke des Eigennutzens aus dem Grunde verzichten zu können, weil die Menschen in seiner idealen Wirtschaftsordnung aus Gemeinsinn fleißiger, geschickter und unermüdlicher arbeiten werden, wie sie es in der kapitalistischen Wirtschaft aus Eigennutz und Not tun.

Die Ursache dafür, daß diese Antriebe zur Arbeit zur Zeit augenscheinlich noch nicht überflüssig sind, suchen die Kommunisten nicht in der Natur und Eigenart der Menschen, sondern allein in der Verkehrtheit der geltenden Wirtschaftsordnung. Wird diese also durch eine nach ihrer Meinung ideale

ersetzt, so müssen auch die Menschen ideal sein, oder es doch sehr bald werden. Das ist ihre Hoffnung.

Dabei weisen sie gern hin auf Bienen-, Ameisen- und andere Tierstaaten und sagen: Die Menschen werden doch jenen Tieren nicht nachstehen, die auch ohne besonderen persönlichen Vorteil emsig für das Gemeinwohl schaffen. Sie vergessen leider, daß die Menschen weder Bienen noch Ameisen sind. Bei diesen Tieren sind die einzelnen Stände, Königinnen, Drohnen, Arbeiter, Soldaten, Vorratstiere usw. körperlich so stark an ihre besonderen Aufgaben angepaßt, so ausschließlich für diese spezialisiert, daß sie durchaus nichts anderes verrichten können. Die Königinnen können nur Eier legen, die Drohnen nur begatten und die Arbeiter nur arbeiten. Die Stände und erst recht die Individuen dieser Tierarten sind von Natur für sich allein so hilflos und unselbständig, daß sie mit der Gemeinschaft alsbald selbst untergehen müssen. Wie ihre große Abhängigkeit eine Naturtatsache ist, so ist es andererseits auch ihr Trieb, für das Gemeinwohl zu arbeiten, ihr Gemeinsinn.

Verglichen mit diesen Tieren ist der einzelne Mensch seiner natürlichen körperlichen und geistigen Beschaffenheit nach noch durchaus allseitig befähigt und daher selbständiger. Die bestehende Abhängigkeit der Einzelmenschen von den Gemeinschaften ist nicht so sehr eine Naturtatsache, als vielmehr eine Kulturerscheinung. Nur die Abhängigkeit der Geschlechter in der Zeugung bildet hiervon eine Ausnahme. Aus diesem Grund ist beim Menschen aber auch der Gemeinsinn von Natur schwächer als der Selbsterhaltungstrieb und das damit verbundene Streben nach Eigennutzen. Das Gemeinwohl menschlicher Gesellschaften kann daher niemals durch den von Natur schwachen Gemeinsinn des Einzelnen allein gesichert werden. Es ist vielmehr erforderlich, das Kulturleben menschlicher Gemeinschaften so zu ordnen, daß auch der natürlicherweise starke Selbsterhaltungstrieb, der nach Eigennutzen strebt, für das Gemeinwohl mit eingespannt wird.

Ja, die Weisheit und Güte einer Wirtschaftsordnung kann geradezu danach beurteilt werden, in welchem Maße es ihr gelingt, das Streben nach Eigenvorteil dem Gemeinwohl dienstbar zu machen. Die Lebensordnung wird den Vorzug verdienen, die dies am weitestgehenden erreicht.

Der Kommunismus macht nicht einmal den Versuch dazu. Ohne Schweiß kein Preis! In unserem Falle ist der Schweiß die Arbeit, der Preis der Verbrauch. Indem die Kommunisten die natürliche Verbindung zwischen beiden auch als Maßstab für den Verbrauch zu beseitigen suchen, schalten sie das Streben nach Eigennutzen zwar als Antriebskraft aus dem Wirtschaftsleben aus. Den Egoismus selbst aber machen sie damit nicht unmöglich, schaffen ihm vielmehr treffliche Entwicklungsmöglichkeiten. Sie geben dem Einzelnen die Möglichkeit, zu verbrauchen, ohne eine entsprechende Arbeitsleistung nachgewiesen zu haben. Damit gelangen sie zu demselben Zustande, den auch der Kapitalismus herbeigeführt hat. Was jedoch im Kapitalismus nur den Inhabern großer wirtschaftlicher Macht möglich ist,

nämlich zu verbrauchen ohne entsprechende Arbeitsleistung, das will der Kommunismus jedem gestatten. So wird im kommunistischen Wirtschaftsleben an die Stelle des Raffens die Faulheit treten. Der Kommunismus ist Kapitalismus mit umgekehrtem Vorzeichen und verstärkter verderblicher Wirkung. Gemeinnutz ohne Eigennutz ist sein Streben, Eigennutz statt Gemeinnutz sein Erfolg.

Die Faulheit Einzelner, die es vorziehen werden, statt ihre Pflicht zu tun, ohne Arbeit gut zu leben, wird auch auf alle andern als schlechtes Beispiel verheerend wirken. Die Arbeit wird vernachlässigt, A wird steigen, G wird sinken, der Wirtschaftserfolg = S wird immer kleiner werden, und bald wird es an dem nötigsten fehlen. Gemeinwohl und Einzelwohl aber werden gleichmäßig vernichtet sein.

Die kommunistische Hoffnung, den Selbsterhaltungstrieb als Antriebskraft entbehren und den Zwang zur Arbeit aufheben zu können, erweist sich als ebenso leichtsinnig wie lächerlich, die Predigt des Kommunismus an die Zeitgenossen als ein Verbrechen[1].

Die andere Richtung der Marxisten, die Sozialdemokraten, scheinen sich zu scheuen, diese marxistisch-kommunistischen Endpläne ihrer geistigen Väter ihren Anhängern offen zuzumuten.

Über die Verteilung sagt Kautsky, der sozialdemokratische Parteiprogrammatiker in den Erläuterungen zum Erfurter Programm an verschiedenen Stellen folgendes: „Heute herrscht die krasseste Ungleichheit. Das Prinzip der Verteilung sollte daher den einen zufolge die Gleichheit sein. Heute sitzt der Müßiggänger im Reichtum, der Arbeiter darbt, daher riefen andere: Jedem nach seinen Leistungen (oder in neuerer Form: Jedem der Ertrag seiner Arbeit). Aber gegen die eine wie gegen die andere Form erhoben sich Bedenken, und so erstand eine dritte: Jedem nach seinen Bedürfnissen. — Man kann sich vorstellen, daß die Anwendung der Wissenschaft in der Industrie einmal eine so hohe Produktivität der Arbeit zeitigt, daß die Menschen alles, was sie brauchen, im Überfluß besitzen; dann würde die Formel: ‚Jedem nach seinen Bedürfnissen' ohne Schwierigkeit, fast von selbst zur Durchführung gelangen. —

Wir sind nicht so weitsichtig wie unsere Gegner und können daher keineswegs mit derselben Bestimmtheit wie sie uns darüber aussprechen, ob der Zukunftsstaat die volle Gleichheit aller Einkommen dekretieren werde oder nicht. — Damit soll jedoch nicht behauptet werden, daß nicht auch das Prinzip der Gleichheit (welche nicht notwendig Gleichförmigkeit sein muß) der Einkommen oder der materiellen Lebensbedingungen in den sozialistischen Gesellschaften eine Rolle spielen wird, jedoch nicht als Ziel einer gewaltsamen Gleichmacherei, die ohne weiteres unvermittelt erzwungen wird, sondern als Ziel einer natürlichen Entwicklung, als Tendenz. — Die

[1] Siehe Stalins Praxis in Rußland. Durch Leistungslohn soll dort der menschlichen Natur jetzt wieder Rechnung getragen werden.

Formel: ‚Jedem sein Arbeitsertrag‘ wird auf jeden Fall scheitern an den Bedürfnissen der Produktion. — Das Wesen der sozialistischen Produktion bringt es notwendigerweise mit sich, daß nur ein Bruchteil der jeweilig hergestellten Produkte zur Verteilung kommt. Alle jene Produkte, die zur Fortführung und Erweiterung der Produktion bestimmt sind, kommen selbstverständlich nicht zur Verteilung. Ebenso nicht jene Produkte, die dem gemeinsamen Konsum, d. h. zur Einrichtung, Erhaltung oder Erweiterung öffentlicher Erziehungs-, Lehr-, Heil-, Erholungs-, Vergnügungs- und ähnlicher Anstalten dienen. —

Die Zahl der Produkte, die in den privaten Konsum, in Privateigentum übergehen können, wird demnach in einer sozialistischen Gesellschaft im Verhältnis zur Menge des Gesamtprodukts eine viel geringere sein als in der heutigen Gesellschaft, wo fast alle Produkte Waren, Privateigentum sind. Es kommt nicht wie heutzutage fast das gesamte Produkt zur Verteilung, sondern nur ein Rest. — Es ist ganz utopistisch gedacht, wenn man meint, es gälte, ein besonderes System der Verteilung auszutüfteln, das dann für ewige Zeiten maßgebend sein solle. Auch auf diesem Gebiete wie auf allen anderen wird die sozialistische Gesellschaft keinen Sprung machen, sondern an das anknüpfen, was sie vorfindet.

Die Verteilung der Güter in einer sozialistischen Gesellschaft dürfte in absehbarer Zeit nur in Formen vor sich gehen, welche eine Fortentwicklung der heute bestehenden Lohnformen darstellen. Von diesen wird sie ausgehen müssen.“

Diese Ausführungen Kautskys über die Verteilung in der marxistisch-kommunistischen Zukunftsgesellschaft machen durchaus nicht den Eindruck, als ob sich die Sozialdemokratie über dieses wichtige Problem klar sei. Sie wirken vielmehr als das Eingeständnis vollständiger Hilfslosigkeit einer solchen Aufgabe gegenüber.

Im großen und ganzen steht Kautsky auf demselben Boden wie die Bolschewisten in ihrem „ABC des Kommunismus“. Wie diese es tun, will auch er sich zunächst für eine Übergangszeit an die bestehenden Lohnformen anschließen. Für die Zukunft ist ihm freilich die Verteilung nach dem Bedürfnis nicht das einzige Prinzip, doch läßt er es immerhin als eine geeignete Möglichkeit gelten. Damit trifft für die Sozialdemokratie alles das zu, was bereits gegen den Bolschewismus gesagt wurde.

Darüber, ob das Recht zum Verbrauch auch ohne den Nachweis einer Arbeitsleistung gewährt werden soll, äußert sich Kautsky nicht. Aber auch dann, wenn dies nicht der Fall sein soll, sind weder das Bedürfnis noch auch die Gleichheit, die Kautsky allein als Verteilungsgrundsätze gelten läßt, geeignet, das Streben nach Eigennutzen in der notwendigen Weise in den Dienst des Gemeinnutzens zu stellen, so daß der Gesamterfolg der Wirtschaft gesichert ist. Wenn der einfach *Schaffende* ebensoviel erhält wie der schöpferische Mensch, wenn der Faule seine Bedürfnisse in derselben Weise befriedigen kann wie der Fleißige, so wird niemand zur Steigerung seiner

Leistung angeregt. Die Arbeitskosten (A) werden hoch, die hergestellten Gebrauchswerte (G) werden niedrig sein. Es wird keinen wirtschaftlichen Fortschritt geben, die Völker werden ihre Kulturaufgaben nicht ihrer Art entsprechend erfüllen können, und Armut und Elend aller werden die sicheren Folgen sein.

Wie uneinig sich im Grunde die Marxisten über die Einrichtung des Zukunftsstaates und besonders über die Frage der Verteilung sind, geht auch daraus hervor, daß Kautsky die Forderung nach dem vollen Arbeitsertrag hier als unmöglich verwirft, die kein Geringerer als August Bebel erhoben hat, der in seiner Schrift „Unsere Ziele" sagt: „Der volle Arbeitsertrag bleibt unsere Losung."

Diese Unsicherheit und Uneinigkeit der Marxisten in den wichtigsten Fragen der Wirtschaftsregelung wird den nicht in Erstaunen setzen, der den kümmerlichen Zustand ihrer Wertlehre kennt. *Die liberal-marxistische Tauschwertlehre ist eben eine reine Privathandelslehre, keineswegs eine Volkswirtschaftslehre. Deshalb kann sie über die innere Anatomie einer nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft auch keinerlei Aufschluß vermitteln. Wer in den Irrgarten der Tauschwertlehre einmal eingeschlossen ist, kann, selbst wenn er es wollte, niemals klare Erkenntnisse über die Erfordernisse einer gemeinnützigen Wirtschaftsregelung vermitteln.*

Inzwischen sind die Sozialdemokraten in ihrer programmatischen Einstellung noch unsicherer geworden, sind ihre Zukunftsziele noch mehr verblaßt, wenn auch nicht aufgegeben. In den Erläuterungen zu ihrem neuesten, dem Heidelberger Programm, hat Kautsky auf einen eigenen Abschnitt über die Verteilung der Produkte in der marxistischen Zukunftsgesellschaft verzichtet. Unter der Überschrift: Die Organisierung der Produktion — streift er den Gegenstand mit den wenigen Sätzen: „Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, daß die Produktion in einer Weise vor sich geht, die bei möglichst geringem Kraftaufwand den möglichst hohen Ertrag liefert. Die Arbeiter haben ein Recht darauf, daß die Arbeitsbedingungen ihnen nicht diktatorisch auferlegt, sondern von den Vertretern der Konsumenten, — des Staates, der Gemeinde, der Genossenschaft mit ihnen vereinbart werden; daß sie an der Organisierung und Leitung des Betriebes Anteil haben, sowie endlich, daß jede Verbesserung im Betriebe, die dessen Ertrag steigert, nicht bloß den Konsumenten, sondern auch den Arbeitern zugute kommt, und daß alle Methoden der Ertragssteigerung ausgeschaltet werden, die auf Kosten des Wohlbefindens oder der Muße der Arbeiterschaft vor sich gehen."

Das sind nur noch sehr allgemein gehaltene Redensarten, die obendrein alle von dem alten Gegensatz — hie Produzent — hie Konsument — ausgehen, der so gar nichts Zukunftsstaatliches an sich hat.

Wenn man die Forderungen, die Kautsky hier noch aufrechterhält, näher ins Auge faßt, so fragt man sich verwundert, was hat das noch mit Kommunismus zu tun, mit Marxismus? Wozu da noch Aufhebung des Eigen-

tums an den Produktionsmitteln, die einige Seiten vorher noch als unerläßlich gefordert wird. Was an diesen Forderungen berechtigt ist, und es ist sehr vieles an ihnen berechtigt, das kann nur in einer nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit national organisierten Eigentumswirtschaft erfüllt werden, niemals in einer kommunistischen Wirtschaft. Wie will man es in einer kommunistischen Wirtschaft zum Beispiel erreichen, daß die Arbeitsmittel so gepflegt, so entwickelt werden, als ob sie Eigentum seien und persönlichen Nutzen eintrügen? Wie will man weiter erreichen, daß die unmittelbare menschliche Arbeitskraft mit demselben Eifer, mit derselben Geschicklichkeit angewandt wird, als wenn es zum persönlichen Nutzen geschehe? Die Wege dazu, die überhaupt nicht mit den Mitteln der Tauschwertlehre, sondern nur mit Hilfe der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gebrauchswertlehre erkennbar sind, können erst im folgenden Abschnitt im einzelnen dargelegt werden.

Der Marxismus ist nicht nur der Volksgemeinschaft feindlich gesinnt, sondern jeder Gemeinschaft, er haßt nicht nur den Nationalstaat, sondern jeden Staat. Er ist im Grunde individualistisch und anarchistisch und damit eine Neuauflage des radikalen Liberalismus, der ja auch im Anarchismus endet, weil er glaubt, daß alles Übel aus dem Zwange stamme, während der Mensch in Freiheit aus sich selbst heraus nur gut handeln könne.

Diesen anarchistischen Pferdefuß verrät das „ABC der Bolschewisten": „Unter dem Kommunismus wird es keine ständigen Fabrikverwalter geben oder Leute, welche ihr Leben lang eine und dieselbe Arbeit verrichten. Da genießen alle Menschen eine vielseitige Bildung, und alle finden sich in allen Produktionszweigen zurecht; heute verwalte ich, indem ich berechne, wie viele Filzschuhe oder Semmeln für den nächsten Monat zu erzeugen sind; morgen arbeite ich in einer Seifensiederei, nächste Woche vielleicht in einem Gemeindetreibhaus und noch drei Wochen später in einer elektrischen Zentrale. In der kommunistischen Gesellschaft wird es keine Klassen geben. Folglich gibt es auch keinen Staat; er ist hier überflüssig, da es keinen Klassenkampf gibt, es ist niemand im Zaume zu halten, und niemand kann es auch tun. Die Hauptleitung wird in verschiedenen Rechnungskanzleien und statistischen Büros liegen. Dort wird Tag für Tag über die ganze Produktion und ihre Bedürfnisse Rechnung gelegt werden. Es wird auch angegeben werden, wo die Zahl der Arbeitskräfte zu vergrößern, wo zu verringern und wieviel zu arbeiten ist. Und weil alle von Kindheit her die gemeinsame Arbeit gewohnt sein und begreifen werden, daß diese Arbeit notwendig und das Leben am leichtesten ist, wenn alles nach einem durchdachten Plan vor sich geht, so werden auch alle nach den Anordnungen dieser Berechnungsbüros arbeiten.

Da braucht man keine eigenen Minister, keine Polizei, Gefängnisse, Gesetze, Erlasse — nichts. So wie in einem Orchester alle dem Dirigentenstock folgen und danach handeln, so werden auch hier alle den Berechnungstabellen folgen und dementsprechend ihre Arbeit verrichten. Außerdem werden ja in

diesen Berechnungsbüros heute die, morgen jene Personen sein. Die Bürokratie, die ständige Beamtenschaft wird verschwinden, der Staat wird absterben. Vollständig erst nach zwei bis drei Generationen."

Wenn man das liest, so fragt man sich doch etwas erstaunt, — ja, wer soll denn die komplizierten Maschinen und die schwierigen Verfahren und Berechnungsweisen, die hier vorausgesetzt werden, erfinden und herstellen? Vielleicht auch die Leute, die überall nur einen Tag hineinriechen? Und sind diese Rechnungsbüros etwa keine Ministerien, Wirtschaftsministerien? Gewiß werden die Menschen erkennen, daß es angenehm ist, nach einem durchdachten Plane zu arbeiten, aber viele werden auch die Entdeckung machen, daß es noch angenehmer ist, andere nach diesem Plane arbeiten zu lassen, selber aber planlos zu faulenzen; für die Befriedigung aller Bedürfnisse ist ja trotzdem gesorgt. Der Dirigentenstock wird wohl das einzig Wahre an der ganzen Schilderung sein, denn er deutet den Prügel an, ohne den es am Ende in einer solchen kommunistisch-anarchistischen Ordnung nicht gehen wird.

Man weiß hier tatsächlich nicht, was größer ist, der Haß gegen jede staatliche Ordnung oder die Kunst der Täuschung und Lüge.

Das schlimmste aber ist, daß nicht einmal der Versuch gemacht wird, einen Weg zur Erfüllung solcher Forderungen auch nur anzudeuten. Diese Zurückhaltung ist aber keineswegs eine Folge übergroßer Bescheidenheit, sie ergibt sich vielmehr zwangsläufig aus der Unkenntnis der marxistischen Theoretiker in den Grundfragen der Volkswirtschaft. Wer aber das Gewebe wirtschaftlicher Zusammenhänge theoretisch nicht vollständig durchschaut, ist auch nicht imstande, Vorschläge für eine zweckmäßigere Gestaltung des Organismus zu machen.

Das 2. und 3. Gebot sozialer Gerechtigkeit bleibt also durch den Marxismus unerfüllt. Weder bietet sein System Mittel dar, die den höchstmöglichen Erfolg der Wertgewinnungsarbeit sicherstellen, noch ist es imstande, Eigennutzen und Gemeinnutzen zu harmonisieren und dadurch den ersteren für den letzteren einzuspannen. Am allerwenigsten hat er aber ein Mittel angeben können, um den Gemeinsinn so zu stärken, daß er den Eigennutzen als Antriebskraft überflüssig machen könnte.

Eine Förderung des Gemeinsinns ist überhaupt vom Marxismus nicht zu erwarten. Dieser läßt ja als Gemeinschaft der Zukunft nur die Menschheit gelten. Die Stärkung dieser internationalen „Gemeinschaft" läßt sich aber nur betreiben auf Kosten der nationalen Gemeinschaften. Schon im Kommunistischen Manifest liest man darüber: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen." Daß die Hoffnung auf eine solche internationale Entwicklung ernst gemeint ist, bestätigt uns Kautsky in den Erläuterungen zum Erfurter Programm. In einer Fußnote zu Seite 118 heißt es dort: „Nur nebenbei sei

hier bemerkt, daß, da die ökonomische Entwicklung unter sozialistischen Gesellschaftszuständen keineswegs stillstehen kann, ihr Fortgang bewirken wird, daß der Umfang stetig wächst, dessen eine sozialistische Genossenschaft bedarf, um gedeihen zu können. Daß die einzelnen sozialistischen Nationen schließlich zu einem einzigen Gemeinwesen verschmelzen werden, daß das ganze Menschengeschlecht eine einzige Gesellschaft bilden wird, ist unsere feste Überzeugung."

Kautsky verrät uns auch, warum dieser Entwicklungsgedanke in der öffentlichen Werbung der Marxisten so wenig hervortritt, ja bisweilen ganz unterdrückt werden oder gar von nationalistischen Tönen überdeckt werden kann, wenn er fortfährt: „Indessen haben wir es hier nur mit den Ausgangspunkten, nicht mit dem späteren Verlauf der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsformen zu tun, brauchen also die Weltrepublik nicht in das Bereich unserer Erörterungen einzubeziehen."

Da ihre Sympathien der Weltrepublik gehören, können die Marxisten die Nation, die einzige große menschliche Gemeinschaft, zu der natürlicher Gemeinsinn in den Menschen lebt, nicht nur nicht fördern, sondern müssen ihr feindlich gesinnt sein.

Der Marxismus kann daher auch das erste Gebot sozialer Gerechtigkeit nicht erfüllen, er kann die Sicherheit und Selbständigkeit der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft nicht gewährleisten.

Indem er diese preisgibt, beraubt er sich jeder möglichen Grundlage für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und erniedrigt diese dadurch selbst zu einer utopischen Hoffnung. Der Marxismus, der die Augen der schaffenden Menschen von der eigenen Nation fort auf Paneuropa, den Völkerbund und die Weltrepublik lenkt, verleitet seine Anhänger dazu, sich selbst unbedachterweise den Boden unter den Füßen wegzuziehen, auf dem allein die soziale Gerechtigkeit in die Tat umgesetzt werden kann, den Boden der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft, den nationalen Sozialismus.

Neben dem Marxismus gibt es noch eine Reihe anderer Bestrebungen, die sich ebenfalls die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit zum Ziel gesetzt haben. Der Bedeutung nach schrumpfen sie freilich neben ihrem großen Bruder arg zusammen, theoretisch und geistesgeschichtlich sind sie aber immerhin interessant genug, um hier gestreift zu werden.

Sie gleichen sich fast alle darin, daß sie das unverkennbare Zeichen des Dilettantismus an der Stirn tragen. Dilettantisch sind sie deswegen, weil sie glauben, mit einer einzigen oder einigen wenigen ordnenden Maßregeln, die sich immer nur auf ein Teilgebiet des Wirtschaftslebens erstrecken, die soziale Gerechtigkeit, vor allem die Harmonie im Innern und das Gedeihen nach außen gewährleisten zu können. Im übrigen soll die freie Konkurrenz unangetastet, soll die machtgemäße kapitalistische Wirtschaftsweise bestehen bleiben.

Die eine Gruppe dieser Bestrebungen geht auf den alten physiokratischen Irrtum zurück. Wie bereits früher ausgeführt wurde, hielten die Physio-

kraten im Gegensatz zu der klassisch-marxistischen Schule die Natur und besonders den Boden für die einzige Wertquelle. Nach ihrer Meinung sind diejenigen Gewerbe, die wie die Landwirtschaft und der Bergbau ihre Güter direkt aus der Natur entnehmen, die einzigen Empfänger und die hauptsächlichsten Nutznießer dieses von der Natur geschenkten Wertüberschusses, der Naturrente. Die weiterverarbeitenden und befördernden Gewerbe erhalten von dieser Rente nur so viel, wie nötig ist, um ihre Unkosten zu decken und ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Alles andere bleibt in den Händen der Grundgewerbe oder der Grundherrschaften, die jene Grundgewerbe ausbeuten.

Es war nun das Bestreben der Physiokraten, diese Naturrente der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Da kein Grundgewerbe betrieben werden kann, ohne irgendwie Boden zu benutzen, so glaubten sie diese Grundrente in der Bodenrente wiederzufinden.

Sie hofften daher, diese Naturrente der Allgemeinheit sichern zu können, wenn sie die Bodenrente wegsteuerten. Wenn dies gelungen sei, so glaubten sie, alles übrige dem freien Wettbewerb überlassen zu können. Ungerechtfertigte Gewinne könne es dann nicht mehr geben, da diese ja nur aus der Naturrente fließen könnten, welche durch die Bodensteuer jedoch bereits für die Gemeinschaft und ihre Bedürfnisse beschlagnahmt sei. Auf Grund dieser Ansichten verlangten sie die Bodensteuer als die einzige Steuer.

Diese „einzige Steuer“ war für sie das wundertätige Allheilmittel zur Durchführung der sozialen Gerechtigkeit und damit zur Lösung der sozialen Frage.

Dieser physiokratische Gedankengang ist neuerdings in verschiedenen Strömungen wieder aufgelebt. So verlangt der Bund Deutscher Bodenreformer unter der Führung Adolf Damaschkes neben einer Reform des Bodenrechts auch die Bodensteuer nach dem gemeinen Wert, und es ist sein Ideal, daß diese Steuer die einzige Steuer sein solle, wie sie es in einigen englischen Kolonien tatsächlich ist.

In ähnlicher Weise hofft auch Otto Dickel, der seine Bestrebung als „Werkgemeinschaft“ bezeichnet, durch die Heimholung der Bodenrente die soziale Frage von Grund aus zu lösen.

Im Lichte unserer Gebrauchswert- und Wirtschaftslehre sehen die Wirkungen der „einzigen Steuer“ allerdings anders aus. Die Gebrauchswertlehre zeigt uns, daß die Werte, die durch menschliche Arbeit aus der Natur gewonnen und in wirtschaftliche Gebrauchswerte umgewandelt werden, nur zum geringsten Teile in den ersten Händen verbleiben, die sie aus der Natur in Empfang nehmen. Der Löwenanteil daran geht vielmehr unbezahlt in den Verbrauch über und durchläuft diesen nicht ein-, sondern vielmal nacheinander. Dadurch ist allen, die über wirtschaftliche Macht verfügen, immer wieder Gelegenheit gegeben, an jeder beliebigen Stelle des wirtschaftlichen Kreislaufes einen Teil dieser umlaufenden unbezahlten Werte in ihre Tasche zu lenken und sie dadurch in bezahlte Werte umzuwandeln. Die Gebrauchs-

wertlehre läßt auch erkennen, daß die Stellung des Händlers und des Geldverleihers die größte wirtschaftliche Macht verleiht, so daß gerade in deren Händen die „geschenkten" Werte sich zusammenballen. Aber auch alle andern irgendwie wirtschaftlich Mächtigen können aus diesen unbezahlt umlaufenden Werten einen Gewinn erhalten, nur die wirtschaftlich ohnmächtige schaffende Arbeitskraft ist davon ausgeschlossen.

Es ist lehrreich und zugleich ein Beweis des im Grunde gesunden politischen Instinktes, zu sehen, welche Stellung die breiten Schichten der schaffenden Stände zu der „einzigen Steuer" einnehmen.

Die Bauern zeigen sich dieser Forderung gegenüber nervös und lehnen sie mit Voltaire als „ungerechte Steuer" ab, läßt sie doch die größten ungerechten Gewinnmöglichkeiten unangetastet, stellt also eine Sonderbelastung der Grundgewerbe dar, die durch nichts gerechtfertigt ist.

Die besitzlosen schaffenden Arbeiter und Beamten stehen ihr im allgemeinen kühl gegenüber, wird doch ihr Schicksalsproblem, die Einschaltung der schaffenden Arbeit in die Gewinnverteilung, durch sie nicht berührt. Selbst die Steuererleichterung, die man für diese Schichten davon erhoffen könnte, entpuppt sich als Trug, sinken doch mit den Lasten auch die Löhne.

Unter den wenigen Realisten, die diese einseitig-dilettantischen Bestrebungen unterstützen, fallen jedoch häufig Vertreter des Handels auf. Aus früherer Zeit sei nur der Vorläufer Damaschkes, der Karlsruher Jude Flürscheim genannt, dessen Stelle neuerdings der Hamburger Jude Walter Dauch einnimmt. Diesen Vertretern des rücksichtslosen Großhandels muß allerdings die physiokratische Lehre und die Forderung der „einzigen Steuer" willkommen sein. Jene Lehre lenkt die Aufmerksamkeit trefflich von ihren eigenen Gewinnen ab, und die „einzige Steuer" würde sie selbst vor Besteuerung schützen, da man zum Handel so gut wie gar keinen Boden braucht. Damit hängt es auch wohl zusammen, daß die liberalen Parteien, Deutsche Volkspartei und Demokratische Partei, in denen die Handelsinteressen hauptsächlich vertreten sind, immer eine gewisse Sympathie mit den Freunden der „einzigen Steuer" bewiesen haben. Damaschke pflegte für die Demokratische Partei, allerdings hoffnungslos, zu kandidieren. Dauch war Abgeordneter der Deutschen Volkspartei.

Die andere stärker hervortretende Richtung sind die einseitigen Zinsgegner. Sie blicken auf ein noch ehrwürdigeres Alter zurück, können sie sich doch immerhin auf Aristoteles berufen, der sagt: „Da die Chrematistik eine doppelte ist, die eine zum Handel, die andere zur Ökonomik gehörig, die letztere notwendig und lobenswert, die erstere auf die Zirkulation gegründet und mit Recht getadelt (denn sie beruht nicht auf der Natur, sondern auf wechselseitiger Prellerei), so ist der Wucher mit vollstem Recht verhaßt, weil das Geld selbst hier die Quelle des Erwerbs und nicht dazu gebraucht wird, wozu es erfunden ward. Denn für den Warenaustausch entstand es, der Zins aber macht aus Geld mehr Geld. Daher auch sein Name ‚toxos' (Zins und Geborenes). Denn die Geborenen sind den Erzeugern ähnlich. Der

Zins aber ist Geld von Geld, so daß von allen Gewerbszweigen dieser der naturwidrigste."

Die einseitigen Zinsgegner, zu denen zum Beispiel der „Reichsgegenzinsbund" gehört, erhoffen von der Abschaffung des Zinses ebenso die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, wie die Physiokraten von der Bodensteuer. Aber wie jene, so läßt auch die Abschaffung des Zinses andere Möglichkeiten, auf ungerechte Weise Werte an sich zu raffen, bestehen. Die Stellung der verschiedenen Bevölkerungsschichten zur Zinsfrage zeigt auch, daß das „Volk", soweit seine persönlichen Interessen in Frage kommen, durchaus urteilsfähig ist. Die wirtschaftlich selbständigen Unternehmer, die unter der Zinsknechtschaft des Finanzkapitals direkt leiden, die die Zinsen für die entliehenen Wirtschaftskapitalien aus dem allgemeinen Wirtschaftsgewinn zu schöpfen und an die Geldleiher abzuführen haben, bringen der Zinsfrage viel Interesse entgegen. Die Arbeiter dagegen, die mit den Finanzkapitalisten selten direkt zu tun haben, können sich weniger dafür erwärmen. Den einseitigen Zinsgegnern gegenüber sind sie sogar recht mißtrauisch. Sie empfinden, daß die Beseitigung des Zinses zwar die Übermacht der Finanzkapitalisten vernichten würde, aber nicht die Übermacht der Unternehmer. Auch würde ihre eigene wirtschaftliche Ohnmacht dadurch nicht behoben, und ihre Ausschaltung vom Wirtschaftsgewinn nähme damit kein Ende.

Die Abschaffung des Zinses sowohl wie die „Heimholung der Bodenrente" sind beides nicht nur unzulängliche, weil nicht umfassende, sie sind auch an und für sich ungerechte Maßnahmen.

Die Gebrauchswertlehre läßt erkennen, daß auch derjenige, der Geld zur Wertgewinnung zur Verfügung stellt, mittelbar Arbeit liefert. Er ist also auch zur Teilnahme am erzielten Wertgewinn berechtigt, allerdings berechtigt nicht gemäß seiner stets übergroßen wirtschaftlichen Macht, sondern entsprechend der auch beim Geldkapital vorhandenen Abnutzung.

Beim Boden ist es nicht anders. Zwar der von der Natur geschaffene Boden ist kein Arbeitsmittel, weil er keine kristallisierte menschliche Arbeit enthält. Der kultivierte Acker dagegen ist Arbeitsmittel, er hat einen reichen Gehalt an kristallisierter menschlicher Arbeit, die bei der Erzielung von Ernten mitwirkt und dabei auch von Jahr zu Jahr verbraucht wird. In demselben Maße ist aber auch der Besitzer des Bodens anteilberechtigt an den insgesamt gewonnenen Gebrauchswerten.

Weder der Zins noch die Bodenrente sind an und für sich schon kapitalistisches Unrecht, sie werden es erst durch ihre ungerechtfertigte Höhe und dadurch, daß ihnen auf seiten der Arbeitskraft kein entsprechender Gewinn gegenübersteht.

Selbst Eduard Sacher, der Schöpfer der Gebrauchswertlehre, ist auf dem Gebiete der Verteilung nicht vor Irrtum bewahrt geblieben. Die Ursache ist darin zu suchen, daß er sich in einem Punkte, nämlich in der Bestimmung des Tauschwertes, von der marxistischen Tauschwertlehre nicht befreien konnte.

Sacher ist sich darüber klar, daß sich der Tausch im allgemeinen nicht in der Weise vollzieht, wie Marx es voraussetzte, daß in der Regel keine Äquivalente ausgetauscht werden. Er sagt darüber in seinem Buche „Grundzüge einer Mechanik der Gesellschaft", Seite 101: „Die Schwankungen des Marktpreises um den richtigen Preis können sehr weit gehen, da die Tauschhandlung noch möglich ist, wenn der Käufer für den Tauschwert seines Arbeitsproduktes nur den 17fachen Gebrauchswert erhält, während er den 59fachen erhalten sollte bei landwirtschaftlichen Arbeitsprodukten."

Diese Erkenntnis verdankt er der Berücksichtigung des Gebrauchswertes. Er ist deshalb auch der Überzeugung, daß der „richtige Preis" nicht von selbst entsteht, sondern durch besondere Maßnahmen erreicht werden muß. „In den früheren Jahrhunderten hielten es die Regierungen für ihre Pflicht, für richtige und konstante Preise zu sorgen. Es war ein bedauerlicher Irrtum, als die Leiter der Gesellschaft die Meinung annahmen, sich dieser Sorge ganz und gar entschlagen zu dürfen" (Grundz. S. 103). Die wichtige Frage ist nun, welches ist nach Sachers Meinung der „richtige", d. h. der sozial gerechte Preis? Gerade bei ihrer Beantwortung zeigt sich der scharfsinnige und selbständige Denker doch noch in marxistischen Gedankengängen befangen.

Ähnlich wie Marx sagt er: „Der Tauschwert eines Dinges besteht in der zu seiner Gewinnung von den Menschen durchschnittlich als Arbeit angewandten Energie. Wenn sie die gewonnenen Gegenstände austauschen, so werden sie dann richtig tauschen, wenn sie die Mengen nach der angewandten Arbeit berechnen (Seite 53/54). Ein Preis wird dann als richtig bezeichnet werden können, wenn der Tauschwert des Gutes gleich ist dem Tauschwert des Geldes, d. h., wenn die zur Gewinnung des Gutes durchschnittlich verbrauchte menschliche Energie gleich der zur Gewinnung des Geldes verbrauchten ist."

Sacher betrachtet mithin den Zustand als den idealen, den Marx irrtümlicherweise für den gewöhnlichen hielt. Sacher will die Preise so geregelt sehen, daß Äquivalente, d. h. gleiche Arbeitsmengen ausgetauscht werden. Gleiche Mengen menschlicher Arbeit bedeuten aber auch gleiche Arbeitsunkosten.

Die Fälle des Tausches nach gleichen Arbeitsunkosten sind in Abb. 6 und 7 dargestellt. Der Vorteil beim Tausch ist nur dann auf beiden Seiten gleich, wenn in den ausgetauschten Mengen nicht nur gleiche Arbeitskosten, sondern auch gleiche Gebrauchswerte enthalten sind (Abb. 6). Sind aber die Gebrauchswerte ungleich, wie in Abb. 7, dann sind auch die Tauschvorteile auf beiden Seiten ungleich. Wer mit 100 Kalorien 900 Kalorien hervorgebracht hat, kann nach dem Tausch nur 600 verbrauchen. Der andere, der mit 100 Kalorien nur 600 Kalorien gewann, erhält durch den Tausch 900 Kalorien zum Verbrauch. Die besonders hohe Produktivität seiner Arbeit, die sich in dem spezifischen Wert = 9 ausspricht, kommt nun nicht dem A selbst, sondern B zugute. Das kann aber nicht als gerecht angesehen werden, weder vom Einzelnen noch von der Gemeinschaft aus. Der Her-

steller A kommt um den besonderen Erfolg seiner Arbeit. Er muß ihn ohne jede Begründung dem B überlassen. Das muß seine Schaffensfreude lähmen und ihn unlustig machen, den spezifischen Wert seiner Tätigkeit auf dieser Höhe zu halten oder ihn gar noch darüber hinaus zu steigern. Dadurch wirkt diese Art des Tausches produktionshemmend und das Gemeinwohl schädigend. B wird durch seinen ungerechtfertigten Tauschgewinn ebensowenig zum hochwertigen Schaffen angereizt, sondern vielmehr zum Raffen durch Tausch verleitet.

Eigennutzen und Gemeinwohl werden also beim Tausch nach gleichen Arbeitsmengen nicht harmonisiert. Diese Regelung des Tausches ist daher keineswegs als ideal zu betrachten.

Das hat Sacher bei weiterem Nachdenken offenbar selbst empfunden, denn er sagt später, Grundz. S. 96: „Es ist nicht von vornherein klar, ob wir zwei Energieeinheiten, von denen die eine zur Herstellung der Ware A, die andere zur Herstellung der Ware B verwandt wird, als gleich im Preise ansetzen dürfen. Wenn zur Herstellung der Ware B eine größere Geschicklichkeit nötig ist, dann dürfen wir beide Energieeinheiten nicht als gleich annehmen. — Es ist nämlich nach früherem durchaus nicht gleichgültig, in welchem Verhältnis der Gebrauchswert zum Tauschwert des Arbeitsproduktes steht. Wenn zwei Personen denselben Gegenstand, z. B. ein Messer verfertigen, und das Messer des A gestattet eine Energieersparnis von 10000 Werk, das Messer des B eine solche von 20000 Werk, so können wir, auch wenn beide gleichviel Werk zur Herstellung der Messer ausgegeben haben, ihre spezielle Arbeit durchaus nicht gleich bewerten. Wir müssen sagen, die Arbeit des zweiten ist doppelt soviel wert als die des ersten, ihm gebührt für seine Arbeit der doppelte Tauschwert. Und zwar gebührt ihm dieser Tauschwert vermöge seiner doppelt so großen Geschicklichkeit“ (S. 72).

„Da der Wert einer Arbeit A einerseits von der aufgewendeten menschlichen Energie E, andererseits von dem spezifischen Wert S des Arbeitsproduktes abhängt, so muß der Wert einer bestimmten Arbeit durch das Produkt beider Faktoren gemessen werden:

$$A = E \cdot S.$$

Sacher glaubt also, in dem Produkt $E \cdot S$ = Arbeitsenergie · spezifischem Wert einen geeigneten Maßstab zur Bestimmung des Preises gefunden zu haben. $E \cdot S$ ist aber gleich dem Gebrauchswert. Sacher will also jetzt gleiche Gebrauchswerte gegeneinander tauschen lassen. Dieser Fall ist in Abb. 8 dargestellt. Dabei bleibt nun wieder der Arbeitsaufwand unberücksichtigt. Gewerbe, deren Erzeugnisse von Natur einen hohen spezifischen Wert haben, wie der Bergbau, können diesen ganzen Vorteil, der durchaus nicht ihr alleiniges Verdienst ist, im Tausch für sich behalten. Gewerbe mit geringem spezifischem Wert, für den sie keineswegs allein verantwortlich sind, können sich im Tausch nicht verbessern. Das muß dann dahin führen, daß in den letzteren, in denen ihrer Natur nach, wie in der Landwirtschaft, mit großem

Arbeitsaufwand nur ein geringes Mehrfaches an Gebrauchswert gewonnen werden kann, niemand tätig sein will. Da diese Gewerbe aber auch für die Erhaltung des Lebens notwendig und für die Sicherheit der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft unentbehrlich sind, so wäre ihr Erlöschen ein schwerer Schaden für das Gemeinwohl.

Also hat Sacher auch im Gebrauchswert als alleinigem Tauschmaßstab kein geeignetes Mittel zur Harmonisierung von Eigennutzen und Gemeinwohl gefunden.

Auch das ist diesem verdienstvollen Forscher nicht verborgen geblieben, sagt er doch in seinem zweiten Werk, dem 1899 erschienenen „Gesellschaftskunde als Naturwissenschaft" auf Seite 27: „Der Tauschwert eines Gutes besteht in der zu seiner Gewinnung von den Menschen durchschnittlich ausgegebenen Energie.

Dem vollen Verständnis dieses sehr wichtigen Satzes steht vielleicht die weitverbreitete Ansicht entgegen, es müsse bei der Tauschwertbildung der Gebrauchswert notwendig berücksichtigt werden. Diese Ansicht ist jedoch wissenschaftlich nicht zu begründen, denn das Mehr der im Gebrauchswert sich über den Tauschwert findenden Energie ist entweder ein Geschenk der Natur oder ein Produkt der geistigen Arbeit unserer Vorfahren."

Hiernach scheint Sacher also am Ende seines Lebens wieder zu seiner ersten Meinung zurückgekehrt zu sein, deren Unhaltbarkeit schon nachgewiesen wurde.

Die Aufgabe, eine sozial gerechte Preis- und Lohnbildung zu finden, hat Sacher also nicht zu lösen vermocht, obwohl ihm eine richtige Gebrauchswertlehre zu Gebote stand. Ja, er ist in dieser, für die Durchführung der sozialen Gerechtigkeit entscheidenden Frage nicht einmal zu einem festen Standpunkt gelangt.

Aber wie jeder Irrtum, so hat auch dieser sein Gutes. Sachers Scheitern vermittelt uns die Erkenntnis, daß die Harmonisierung von Eigennutzen und Gemeinwohl durch eine nationalsozialistisch gerechte Verteilung nicht erreicht werden kann, wenn man nur den Arbeitsaufwand oder nur den Gebrauchswert berücksichtigt.

Worin soll aber dann der Rechtsgrund für die Bestimmung von Preis und Lohn gesucht, auf welche Weise soll die wirtschaftliche Macht ausgeschaltet, soll das kapitalistische Unrecht unmöglich gemacht werden?

Die Antwort muß dem nächsten Abschnitt vorbehalten bleiben.

# XIII. Die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit.

Die Durchführung einer idealen nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung, in der Eigennutz und Gemeinnutz in Übereinstimmung gebracht sind, erfordert Zeit. Wir würden diese Zeit haben, wenn Kapitalismus und Marxismus uns eine, auch nur einigermaßen gesunde Volkswirtschaft hinterließen. In diesem Falle könnten wir uns mit Ruhe ans Werk begeben und von vornherein eine Neuordnung auf lange Sicht einleiten.

Da wir aber als Erbe eine Wirtschaft übernehmen, die, von den höchsten Fiebergraden einer lebensgefährlichen Krise geschüttelt, in den letzten Zügen liegt, müssen wir zunächst Notmaßnahmen treffen, die mit unserem letzten Ziel noch wenig zu tun haben.

## A. Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe nationalsozialistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe des Nationalsozialismus ist daher eine doppelte:

1. Sie hat die allgemeine Gesundung der Volkswirtschaft durch Überwindung der Wirtschaftskrise herbeizuführen.
2. Sie muß dafür sorgen, daß der einzelne schaffende und schöpferische Volksgenosse in der Gesamtwirtschaft des Volkes nach Maßgabe seiner volkswirtschaftlichen Leistung zu seinem Recht kommt.

Die Erfüllung dieser beiden Aufgaben kann von Anfang unserer Tätigkeit an nicht gleichmäßig nebeneinander herlaufen. Sie wird in der Hauptsache nacheinander geschehen müssen.

### Die Gegenwartsaufgabe.

Die Gegenwartsaufgabe ist dadurch gegeben, daß heute die Gesamtvolkswirtschaft Not leidet und nicht imstande ist, das ganze Volk zu beschäftigen und ausreichend zu ernähren.

Im Augenblick der Machtübernahme tritt an uns die Aufgabe heran, diese akute Krise zu heilen; einen wirtschaftlichen Umschwung herbeizuführen, durch den die Linie der Wirtschaftsentwicklung, die heute steil nach unten zeigt, wieder, wenn auch zunächst nur in einem geringen Winkel, nach oben gerichtet wird.

Es wird sich zuerst darum handeln, für fünf bis sechs Millionen Menschen wieder Arbeit und Brot zu schaffen. Zaubermittel stehen uns zu diesem Zweck nicht zur Verfügung. Nur scharf durchgreifende allgemeine wirt-

schaftspolitische Maßnahmen, die aus einer richtigen Einsicht in das Wesen der Krise geboren sind, können wirksame Hilfe bringen.

Ob der Einzelne dabei im Rahmen des Gemeinwohls bereits voll zu seinem Recht kommt, wie es die Idee des Nationalsozialismus verlangt, steht in diesem Augenblick noch nicht zur Debatte.

Die Erfüllung dieser Forderung wird uns als Zukunftsaufgabe vorbehalten bleiben.

Im ersten kritischen Augenblick wird jeder zufrieden sein müssen und in der Tat auch gern zufrieden sein, wenn er nur wieder eine Lebensmöglichkeit findet, die ihm das herrschende System genommen hat.

## B. Das Wesen der Krise.

Die Überwindung der Wirtschaftskrise setzt voraus, daß ihr Wesen und ihre Ursachen zutreffend erkannt sind. Die Abhilfsmittel ergeben sich dann wie von selbst.

Eine Volkswirtschaft ist im großen und ganzen gesund, wenn die drei Größen: Bedarf (B), Produktivkraft (P) und Verbrauchs- oder Kaufkraft (K) etwa gleich groß sind (Zeichnung 13).

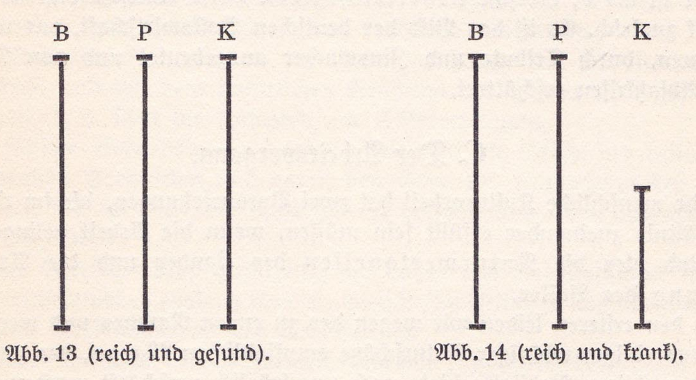



Abb. 13 (reich und gesund). Abb. 14 (reich und krank).

In diesem glücklichen Zustande ist die Volkswirtschaft imstande, alles zu liefern, was zur Erhaltung und Förderung der Volkskraft gebraucht wird, und sämtliche arbeitsfähigen Volksglieder finden dabei lohnende Beschäftigung. Diese Volkswirtschaft kennt weder Mangel noch Arbeitslosigkeit, sie ist reich und gesund.

Ist B gleich P, K aber kleiner als beide (Zeichnung 14), so ist diese Volkswirtschaft zwar als reich zu bezeichnen, aber sie ist trotzdem krank, weil die Kaufkraft und damit auch die tatsächliche Produktion die Produktivkraft bei weitem nicht erreicht, so daß eine bedeutende Arbeitslosigkeit eintritt (Amerika).

Zeichnung 15 stellt eine Wirtschaft dar, die zwar arm, aber gesund ist. Weil P kleiner ist als B herrscht zwar an manchen Bedarfsgegenständen

Mangel, aber wegen der Gleichheit von K und P haben alle Arbeit und Brot, wenn das letztere auch nur kärglich ist. In diesem Zustande befindet sich die Wirtschaft der Türkei.

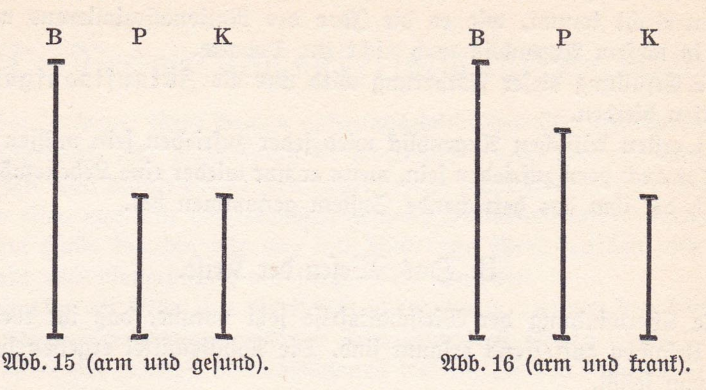



Abb. 15 (arm und gesund). Abb. 16 (arm und krank).

Traurig steht es um die Wirtschaft, deren Lage durch Zeichnung 16 gekennzeichnet wird. Da P kleiner ist als B, herrscht Mangel, weil K kleiner ist als P, herrscht Arbeitslosigkeit. Diese Wirtschaft ist arm und krank zugleich. Es ist das Bild der deutschen Volkswirtschaft, das wir hier erkennen, durch Tribute und Zinswucher ausgebeutet und von Arbeits- und Absatzkrisen erschüttert.

## C. Der Arbeitsvorgang.

Jede menschliche Kulturarbeit hat zwei Voraussetzungen, die im richtigen Verhältnis zueinander erfüllt sein müssen, wenn die Arbeit gelingen soll. Es sind dies die Naturwertquellen des Landes und die Arbeitsleistung des Volkes.

An den ersteren leiden wir wegen des zu engen Raumes und wegen des Fehlens einiger wichtiger Naturschätze empfindlichen Mangel, der durch den Raub wichtiger Rohstoffgebiete noch unerträglich verschärft worden ist.

Diesen Mangel zu beseitigen wird erst einer kraftvollen und umsichtigen großdeutschen Außenpolitik möglich sein, vorerst müssen wir mit seinem Weiterbestehen rechnen.

Bei der menschlichen Arbeitsleistung sind zwei Formen zu unterscheiden:

1. Die unmittelbare Arbeitsleistung der lebendigen Arbeitskraft des Menschen, welche die Naturform der Arbeit darstellt.
2. Die mittelbare Arbeitsleistung, der in Arbeitsmitteln und Verbrauchsgegenständen (Kapital) gespeicherten Arbeitskraft, die als die Kulturform der Arbeit anzusehen ist.

Lebendige Arbeitskraft haben wir reichlich und in unübertrefflicher Güte zur Verfügung.

Anders ist es mit der im Kapital wirkenden kristallisierten Arbeitsleistung,

die den für unsere fortgeschrittene Produktionsform unentbehrlichen Wertvorrat darstellt.

An diesem Wertvorrat leiden wir so empfindlichen Mangel, daß sich unsere Wirtschaftskrise ganz klar als eine Kapitalkrise darstellt.

Kapital ist immer ein Wertvorrat, der nur dadurch zustande kommen kann, daß er irgendwie vom Wirtschaftsgewinn erspart wird.

Als Formen des Kapitals sind vor allem zu unterscheiden:

1. Das flüssige Betriebskapital, bestehend in Verbrauchsgegenständen aller Art.
2. Anlagekapital, das in Arbeitsmitteln der verschiedensten Art besteht.

Der eben festgestellte Mangel an Kapital tritt nun besonders niederschmetternd beim flüssigen Betriebskapital in Erscheinung. Der Vorrat von Bedarfsgegenständen reicht nicht hin, um alle Volksgenossen voll so lange zu unterhalten, bis die von ihnen hergestellten Produkte verwertet werden können.

Der scheinbare Überfluß an diesen Dingen rührt nur daher, weil die Kaufkraft noch geringer ist wie der Wertvorrat.

Im Vergleich zum Betriebskapital ist Anlagekapital in Gestalt von Arbeitsmitteln und Arbeitsstätten weit reichlicher vorhanden.

Das Anlagekapital bestimmt im Zusammenhange mit der lebendigen Arbeitskraft und mit dem natürlichen Reichtum des Landes über die Produktivkraft, d. h. über die Fähigkeit zur Gütererzeugung.

Das flüssige Betriebskapital dagegen bestimmt die Größe der tatsächlich stattfindenden Produktion und damit den Grad der Ausnutzung der Produktivkraft, der bei uns noch etwa ½—⅔ beträgt, sowie den Umfang der Arbeitsmöglichkeit.

Da das Betriebskapital gleichzeitig die Lohn- und Gehaltssumme in sich birgt, so entscheidet es zugleich über die wirtschaftspolitisch so überaus wichtige Kauf- und Verbrauchskraft der Bevölkerung.

Entsprechend seinen beiden Formen weist das Kapital im Wirtschaftsleben zwei Kreisläufe auf.

Die Verbrauchsgegenstände, die das Betriebskapital darstellen und sich im Hauptkreislaufe befinden, werden im Jahre durchschnittlich mehrmals erzeugt und verbraucht. Der zu ihrer Herstellung erforderliche Arbeitsaufwand tritt mithin sehr rasch, durchweg im Verlaufe weniger Monate von neuem auf.

Im Hauptkreislaufe kann daher durch einen geringen Kapitalaufwand viele und dauernde Arbeit geschaffen werden.

Die Anlagen dagegen, einmal geschaffen, verbrauchen sich vielleicht durchschnittlich in 20 Jahren. Der zu ihrer Herstellung erforderliche Arbeitsaufwand erneuert sich also erst im Laufe von 20 Jahren.

Das ist der langsame Hilfskreislauf, in dem mit einem großen Kapitalaufwande nur wenig und nur vorübergehend Arbeit geschaffen werden kann.

Haupt- und Hilfskreislauf stehen in wechselseitiger Beziehung, indem sie sich gegenseitig steigern. Die von der Natur gezogenen Grenzen der Produktivität sind damit durchbrochen, was an der Erweiterung der Hauptspirale zu erkennen ist (Abb. 4).

Der Abfluß von Werten aus dem Hauptkreislauf in den Hilfskreislauf darf jedoch nur einen Teil des im Hauptkreislauf erzielten Produktionsüberschusses betragen. Der andere Teil muß zur Erweiterung des Hauptkreislaufes selbst dienen, damit das richtige Verhältnis beider zueinander stets aufrechterhalten wird.

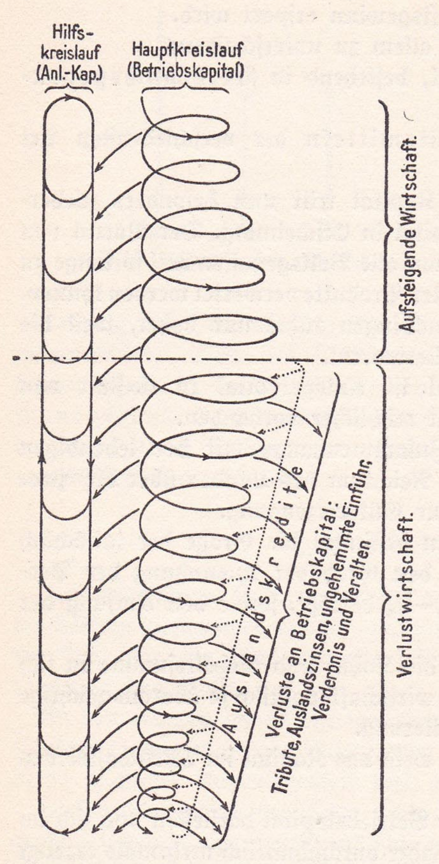



Abb. 17. Wirtschaftsschrumpfung.

Abb. 17 zeigt in dem oberen Teil das normale Bild einer im Aufstieg begriffenen Wirtschaft. Soweit kann sie als eine Fortsetzung der Abb. 4 angesehen werden.

Der untere Teil bildet dagegen eine Verlustwirtschaft der Art ab, wie wir sie in den letzten 12 Jahren in Deutschland betrieben haben.

Die Ursachen, die die Kauf- und Verbrauchskraft des innerdeutschen Marktes zerrüttet und unsere Produktion damit weit unter den Stand der Produktivkraft herabgedrückt haben, sind bekannt.

Die Tributzahlungen, die wir im Versailler Frieden als Folge des Anerkenntnisses unserer Alleinschuld am Weltkriege auf uns genommen haben, und deren Erfüllung unsere Weimaraner als heilige Pflicht gegen das Weltgewissen ansahen, saugten unser flüssiges Betriebskapital Jahr für Jahr in starkem Strome ab. Den Verlust suchten unsere Bankgewaltigen und Wirtschaftsführer, unsere Kommunal- und Staatspolitiker durch Auslandsanleihen, die sie in Höhe von rund 25 Milliarden hereinnahmen, zu ersetzen. Ebensowenig wie die Tribute von jährlich mehr als 2 Milliarden konnten wir jedoch die Auslandszinsen in gleicher Höhe als Gewinne in der gelähmten Volkswirtschaft erzielen, so daß nun auch noch diese Zinszahlungen am flüssigen Betriebskapital zehrten.

Was die Tribute und Zinsen an Betriebsmitteln übrig ließen, das nahmen endlich die maßlos überhöhten Staatslasten völlig hinweg.

Die Vernichtung des eigenen Betriebskapitals bedeutete, wie bereits hervorgehoben wurde, selbstverständlich zugleich Zerstörung der Kaufkraft des inneren Marktes, Herabminderung der Produktion und damit Arbeitslosigkeit.

Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für deutsche Waren wurde noch dadurch vermindert, daß man die heimische Kaufkraft in ganz unnatürlichem Maße auf fremde Erzeugnisse lenkte, die ungehindert hereinströmten. An dieser falschen Außenhandelspolitik waren ebensosehr die volkswirtschaftsfeindlichen freihändlerischen Neigungen des Liberalismus und Marxismus, wie die zollpolitischen Zwangsbestimmungen des Versailler Vertrages schuld.

Begründet wird diese selbstmörderische Einfuhrwelle besonders gern damit, die Industriearbeiterschaft brauche zu ihrer Besserstellung billigen Lebensunterhalt. Man verschweigt, daß der Industriearbeiter von billigen Preisen schon deshalb keinen Vorteil hat, weil im Kapitalismus auf der anderen Seite, dem kapitalistischen Lohngesetz entsprechend, sein Lohn so weit herabgedrückt wird, wie es sein Lebensunterhalt eben zuläßt, so daß seine Lage bei niedrigem Stande der Preise genau so schlecht ist wie bei einem hohen.

Tatsächlich hat diese Leidenschaft für niedrige Preise ihre Ursache auch gar nicht in der Sorge um das Los des Arbeiters, sondern vielmehr in der Hoffnung, dadurch ausfuhr- und tributfähig zu werden oder Privatgewinne zu erzielen.

Zu den genannten Ursachen der Wirtschaftskrise gesellten sich die anderen, die ganz allgemein in der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie begründet sind und daher auch in anderen Ländern in Erscheinung treten.

Die geringe Kapitalneubildung im eigenen Lande, die unter diesen Umständen überhaupt noch möglich war, konnte den Verlust an Betriebskapital schon rein zahlenmäßig nicht ersetzen.

Hinzu kam, daß sie grundsätzlich an falscher Stelle stattfand. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse, die im Kapitalismus nun einmal ausschlaggebend sind, brachten es mit sich, daß der geringe Wirtschaftsüberschuß der breiten Masse der Arbeitnehmer und Unternehmer ganz vorenthalten wurde und sich allein vermöge wucherischer Zinssätze in den Händen der Besitzer und Verwalter des Leihkapitals zusammenzog.

Hätte man statt dessen einen angemessenen Anteil an dem noch verbleibenden Wirtschaftsgewinn den Schaffenden zugeführt, so würden die Arbeitnehmer ihren Anteil durchweg alsbald wieder ausgegeben und dadurch die Verbrauchskraft gehoben haben. Die Unternehmer hätten ihren Anteil ihrem zusammengeschmolzenen flüssigen Betriebskapital zugelegt und damit Produktion und Verbrauch gleichfalls finanzieren helfen. Eine solche Verwendung wäre in unserer Lage volkswirtschaftlich verständig gewesen.

Demgegenüber benutzte der Leihkapitalist das ihm überreichlich zufließende neue Kapital dazu, weitere, im Augenblick unerwünschte Produktionsanlagen erstehen zu lassen, die ihm als erstklassige Sicherheiten erschienen, wenn er es nicht vorzog, es zu noch größerer Sicherheit in das Ausland zu verschieben

und dadurch den heimischen Mangel an flüssigem Kapital noch mehr zu verschärfen.

Auf beide Weisen förderte er das Mißverhältnis zwischen Produktivkraft und Verbrauchskraft, aus dem die Krise sich ergibt, noch mehr.

Besonders kraß ist der Fehler einer anarchischen Fehlleitung des Kapitals auch begangen worden hinsichtlich der Auslandskredite. Selbst die kurzfristigen Kredite, die ihrer Natur nach nur als flüssiges Betriebskapital dienen können, wurden vielfach in Bauten und Produktionsmitteln angelegt.

Auch flossen jene Kredite in viel höherem Maße der Industrie zu als der Landwirtschaft und erhöhten damit den bereits bestehenden Mißstand der Überindustrialisierung noch mehr.

So wirkte alles planmäßig auf die Herausbildung jener furchtbaren Krise hin, die unsere Volkswirtschaft jetzt zu vernichten droht.

Die unzweckmäßige und überflüssige Bindung unserer Währung an die Golddeckung brachte die Krise dann durch einen verhängnisvollen Mangel von Zahlungsmitteln erst recht zum Ausbruch, nachdem schon der Abschluß des Youngplanes mit seiner jede Hoffnung vernichtenden Dauerregelung das Seine getan hatte.

Die ausgezogenen Pfeile rechts (Abb. 17) deuten die Verluste an Tributen, Auslandszinsen, ungehemmter Einfuhr und ähnliches an, die unser Hauptkreislauf von seinem Betriebskapital fortlaufend hat abgeben müssen.

Dieser Verlust konnte durch die aufgenommenen Auslandskredite (gestrichelte Pfeile rechts) nicht wettgemacht werden, so daß der Hauptkreislauf und mit ihm die größte Arbeitsmöglichkeit zusammenschrumpfte.

Trotzdem haben unsere kapitalistischen und marxistischen Wirtschaftsgewaltigen nicht aufgehört, den Hauptkreislauf noch fortgesetzt durch weitere Entnahme zugunsten neuer Produktionsmittel und Bauten zu schwächen.

Dadurch stärkten sie in völliger Verkennung der wirtschaftspolitischen Lage den Hilfskreislauf immer mehr und beschleunigten das völlige Einschrumpfen des arbeitsreichen Hauptkreislaufes.

Der Hauptkreislauf konnte nun die Produktionsmöglichkeiten des Hilfskreislaufes auch nicht mehr annähernd ausnutzen, wodurch die Anlagen des letzteren fast völlig entwertet wurden.

Eine Vermehrung kann der inländische Wertvorrat, der für Betriebs- und Anlagekapital zur Verfügung steht, nur auf zwei Wegen erfahren:

1. durch Erzielung und Ersparnis von Wirtschaftsgewinn;
2. durch Auslandsanleihen.

Kredit ist geliehenes Kapital. Er ist deshalb nur da vorhanden, wo ein Wertvorrat irgendwie zur Verfügung steht. Forderungen oder Guthaben sind nur in dem Umfange Kapital, als tatsächlich Werte vorhanden sind, die für sie haften.

Papiergeld ist Zwangskredit, den Staat oder Währungsbank beim Volke nehmen. Da er zinslos verlangt wird, wird er nur in dem Umfange von der Volkswirtschaft gegeben, wie Bedarf an Zahlungsmitteln auftritt.

Echte Kreditschöpfung, das heißt Kapitalvermehrung kann daher weder durch Geldvermehrung, noch durch staatliche Kredithilfe erreicht werden.

Was dadurch bewirkt wird, ist stets nur eine Kapitalverschiebung oder Kapitalstreckung. Wo diese Wirkungen zur Behebung von Austauschschwierigkeiten im Interesse der Wirtschaftsgesundung erreicht werden müssen, sind solche Maßnahmen anwendbar.

Auslandsanleihen bringen große Gefahren mit sich. Sie sind überhaupt nur tragbar, wenn mit ihnen Warenproduktion für das Ausland finanziert wird, die mindestens einen Gewinn in Höhe der Zinsen abwirft.

Eine wirkliche Besserung der Wirtschaftslage kann also nur durch Erzielung und Ersparnis von volkswirtschaftlichem Wertgewinn bewirkt werden. Als Quelle dieses Wertgewinnes aber kommt nur die noch im Gange befindliche Produktion in Frage. Auf deren zweckmäßige Einrichtung und Regelung sowie ihre erfolgreiche Erweiterung kommt daher alles an.

## D. Die Überwindung der Krise (Gegenwartsaufgabe).

Abb. 18 zeigt den notwendigen Gang der wirtschaftlichen Gesundung. In ihrem oberen Teil stellt sie links das augenblicklich noch vorhandene Anlagekapital dar.

Die oberste Windung der voll ausgezogenen Spirale rechts zeigt, in welchem Umfange der Hauptkreislauf (Betriebskapital) sich augenblicklich noch vollzieht, während die gestrichelte Spirale andeutet, wie groß der Hauptkreislauf sein müßte, um den vorhandenen Hilfskreislauf des Anlagekapitals für die Produktion voll auszunutzen.

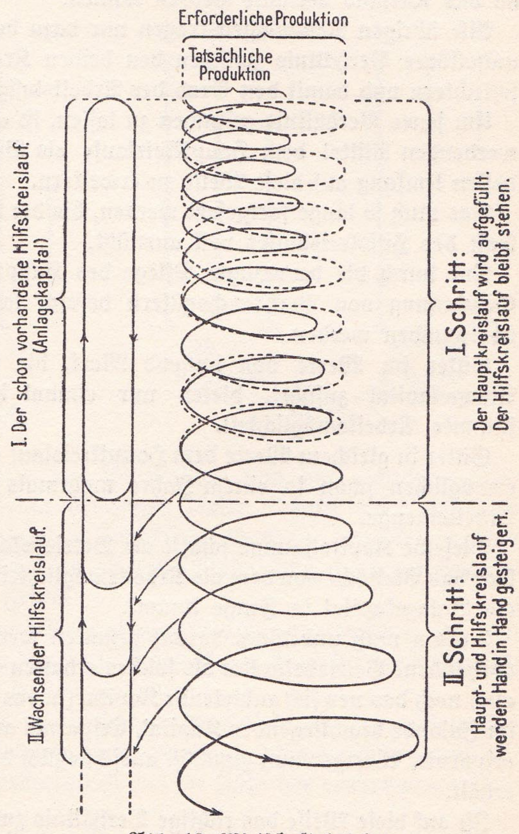



Abb. 18. Wirtschaftsbelebung.

Es liegt auf der Hand, daß der erste Schritt der Gesundung darin bestehen muß, das richtige Verhältnis der beiden Kreisläufe zueinander wiederherzustellen.

Das kann nur geschehen, wenn zunächst auf Neuanlagen im großen und ganzen verzichtet wird. Erweiterung der Produktionsstätten und technische Neuerungen können für eine gewisse Zeit kaum durchgeführt werden. Der Ingenieur und Erfinder wird vom Wirtschaftspolitiker eine zeitlang ausgeschaltet werden müssen, auch dann, wenn seine Vorschläge eine Verbesserung der Produktivität bedeuten.

Hinsichtlich der Anlagen sind in diesem Zeitraum nur die Aufwendungen zweckmäßig und zulässig, die für die Erhaltung der vorhandenen Anlagewerte unentbehrlich sind (Reparaturen).

Von diesem wirtschaftspolitisch erforderlichen Verbot von Neuanlagen sind nur solche Neuanlagen ausgenommen, die es ermöglichen, Verbrauchswerte herzustellen, die bisher aus dem Auslande bezogen werden mußten, oder die an das Ausland verkauft werden können.

Alle übrigen Neuanlagen tragen nur dazu bei, das an und für sich schon unhaltbare Verhältnis zwischen den beiden Kreisläufen noch mehr zu verschlechtern und damit den Grad der Arbeitslosigkeit zu vermehren.

Um jenes Verhältnis gesunden zu lassen, ist es erforderlich, alle verfügbar werdenden Mittel dem Hauptkreislaufe als Betriebsmittel zuzuführen und dessen Umfang auf diese Weise zu erweitern.

Das muß so lange fortgesetzt werden, bis der Hauptkreislauf die Produktivkraft des Hilfskreislaufes voll ausnützt.

Nur durch die bevorzugte Pflege des Hauptkreislaufes, der sich mit der Gewinnung von Verbrauchsgütern befaßt, kann die Arbeitslosigkeit rasch überwunden werden.

Güter im Werte von tausend Mark, die man dem Hilfskreislauf als Anlagekapital zuführt, bieten nur einmal in zwanzig Jahren eine bestimmte Arbeitsmöglichkeit.

Güter in gleichem Werte dem Hauptkreislauf als Betriebskapital zugeführt, ermöglichen schon in einem Jahre mehrmals die Durchführung derselben Arbeitsmenge.

Dieselbe Kapitalsumme schafft als Betriebskapital bei unserer Wirtschaftslage das Vielfache von dem als Arbeitsmöglichkeit, was bei seiner Verwendung als Anlagekapital in Frage kommt.

Darum muß unbedingt darauf gehalten werden, daß nicht nur das noch vorhandene Betriebskapital als solches erhalten bleibt, sondern daß außerdem auch noch das neu sich anbietende Kapital (in das Ausland geflüchtetes Kapital, im Inlande brachliegendes Kapital, Ersparnis an überflüssiger Einfuhr, Zinsersparnis, Wertgewinn) zunächst ausschließlich die Form des Betriebskapitals erhält.

Ist auf diese Weise das richtige Verhältnis zwischen den beiden in Wechselwirkung stehenden Kreisläufen herbeigeführt, die Wirtschaftskrise auf diese

Weise überwunden und die Arbeitslosigkeit damit behoben, dann kann der zweite Schritt der völligen Wirtschaftsgesundung getan werden.

Jetzt ist es an der Zeit, wieder einen größeren Teil des Wirtschaftsüberschusses aus dem Hauptkreislauf des Betriebskapitals abzuzweigen und ihn dem Anlagekapital zur Verstärkung des Hilfskreislaufes zuzuleiten, indem wirtschaftlicher arbeitende Neuanlagen geschaffen werden.

Diese Verstärkung des Hilfskreislaufes trägt wieder befruchtend zur Erweiterung des Hauptkreislaufes bei, so daß dieser alsbald einen Umfang erhält, bei dem er den gesamten Bedarf des Volkes befriedigen kann.

Diese Betrachtung zeigt, daß es ganz falsch wäre, wenn man den heutigen Krisenzustand (Abb. 19) dadurch überwinden wollte, daß zunächst das Anlagekapital und damit die Produktivität des Hilfskreislaufes zu verstärken suchte (Abb. 20). Dadurch wird das Mißverhältnis zwischen den beiden Kreisläufen und damit zwischen Produktivkraft und Verbrauchskraft nur noch mehr verstärkt, die Krise somit verschärft und die Arbeitslosigkeit vergrößert.

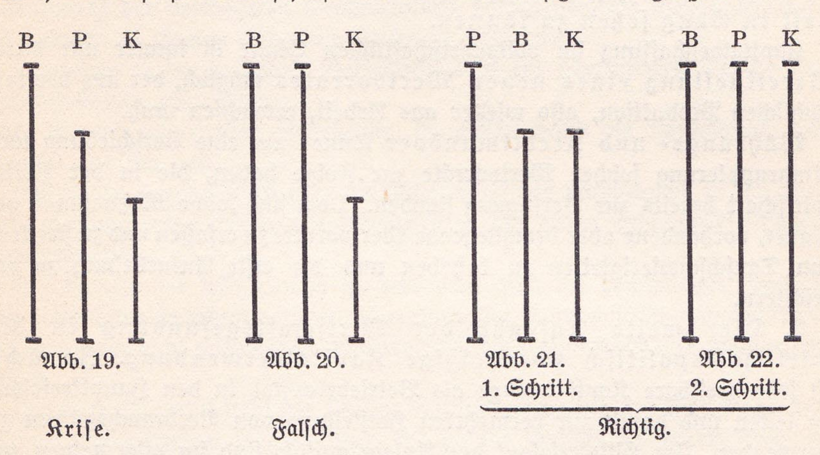



Abb. 19. Krise. Abb. 20. Falsch. Abb. 21. 1. Schritt. Abb. 22. 2. Schritt. Richtig.

Das private Gewinnstreben des Kapitalisten und der technische Verbesserungsdrang des Ingenieurs verlangen diesen Schritt zwar mit dem gleichen blinden und rücksichtslosen Ungestüm. Trotzdem bedeutet er aber unter den bestehenden Verhältnissen als erste Maßnahme einen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Fehler.

Diese Erkenntnis möge den Wirtschaftspolitiker davor bewahren, sich von der Privatwirtschaft und von der Technik den klaren Blick für die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten trüben zu lassen.

Allein richtig ist es vielmehr, wie in Abb. 21 dargestellt, zuerst das Betriebskapital im Hauptkreislauf zu stärken, damit schnell die fehlende Arbeitsmöglichkeit zu schaffen und die Verbrauchskraft auf die Höhe der vorhandenen Produktivkraft zu bringen.

Erst dann darf der zweite Schritt folgen (Abb. 22), bei dem beide Kreisläufe

Hand in Hand und mit ihnen Produktivität und Verbrauchskraft bis zur Befriedigung des gesamten Bedarfs gesteigert werden.

## E. Zusammenfassung: Methodik der Wirtschaftsbelebung.

Das wirtschaftspolitische Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen:

1. Die Ursache der Wirtschaftskrise ist nicht Mangel an Arbeitsmöglichkeit, sondern Mangel an Wertvorrat, Kapitalmangel.

Sie beruht im allgemeinen auf dem Mangel an Kapital überhaupt, im besonderen auf dem Mißverhältnis, das zwischen Anlagekapital und Betriebskapital zu ungunsten des Betriebskapitals besteht. Zum Teil ist auch noch Betriebskapital vorhanden, aber nicht dort, wo es gebraucht wird.

2. Die erste Aufgabe der Wirtschaftsgesundung heißt deshalb nicht Arbeitsbeschaffung, sondern Kapitalbeschaffung, um Arbeit in Gang setzen zu können.

Kapitalbeschaffung im volkswirtschaftlichen Sinne ist immer nur durch Bereitstellung eines neuen Wertvorrates möglich, der aus der tatsächlichen Produktion, also wieder aus Arbeit, erwachsen muß.

Währungs- und Kreditmanöver können nur eine Verschiebung und Umgruppierung solcher Wertvorräte zur Folge haben, die in der Volkswirtschaft bereits zur Verfügung standen. Doch sind solche Maßnahmen geeignet, vorhandene aber brachliegende Wertvorräte zu erfassen und zu strecken, um Tauschschwierigkeiten zu beheben und die erste Ankurbelung zu erleichtern.

3. Die zweite Aufgabe der Wirtschaftsgesundung ist die wirtschaftspolitisch zweckmäßige Kapitalverwendung. Zunächst ist jede greifbare Kapitalmenge als Betriebskapital in den Hauptkreislauf zu leiten und damit zur vermehrten Herstellung von Verbrauchsgütern zu verwenden. Im Hilfskreislauf des Anlagekapitals sind im allgemeinen zunächst nur Reparaturen und Erhaltungsarbeiten zulässig. Dadurch wird auch die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit im stärksten Maße gesichert.

Dieser Grundsatz der Kapitalverwendung bestimmt auch über die Auswahl der sich massenhaft bietenden Arbeitsgelegenheiten nach wirtschaftspolitischen Rücksichten.

Erst in einem späteren Zeitpunkt darf ein größerer Teil des jungen Kapitals als Neuanlage Verwendung finden.

## F. Die Zukunftsaufgabe.

Ist es zunächst unsere Pflicht, im Interesse des Gemeinwohls der Nation die hauptsächlichsten Größen der Volkswirtschaft, ihre Produktivkraft und ihre Kaufkraft in ein gesundes Verhältnis zueinander zu bringen, um ihr störungsloses Zusammenwirken herbeizuführen, so muß es auch für die Zukunft als

eine wichtige Daueraufgabe angesehen werden, diese gesunden Zustände zu erhalten, weil anders die Volkswirtschaft niemals blühen kann.

Soweit die Gesunderhaltung der Volkswirtschaft eine innere wirtschaftspolitische Angelegenheit ist, bleibt sie auch in Zukunft eine Kapitalfrage. Wie die Betrachtung der Wirtschaftskrise gezeigt hat, handelt es sich um die Regelung der Kapitalbildung und der Kapitalverwendung.

Durch sein einheitlich aufgebautes, öffentlich-rechtliches Kreditwesen wird der nationalsozialistische Staat in Verbindung mit der berufsständischen Wirtschaftsorganisation auch in Zukunft darüber bestimmen müssen, in welchem Gewerbe, an welcher Stelle und in welcher Gestalt (als Anlage- oder als Betriebskapital) ersparte Überschüsse der Wirtschaft zweckmäßig zugeführt werden.

Aber auch die Kapitalbildung kann nicht sich selbst überlassen bleiben. Soll die Wirtschaft gesund erhalten werden, so muß jeder Kapitalvermehrung eine entsprechende Steigerung des Arbeitseinkommens gegenüberstehen, um zur Ausnutzung der vermehrten Produktivkraft eine gesteigerte Verbrauchskraft bereitstellen zu können und neue Krisen zu vermeiden.

Zugunsten dieses gesunden Verhältnisses ist ein überstürztes Tempo der Kapitalbildung abzulehnen.

Es ist auch von großer Bedeutung, in wessen Hand die Neubildung von Kapital vor sich geht.

Besitz von Kapital birgt stets die Möglichkeit des Mißbrauchs in sich, besonders dann, wenn wenigen Kapitalbesitzern eine große Zahl von Besitzlosen gegenübersteht.

Die Gefahr des Mißbrauchs ist besonders groß bei demjenigen Kapital, das noch keine bestimmte Gebrauchsgestalt als Arbeitsmittel angenommen hat, das noch nicht angelegt ist, sondern noch die vielverwendbare Geldgestalt besitzt.

Dieses Geldkapital stellt die flüssige Kapitalreserve der Wirtschaft dar, die immer dort eingesetzt werden muß, wo gerade Bedarf an neuen Anlagen besteht. Wer über diese Kapitalreserve verfügt, hat die Hand an der Gurgel der Wirtschaft und kann sie vermöge seiner Macht in Zinsknechtschaft zwingen. Diesen Umstand hat das internationale Judentum klar erkannt. Nachdem es jene Kapitalreserve durch das private Bankwesen und durch die Goldwährung völlig in seine Hand gebracht hatte, benutzte es diese Machtstellung zu einer rücksichtslosen Aussaugung unserer Volkswirtschaft.

Genau so wenig, wie ein Volk es ruhig mitansehen kann, daß sich seine Heeresreserve in der Hand eines Fremden befindet, können wir die Verfügung über unsere Wirtschaftsreserve den Juden überlassen.

Aber auch einzelnen, wenigen Volksgenossen kann die Besitzgewalt über das gesamte Kapital nicht ohne schwere soziale Gefahren anvertraut werden.

Ideal erscheint es, daß alle Schaffenden instand gesetzt werden, Kapital zu bilden, während die Verwaltung desselben von dem schon erwähnten gemeinnützigen Kreditinstitut ausgeübt wird.

In diese Richtung kann die Kapitalbildung aber nur durch eine einschneidende Umgestaltung der herrschenden kapitalistischen, das heißt anarchischen Einkommensverteilung geleitet werden.

Ausgehend vom volkswirtschaftlichen Gemeinwohl sehen wir uns damit vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung zugleich über das Eigenwohl des einzelnen Volksgliedes entscheidet. Es handelt sich darum, dem einzelnen Schaffenden im Rahmen des Gemeinwohles voll gerecht zu werden und ihm das auch wirklich zukommen zu lassen, was er auf Grund seiner volkswirtschaftlichen Leistung verlangen kann.

Kapitalbildung ist nur aus dem Überschuß der Volkswirtschaft, aus volkswirtschaftlichem Gewinn möglich. Was hier zu Debatte steht, ist also die Notwendigkeit einer in bezug auf die Volksgemeinschaft wirtschaftspolitisch zweckmäßigen und hinsichtlich des Einzelnen sozial gerechten Zuteilung des volkswirtschaftlichen Gewinnes.

Da diese Art der Zuteilung den Einzelnen sowohl in seinem eigenen wie im Gesamtinteresse zu Höchstleistungen anfeuern soll, so kann nur die volkswirtschaftliche Leistung als Maßstab in Frage kommen.

Gegenüber dem kapitalistischen Zustand ist das etwas durchaus Neues. Im Kapitalismus ist weder die volkswirtschaftliche Leistung, noch sonst ein Rechtsgrund bestimmend für die Höhe des Einkommens. Hier entscheidet allein die wirtschaftliche Macht darüber, was der Einzelne erhält.

Der wirtschaftlich ohnmächtige besitzlose Arbeiter muß sich im Durchschnitt mit dem notdürftigen Ersatz seiner Unterhaltskosten begnügen und auf einen Anteil am volkswirtschaftlichen Gewinn ganz verzichten.

Der Unternehmer, der Besitzer des Anlagekapitals, kann sich im günstigen Falle außer seinen Kosten noch einen mäßigen Gewinnanteil aneignen, während der Löwenanteil des Wirtschaftsgewinnes mit Sicherheit den übermächtigen Geldbesitzern zufällt.

Bei dieser Sachlage muß nicht nur die Produktivkraft der Verbrauchskraft weit vorauseilen, und die Wirtschaft von einer Krise zur anderen taumeln, es muß auch das Gerechtigkeitsempfinden schwer verletzt und die Leistungsfreudigkeit der Einzelnen fast vernichtet werden.

Es ist nun einmal eine Tatsache, mit der jeder Wirtschafts- und Sozialpolitiker zu rechnen hat, daß die Arbeitsfreude nicht nur von einem schönen Idealismus, sondern ganz wesentlich von dem Arbeitsertrage abhängt, der dem Schaffenden persönlich zugute kommt.

Das soziale Unrecht, das der Kapitalismus durch die machtgemäße Wertverteilung an den Schaffenden verübt, enthüllt sich damit gleichzeitig als höchst verhängnisvoll für die Gesamtwirtschaft.

Sowohl im Namen des Gemeinwohls, wie auch im Namen des durch das Gemeinwohl bestimmten sozialen Rechts, auf das der Einzelne Anspruch hat, muß daher gefordert werden, mit der Herrschaft des kapitalistischen Faustrechts in der Wirtschaft aufzuräumen und an dessen Stelle eine nationalsozialistische Rechtsordnung treten zu lassen.

Es ist die Frage, an welcher Stelle des volkswirtschaftlichen Wertgewinnungsprozesses diese Rechtsordnung in der Hauptsache einsetzen soll.

Die Übernahme der Gütererzeugung durch den Staat lehnt der Nationalsozialismus grundsätzlich ab. Auf diesem Gebiete ist die persönliche Tatkraft und der Unternehmungsgeist am wenigsten zu entbehren, wenn eine größtmögliche Fruchtbarkeit der Arbeit erzielt werden soll.

Nur in Ausnahmefällen kann eine Verstaatlichung von Produktionsstätten in Frage kommen, nämlich dann, wenn der betreffende Betrieb eine solche Bedeutung für die Staatssicherheit hat, daß er einem Einzelnen aus diesem Grunde nicht anvertraut werden kann, oder wenn es sich um einen Betrieb handelt, der aus zwingenden Gründen Monopolbetrieb sein muß.

Ebensowenig wie die Herstellung kann der Verbrauch der Güter Gegenstand staatlicher Regelung sein, weil gerade hier der Zwang persönlich am unangenehmsten empfunden wird.

So bleibt nur die mittlere Stufe des Wirtschaftsvorganges, die Wertverteilung, als für das regelnde Eingreifen geeignet übrig. Sie ist aber auch ihrer Natur nach das richtige Feld für diese Tätigkeit; denn sie liegt einmal als Brücke zwischen Erzeugung und Verbrauch, so daß jede regelnde Tätigkeit von hier aus in die beiden anderen Gebiete hineinwirkt, dann ist sie der Teil des Wirtschaftsvorganges, in dem sachlich am wenigsten geschieht, vor allem nichts, zu dem persönliches Einsetzen erfordert würde.

Die Wertverteilung hat nichts mit irgendwelchen Verkehrsaufgaben zu tun. Der Güterverkehr im volkswirtschaftlichen Raume ist eine Angelegenheit der Erzeugung und nicht der Wertverteilung. Bei der letzteren handelt es sich darum, welchen Teil des gesamten volkswirtschaftlichen Wirtschaftsgewinnes jeder von denen, die an der Gewinnung beteiligt waren, sich als persönliches Eigentum aneignen kann.

Diese Wertverteilung geschieht durch Lohn, Preis und Zins. Regelung der Wertverteilung ist daher gleichbedeutend mit der Überwachung der Lohn-, Preis- und Zinsbildung durch die staatliche Wirtschaftsaufsicht zur Wahrung der Gerechtigkeit bei diesen Vorgängen.

Von den produktiven Kräften, die die Wertgewinnung bewirken, verlangt die Natur kein Entgelt. Wie eine gütige Mutter schenkt sie uns alles aus ihrem unerschöpflichen Born. Bei der Wertverteilung zu berücksichtigen bleibt also nur die menschliche Arbeit in ihren verschiedenen Formen.

In der ersten Reihe steht die unmittelbare lebendige Arbeitsleistung des Arbeiters der Stirn und der Faust.

Ihr folgt die mittelbare, in den Arbeitsmitteln gespeicherte Arbeitsleistung, die Kapital genannt zu werden pflegt.

Dabei bedeutet es keinen grundsätzlichen Unterschied, ob es sich um Kapital handelt, das bereits die Gestalt bestimmter Arbeitsmittel oder Verbrauchsgegenstände angenommen hat, oder um Kapital, das noch gestaltloses flüssiges Betriebskapital, Kapitalreserve geblieben ist. Die Arten des Kapitals sind

für die Wertgewinnung in derselben Weise gleich wichtig, wie die Formen der Arbeit.

Der Entgelt der lebendigen Arbeit ist der Lohn; das Anlagekapital erhält seinen Anteil im Preis, während das Geldkapital durch irgendeine Form des Zinses befriedigt wird.

Es kann sich nicht darum handeln, eine der Formen des Entgelts wegfallen zu lassen, etwa den Kapitalgewinn überhaupt, oder die Ackerpacht oder den Zins; denn mit jenem Entgelt würde auch die produktive Kraft fortfallen, die durch diesen Entgelt veranlaßt wird, tätig zu werden. Damit wäre dann die Arbeit in ihrer Kulturform unmöglich gemacht.

Der Nationalsozialismus kann also gar nicht daran denken, eine der drei genannten Formen des Entgelts abzuschaffen. Er muß vielmehr seine Aufgabe in der Schaffung eines Systems sehen, durch das die produktiven Kräfte bei der Wertverteilung nach einem gerechten und einheitlichen Maßstabe berücksichtigt werden.

Daß dieser Maßstab nur die *volkswirtschaftliche Leistung* sein kann, ist bereits klargestellt worden. Ihr muß als regelnder Faktor endlich der Platz werden, der ihr bisher im „freien Spiel der Kräfte" von der wirtschaftlichen Macht vorenthalten wurde. Es handelt sich also darum, den *Leistungslohn*, den *Leistungspreis* und den *Leistungszins* zu bestimmen.

Alle drei müssen gerechterweise aus zwei Teilen bestehen. Den einen Teil stellt der Kostenaufwand dar, der ersetzt werden muß.

Bei der lebendigen Arbeitskraft ergibt sich dieser Aufwand aus dem Unterhalt einer gesunden Familie, den Ausgaben für die Erziehung und Ausbildung der Kinder und ähnlichem.

In jedem Arbeitsmittel ist eine bestimmte Menge früher aufgewandter Arbeitsleistung enthalten. Bei der Lieferung der Arbeitsmittel wird diese geronnene, gespeicherte Arbeitsleistung geliefert. Ein Teil derselben wird bei jedem Arbeitsvorgange infolge Verschleißes verbraucht.

Dieser Verschleiß an mittelbar gelieferter Arbeitsleistung ist der Maßstab für den Aufwand dessen, der als Unternehmer Arbeitsmittel für den Produktionsvorgang zur Verfügung stellt.

Wer als Kreditgeber Geldkapital für die Zwecke der Produktion hergibt, erleidet ebenfalls eine fortgesetzte Entwertung desselben.

Diese Entwertung ist trotz vorübergehender rückläufiger Bewegungen durch die Jahrhunderte stetig fortgegangen. Ihre Ursache ist nicht allein in der Vermehrung und leichteren Gewinnung der Münzmetalle zu suchen.

Die fortschreitende Geldentwertung wird vielmehr durch den wirtschaftlichen Fortschritt, durch die stetig steigende Fruchtbarkeit der Arbeit verursacht. Weil mit demselben Arbeitsaufwande immer größere Werte gewonnen werden, müssen alle gespeicherten Werte einen Schwund erleiden, der in den letzten 50 Jahren durchweg jährlich 1% betragen hat.

Dieser Wertverlust ist das Opfer desjenigen, der ihm zugefallene Werte

nicht gleich verbraucht, während sie noch den vollen Wert darstellen, sondern sie in Geldgestalt erhält und sie in der Produktion mitwirken läßt. Es ist selbstverständlich, daß ihm dieser Wertverlust zu ersetzen ist. Zu diesem allgemeinen Wertschwund kommen noch gelegentliche Kapitalverluste, die als durchschnittliche Verlustgefahr für den Kostenersatz in Rechnung zu stellen sind.

Die drei produktiven Kräfte haben nicht nur auf den Ersatz ihres Kostenaufwandes Anspruch, sondern darüber hinaus auf einen Anteil an dem erzielten volkswirtschaftlichen Gewinn.

Es wird von allen Seiten als gerecht anerkannt werden müssen, wenn dieser Gewinnanteil in Beziehung gesetzt wird zu dem dargebrachten Opfer, bei der Arbeitskraft zu der Summe des Unterhaltslohnes, beim Anlagekapital zum Verschleiß + Entwertung + Verlustgefahr, beim Geldkapital zu der Entwertung + Verlustgefahr.

## G. Eine vorläufige praktische Lösung.

Praktisch könnte beispielsweise folgendermaßen verfahren werden. Die Preise der Waren werden derart festgesetzt, daß außer den sämtlichen Produktionskosten und sonstigen Lasten ein Gewinnsatz darin enthalten ist, der 10% des benötigten angelegten und flüssigen Kapitals ausmacht.

Die Gewinnsumme, die dadurch verfügbar wird, ist am Ende des Jahres unter die drei beteiligten Gruppen und ihre Einzelmitglieder nach Maßgabe ihres Kostenaufwandes zu verteilen.

Der Staat hätte bei diesem ganzen Verfahren nichts zu tun, als die Vorschriften dafür zu erlassen und unter Zuhilfenahme der berufsständischen Wirtschaftsorganisation ihre Durchführung zu überwachen.

Da die Preise von vornherein entsprechend geregelt sind, so kann es in der Regel nicht vorkommen, daß kein Gewinn vorhanden ist. Die Grundlage der gerechten Gewinnverteilung ist also die Gewinnsicherung.

Liegt ein Werk mit seinen Preisen bei der vorgeschriebenen Berechnung so hoch, daß es in seinem Marktbezirk nicht wettbewerbsfähig ist, so muß das allen Werksbeteiligten ein Fingerzeig sein, daß bei ihnen etwas nicht in Ordnung ist.

Bis zur Abstellung dieser Fehler werden sie Preisnachlässe auf Kosten ihres Gewinnanteils machen müssen, die ihnen bis zur Höhe des marktgängigen Preises erlaubt sind.

Da die Arbeiter freizügig bleiben, können sie sich den nachteiligen Folgen einer dauernden schlechten Leitung des Werkes entziehen, während der verantwortliche Leiter und Besitzer völlige Unfähigkeit schließlich mit dem Verluste seines Eigentums büßt, wenn er es nicht vorzieht, sich einen Verwalter gefallen zu lassen.

Dasjenige Werk, das am besten eingerichtet ist und am vorzüglichsten geleitet wird, hat auch die niedrigsten Preise und damit die beste Aussicht auf vermehrten Absatz und auf Vergrößerung.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistung bleibt auf diese Weise die Freiheit des Wettbewerbs erhalten, während die Schmutzkonkurrenz, die eine Zeitlang ohne Gewinn und sogar mit Verlust arbeitet, um den Konkurrenten zu vernichten, unmöglich gemacht wird.

Wie sich die Verhältnisse nach diesem Verfahren gestalten würden, sei an einem ganz unverbindlichen Beispiel gezeigt:

Ein Werk beschäftigt 100 Arbeiter. Da in Deutschland auf einen Arbeiter ein Kapitalbedarf von etwa 8000 RM. kommt, so braucht der Unternehmer 800000 RM. Kapital. Davon mögen 200000 RM. in Gebäuden und 300000 RM. in Maschinen usw. angelegt sein, während 300000 RM. als flüssiges Betriebskapital gebraucht werden.

Die 100 Arbeiter leisten 100 × 300 = 30000 Arbeitstage. Bei einem Tagelohn von 6 RM. hat das Werk einen Arbeitsverbrauch oder eine

**Lohnsumme von 180000 RM.**

Der Kapitalverbrauch beträgt:

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Gebäude:** | | | |
| Entwertung . . . . . . . . . . . . | 1% | von 200000 RM. | = 2000 RM. |
| Verschleiß . . . . . . . . . . . . | 2% | „ 200000 „ | = 4000 „ |
| Verlustgefahr . . . . . . . . . . . | 2% | „ 200000 „ | = 4000 „ |
| **Maschinen:** | | | |
| Entwertung . . . . . . . . . . . . | 1% | „ 300000 RM. | = 3000 RM. |
| Verschleiß . . . . . . . . . . . . | 10% | „ 300000 „ | = 30000 „ |
| Verlustgefahr . . . . . . . . . . . | 3% | „ 300000 „ | = 9000 „ |
| **Betriebskapital:** | | | |
| Entwertung . . . . . . . . . . . . | 1% | von 300000 RM. | = 3000 RM. |
| Verlustgefahr . . . . . . . . . . . | 4% | „ 300000 „ | = 12000 „ |
| | | **Kapitalverbrauch zusammen** | **67000 RM.** |

| | |
|---|---|
| Arbeitsverbrauch (Lohnsumme) . . . . . | = 180000 RM. |
| Kapitalverbrauch . . . . . . . . . . . . | = 67000 „ |
| **Arbeits- und Kapitalverbrauch zusammen** | **= 247000 RM.** |

Der in die Preise eingerechnete Gewinn beträgt
10% von 800000 RM. = **80000 RM.**

Von diesem Gewinn würden nach der vorgesehenen Verteilung auf die 67000 RM. Kapitalverbrauch 21700 RM. als Anteil entfallen; auf die 180000 RM. Arbeitsverbrauch kämen 58300 RM. Gewinnanteil.

Um festzustellen, wie hoch sich das Unternehmerkapital bei dieser Regelung im Vergleich zu heute verzinsen würde, muß dem Kapitalgewinn von 21700 RM. noch die Summe von 33000 RM. hinzugerechnet werden, die für Entwertung und Verlustgefahr bereits in die Kostenrechnung eingestellt wurde, weil diese Posten heute im kapitalistischen Zinssatz enthalten sind. Es sind zusammen 54700 RM., also 6 bis 7% von den 800000 RM. Gesamtwerkskapital.

Gegenüber den heutigen Verhältnissen bedeutet diese Gewinnquote des Kapitals von 6 bis 7% zwar eine wesentliche Gewinneinschränkung für das Leihkapital, aber keineswegs für das meist in Anlagen bestehende selbständige Unternehmerkapital, das ja seit Jahren unter dem ungehemmten Druck des Finanzkapitals mehr mit Verlust als mit Gewinn arbeitet.

Das Unternehmerkapital tauscht für eine unbegrenzte aber unsichere Gewinnmöglichkeit eine mäßige aber sichere Verzinsung ein, ein Tausch, den es um so freudiger begrüßen muß, weil zugleich die Existenz der Betriebe in einem Umfange gesichert wird, der in der kapitalistischen Wirtschaft unbekannt war.

Das Geldkapital verliert allerdings seine angemaßten unbegrenzten Gewinnaussichten, bleibt aber in seinem Bestande und in seiner unentbehrlichen Wirtschaftsfunktion erhalten.

Geldkapital, das nicht auf eigene Gefahr in der Wirtschaft tätig ist, sondern dem öffentlichen Kreditinstitut übergeben und von diesem auf seine Gefahr ausgeliehen wird, darf natürlich nur einen geringeren Zinsfuß von einigen wenigen Prozent erhalten, da ja die auf 2—4% geschätzte Verlustgefahr für dieses Kapital in Wegfall kommt.

Die lebendige Arbeitsleistung erhält nun endlich ihren lange entbehrten Gewinnanteil. Auf den durchschnittlichen Jahreslohn von 1800 RM. entfallen 583 RM., das ist rund ein Drittel des bisherigen machtgemäßen kapitalistischen Unterhaltslohnes.

Die unbedingt erforderliche Brechung der Zinsknechtschaft kann und soll also nicht erfolgen durch eine Vernichtung des Geldkapitals, auch nicht durch eine Beseitigung seines Gewinnanspruchs, sondern durch die *Herstellung der unbedingten Gleichberechtigung aller Arbeitsformen bei der volkswirtschaftlichen Gewinnverteilung.*

Ob eine solche Verteilung des Wirtschaftsgewinns gerecht, das heißt den Bedürfnissen einer gesunden Volkswirtschaft entsprechend ist, muß zunächst die Erfahrung lehren. Es muß, wie wir wissen, erreicht werden, daß Produktionsfähigkeit und Verbrauchsfähigkeit ständig im richtigen Verhältnis zueinander bleiben, so daß Krisen vermieden werden.

Bleibt die Verbrauchskraft etwa weiterhin zurück, was sich in der Fortdauer der Erwerbslosigkeit zeigen müßte, dann ist der Anteil des Kapitals noch weiter zugunsten der lebendigen Arbeitsleistung herabzusetzen.

Zeigt sich umgekehrt, daß die Produktionsfähigkeit der wachsenden Verbrauchsfähigkeit nicht nachkommen kann, was sich in Warenhunger und kultureller Rückständigkeit äußert, dann bleiben zwei Wege offen. Entweder ist der Anteil des Kapitals zu erhöhen, oder es muß ein Sparzwang hinsichtlich des Gewinnanteils eingeführt werden, um auf diese Weise die Neubildung von Kapital und mit ihr die Produktionsfähigkeit der Wirtschaft zu verstärken.

Eine gerechte Verteilung des Wirtschaftsgewinns unter alle Beteiligten, wie der Nationalsozialismus sie erstrebt, ermöglicht dann auch eine soziale

Umbildung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Der Gewinnanteil setzt bei gutem Willen auch den Arbeiter in den Stand, Eigentum zu erwerben, sei es ein Haus mit Garten und etwas Feld, sei es ein eigener Kleinbetrieb, sei es ein Besitzanteil an dem Werk, in dem er arbeitet, oder sei es eine, bei der öffentlichen Kreditanstalt unter Haftung der Volksgesamtheit sicher belegte Sparsumme.

Wie schnell dadurch unsere jetzigen Eigentumsverhältnisse in gesunder Weise umgebildet werden können, mag an einem Beispiel gezeigt werden. Die J. G. Farbwerke haben bei einer Belegschaft von 143000 Mann ein Kapital von 1100000000 RM. Auf jeden Arbeiter entfällt mithin ein Kapitalbedarf von 7692 RM. Würde nun jeder Arbeiter jährlich 600 RM. Gewinnanteil erhalten, und würde diese Summe nicht ausgezahlt, sondern zum Kauf der Werkaktien verwandt, so könnten die gesamten Aktien in 10 Jahren für die Mitarbeiterschaft aller Grade aufgekauft sein. Jene 600 RM., von Jahr zu Jahr eingezahlt und zu 5% verzinst, ergeben nämlich schon in 10 Jahren die für den einzelnen Beteiligten notwendige Summe. Sie wachsen in 10 Jahren auf genau 7550 RM. an.

Aus diesem Beispiel erhellt so recht deutlich, welche tiefeingreifenden Wirkungen von einer gerechten Wertverteilung im Sinne des Nationalsozialismus ausgehen können, und was die Sozialdemokratie verschuldet hat, als sie im Dienste des kapitalistischen Weltjudentums 1918 jede vernünftige sozialistische Maßnahme sabotierte. Hätten die damaligen „Volksbeauftragten" den Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit kraftvoll und ehrlich in Angriff genommen, statt die Kluft zu vertiefen, dann wäre heute die Gesamtheit der schaffenden deutschen Menschen ihr eigener Brotgeber, und die soziale Frage wäre bei uns in ihrem Hauptpunkte gelöst.

Nun bleibt diese Aufgabe dem Nationalsozialismus als ein wesentlicher Teil seiner geschichtlichen Sendung überlassen.

Die günstige Wirkung der neuen Ordnung wird sich alsbald in den Betrieben in einer verbesserten Arbeitsmoral der ganzen Belegschaft zeigen. Der Gegensatz der Interessen, der sich bisher so stark leistungsschädigend bemerkbar machte, ist behoben. Durch Leistungslohn und Gewinnbeteiligung, die nun gesetzlich und allgemeinverbindlich geregelt sind, fällt das Streben der Mitarbeiter nach höherem Einkommen mit den Bedürfnissen des Gesamtwohls dieses Werkes (gesteigerte Leistung, beste Pflege und Ausnutzung der Arbeitsmittel) zusammen. Der Wille aller zur Zusammenarbeit und der höhere Leistungserfolg stellen sich wie von selbst ein.

Durch die Einführung des Leistungspreises wird wiederum der Werksegoismus mit dem Gemeinwohl der Volkswirtschaft in Übereinstimmung gebracht. Diese letztere ist es schließlich, die den Gesamtvorteil davon hat, daß nicht mehr nur ein Teil, sondern daß jetzt alle Werktätigen am Wirtschaftserfolg ihres Werkes und der Volkswirtschaft persönlich interessiert sind. Ihre Gesamtleistung und damit ihre Macht und ihr Reichtum an wirtschaftlichen Gütern wird um so mehr zunehmen, je schärfer der Staat darüber wacht, daß

die Kaufkraft stets mit der wachsenden Produktivkraft Schritt zu halten vermag, so daß die Arbeitslosigkeit, der schlimmste Feind des strebenden Arbeiters, nicht mehr die furchtbare und widernatürliche „Belohnung“ für gesteigerte Leistung ist.

## H. Die Theorie der endgültigen Lösung.

Die Besserstellung des Arbeiters, wie sie durch die Gewinnbeteiligung herbeigeführt wird, bietet für sich allein allerdings noch keine Gewähr für unbedingtes Einverständnis mit der neuen Ordnung.

In Ländern wie Nordamerika, Australien und Neuseeland, in denen das Arbeitereinkommen die zwei- bis dreifache Kaufkraft des unsrigen aufweist, ist dadurch die politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit nicht behoben, ja, kaum gemildert.

Die individualistische Einstellung, verbunden mit der liberal-marxistischen volkswirtschaftlichen Überzeugung, die unmittelbare Arbeitsleistung der lebendigen Arbeitskraft sei die einzige Quelle von Wirtschaftsgewinn, läßt das Rechtsempfinden so lange unbefriedigt bleiben, solange noch irgendwelche Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage bestehen.

Auf diese Unterschiede können wir aber im Interesse des Gemeinwohls unter keinen Umständen verzichten. Das nationalsozialistische Leistungsprinzip verlangt sogar eine besonders fein ausgebildete Stufenleiter der Unterschiede im Entgelt.

Allgemeines Einverständnis damit auch bei den Schlechtergestellten wird man aber nur dann erwarten können, wenn wir die wissenschaftliche Erforschung der Volkswirtschaft so weit fördern, daß diese Verschiedenheiten von jedermann als unbedingt berechtigt und notwendig erkannt werden, und wenn wir Methoden der Regelung anwenden, die durch ihre mathematische Genauigkeit jeden Verdacht der Willkür ausschließen.

Die von uns übernommene Wirtschaftslehre und die darauf gegründeten Ordnungsmaßnahmen (auch die eben als vorläufig praktisch durchführbar bezeichnete gehört dazu) erfüllen diese Forderung nicht vollständig.

Sie beruhen nicht auf objektiven, allgemeingültigen Feststellungen, sondern auf Schätzungen, sie sind nicht Ergebnisse exakter, eindringender Forschung, sondern nur Meinungsäußerungen und Mutmaßungen und sind daher der Anfechtung, der Verdächtigung und dem Mißtrauen ausgesetzt.

So birgt diese Art der Wirtschaftslehre und eine darauf gegründete Methode der Regelung die Möglichkeit neuer Konflikte in sich, wenn nicht durch eine bessere Wirtschaftslehre und durch eine unangreifbare Methode Abhilfe geschaffen werden kann.

Um diese möglich zu machen, wird sich der Nationalsozialismus bemühen müssen, die subjektiven Mutmaßungen durch eine objektive Wirtschaftsforschung zu ersetzen und Hand in Hand damit die subjektive Art der Regelung zu einer objektiven fortzubilden.

Er muß die Kunst der Wirtschaftsführung durch eine Technik der Wirtschaftsgestaltung unterbauen, die an Stelle der Einfühlung, des Schätzens und Probierens, worauf heute alle wirtschaftlichen Maßnahmen beruhen, die klare Begriffsbestimmung, die exakte Untersuchung, die genaue Berechnung und Planung, die zielbewußte Ausführung und die garantierte Erreichung des Zieles setzt.

Es besteht Einmütigkeit darüber, daß der Nationalsozialismus die Leistung einer gerechten Wertzuteilung als Maßstab zugrunde legen muß. Die Durchführung dieser Forderung bedeutet, alle Tauschwerte von der wirtschaftlichen Macht unabhängig zu machen und sie statt dessen nach dem Gesetz der Leistung zu bestimmen. Welches System der Nationalökonomie ist aber in der Lage, anzugeben, wie die volkswirtschaftliche Leistung festzustellen und zu bewerten sei?

In dem Abschnitt „Eine vorläufige praktische Regelung" sind die Kosten als Maß der Leistung benutzt worden. Ein anderes Verfahren ist auch zur Zeit unmöglich.

Eine kleine Überlegung genügt aber, um zu erkennen, daß die Größe einer volkswirtschaftlichen Leistung unmöglich allein durch die Kosten, die sie verursacht hat, bestimmt werden kann.

Zahlreiche kostspielige Arbeiten, wie fehlgeschlagene Unternehmungen, mißglückte Erfindungsversuche usw. haben gar keinen volkswirtschaftlichen Wert, weil sie der Volkswirtschaft keinen Vorteil gebracht haben.

Zur Bestimmung einer volkswirtschaftlichen Leistung gehört eben außer den entstandenen Kosten als wesentlichster Punkt der erzielte Nutzen, und zwar der für die Volkswirtschaft als Ganzes erzielte Nutzen.

Dieser volkswirtschaftliche Nutzen hängt bei allen Gütern, die innerhalb der Volkswirtschaft erzeugt und auch verbraucht werden, von ihrem Gebrauchswert ab.

Man zeige mir aber, mit Ausnahme von Sacher, die nationalökonomische Schule, die es für nötig gehalten habe, den Gebrauchswert der Güter nach Wesen und Größe zu untersuchen.

Wir wissen, daß der machtgemäße kapitalistische Preis weder von den Kosten noch vom Gebrauchswert der Ware, sondern von den Machtverhältnissen des Marktes, die sich hinter den harmlosen Wörtchen Angebot und Nachfrage verbergen, bestimmt wird.

Andererseits wissen wir aber auch, daß der gerechte leistungsgemäße Preis gemeinsam von Kosten und Nutzen der Ware bestimmt werden sollte, und wir suchen nach dem Wege, auf dem diese Bestimmung möglich ist.

Die bekannten volkswirtschaftlichen Systeme können uns diesen Weg nicht zeigen, da sie den Gebrauchswert nie der Untersuchung für würdig gehalten haben.

Da sie alle nur den Ehrgeiz hatten, Privathandelslehren zu sein, mußte ihnen der Gebrauchswert, der eine volkswirtschaftliche Größe ist, auch völlig fernliegen.

Wir sehen uns hier infolgedessen einer Lücke in den wissenschaftlichen Hilfsmitteln gegenüber, die wir ausfüllen müssen, wenn wir die erkannte wirtschaftspolitische Aufgabe nicht nur gefühlsmäßig und tastend, sondern mit wissenschaftlicher Sicherheit und Überzeugungskraft lösen wollen.

Geeignet für die Ausfüllung dieser Lücke ist die Kraftwertlehre. Sie ist imstande, den volkswirtschaftlichen Wertgewinnungsprozeß sowohl für sich allein, wie auch in seinen Beziehungen zur Privatwirtschaft und zu fremden volkswirtschaftlichen Vorgängen (Weltwirtschaft) aufzuklären, und ihn darüber hinaus der Messung und Berechnung zugänglich zu machen.

Auf Grund der Kraftwertlehre sind wir auch imstande, den Begriff der Leistung so weit klarzustellen, daß die Leistung bestimmbar und sogar meßbar wird.

Wenn in der heutigen Wirtschaftsordnung von Leistung die Rede ist, so ist immer die privatwirtschaftliche Leistung gemeint. Sie besteht in der Schaffung privatwirtschaftlichen Gewinns, der sich nach der Kraftwertlehre aus dem Unterschied zwischen Kostenaufwand und Tauschwert einer Ware ergibt.

Mit dieser Größe können wir für eine volkswirtschaftliche Regelung nichts anfangen. Dafür brauchen wir als Maß die volkswirtschaftliche Leistung, das ist der Wertgewinn, den die erzeugende und verbrauchende Volkswirtschaft aus einer Tätigkeit hat. Diese volkswirtschaftliche Leistung ist der Unterschied zwischen dem Arbeitsaufwand (Kosten) und dem Gebrauchswert eines wirtschaftlichen Gutes.

Ist der Arbeitsaufwand zur Gewinnung eines Kilogramms Kohle 30 Kalorien, der Tauschwert 60 Kalorien und der Gebrauchswert 2000 Kalorien, so beträgt die privatwirtschaftliche Leistung 30, die volkswirtschaftliche aber 1970 Kalorien, beide sind also ganz verschiedene Größen.

Es ist viel davon die Rede, daß dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit gehöre. Die Verteidiger des Kapitalismus behaupten, er bekäme ihn bereits in der kapitalistischen Ordnung, während die Marxisten manchmal versichern, in der kommunistischen Ordnung werde er ihn erhalten. So sagte Bebel in der Schrift „Unsere Ziele“: „Der volle Arbeitsertrag ist unsere Losung.“ Beide beweisen mit solchen Behauptungen aber nur, wie wenig sie im Grunde von den wirklichen Wirtschaftszusammenhängen und vor allem von den Wertverhältnissen verstehen.

Unser Beispiel von der Kohle zeigt deutlich, daß weder der Arbeiter noch irgend jemand anderes den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält. Von dem ganzen Gebrauchswertertrage wird nur ein Dreißigstel angeeignet, die übrigen 29 Dreißigstel gehen heute unbezahlt in den volkswirtschaftlichen Kreislauf, in die Benutzung aller über, gewiß ein unerwarteter Kommunismus im kapitalistischen System.

Aber an dem letzten Dreißigstel, das angeeignet wird, hängt das Eigeninteresse. Die Kommunisten wollen nun auch auf die Aneignung dieses letzten Dreißigstel verzichten und damit das Eigeninteresse als Triebkraft ganz ausschalten. Damit mußten sie notwendig Schiffbruch erleiden.

Das andere Extrem, alle 30 Dreißigstel anzueignen, ist aber ebenfalls undurchführbar, schon deswegen, weil dann kein Ausgleich in der Volkswirtschaft möglich wäre. Es gibt nämlich Gewerbe, deren Fruchtbarkeit aus natürlichen Ursachen hoch ist, und andere, bei denen sie niedrig ist. Könnten die Beteiligten den ganzen Ertrag als Eigentum behalten, so würden die einen viel, die andern bei gleicher Anstrengung wenig bekommen, und die schlechtgestellten, aber auch lebenswichtigen Gewerbe würden bald veröden.

Es muß also bei der teilweisen Aneignung sein Bewenden haben, oder mit andern Worten, der Tauschwert muß ein Bruchteil des Gesamtwertes bleiben. Seine Festsetzung darf nur in Zukunft nicht mehr dem wirtschaftlichen Faustrecht überlassen bleiben, sondern muß nach Rechtsgrundsätzen unter Zugrundelegung des Leistungsmaßstabes erfolgen.

Nach der Leistung verteilen heißt also nicht, den ganzen Ertrag aneignen, sondern es bedeutet, ihn im Verhältnis zur Leistung teilweise aneignen.

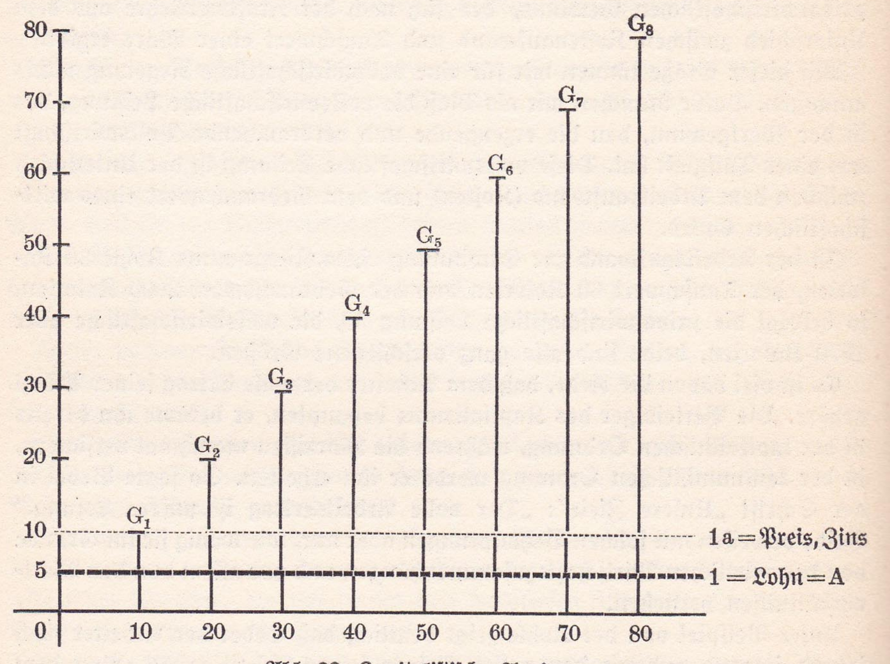



Abb. 23. Kapitalistische Aneignung.
Von allen Leistungen werden gleiche Stücke angeeignet. Keine Berücksichtigung der Leistung bei der Verteilung.

In der Abb. 23 sind verschiedene Leistungen $G_1$, $G_2$, $G_3$ bis $G_8$ graphisch dargestellt. Sie wachsen von 10 bis 80. Es wird angenommen, daß sie alle mit dem gleichen Arbeitsaufwande 5 erzielt wurden. Wie werden diese verschiedenen Leistungen nun bei der kapitalistischen Verteilung behandelt?

Der Lohnanteil, der von allen angeeignet wird, bleibt sich gleich. Er ist dem

Arbeitsaufwande 5 gleich und wird durch die gerade, waagerechte Linie 1 dargestellt.

Im Preis und Zins werden außer dem Aufwande noch Gewinne angeeignet, die auch bei allen Leistungen durchweg gleich sind.

Die kapitalistische Preis- und Zinsbildung kann daher durch die Linie 1a veranschaulicht werden.

Charakteristisch ist, daß bei der kapitalistischen, machtgemäßen Verteilung weder der Lohn noch der Preis oder der Zins von der Leistung abhängen. Wächst die Leistung, so geht fast automatisch ein größerer Teil von ihr unbezahlt in den volkswirtschaftlichen Kreislauf über, während der Entgelt der produktiven Kräfte derselbe bleibt.

Der einfachste Weg, die Fehler der kapitalistischen Wertverteilung zu vermeiden und die Entgelte in ein festes Verhältnis zu den Leistungen zu bringen, scheint der zu sein, durch Lohn, Preis und Zins von allen Leistungen gleiche Bruchteile den einzelnen zu übereignen. Das ist in Abb. 24 dargestellt.

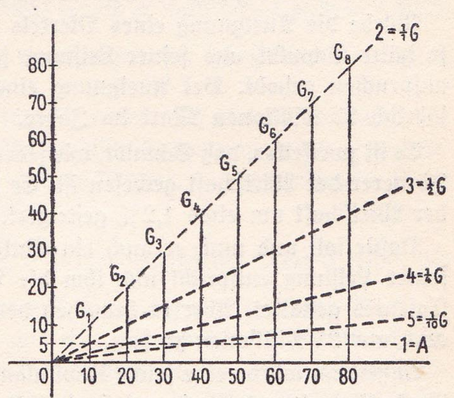



Abb. 24. Aneignung von gleichen Bruchteilen der Leistung.

Linie 1 zeigt wieder die kapitalistische Aneignung an. Linie 2 veranschaulicht die Sachlage, wenn der ganze Ertrag angeeignet würde.

Die Aneignung von Bruchteilen geben die Linien 3, 4, 5 wieder. Sie entsprechen der Aneignung von ein Halb, ein Viertel und ein Zehntel aller Leistungen. Die schräge Lage der Linien deutet an, daß die Entgelte mit den Leistungen wachsen, und zwar gleichmäßig wachsen.

Das ist gegenüber der kapitalistischen Methode ein großer Vorzug. Mit der Größe des angeeigneten Bruchteils wächst die Steilheit der Linie. Diese Steigung gibt Aufschluß über die Höhe des Lohn- und Preisniveaus, das in der Wirtschaft bei der entsprechenden Zuteilung herrscht. Der Zusammenhang ist: Großer Bruchteil — starke Steigung der Linie — hohes Niveau.

In der Wahl des Niveaus sind wir innerhalb der Volkswirtschaft ziemlich unabhängig, so daß die Wahl des Bruchteils freisteht, wenn wir nur auf den Binnenmarkt schauen.

Nur der freie Warenverkehr mit dem Ausland schreibt ein bestimmtes Niveau vor. Aber schon heute haben wir im Inlande einen ganz anderen Preisspiegel wie der Weltmarkt, und es wird richtig sein, wenn wir uns auch in Zukunft die binnenländischen Maßnahmen nicht vom Weltmarkt vorschreiben lassen. Nur so können wir uns von dem Schicksal anderer Volkswirtschaften unabhängig halten. Der Außenhandel ist dann besonders zu organisieren.

Die Verteilung nach gleichen Bruchteilen hat aber einen großen Fehler. Sie billigt den kleinen Leistungen nur sehr geringe, den großen aber gewaltige Entgelte zu. Das wäre zu ertragen, wenn die Leistungsunterschiede sich in engen Grenzen bewegten. Das ist aber keineswegs der Fall. Die Unterschiede in den volkswirtschaftlichen Leistungen der Einzelnen sind vielmehr gewaltig.

Zum Beweise dessen diene uns als Beispiel eine Erfindung von mittlerer Bedeutung, die Schmidtsche Heißdampflokomotive.

Von dieser Maschine liefen im Jahre 1915 ungefähr 30000 Stück. Diese 30000 Maschinen erzielten nach dem Prinzip der Dampfüberhitzung eine Ersparnis an Brennstoffen im Werte von einer Viertel Milliarde Mark. Um diese Menge Brennstoffe zu fördern, wären 45000 Bergleute und noch ebenso viele Transportarbeiter und Heizer notwendig gewesen. Die Leistung des Erfinders ist also gleich der von 90000 einfachen Arbeitern.

Würde die Aneignung eines Viertels jeder Leistung zum Gesetz erhoben, so hätte Schmidt aus seiner Leistung jährlich 60 Millionen Mark zu beanspruchen gehabt. Bei Aneignung eines Zehntels wären es immer noch jährlich 25 Millionen Mark im Jahre.

Es ist zweifellos, daß Schmidt, wie jeder erfolgreiche Erfinder, ein mächtiger Förderer der Wirtschaft gewesen ist. Er für sich allein hat die Fruchtbarkeit der Wirtschaft um etwa 1,2% gesteigert.

Dafür soll und muß er auch ein Einkommen haben, das der Bedeutung seiner Leistung entspricht und ihm die Verwirklichung seines schöpferischen Talentes gestattet. Aber es brauchen deswegen keineswegs jährlich 60 oder auch nur 25 Millionen zu sein.

Außerdem würde eine solche Kapitalanhäufung das Gleichgewicht zwischen Produktivkraft und Verbrauchskraft bald empfindlich stören und Krisen und Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Den Bedürfnissen des volkswirtschaftlichen Gemeinwohls würde die Zuteilung nach bestimmten Bruchteilen der Leistung nicht entsprechen.

Schließlich dürfen wir ja auch nicht vergessen, daß ein Erfinder wie Schmidt seine Leistung nicht im leeren Raume vollbringt, sondern dabei auf den Schultern all derer steht, die vor ihm an dem Ausbau der Forschung und Technik gearbeitet haben. Ohne dies kulturelle Erbe ganzer Geschlechter zur Verfügung zu haben, könnte niemand derartige Leistungen vollbringen.

Eine Kürzung des Anteils ist von diesem Gesichtspunkte aus also auch innerlich durchaus gerechtfertigt.

Jedenfalls ist es klar, daß wir nach einem Verfahren suchen müssen, Entgelt und Leistung in eine zweckmäßigere Verbindung miteinander zu bringen. Einer solchen kommen wir auf die Spur, wenn wir bedenken, daß sich die angeeignete Summe bei kapitalistischer Zuteilung nur nach dem Arbeitsaufwande (A), bei der Zuteilung gleicher Bruchteile nur nach dem gewonnenen Gebrauchswert (G) richtet.

Die volkswirtschaftliche Leistung bemißt sich aber, wie ja bereits mehrmals ausgesprochen wurde, nicht nur nach einer der beiden Größen, sondern nach beiden zugleich.

Werden zum Beispiel in zwei Wertgewinnungsgängen beidemal 80 Kalorien Gebrauchswert gewonnen, mußten aber beim erstenmal 5 und beim zweitenmal 10 Kalorien aufgewandt werden, so erscheint im zweiten Falle eine höhere Entlohnung billig als im ersten.

Die Leistung ist also eine Größe, zu deren Bestimmung nicht nur G, sondern auch A heranzuziehen ist.

Will man eine Zahl erhalten, die von diesen beiden Zahlen bestimmt wird, so kann das Produkt $A \cdot G$ oder der Bruch $\frac{G}{A}$ gebildet werden.

Das Gemeinwohl in wirtschaftlicher Hinsicht ist bestimmt durch den Bruch $\frac{G}{A} = \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}}$. Von den Größen G und A muß daher auch der durch Lohn, Preis und Zins bestimmte Eigennutzen der einzelnen Beteiligten bestimmt werden.

Sachers Mißerfolg belehrte uns schon darüber, daß diese Einordnung des Eigennutzens in das Gemeinwohl nicht möglich ist, wenn man nur einen einzigen der beiden Faktoren G oder A berücksichtigt, und die eigenen Überlegungen haben dies Ergebnis bestätigt.

Es liegt nun nahe, den Bruch $\frac{G}{A}$, also den spezifischen Wert S selbst, als Maßstab zu wählen. Dem steht aber entgegen, daß der spezifische Wert gar keine wirkliche Wertgröße, sondern nur eine unbenannte Verhältniszahl ist. Schon aus diesem Grunde ist er allein für den vorliegenden Zweck unbrauchbar.

Wir sind also auf unserer Suche nach einem geeigneten Maßstab für die gerechte Bestimmung von Lohn, Preis und Zins in eine regelrechte Sackgasse geraten, aus der sich ein Ausweg nicht ohne weiteres darbietet.

Hier setzt nun das Verdienst Johann Heinrichs von Thünen ein. Dieser geniale deutsche Volkswirtschaftler hat schon in der Zeit von 1820 bis 1850, in einer Zeit, als noch alle Welt dem Rausche des liberalen Freiheitsgedankens erlag, über eine gerechte Regelung des Wirtschaftslebens nachgedacht und eine Formel für die Bestimmung des gerechten Lohnes angegeben. Sie lautet

$$\sqrt{a \cdot p}.$$

Thünen war von der Bedeutung seiner Formel so durchdrungen, daß er sie kraft letztwilliger Verfügung auf seinen Grabstein setzen ließ. Nach seiner Ansicht sollte der Lohn in Zukunft nicht mehr auf Grund der wirtschaftlichen Macht, sondern an Hand seiner Formel durch Berechnung bestimmt werden.

Die in der Volkswirtschaft herrschende klassisch-marxistische Richtung ist Thünens Lohnformel nicht gerecht geworden, sondern hat sie als unbedeutend verworfen. Tatsächlich kann ihr für das kapitalistische System, das ja keine rechtliche Ordnung des Wirtschaftslebens will, keine besondere Bedeutung

zukommen. Für eine Wirtschaft jedoch, in der nicht mehr kapitalistische Macht, sondern soziales Recht herrscht, bedeutet sie eine wahrhaft geniale Wegweisung, wenn auch keine vollständige Lösung.

Mit a bezeichnet Thünen die reinen Arbeitskosten, die ein Erzeugnis verursacht hat. Zugleich ist a der Lohn, der in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft gezahlt wird, nämlich die Unterhaltsrente der Arbeitskraft.

p ist der Tauschwert des mit a gewonnenen Produktes, für den es vom Unternehmer verkauft wird. Ist $a = 5$ RM., und ist $p = 8$ RM., dann ist $a \cdot p = 5 \times 8 = 40$ RM. Die Wurzel aus 40 RM. ist 6,32 RM. Der gerechte Lohn würde nach von Thünen in diesem Falle nicht 5, sondern 6,32 RM. betragen.

Der Gewinn von 3 RM. würde daher so zwischen Arbeiter und Unternehmer geteilt werden, daß der Arbeiter davon 1,32 RM., der Unternehmer aber 1,68 RM. erhielte. Von Thünens Formel ist also auf die bestehende Wirtschaftsform zugeschnitten. Sie geht davon aus, daß der Gewinn nur unter Arbeiter und Unternehmer zu teilen ist, und läßt es unberücksichtigt, daß sich auch der Verbraucher unter den Teilnehmern am Wirtschaftsgewinn befindet.

Die Verteilung zwischen Herstellung und Verbrauch wird durch den Preis bewirkt. Thünens Lohnformel fordert deshalb als Ergänzung auch eine Formel für den gerechten Preis. Thünen ist sich dieser Notwendigkeit bewußt gewesen, ihre Erfüllung aber schuldig geblieben. Offenbar ist er hier an die Grenzen seines Könnens gestoßen, und die damalige Wirtschaftslehre bot ihm tatsächlich keine Hilfsmittel zur Lösung dieser zweiten Aufgabe.

Für sich allein und in ihrer ursprünglichen Gestalt kommt der Lohnformel allerdings auch in einer geordneten Wirtschaft nur eine beschränkte Bedeutung zu. Sie kann den Arbeitern nur dann einen Gewinnanteil sichern, wenn die wirtschaftlichen Machtverhältnisse dem Unternehmer einen Verkaufspreis ermöglichen, der einen Gewinn einschließt. In allen anderen Fällen versagt sie; denn ein Gewinn kann nur dann geteilt werden, wenn er überhaupt vorhanden ist.

Um sie allgemein brauchbar und umfassend wirksam zu machen, bedarf sie einer Umformung, einer Übersetzung aus der Begriffswelt der Tauschwertlehre in die Sprache der Gebrauchswertlehre, aus dem Bereich der Privatwirtschaft in den der Volkswirtschaft. Diese Umformung wird erreicht, wenn wir an die Stelle des Tauschwertes p den Gebrauchswert des hergestellten Produktes $= G$ einsetzen. Unsere Formel lautet dann:

$$\sqrt{A \cdot G}.$$

Wie wir sehen, kommen darin die beiden Größen A und G, die das volkswirtschaftliche Gemeinwohl bestimmen, vor.

Wie wirkt aber eine solche Lohnformel? Wir nehmen eine Arbeitskraft an, die für sich allein und auf eigene Rechnung Güter herstellt und diese dann direkt an Verbraucher verkauft. Unter diesen Bedingungen fallen Lohn und Preis zusammen. Wie erfolgt nun die Wertverteilung zwischen Hersteller und Verbraucher an Hand unserer Formel?

Der kapitalistische Lohn oder die Arbeitskosten mögen 5 RM. betragen, der gewonnene Gebrauchswert sei nacheinander 5, 6, 7, 8, 9, 10, 20, 50 und 100 RM.

| A mal G | = A · G |
|---|---|
| 5 mal 10 | = 50 |
| 5 „ 20 | = 100 |
| 5 „ 30 | = 150 |
| 5 „ 40 | = 200 |
| 5 „ 50 | = 250 |
| 5 „ 60 | = 300 |
| 5 „ 70 | = 350 |
| 5 „ 80 | = 400 |

Bilden wir die Produkte von G und A aus den Beispielen, die in nebenstehender Tabelle enthalten sind, so erhalten wir die folgende Zahlenreihe: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400. Mit diesen Zahlen können wir zunächst für unsere Aufgabe, ein leistungsgemäßes Aneignungsgesetz zu finden, noch nichts anfangen, weil diese Zahlen gar keine Teile der vorhandenen Leistungen darstellen.

Wenn wir aber aus den Produkten A · G die Quadratwurzel ziehen $= \sqrt{A \cdot G}$, so kommen wir zu geeigneten Ergebnissen:

$$\sqrt{50} = 7{,}0$$
$$\sqrt{100} = 10{,}0$$
$$\sqrt{150} = 12{,}4$$
$$\sqrt{200} = 14{,}1$$
$$\sqrt{250} = 15{,}8$$
$$\sqrt{300} = 17{,}3$$
$$\sqrt{350} = 18{,}7$$
$$\sqrt{400} = 20{,}0$$

Die Zahlen 7,0, 10,0, 12,4, 14,1, 15,8, 17,3, 18,7 und 20,0 sind Bruchteile der Leistungen; sie sind auch eine ansteigende Reihe, aber mit ganz neuen Eigenschaften.

| I | II | III | IV | Va | Vb | VIa | VIb | VII |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| A | G | A · G | $\sqrt{A \cdot G}$ = Lohn | Gewinnanteil der Arbeitskraft | | Gebr.-Wertüberschuß für den Verbrauch | | Lohn / Gebr.-Wert |
| 5 | 5 | 25 | 5,00 | 0,00 | + 0,00 | 0,00 | + 0,00 | 100 % |
| 5 | 6 | 30 | 5,47 | 0,47 | + 0,47 | 0,53 | + 0,53 | 91 % |
| 5 | 7 | 35 | 5,92 | 0,92 | + 0,45 | 1,08 | + 0,55 | 85 % |
| 5 | 8 | 40 | 6,32 | 1,32 | + 0,40 | 1,68 | + 0,60 | 79 % |
| 5 | 9 | 45 | 6,71 | 1,71 | + 0,39 | 2,29 | + 0,61 | 75 % |
| 5 | 10 | 50 | 7,07 | 2,07 | + 0,36 | 2,93 | + 0,64 | 71 % |
| 5 | 20 | 100 | 10,00 | 5,00 | | 10,00 | | 50 % |
| 5 | 50 | 250 | 15,81 | 10,81 | | 34,19 | | 32 % |
| 5 | 100 | 500 | 22,36 | 17,36 | | 77,64 | | 22 % |

Die vorstehende Zahlentafel gibt uns über die Wirkung der Lohnformel $\sqrt{A \cdot G}$ umfassenden Aufschluß. Spalte I enthält den Lohn, wie er als Unterhaltsrente der Arbeitskraft im Durchschnitt in der kapitalistischen Ordnung gezahlt wird. In Spalte II sind Gebrauchswerte angenommen, die von derselben Arbeitskraft nacheinander hervorgebracht werden. Sie steigen im Werte von 5 bis 100 RM. Spalte III enthält die Produkte A · G, und in Spalte IV

finden sich die zugehörigen Löhne, die sich nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ errechnen. Sie steigen von 5 RM. bis 22,36 RM. Dieser „gerechte Lohn" besteht aus zwei Bestandteilen, aus dem Unterhaltslohn = 5 RM. und aus einem Gewinnanteil, der mit steigendem Gebrauchswert sich von 0,47 RM. auf 17,36 RM. erhöht (Spalte Va). In Spalte Vb ist eingetragen, um wieviel dieser Gewinnanteil von Stufe zu Stufe wächst. Es ergibt sich, daß sein Wachstum sich verlangsamt von 0,47 RM. (1. und 2. Stufe) auf 0,36 RM. (5. und 6. Stufe). Auf allen Stufen von der zweiten an bleibt ein Gebrauchswertüberschuß,

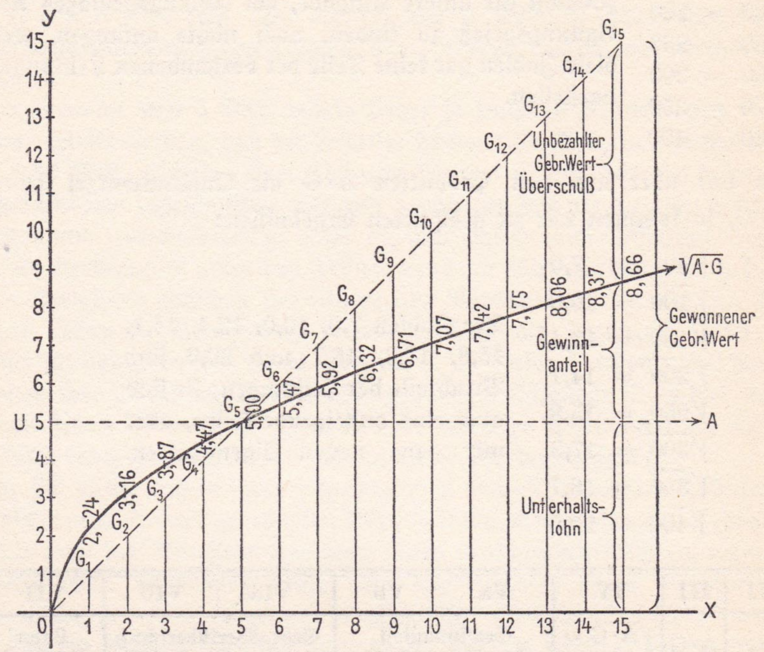



Abb. 25. Die Kurve des „gerechten Lohnes" für Gebrauchswerte von 0—15.

der in Spalte VIa abgelesen werden kann. Er steigt von 0,53 RM. auf 77,64 RM. Spalte VIb zeigt, daß er, entgegengesetzt dem Gewinnanteil der Arbeitskraft, von Stufe zu Stufe stärker wächst.

Die Formel wirkt also derart, daß zwar der Lohn mit steigendem Gebrauchswert wächst, daß sich dieses Wachsen selbst dabei aber verlangsamt. Infolgedessen nimmt der Lohn einen um so geringeren Bruchteil des Gebrauchswertes in Anspruch, je höher der Gebrauchswert steigt. In der ersten Stufe ist der Lohn dem erzeugten Gebrauchswert gleich. Der Bruch $\frac{\text{Lohn}}{\text{Gebrauchswert}}$ ist gleich 1. Der Lohn beträgt 100% des Gebrauchswertes. Dann sinkt dieser Prozentsatz nacheinander auf 91%, 85% bis 22%.

Um die Wirkungsweise der Formel auch anschaulich wiederzugeben, sei die graphische Darstellung zu Hilfe genommen.

In Abb. 25 sind auf der Waagerechten OX die gewonnenen Gebrauchswerte als senkrechte Linien von $G_1$—$G_{15}$ aufgetragen. Die Waagerechte UA bedeutet den Unterhaltslohn oder die Arbeitskosten = A im kapitalistischen System. Die schräg aufsteigende Linie OG veranschaulicht das Ansteigen der gewonnenen Gebrauchswerte, während die Kurve $\sqrt{A \cdot G}$ den nach dieser

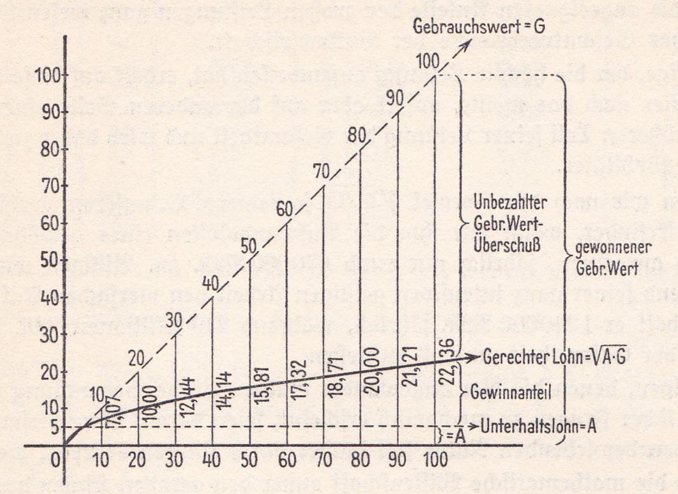



Abb. 26. Die Kurve des „gerechten Lohnes" für Gebrauchswerte von 0—100.

Formel errechneten Lohn angibt. Die Darstellung zeigt die Wertverteilung für Gebrauchswerte von 0—15, wobei die Zahlen Reichsmark oder Werk bedeuten können.

Die Abb. 26 reicht für Gebrauchswerte von 0—100 und führt deshalb die Kurve weiter fort.

Bei Anwendung der Berechnungsformel $\sqrt{A \cdot G}$ entsteht keine Gerade, sondern eine gebogene Linie, eine Kurve, die in der Mathematik die Bezeichnung Parabel führt. Diese Kurve, die die Formel $\sqrt{A \cdot G}$ bildlich darstellt, steigt in ihrem ganzen Verlaufe an.

Dadurch erfüllt sie zunächst die wichtigste Anforderung, die wir an ein allgemeingültiges Gesetz der leistungsgemäßen Zuteilung stellen müssen: Sie sichert jeder höheren Leistung ein höheres Entgelt.

Gegenüber der Zuteilung nach festen Bruchteilen (dargestellt durch die Gerade $^1/_4$ G, Abb. 27) läßt sie zwei wichtige soziale Vorteile er-

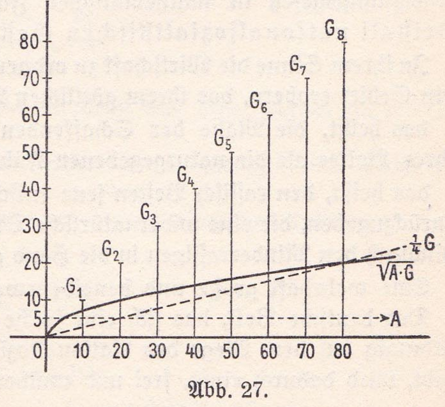



Abb. 27.

kennen: Zu Beginn steigt sie plötzlich an und gewährt dadurch den kleinen Leistungen verhältnismäßig hohe Anteile. In ihrem ferneren Verlaufe steigt sie zwar noch weiter an, aber ihr Ansteigen wird immer langsamer, ohne doch jemals ganz aufzuhören.

Durch die fortgesetzte Verringerung der Steigung, die der Parabel eigen ist, kürzt sie die angeeigneten Anteile der großen Leistungen ganz wesentlich zugunsten des Gesamtverbrauchs der Volkswirtschaft.

Derjenige, der die höchste Leistung aufzuweisen hat, erhält auf diese Weise zwar immer noch das meiste, opfert aber auf der anderen Seite einen unendlich größeren Teil seiner Leistung der Gesamtheit und wird daher zu deren größtem Wohltäter.

Rechnen wir nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$, so stehen z. B. unserem vorhin genannten Erfinder, wenn wir ihm die Aufwandskosten eines gewöhnlichen Arbeiters anrechnen, jährlich nur rund 670000 RM. zu. Billigen wir ihm entsprechend seiner ganz intensiven geistigen Arbeit den vierfachen Aufwand zu, so erhält er 1340000 RM. jährlich, während 249 Millionen RM. seiner Leistung der Gesamtheit umsonst zufließen.

Diejenigen, denen die hier angewandte mathematische Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen zu mechanisch erscheint, seien darauf hingewiesen, daß die Formen der lebenden Natur fast immer durch Kurven begrenzt werden. Indem die mathematische Wissenschaft außer den geraden Linien auch die Kurven in ihren Bereich zog, verwandelte sie sich aus einer mechanischen in eine organisch-biologische Wissenschaft. Sie wurde dadurch befähigt, nicht nur der Technik, sondern auch allen Wissenschaften vom Leben zu dienen.

Der Umstand, daß an Hand unserer Zuteilungsparabel der Höchstleistende zwar für sich selbst das meiste erhält, aber andererseits auch das größte Opfer bringt, bedeutet die vollendetste Verwirklichung sozialer Verbundenheit, die überhaupt denkbar ist.

Daher erscheint die Formel $\sqrt{A \cdot G}$, die das leistungsgemäße, sozialgerechte Aneignungsgesetz in mathematischer Fassung darstellt, als ein idealer Kristall nationalsozialistischen Gestaltungswillens.

In ihrem Sinne die Wirtschaft zu ordnen, das heißt, der Majestät des Rechts ein Gebiet erobern, das ihrem göttlichen Walten bisher verschlossen war;

das heißt, die Masse der Schaffenden lehren, die schöpferischen Geister ihres Volkes als die naturgegebenen Führer zu achten und zu ehren;

das heißt, den rassisch Besten jene entscheidende Stellung im Volksganzen zurückzugeben, die eine widernatürliche Ordnung verhängnisvolle Jahrzehnte hindurch den Minderrassigen in die Hand gespielt hatte!

Eine wahrhaft große und beneidenswerte Aufgabe!

Das deutsche Volk, das sich eine solche gerechte Wirtschafts- und Lebensordnung auf dem Wege des Nationalsozialismus als erste Nation der Welt gibt, wird dadurch einig, frei und unüberwindlich sein!

## Der gerechte Lohn nach der Formel $A\sqrt{S}$.

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| A | G | S | $\sqrt{S}$ | $A\cdot\sqrt{S}$ | Lohn aus $A\cdot\sqrt{S}$ | $= \sqrt{A\cdot G}$ |
| 5 | 5 | 1,0 | 1,0 | 5·1,0 | 5,00 | 5,00 |
| 5 | 6 | 1,2 | 1,0954 | 5·1,0954 | 5,477 | 5,477 |
| 5 | 7 | 1,4 | 1,1823 | 5·1,1823 | 5,92 | 5,92 |
| 5 | 8 | 1,6 | 1,2649 | 5·1,2649 | 6,32 | 6,32 |
| 5 | 9 | 1,8 | 1,342 | 5·1,342 | 6,71 | 6,71 |
| 5 | 10 | 2,0 | 1,415 | 5·1,415 | 7,075 | 7,075 |
| 5 | 20 | 4,0 | 2,0 | 5·2,0 | 10,00 | 10,00 |
| 5 | 50 | 10,0 | 3,162 | 5·1,362 | 15,81 | 15,81 |
| 5 | 100 | 20,0 | 4,472 | 5·4,472 | 22,36 | 22,36 |

Der gerechte Lohn läßt sich nicht nur durch den Gebrauchswert, sondern auch durch den spezifischen Wert = S ausdrücken. Ist $\frac{G}{A} = S$, d. h. $\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}}$ = spezifischer Wert, so ist $G = A\cdot S$. In der Formel $\sqrt{A\cdot G}$ können wir G durch $A\cdot S$ ersetzen. Sie lautet dann: $\sqrt{A\cdot G} = \sqrt{A\cdot A\cdot S} = \sqrt{A^2\cdot S}$. Da $\sqrt{A^2} = A$ ist, so kann A vor das Wurzelzeichen treten, und wir erhalten dann $\sqrt{A\cdot G} = A\sqrt{S}$.

Sacher war auf dem Wege zu dieser Formel, hat sie jedoch nicht zu erreichen vermocht[1].

[1] Sacher vertrat zunächst die Auffassung, der Lohn dürfe allein von dem Arbeitsaufwande abhängig sein:
$$\text{Lohn} = A.$$
Er bemerkte jedoch bald, daß die Leistung außer vom Arbeitsaufwande auch noch vom Gebrauchswerte bestimmt wird, der, wie er wußte, mit dem spezifischen Wert S zusammenhängt. Um beides zu berücksichtigen, sagte er deshalb jetzt:
$$\text{Lohn} = A\cdot S.$$
Dabei hatte er jedoch übersehen, daß
$$A\cdot S = G \text{ ist.}$$
$$\text{Lohn} = A\cdot S$$
bedeutet daher
$$\text{Lohn} = G.$$
Statt von A und G gemeinsam würde der Lohn nach dieser Formel nur von G allein bestimmt.

Nach diesem mißlungenen Versuch sah Sacher keine Möglichkeit mehr, A und G gemeinsam zur Bestimmung des Lohnes zu verwenden.

Er ließ G daher wieder fallen und kehrte zu seiner ursprünglichen Auffassung:
$$\text{Lohn} = A$$
zurück.

Als Sacher die Formel
$$\text{Lohn} = A\cdot S$$
aufstellte, war er von der brauchbaren Formel
$$\text{Lohn} = A\sqrt{S}$$
nur noch um einen einzigen, allerdings entscheidenden Schritt entfernt.

Wie die beigefügte Zahlentafel erkennen läßt, zeitigt sie dieselben Ergebnisse wie die Formel $\sqrt{A \cdot G}$.

Ihr Vorteil besteht darin, daß sie die Abhängigkeit der Lohnhöhe vom spezifischen Wert anschaulicher hervortreten läßt. In den Abb. 25, 26 und 27 würden die Kurven $A\sqrt{S}$ mit den gezeichneten Kurven $\sqrt{A \cdot G}$ zusammenfallen.

Als Ergebnis der Untersuchung ist also festzuhalten:

1. Der gerechte Lohn, errechnet nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ oder $A\sqrt{S}$, enthält zwei Bestandteile:

   a) den Unterhaltslohn, der die verbrauchte Arbeitskraft ersetzt;

   b) einen Gewinnanteil.

Mithin wird durch diesen Lohn der Arbeitskraft ein Gewinnanteil gesichert. Das kapitalistische Unrecht, das den Arbeiter vom Anteil am Wirtschaftsgewinn ausschloß, ist aufgehoben.

2. Der Lohn ist jetzt nicht mehr von der wirtschaftlichen Macht abhängig, sondern von den Arbeitskosten = A und von dem gewonnenen Gebrauchswert = G. Er steigt, wenn der Gebrauchswert wächst, oder wenn die Arbeitskosten sinken, er steigt mit dem spezifischen Werte = S. Steigerung des spezifischen Wertes ist wirtschaftlicher Fortschritt. Die feste Verbindung zwischen Lohn und spezifischem Werte ist ein mächtiger Antrieb für den Fortschritt im Wirtschaftsleben.

Da der Gesamtnutzen der Wertgewinnungsgemeinschaft ebenfalls mit dem spezifischen Werte steigt und fällt, so ist damit der Eigennutzen der schaffenden Arbeitskraft mit dem Gemeinwohl in Übereinstimmung gebracht; Gemeinnutz und Eigennutz sind, soweit die unmittelbare Arbeitsleistung in Frage kommt, harmonisiert. Der Motor des Eigennutzens arbeitet mit voller Kraft für das Gemeinwohl.

3. Der Lohn $\sqrt{A \cdot G}$ steigt zwar mit wachsendem Gebrauchswert, sein Steigen verlangsamt sich jedoch nach obenhin unausgesetzt, ohne aber jemals ganz aufzuhören. Schon dadurch wird bewirkt, daß solche Gewerbe, deren Erzeugnisse einen geringen spezifischen Wert haben, nur wenig unbezahlte Gebrauchswerte in den Verbrauch geben, während diejenigen, deren Erzeugnisse spezifisch hochwertig sind, viele unbezahlte Gebrauchswerte dem Verbrauch überlassen. Dadurch findet ein Ausgleich zwischen günstigen und ungünstigen Gewerben auf dem Wege des Verbrauchs statt.

Ein solcher Ausgleich ist für das Gemeinwohl der Wertgewinnungsgemeinschaft durchaus notwendig, weil sonst die ungünstigen, aber lebenswichtigen Gewerbe, wie z. B. die Landwirtschaft, veröden würden, während die günstigen überfüllt wären.

Der Ausgleich erscheint auch von anderen Gesichtspunkten aus als gerecht; denn die Fruchtbarkeit einer gewerblichen Arbeit ist ja nur zum geringsten Teile das Verdienst der gerade darin Tätigen.

So ist z. B. die gewaltige Fruchtbarkeit des Kohlenbergbaues zunächst eine Folge der natürlichen Werthaltigkeit der Kohle, also ein Geschenk der Natur,

an dem niemand sonst ein Verdienst, also auch kein besonderes Anrecht hat, das vielmehr allen zukommt.

In zweiter Linie ist die Fruchtbarkeit des Kohlenbergbaues ein Kulturerbe, das wir der Forscher-, Erfinder- und Organisationsarbeit verdanken, die frühere Geschlechter auf diesem Gebiete geleistet haben.

Würde der Lohn im Bergbau nun einfach nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ berechnet, so würde er eine ungerechtfertigte Höhe erreichen.

Umgekehrt wäre die Lage der landwirtschaftlichen Arbeit. Infolge der natürlichen Schwierigkeit der Nahrungsmittelerzeugung in unseren Breiten ist der spezifische Wert dieser Arbeit viel geringer. Nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ würde der Lohn landwirtschaftlicher Arbeit bei gleicher Anstrengung und Geschicklichkeit weit niedriger sein wie im Bergbau.

Das ist jedoch für den Einzelnen ungerecht und für das Gemeinwohl unerträglich.

Das letztere verlangt eine ungefähre Gleichheit der Verdienstmöglichkeit in allen lebenswichtigen Gewerben, weil diese anders nicht gleichmäßig in Betrieb gehalten und zu höherer Blüte fortentwickelt werden können.

Allen Lohnberechnungen ist also ein volkswirtschaftlicher Durchschnittslohn zugrunde zu legen, der aus der Durchschnittsfruchtbarkeit der Volkswirtschaft zu ermitteln ist. Die durchschnittliche Fruchtbarkeit der gesamten Volkswirtschaft ist zu errechnen aus der durchschnittlichen Fruchtbarkeit der einzelnen Gewerbe unter Berücksichtigung des Umfanges der darin gewonnenen Gebrauchswerte. Um für die Gewerbe die durchschnittlichen Werte für G und A und damit auch den Bruch $\frac{G}{A} = S$ zu finden, ist wieder die Untersuchung des Wertgewinnungsergebnisses zahlreicher Betriebe erforderlich. Diese Untersuchungsarbeiten sind die Aufgabe einer exakten Wirtschaftsforschung, wie der Nationalsozialismus sie braucht.

Sind auf die geschilderte Weise die Durchschnittswerte von G und A für die gesamte Volkswirtschaft aus den Durchschnittswerten für die einzelnen Gewerbe ermittelt, so kann nunmehr der gerechte Einzellohn festgestellt werden.

Der Einzellohn muß zunächst von der Leistungshöhe der gesamten Volkswirtschaft, die durch ihre Durchschnittswerte für G und A bestimmt wird, abhängen, damit jeder Einzelne an dem gesamten volkswirtschaftlichen Ergebnis grundsätzlich interessiert wird.

In der gleichen Weise muß der Einzelne auch an dem Sondererfolg seines Betriebes wie auch an der Höhe seiner eigenen Leistung interessiert werden, ohne doch weder den Erfolg des Werkes, noch seinen eigenen voll für sich in Anspruch zu nehmen.

Es ist dann nach unserem Grundsatz der Eigenlohn in folgender Weise zu berechnen:

In der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ bedeuten G und A die volkswirtschaftlichen Durchschnittswerte. Der in Frage kommende Einzelbetrieb habe einen Betriebs-

erfolg, der um das 1,44fache über dem Durchschnitt liegt. Dann sollen die Werksbeteiligten nicht das 1,44fache des volkswirtschaftlichen Durchschnittslohnes erhalten, sondern nur $\sqrt{1,44}$, also 1,2mal soviel. Der Durchschnittslohn dieses Werkes ist dann $1,2 \cdot \sqrt{A \cdot G}$ oder $\sqrt{1,44} \cdot \sqrt{A \cdot G}$. Setzen wir für 1,44 den Buchstaben y ein, so lautet die Formel für den Durchschnittslohn des Werkes $\sqrt{y} \cdot \sqrt{A \cdot G}$.

Ist die Leistung des Einzelarbeiters nun das 1,69fache des Durchschnitts in seiner Branche in diesem Werk, so ist auch ihm nicht das 1,69fache, sondern nur $\sqrt{1,69}$ oder 1,3mal soviel zuzubilligen, wie dem Durchschnittsarbeiter dieser Branche in diesem Werk. Der Einzellohn beträgt in diesem Falle also $1,3 \cdot 1,2; \sqrt{A \cdot G}$ oder $1,56 \cdot \sqrt{A \cdot G}$, das ist das 1,56fache des volkswirtschaftlichen Durchschnittslohnes.

Die Formel des gerechten Einzellohnes lautet $\sqrt{1,69} \cdot \sqrt{1,44} \cdot \sqrt{A \cdot G}$. Ersetzen wir den persönlichen Faktor 1,69 durch x, den Werksfaktor 1,44 durch y, so erhalten wir die allgemeine Formel des gerechten Einzellohnes

$$= \sqrt{x} \cdot \sqrt{y} \cdot \sqrt{A \cdot G}.$$

Würde die Wurzel bei x und y fortgelassen, so erhöhte sich der Einzellohn auf $1,44 \cdot 1,69 \cdot \sqrt{A \cdot G}$, das ist $2,4336 \cdot \sqrt{A \cdot G}$. Er betrüge dann das 2½fache des volkswirtschaftlichen Durchschnittslohnes. Nach der vorgeschlagenen Methode wird er auf das 1½fache des volkswirtschaftlichen Durchschnitts herabgesetzt. Darin liegt das soziale Opfer der besseren Betriebe und der besseren Arbeiter für die Gesamtheit.

Eine Zusammenstellung der Berechnung des Einzellohnes ergibt:

$$\sqrt{x} \cdot \sqrt{y} \cdot \sqrt{A \cdot G}$$
$$\sqrt{1,44} \cdot \sqrt{1,69} \cdot \sqrt{A \cdot G}$$
$$1,2 \cdot 1,3 \cdot \sqrt{A \cdot G}$$
$$1,56 \cdot \sqrt{A \cdot G}.$$

Die Formel $\sqrt{x} \cdot \sqrt{y} \cdot \sqrt{A \cdot G}$ gestattet in jedem Falle die Berechnung des gerechten Eigenlohnes. Notwendige Voraussetzung einer solchen Berechnung ist es, die durchschnittlichen Fruchtbarkeitsziffern der gesamten Volkswirtschaft und des betreffenden Gewerbes zu kennen und außerdem die besondere Betriebsleistung und die besondere persönliche Leistung zu beobachten.

Die Beschaffung dieser Unterlagen wird zu den wichtigsten Aufgaben einer nationalsozialistischen Wirtschaftsforschung gehören.

Durch die soeben entwickelten Berechnungsmethoden wird ein Ausgleich nicht nur zwischen den natürlichen und kulturellen Bedingungen der Arbeit, sondern auch zwischen den Gaben und Kräften der Arbeitenden herbeigeführt.

Das Werk und der Einzelne, die in gleicher Zeit vermöge besserer Beanlagung und Einrichtung höheren spezifischen Wert herstellen, erhalten zwar mehr Lohn, opfern andererseits aber auch noch mehr für die Gemeinschaft wie derjenige, der nur einen geringeren Wert zu gewinnen vermag.

Gäbe es aber einen gerechteren und besseren Grundsatz für eine organische Schicksalsgemeinschaft als den, daß sich nicht nur Vorteile und Nutzen, sondern auch die Opfer nach den Gaben, Kräften und Erfolgen zu richten haben? Dies trifft besonders für das Verhältnis der Schaffenden und der Schöpferischen zur Gemeinschaft und untereinander zu. Die Schaffenden üben ihre Tätigkeit in der Hauptsache in vorgezeichneten Geleisen aus. Ihre Tugenden sind Fleiß und Sorgfalt. Ihre Wertgewinnung hält sich in bescheidenen Grenzen. Nicht so die Schöpferischen! Sie sind Bahnbrecher! Als Forscher, Erfinder und Organisatoren weisen sie der Wertgewinnungsgemeinschaft neue, erfolgreichere Wege. Ihr wirtschaftlicher Wert als Kraftsparer kann ins Unermeßliche wachsen. In Gemeinschaft mit Künstlern und Lehrern sind sie außerdem noch höchst wertvoll durch die Lieferung und Anregung geistiger Kräfte.

Ihr Lohn, berechnet aus $\sqrt{x} \cdot \sqrt{y} \cdot \sqrt{A \cdot G}$ sichert ihnen einen bedeutenden Gewinnanteil. Ungleich größer ist aber der Teil ihres Erfolges, den sie unbezahlt der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, wahre Wohltäter ihrer Wertgewinnungsgemeinschaft.

Dient so die Wertarbeit der Schöpferischen nicht mehr dazu, einzelne wirtschaftlich Mächtige zu bereichern, sondern kommt sie allen Schaffenden zugute, so werden diese die Schöpferischen selbstverständlich als ihre geborenen Führer anerkennen.

Durch den Lohn wird bestimmt, welchen Anteil am gemeinsam geschaffenen Wirtschaftsgewinn die unmittelbare Arbeitsleistung erhalten soll; der Preis bestimmt darüber, welcher Anteil der mittelbaren Arbeitsleistung (Arbeitsmittel, Kapital) zufällt.

Dieser Anteil ist entsprechend dem Lohn zu berechnen. Wie die Arbeitskraft, so hat auch der Besitzer der Arbeitsmittel Anspruch auf zweierlei:

a) auf Ersatz der ihm entstandenen Arbeitskosten,

b) auf einen entsprechenden Gewinnanteil.

Die Arbeitskosten, die auf die Arbeitsmittel entfallen, sind durch die Abnutzung oder den Verschleiß bestimmt.

Nehmen wir an, zur Herstellung einer Maschine seien alles in allem 1000 Tage Menschenarbeit nötig gewesen. Die Maschine sei in 10 Jahren verbraucht. Dann beträgt der jährliche Verschleiß dieser Maschine 100 Arbeitstage. Wer sie ein Jahr lang zur Verfügung stellt, hat dadurch mittelbar 100 Tage Arbeit geleistet. Die Unkosten eines menschlichen Arbeitstages betragen 17393 Kalorien oder Werk. Die Unkosten für 100 Tage belaufen sich dann auf $100 \times 17393$ Kalorien $= 1739300$ Kalorien oder Werk. Diese Zahl ist für diese Maschine $= A$. Nun ist die Gesamtsumme der jährlichen Arbeitskosten des Werkes zu ermitteln, ebenso der im Jahre hergestellte Gebrauchswert, alles in Kalorien oder Werk. Dann läßt sich errechnen, wieviel Gebrauchswertgewinnung auf die Maschine entfällt. Damit ist die Größe von G für die Maschine gefunden. Genau wie bei der unmittelbar geleisteten Arbeit läßt sich nun das Produkt $A \cdot G$ und daraus $\sqrt{A \cdot G}$ errechnen als Lohn der mittelbaren Arbeitsleistung.

Diese Methode ist für alle Arbeitsmittel, also für alle leichtvergänglichen Kapitale anwendbar, nicht aber ohne weiteres für das schwervergängliche Kapital, für das Geld oder den Kredit. Doch tritt hier an Stelle der Abnutzung die Verlustgefahr, die je nach der Art, in der der Kredit gegeben ist, anzurechnen ist. Hinzu kommt noch die natürliche Entwertung des Vermögens, die hervorgerufen wird durch die Steigerung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades der Arbeit, durch den wirtschaftlichen Fortschritt. Diese beiden Umstände ergeben zusammen den Verschleiß = A des Geldkapitals, und mit dessen Hilfe ist der Kreditlohn zu ermitteln.

Dieser ist nun nicht mehr ein garantierter und bevorrechteter Zins, sondern nur ein Gewinnanteil, wie er auch der Arbeitskraft und den vergänglichen Arbeitsmitteln zukommt. Die Zinsknechtschaft ist damit gebrochen; denn der Gewinnanteil des Geldes wird hinfort nicht mehr durch die Macht, sondern nach denselben Rechtsgrundsätzen festgesetzt, wie der Anteil der andern Wertgewinnungsmittel.

Ist so der Lohn der unmittelbaren und der mittelbaren Arbeitsleistung für eine bestimmte Ware festgestellt, so ergibt sich der Preis der Waren als die Summe der errechneten Größen.

Dieser gerechte Preis wird in einer geregelten Wirtschaft allerdings nicht nur genommen werden d ü r f e n, er wird genommen werden m ü s s e n. Es darf also niemand unter diesem seinem gerechten Preise verkaufen, um der schrankenlosen Unterbietung und der willkürlichen Ruinierung zahlreicher wertvoller Unternehmungen und der dadurch bewirkten Wertvergeudung ein Ende zu setzen.

Ganz werden die Preisunterschiede der Waren allerdings dadurch nicht aus der Welt geschafft werden. Wer seinen Betrieb durch bessere Organisation und bessere Arbeitsmethoden spezifisch ertragreicher gestaltet, wird seinen Preis unter den der andern senken können. Diese Senkung wird aber nur einen Bruchteil des ganzen erzielten Herstellungsvorteils betragen. Sie kann sich deshalb für die Wettbewerber nicht katastrophal auswirken, sondern läßt ihnen die Möglichkeit, sich zu halten und dem andern nachzukommen. So wird der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung ein stetiger werden.

Damit sind nun Zins, Preis und Lohn von den Größen A und G bestimmt, von denselben Größen, von denen auch das Gemeinwohl abhängt. Die wirtschaftliche Macht ist in allen ihren Wirkungsbereichen ersetzt durch soziales Recht. Das Streben nach Eigennutzen aber bleibt trotzdem in Wirksamkeit, es treibt die wirtschaftliche Entwicklung vorwärts und dient obendrein dem Gemeinwohl. Auf keine andere Weise können die Individuen fortan ihren Sondervorteil fördern als dadurch, daß sie zugleich dem Gemeinwohl dienen, indem sie die Arbeitskosten ihrer Leistung senken und dadurch zugleich ihren Gebrauchswert steigern. Jedem Schaffenden ist aber, ebenso wie jedem Schöpferischen, ein gerechter, und zwar steigender Anteil am Wirtschaftsgewinn ebenso sicher, wie ihm gleichzeitig die Förderung des Gemeinwohls unvermeidlich ist.

Im vorigen Kapitel sind die sozialen Forderungen mitgeteilt, die Kautsky in den Erläuterungen zum Heidelberger Programm der Sozialdemokratie aufstellt. Als Recht der Gesellschaft fordert er dort möglichst hohen Ertrag bei möglichst geringem Kraftaufwand. Sieht man einmal davon ab, daß über der spezifischen Fruchtbarkeit noch die Selbständigkeit und Sicherheit der nationalen Wirtschaft stehen muß, so hat Kautsky damit recht. Aber welche Rat- und Hilflosigkeit spricht sich in der völligen Unbestimmtheit seiner Forderung aus! Das kann jedoch auch nicht anders sein. Wo fände Kautsky in seiner marxistischen Tauschwertlehre eine wirkliche Begriffsbestimmung des Wertes, wo ein Maß, um Erträge zu messen und zu vergleichen. Wollte er aber mit dem liberal-marxistischen Wertmaß, dem machtgemäßen Tauschwert, an eine wirkliche Wirtschaftsregelung herantreten, so würde ein entsetzlicher Wirrwarr den Bankrott dieser Theorie sofort offenbaren; denn durch den kapitalistischen Tauschwert läßt sich der wahre Ertrag überhaupt nicht bestimmen, da er ja in Gebrauchswerten besteht. Nur die Gebrauchswertlehre gestattet eine exakt naturwissenschaftlich-mathematische Feststellung der Arbeitskosten und des Ertrages und bietet damit eine tragfähige Grundlage für eine umfassende soziale Wirtschaftsregelung. Vergleicht man ihre Ergebnisse mit den gänzlich embryonalen Wirtschaftsanschauungen eines Kautsky, so tritt die Überlegenheit der Gebrauchswertlehre erst recht ans Licht.

An derselben Stelle bezeichnet es Kautsky als das Recht des einzelnen Schaffenden, daß jede Verbesserung im Betriebe, die dessen Ertrag steigert, nicht nur den Konsumenten, sondern auch den Arbeitern zugute kommt.

Auch für diese Forderung, so berechtigt sie an sich ist, weiß er keinen gangbaren Weg zur Ausführung anzugeben. Weil es ihm an Einsicht in das Wesen des Ertrages, weil es ihm auch an einem geeigneten Maße mangelt, um ihn zu messen, kann er auch keine gerechten und bestimmten Grundsätze für seine Verteilung unter die Glieder der Wertgewinnungsgemeinschaft aufstellen, fehlt es ihm an jeder Möglichkeit, Gemeinwohl und Eigennutzen zu harmonisieren.

Da er keine wirkliche Einsicht in die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge besitzt, kann er die Verwirklichung solcher Forderungen nur für möglich halten in einer kommunistischen Wirtschaft, wo auf Rechnung der Gemeinschaft mit den Arbeitsmitteln der Gemeinschaft gearbeitet wird.

In der Tat ist aber gerade das Recht der Gemeinschaft auf die höchstmögliche Fruchtbarkeit der Wirtschaft in einer kommunistischen Gesellschaft überhaupt nicht zu verwirklichen, weil hier die unersetzliche Triebfeder des Eigennutzens ausgeschaltet wird.

Restlos durchführbar ist aber die Forderung sozialer Gerechtigkeit auf Grund der Gebrauchswertlehre und an Hand der hier entwickelten Formeln in einer geregelten Eigenwirtschaft, in der sowohl das Eigentum an den Arbeitsmitteln, wie auch die wirtschaftliche Selbständigkeit erhalten bleibt.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit wird allen Gliedern der Wertgewinnungsgemeinschaft zurückgegeben und durch Rechtsgrundsätze geregelt.

Das Eigentum an Arbeitsmitteln kann hinfort nicht mehr kapitalistisch dazu mißbraucht werden, besitzlose Glieder vom Anteil am Wirtschaftsgewinn auszuschalten. Es verliert dadurch aber keineswegs seine Bedeutung. Da auch auf die Arbeitsmittel ein Gewinnanteil entfallen muß, wird jedermann nach wie vor bestrebt sein, Arbeitsmittel zu erwerben, zur Verfügung zu stellen, sie zu pflegen und zu verbessern. Nur der Unterschied wird gegen früher bestehen, daß jeder Einzelne nur in dem Maße, wie er dem Gemeinwohl gedient hat, zu einer solchen Erwerbung in der Lage sein wird. So bleibt der Motor des Eigennutzens in jeder Hinsicht erhalten, nur daß er in Zukunft mit dem Gemeinwohl unlösbar gekoppelt sein wird.

Da im Lichte des Nationalismus und der Gebrauchswertlehre der wirtschaftliche Erfolg letzten Endes daran gemessen werden muß, in welchem Maße er die Erzeugung hochwertiger menschlicher Schaffenskraft ermöglicht hat, so ist es ganz klar, daß soziale Gerechtigkeit des Gemeinwohls nicht verwirklicht ist, ohne daß alle Glieder der Wertgewinnungsgemeinschaft in den Herstellungs- und Verbrauchsprozeß eingeschlossen sind, ohne daß das Recht auf Arbeit gleichzeitig mit der Pflicht zur Arbeit verwirklicht ist. Soziale Gerechtigkeit durch gerechten Lohn und gerechten Preis setzt das Recht auf Arbeit voraus.

Das Recht auf Arbeit darf aber nicht so verstanden werden, daß nun jeder Einzelne von der Gemeinschaft einen fertig eingerichteten Arbeitsplatz verlangen könnte. Was er verlangen kann, ist lediglich die Möglichkeit, sich selbst einen solchen Arbeitsplatz zu schaffen. Die Gemeinschaft kann gerade in diesem Punkte auf die Aktivität keines einzigen ihrer Glieder verzichten.

Früher wurde gezeigt, daß nur dann für alle Volksgenossen Arbeit da ist, wenn die Verbrauchskraft gleichzeitig mit der Produktionskraft gestärkt und stets mit ihr auf gleicher Höhe gehalten wird.

Die hier entwickelte Zuteilungsformel sorgt schon an und für sich dafür, daß beide gleichzeitig wachsen, indem sie den Vorteil steigender Produktivität sowohl dem Kapital- wie auch dem Arbeitseinkommen zugute kommen läßt.

Da aber die Entscheidung über die Verwendung des Einkommens in weitem Umfange Sache des Einzelnen bleibt, so ist nicht sicher vorauszusehen, ob die Gleichheit von Produktions- und Verbrauchskraft sich dauernd von selbst erhält. Ihr Verhältnis zueinander wird deshalb fortgesetzt beobachtet und, wenn nötig, durch besondere Maßnahmen beeinflußt werden müssen.

Ist z. B. die Kapitalbildung, die hauptsächlich die Produktivkraft stärkt, zu groß, so kann unserer Formel für die Berechnung des gerechten Zinses ein Abwertungsfaktor vorangesetzt werden, oder die Lohnformel erhält einen Erhöhungsfaktor, bis das Gleichgewicht erreicht ist.

Um die Wirkungsweise des gerechten Preises und Lohnes nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ an einem bestimmten Falle zu zeigen, kehren wir zum Beispiel der Kohlegewinnung zurück. Auf Grund einer Berechnungsweise, die im zwölften Abschnitt erklärt wird, erhalten wir nebenstehende Aufstellung.

In Spalte III ist angegeben, wie sich die 59,8 Werk Gestehungskosten, die 1 kg Kohle verursacht, kapitalistisch verteilen. Spalte I enthält die Zahlen,

**Kapitalistische und gerechte Verteilung des Gebrauchswertes von 1 kg Kohle in Kalorien oder Werk.**

| | | I | II | III | | IV | | V | VI |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Arbeitsanteil | Anteil an Gebrauchswertgewinnung | Bisherige Wertverteilung | | Neue Wertverteilung nach $\sqrt{A \cdot G}$ oder $A\sqrt{S}$ | | Das Vielfache der alten Preise und Löhne | Das Vielfache der Löhne, reduziert auf den alten Preis |
| | | | | | | a | b | | |
| I. Herstellung | Arbeitskraft unmittelbar | 23,0 | 1041,90 | 23,00 | 23 | $\sqrt{23 \cdot 1041,50}$ | 154,80 | 6,73 × | 1,35 × |
| | Arbeitsmittel . . . . | 9,5 | 430,35 | 9,50 | 13,5 | $\sqrt{9,5 \cdot 430,35}$ | 63,94 | 4,74 × | 0,95 × |
| | Gewinn auf Arbeitsmittel . . . . . . | | | 4,00 | | | | | |
| II. Handel | Arbeitskraft und -mittel | 11,65 | 527,75 | 11,65 | 23,3 | $\sqrt{11,65 \cdot 527,75}$ | 78,42 | 3,37 × | 0,68 × |
| | Gewinn auf Arbeitsmittel . . . . . . | | | 11,65 | | | | | |
| | Zusammen | | 2000,00 | 59,8 | | | 297,16 | 4,97 × | 1 |
| | Rest | | 1940,20 | | | | 1702,84 | | |
| Spezifische Werte für Verbrauch | | 33,4 alt | | | | 6,72 neu | | | |

die davon als Arbeitskosten zu betrachten sind. In Spalte II ist die Verteilung des Gesamtgebrauchswertes von 1 kg Kohle gleich 2000 Werk auf die Arbeitsanteile vorgenommen. Die neuen Gestehungskosten, die sich aus $\sqrt{A \cdot G}$ ergeben, finden sich in Spalte IV. Sie ergeben zusammen 297,16 Werk gegen früher 59,8 Werk. Das bedeutet eine Steigerung des Preises auf das 4,97fache. Dem steht (Spalte V) eine Steigerung des Lohnes der unmittelbaren Herstellungsarbeit auf das 6,73fache, des Lohnes der mittelbaren Herstellungsarbeit auf das 4,74fache und der gesamten Arbeit in Handel und Transport auf das 3,37fache gegenüber.

Die Höhe der Preise hat für die inneren Verhältnisse einer sozial geordneten Wertgewinnungsgemeinschaft wenig zu sagen. Es kommt hier nicht auf die allgemeine Höhenlage, sondern auf die Unterschiede, auf das Gefälle an.

Anders ist es allerdings mit der Ausfuhr. Bleibt in dieser Hinsicht der kapitalistische Wettbewerb des Auslandes bestehen, dann müssen wir konkurrieren können, und die allgemeine Preislage darf nicht höher werden, oder es muß der Außenhandel für sich organisiert werden.

Nun ist es allerdings nicht so, daß hohe Löhne unbedingt hohe Preise im Gefolge haben müssen. Vielmehr haben Länder mit hohen Löhnen verhältnismäßig niedrige Preise aufzuweisen, da die hohen Löhne ein besonders starker Antrieb sind, arbeitsparende Methoden einzuführen. Das beste Beispiel dafür ist Amerika.

Andererseits haben Länder mit niedrigen Löhnen eine rückständige, arbeitverschwendende Industrie und deshalb verhältnismäßig hohe Preise.

Es müßte also zunächst einmal abgewartet werden, wie sich die Lohnerhöhung auf die Preislage auswirken würde.

Auf alle Fälle ist es aber auch möglich, die beabsichtigte soziale Wirkung zu erreichen, ohne die Preise zu erhöhen. Setzen wir also den Preis in seiner bisherigen Höhe gleich 1, so erhält die unmittelbare Herstellungsarbeit das 1,35fache, auf die mittelbare Herstellungsarbeit entfällt das 0,95fache und auf die Handelsarbeit das 0,68fache ihres bisherigen Anteils. Die Arbeitskraft erhält also eine Verbesserung ihres Anteils um 35% oder um ein gutes Drittel, die Arbeitsmittel der Herstellung erhalten 5%, der Handel erhält 32%, das ist ein schwaches Drittel, weniger.

Bedenkt man, daß gerade heute nicht nur der Arbeiter, sondern die Herstellung als Ganzes Not leidet, der Handel aber hohe Verdienstaufschläge nimmt, so erscheint seine Kürzung ohne weiteres gerechtfertigt.

Tatsächlich ist das Finanzkapital historisch aus dem Handelskapital hervorgegangen, nicht aus dem Industriekapital. Das ist doch wohl ein Beweis, daß der Handel vermöge seiner starken Stellung zwischen Herstellern und Verbrauchern stets imstande war, höhere Gewinne zu machen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß sich durch Einführung eines gerechten Geldlohnes der Zinsdruck, der sowohl auf der Herstellung wie auch auf dem Handel lastet, vermindert und sich dadurch der Anteil beider wieder verbessert.

Die Einführung einer sozial gerechten, am Gemeinwohl orientierten Wirt-

schaftsordnung würde also im schlechtesten Falle zur Folge haben, daß die nackte Arbeitskraft zu ihren jetzigen Konkurrenzlöhnen einen Gewinnanteil von 35% erhielte. Das wird, planmäßig benutzt, zu den größten Wirkungen führen.

Die soziale Gerechtigkeit kann im Wirtschaftsleben nur eingeführt werden auf dem Umwege über die politische Macht, wenn diese nämlich in den Händen des schaffenden Volkes und seiner schöpferischen Führer ist.

Trotzdem ist die soziale Ordnung des Wirtschaftslebens immer noch leichter einzuführen als dauernd aufrechtzuerhalten. Sie wird immer gefährdet sein, wenn das Gleichgewicht nur von der Politik her, nicht aber von der Wirtschaft selbst gestützt wird durch eine sozial gesunde Verteilung des Eigentums an den Arbeitsmitteln. Erst wenn diese Gesundung der Eigentumsverhältnisse durchgeführt ist, kann die soziale Gerechtigkeit als gesichert gelten.

Um die Eigentumsverhältnisse sozial zu gestalten, ist aber keine Konfiszierung von Eigentum notwendig, wie es andererseits ja auch nicht ratsam ist, irgend jemand etwas zu schenken. Es genügt vollständig, die täglich neu gewonnenen Werte so zu verteilen, daß den schaffenden Menschen die Neubildung von Eigentum an Arbeitsmitteln ermöglicht wird, so daß schließlich kein strebsamer Mensch auf die Dauer ohne solches Eigentum dazustehen braucht.

Das kann durch Neugründung von Kleinbetrieben geschehen, wie sie jetzt durch die Revolutionierung im industriellen Antrieb und die damit verbundene Neigung zur Betriebszerlegung möglich geworden ist, das kann aber auch durch Besitzbeteiligung an Großbetrieben, besonders an kapitalistischen Gesellschaften, verwirklicht werden.

Die Gewinnbeteiligung auf Grund der Lohnformeln $\sqrt{A \cdot G}$ oder $A\sqrt{S}$ und ihrer Ableitungen ist dazu der beste und wirksamste Weg. Wie schnell und sicher sie wirkt, ist bereits früher am Beispiel der J. G. Farbwerke gezeigt.

In 10 Jahren ist das gesamte Betriebskapital in die Hände der Arbeiter überführt, von ihnen erworben. Aus der kapitalistischen Gesellschaft der Nichtarbeiter ist eine sozialistische Genossenschaft der Mitarbeiter geworden. Wird für diese auf gesetzlichem Wege eine zweckmäßige Rechtsform und Verfassung geschaffen, was heute vollständig fehlt, so wird eine derartige sozialistische Mitarbeiter-Genossenschaft wirtschaftlich leistungsfähiger sein wie ihre Vorgängerin, die kapitalistische Nichtarbeiter-Gesellschaft.

Wäre mit dieser Maßregel 1918 begonnen worden, statt dem Volke die Sozialisierung zu versprechen und es nachher um dieselbe zu betrügen, so hätten wir heute, zehn Jahre später, eine gesunde soziale Verteilung des Eigentums; die soziale Frage wäre gelöst.

Dies nicht getan, ja, es unter dem Banne falscher Ideen und einer jüdisch-kapitalistisch interessierten Führung verhindert zu haben, ist der Volksbetrug des Marxismus, für den Fluch und Vergeltung ihn noch ereilen werden.

Ist so durch das Mittel der Gewinnbeteiligung auch die Besitzbeteiligung durchgeführt, dann findet auch die Frage der Mitleitung ihre natürliche Lösung.

Es ist unmöglich, irgend jemand Bestimmungsrecht zu geben über etwas, was ihm nicht gehört, was er also auch nicht verlieren kann. Wer aber an Gewinn und Besitz teilhat, für den ist Mitbestimmung eine Selbstverständlichkeit.

Es ist eine sehr auffallende Erscheinung, daß Amerika keine nennenswerte sozialistische, geschweige denn marxistische Arbeiterbewegung kennt, wie sich das immer wieder deutlich bei den Präsidentenwahlen zeigt. Das Exekutivkomitee der amerikanischen Arbeiterföderation hat nur zwischen dem demokratischen und republikanischen Kandidaten zu wählen. Der Kandidat der sozialistischen Partei kommt für die Föderation nicht in Frage, da nur ein verschwindend kleiner Teil der organisierten amerikanischen Arbeiterschaft mit dem Sozialismus sympathisiert.

Hier ist die Arbeiterschaft des größten Industriestaates der Welt, in dem die Arbeit am weitgehendsten spezialisiert und mechanisiert, also entseelt ist, und in dem die höchsten Anforderungen an die Leistungen der Arbeitskraft gestellt werden, mit der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft zufrieden, trotz der Anhäufung von Kapital, trotz Vertrustung und Monopolisierung. Hier stehen sich Arbeit und Kapital, ganz im großen gesehen, nicht in Todfeindschaft, sondern ohne Gehässigkeit gegenüber, nicht selten sogar zu enger Zusammenarbeit verbunden.

Diese Tatsache ist von unsern deutschen, ja überhaupt von europäischen Verhältnissen aus vollständig unbegreiflich. Sie erfährt bei uns denn auch die verschiedenste Beurteilung. Die Vertreter des Kapitalismus sagen, der amerikanische Arbeiter sei zu verständig, um Sozialist, vor allem um Marxist zu sein. Unsere Marxisten behaupten dagegen, der amerikanische Arbeiter sei zu unaufgeklärt und zu wenig klassenbewußt. Eine genauere Untersuchung mit den Hilfsmitteln der Gebrauchswertlehre zeigt aber, daß weder das eine noch das andere zutrifft.

In den europäischen Ländern ist die Arbeitskraft eingepfercht; denn es gibt keine nennenswerte innere Kolonisation, und die Auswanderung erfordert Kapital. Der Arbeiter ist gezwungen, unter allen Umständen Arbeit zu nehmen. Deshalb ist er wirtschaftlich machtlos, ganz gleich, ob er einzeln oder ob er als Masse auftritt.

Anders in Amerika. Dieses Land bot dem Arbeiter stets Gelegenheit, sich arbeitend und verdienend nach dem dünn bevölkerten Westen durchzuschlagen und dort Farmer zu werden. Der amerikanische Arbeiter hatte also stets die Möglichkeit, sich dem Druck der wirtschaftlichen Macht zu entziehen und wirtschaftlich selbständig zu werden. Diese stets offene Möglichkeit verleiht jedoch den zurückbleibenden Arbeitern selbst wirtschaftliche Macht. Ihr Lohn kann nicht weiter heruntergedrückt werden, als bis zu dem Punkte, an dem es dem Arbeiter vorteilhafter erscheint, in den landwirtschaftlichen Kolonisationsbezirk abzuwandern. Daher konnte der Lohn im Durchschnitt nicht auf das Existenzminimum sinken, sondern er mußte außer der Unterhaltsrente auch noch einen Gewinnanteil enthalten, der es dem Arbeiter erlaubte, Ersparnisse

zu machen, um für sein Alter zu sorgen oder um selbst Arbeitsmittel zu erwerben.

Diese Vermutungen über die Lage der Arbeitskraft in Amerika finden in statistischen Erhebungen, die im zwölften Kapitel mitgeteilt und ausgewertet werden, ihre volle Bestätigung. Der Nominallohn (Geldlohn) war zum Beispiel 1881 in Amerika 3,13mal so hoch wie in Deutschland. Trotz dieser hohen Löhne waren die Preise der wichtigsten Lebensmittel jedoch niedriger als bei uns (66%), so daß die Kaufkraft der Löhne in Amerika auf 1,5 stand. Der durchschnittliche amerikanische Reallohn betrug also 1881 das 4,7fache des deutschen.

Auf Grund unserer Aufstellung hatten wir nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ das 6,73fache des jetzigen als „gerechten Lohn" errechnet. In der offenen Eigentumswirtschaft Amerikas wurde 1881 also annähernd der „gerechte Lohn" gezahlt. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß der Lohn nach $\sqrt{A \cdot G}$ für eine Wirtschaft, in der die Arbeitskraft aus besonderen Gründen nicht ohnmächtig ist, den „natürlichen Lohn" darstellt, denn er ist hier ohne jede gesetzliche Regelung nahezu erreicht worden.

Nun ist es aber auch ohne weiteres verständlich, daß die amerikanischen Arbeiter kein starkes Verlangen nach einer anderen, gerechteren Wirtschaftsordnung zeigten. Vermöge der besonderen amerikanischen Verhältnisse erhielten sie ja ohne weiteres nicht nur die Unterhaltsrente, sondern fast deren 5fachen Betrag. In einem solchen Wirtschaftsleben ist aber Not und Mangel niemals ein allgemeiner Zustand der Arbeitskraft, sondern höchstens ein Ausnahmezustand einzelner Individuen. Das Elend ist hier keine soziale, sondern nur eine individuelle Erscheinung.

Daher lag in den Jahrzehnten, als in Deutschland die Sozialgesetzgebung geschaffen wurde, in Amerika gar kein allgemeines Bedürfnis für eine ähnliche Einrichtung vor. Dort konnte tatsächlich durchschnittlich jeder vorwärts kommen und sich gegen Not und Alter selbst sichern.

Johannes Gillhoffs treffliche Erzählung „Jürn Jakob Swehn, der Amerikafahrer" bietet eine ausgezeichnete Darstellung der hier besprochenen verschiedenen Verhältnisse diesseits und jenseits des großen Teiches.

Die soziale Gesetzgebung Deutschlands bedeutete gegenüber den amerikanischen Verhältnissen das Eingeständnis eines sozialen Mißstandes; andererseits waren aber Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung nur ein Herumdoktern an den Folgeerscheinungen der sozialen Krankheit. Ihre wahre Ursache, die ungerechte Verteilung des Wirtschaftsgewinnes unter der Herrschaft der wirtschaftlichen Macht, wurde entweder nicht erkannt, oder man wagte sich doch nicht an ihre Beseitigung heran.

Das amerikanische Beispiel ist jedoch auch noch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Trotz des 4,7fachen Reallohnes waren die Lebensmittelpreise um ein Drittel niedriger als bei uns. Amerika war also damals ein Land mit hohen Löhnen und niedrigen Preisen, während Europa umgekehrt niedrige

Löhne und hohe Preise aufwies. Es ist also durchaus Grund zu der früher ausgesprochenen Meinung, daß die Erhöhung der Löhne nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ keineswegs eine gleiche Erhöhung der Preise im Gefolge haben werde, so daß sich der Vorteil der Arbeitskraft aus dieser Regelung weit höher als 35% stellen könne.

Auch in Amerika sind die Verhältnisse nicht so gesund geblieben, wie sie es 1881 noch waren. 1913/14 betrug der Nominallohn nur noch das 1,81fache des deutschen. Die Preislage der wichtigsten Lebensmittel war jetzt aber höher als bei uns. Die Kaufkraft des Geldes betrug daher nur noch das 0,86fache, und der Reallohn war auf das 1,56fache zurückgegangen. Lag er zwar auch jetzt noch über dem Unterhaltsbedarf, enthielt mithin immer noch einen Gewinnanteil, so bleibt doch bestehen, daß er sich seit 1881 auf ein Drittel vermindert hatte. Daraus geht hervor, daß die Sättigung des Landes in diesen 40 Jahren stark fortgeschritten war, und daß sich Hand in Hand damit die wirtschaftliche Macht des Kapitals über die Arbeitskraft entwickelt hatte.

Im Gleichschritt mit dieser Entwicklung ist auch ein Vordringen sozialistischer und selbst marxistisch-kommunistischer Gedankengänge in die amerikanische Arbeiterschaft festzustellen. Auch Amerika beginnt an dem kapitalistischen Unrecht sozial zu erkranken.

Nach dem Weltkriege ist jedoch wieder eine Besserung festzustellen. Der Nominallohn hat sich auf das 3,31fache des unsrigen gehoben. Demgegenüber ist die Kaufkraft nur auf das 0,75fache zurückgegangen, so daß sich das 2,48fache als Reallohn ergibt. Außerdem ist der Arbeitslosigkeit durch starke Verkürzung der Arbeitszeit entgegengearbeitet worden (statt 12 nur noch 8—9 Stunden). Neuerdings wurde in der Textilindustrie sogar ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die fünftägige Arbeitswoche vorsieht, und der geradezu als Schlag gegen die Anstrengungen des Kommunismus gedacht ist. Man muß gestehen, daß die amerikanischen Unternehmer in ihrem Kampfe für die Erhaltung der Privatwirtschaft wirksame Mittel anzuwenden wissen.

Unter diesem Gesichtspunkte ist auch die Einführung der Leistungslöhne in Amerika zu betrachten, die für jeden Einzelnen nach bestimmten Formeln auf Grund seiner Leistung errechnet werden, und die dazu dienen sollen, dem Arbeiter automatisch einen Teil des von ihm erarbeiteten Mehrgewinnes zuzuführen. Hand in Hand damit gehen die Bemühungen, die Arbeiter zu veranlassen, für ihren ersparten Mehrlohn Aktien der industriellen Gesellschaften zu erwerben. Nach Paul Michligk „Dienen und Verdienen" ist das mit dem Erfolg geschehen, daß es heute in Amerika 11 Millionen Aktienbesitzer gibt. Der Wert der in Arbeiterhänden befindlichen Aktien wird auf eine Milliarde Dollar angegeben.

An der Stellungnahme der Arbeiterverbände zur Präsidentenwahl ist zu erkennen, daß alle diese Bestrebungen bei den amerikanischen Arbeitern auf fruchtbaren Boden fallen.

Die Gewinnbeteiligung durch Leistungslöhne und die sich daran anschließende Besitzbeteiligung bedeuten sicher für die amerikanischen Arbeiter,

die sich derselben erfreuen, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Diese privatwirtschaftlichen Vorkehrungen ersetzen wenigstens teilweise die natürliche Wirtschaftsmacht der Arbeitskraft, die durch die fortschreitende Sättigung des Landes mehr und mehr zurückgeht. Durch die modernen Lohnabkommen werden die Sonderinteressen der Unternehmer und Arbeiter wenigstens hinsichtlich der Leistung parallelisiert, durch die Besitzbeteiligung auch hinsichtlich des Gewinns. Beide Gruppen wachsen auf diese Weise zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammen, in der die wirtschaftliche Macht der Unternehmer nun auch ihren Arbeitern zugute kommt, so daß diese nicht nur einen Unterhaltslohn, sondern auch einen echten Gewinnanteil sich sichern können.

Man darf sich aber durch diese unleugbaren Vorteile der amerikanischen Maßnahmen nicht blenden lassen und nun darin schon die Lösung der sozialen Frage sehen wollen. Schon die Kenntnis der Beweggründe der Unternehmer sollte eine solche Überschätzung verhindern. Michligk sagt darüber Seite 275: „Vor einigen Jahren war in Amerika das Kapital noch in den Händen einiger weniger Leute, die enormen Nutzen daraus zogen, den sie aber nicht verbrauchen konnten. Der Profit in Form von Zinsen und Gewinnen wurde neu festgelegt und dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen. Dadurch war aber auch der Produktion der Absatz entzogen. Das Schwerkapital befürchtete nicht nur ein Versickern der Einnahmequellen, sondern auch den Verlust der Reichtümer.

Die Entstehung einer sozialen Spannung, wie sie Europa in Reinkultur erlebt hat, wurde frühzeitig erkannt und abgeleitet. Man baute ihrer Auswirkung durch kapitalistische Methoden vor, indem man die große Masse auch zu Unternehmern machte, ihnen Aktien verkaufte. Damit wurde aber auch erzielt, daß der Gewinn der Gesellschaften gestreut wurde und eine größere Anzahl in den Besitz kleiner Gewinnteile gelangte und damit neue Mittel erhielt, um Erzeugnisse zu kaufen. Die Wirtschaft Amerikas hat dadurch ständig hinreichendes Betriebskapital zur Verfügung und der Verbrauch immer die ausreichenden Mittel, die Erzeugung genügend aufzunehmen.

Damit wird zugleich zu einem Teil der Wunsch der sozialdemokratischen Agitatoren erfüllt, die eine Neuverteilung der Güter vornehmen wollten und die Masse davon zu überzeugen suchten, daß vieles von dem Einkommen des wohlhabenden Teils der Gesamtheit nützlicher in anderen Händen wäre."

Was die amerikanischen Kapitalisten tun, tun sie zur Sicherung ihrer privaten Vorteile. Sie unterscheiden sich jedoch dadurch von ihren deutschen und überhaupt europäischen Kollegen, daß sie ihren Vorteil in einer äußerst einsichtigen Weise zu wahren suchen. Die Ursache dafür muß sicher außer in ihrem natürlichen praktischen Verstande in der anders gerichteten nationalökonomischen Theorie Amerikas gesucht werden, die besonders durch die Gebrauchswertlehre Careys ihre eigene Note hat und infolgedessen längst nicht so verjudet ist wie bei uns.

Aus dem eben angeführten Text leuchtet das, durch die Kenntnis der Bedeutung des Gebrauchswertes geschulte volkswirtschaftliche Verständnis sehr

stark durch. Dieser Standpunkt verleiht den amerikanischen Geldleuten und Unternehmern offenbar den weiten Blick, der sie befähigt, aus egoistischem Interesse Maßregeln zu ergreifen, die nebenbei auch ihren besitzlosen Mitarbeitern sowie der Gesamtheit nützlich sind.

Weil aber für sie trotz allem nicht die Rücksicht auf das Gemeinwohl, sondern das Privatinteresse letzten Endes entscheidend ist, darum können sie auch das Wertverteilungsproblem doch nur vom privaten Standpunkt aus sehen und zu lösen suchen. Darum können sie auch nur eine Teillösung zustande bringen, die im Augenblick in Amerika noch genügen mag, die in Zukunft bei stärkerer Sättigung des Landes aber auch dort, ganz gewiß aber bei uns versagen muß. Genau so wie bei v. Thünen handelt es sich nämlich nur um eine Verteilung des Tauschwertes, nicht des Gebrauchswertes. Es wird nur das Anteilverhältnis innerhalb der Herstellung und auch hier nur zwischen der nackten Arbeitskraft und den Unternehmern, nicht auch zwischen diesen beiden und den Geldleihern geregelt. Die Zinsknechtschaft bleibt ungebrochen.

Am allerwenigsten wird aber durch dies System das Anteilverhältnis zwischen Herstellung und Verbrauch festgestellt. Dieses Verhältnis wird durch den Preis bestimmt, dessen Festsetzung nach wie vor der wirtschaftlichen Macht überlassen bleibt.

Die amerikanischen Bemühungen bedeuten noch nicht einmal eine vollständige Lösung des Gewinnverteilungsproblems im Sinne einer, am Gemeinwohl orientierten sozialen Gerechtigkeit, viel weniger eine umfassende Gestaltung der sozialen Gerechtigkeit selbst nach allen ihren Geboten. Sie sind als Notstandsmaßnahme in einer kapitalistischen Wirtschaft zu begrüßen, nur darf man in ihnen nicht schon die Beseitigung des kapitalistischen Unrechts selbst sehen.

Eine solche kann nur erreicht werden durch eine nationalsozialistische Wirtschaftsordnung, die vom Gemeinwohl ausgeht, das rein wirtschaftlich durch die beiden Größen G und A beziehungsweise durch den spezifischen Wert S bestimmt ist, und die von hier aus Lohn, Preis und Zins gemeinsam regelt.

Für die Lösung dieser Aufgabe fehlt in Amerika im Augenblick nicht nur das stark empfundene Bedürfnis, sondern auch gänzlich die öffentlich-rechtliche Organisation, wie sie heute der Faschismus in Italien aufzubauen sucht[1].

---

[1] Das Vorstehende ist 1927 geschrieben. Die folgenden Jahre haben gezeigt, wie richtig Amerika hier beurteilt worden ist. Die gewaltige Arbeitslosigkeit, die heute dort herrscht, beweist, daß die Maßnahmen tatsächlich unzulänglich waren, trotz ihrer grundsätzlichen Richtigkeit. Die Löhne waren zwar hoch, im Verhältnis zu der hohen Fruchtbarkeit der Wirtschaft aber immer noch zu niedrig. Die deutschen Reparationszahlungen haben dieses falsche Verhältnis noch mehr verschlechtern helfen, weil sie der Kapitalbildung weit mehr wie der Kaufkraftsteigerung zugute kamen, während sie bei uns in Deutschland wiederum die Kaufkraft weit mehr wie die Kapitalanlage schwächten. Es ist nur folgerichtig, daß Amerika und Deutschland, die Länder, die Reparationen zahlten und empfingen, die schwerste Wirtschaftskrise aufweisen. Frankreich, das gleichfalls große Reparationssummen erhielt, hat diese Summen größtenteils statt in Produktionsanlagen

Das amerikanische Beispiel einer gerechteren Verteilung des Wirtschaftsgewinnes steht übrigens nicht einzig da. Aus unserer eigenen deutschen Geschichte läßt sich ähnliches erkennen. Auch bei uns war in früheren Zeiträumen die Verteilung des Wirtschaftsgewinnes eine bessere als heute. Die Rechnungen, die über die Bauarbeiten am Xantener Dom seit 1350 vorliegen, zeigen, daß der Reallohn von 1882 nur die Hälfte von dem betrug, was 1350 gezahlt wurde. Damals erhielt also die Arbeitskraft auch bei uns nicht nur den Unterhaltslohn, sondern darüber hinaus einen Gewinnanteil. Das wird auf zwei Ursachen zurückzuführen sein:

Einmal kannte das frühe Mittelalter keine kapitalistische Konkurrenzwirtschaft, sondern eine geregelte Eigenwirtschaft, deren Leitung bestrebt war, gerechte Preise und gerechte Löhne festzustellen und innezuhalten.

Außerdem war es aber auch die Zeit der Besiedlung des deutschen Ostens. Der offene Osten gab der Arbeitskraft die Möglichkeit, abzuwandern und sich dadurch wirtschaftlichem Druck in der Heimat zu entziehen.

Auch in anderer Beziehung war das finstere Mittelalter besser wie sein Ruf. So war nach Sacher, „Gesellschaftskunde als Naturwissenschaft", Seite 227, in den Bergwerksvorschriften älterer Zeit als normale tägliche Arbeitszeit die Sechsstundenschicht festgesetzt. Sie wurde erst 1525 durch die Achtstundenschicht abgelöst, die bis 1834 galt. Die Bergknappen wurden langsam zu Bergsklaven. Um 1500 begann sich die alte Gewerbeordnung in kapitalistischem Sinne zu lockern, die Ostsiedlung war zum Stillstand gekommen. Daher war diese Zeit auch der Augenblick des größten Tiefstandes der Löhne. Sie waren 1550 auf ein Drittel ihres Standes von 1350 gesunken.

So ging mit der kapitalistischen Auflösung der alten Wirtschaftsordnung ein gewaltiger Lohnsturz und eine sprunghafte Verlängerung der Arbeitszeit Hand in Hand. Von diesem Rückschlag hat sich die Arbeitskraft in Deutschland bis heute nicht erholt. Noch heute ist der deutsche Reallohn nur halb so hoch wie 1350. Unter der Herrschaft des kapitalistischen Faustrechtes kann sie auch ihre Lage niemals verbessern. Ihr und dem Gemeinwohl kann nur eine neue organische, eine nationalsozialistische Wirtschaftsordnung Rettung bringen.

---

in Rüstungen und Devisen angelegt. So hat es eine schwere Störung des Gleichgewichts zwischen Anlage- und Betriebskapital und damit zwischen Produktivkraft und Kaufkraft vermieden und ist infolgedessen der Wirtschaftskrise bis jetzt fast entgangen.

# XIV. Ein Beispiel der Wertgewinnung.

## A. Die Bestimmung der Arbeitsunkosten = A.

### 1. Der Unterhaltsbedarf einer Familie.

Um den wahren Charakter der Wertgewinnung deutlich zu zeigen, ist es erforderlich, ein Beispiel wenigstens rechnerisch durchzuführen. Dazu sei die Kohle gewählt.

Es kommt vor allem auf die Bestimmung der beiden Größen Arbeitsunkosten = A und Gebrauchswert = G an.

Um A zu berechnen, ist zunächst der Unterhaltsbedarf einer Familie festzustellen. Diesen Betrag muß der Arbeiter durchschnittlich in der kapitalistischen Ordnung als Lohn erhalten.

Damit die Arbeitskraft in vollem Umfange erhalten bleibt, beziehungsweise wiedererzeugt wird, sind durchschnittlich Familien mit drei Kindern notwendig. Während der ganzen Zeit seiner Arbeitsfähigkeit muß also ein Mann durchschnittlich eine Frau und ein Kind mitunterhalten.

In der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften", dem Organ der „Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte" teilt Professor Rubner Versuchsergebnisse mit, nach denen sich folgender Nahrungsbedarf für eine Familie errechnet. Es braucht:

| | |
|---|---|
| ein schwerarbeitender Mann (Erntearbeiter oder Bergarbeiter) . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 4338 Kalorien |
| eine Frau bei Hausarbeit . . . . . . . . . . . . . . . . . | 2500 „ |
| ein Kind . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 1250 „ |
| Der Nahrungsbedarf dieser Durchschnittsfamilie ist also . . | 8088 Kalorien |

täglich.

Das Statistische Landesamt Hamburg hat im Jahre 1926 durch 300 Arbeiter, Angestellte, Beamte und Lehrer Wirtschaftsbücher führen lassen. Es hat sich ergeben, daß bei den Einkommen unter 2500 RM., zu denen die Arbeiter im allgemeinen zu rechnen sind, allein für Nahrung 46,46%, rund 46,5% des Gesamteinkommens verbraucht werden.

8088 Kalorien entsprechen also 46,5% des Tagelohnes. 1% desselben ist dann in Kalorien ausgedrückt $\frac{8088}{46,5}$ = 173,93 Kalorien.

Der ganze Tagelohn ist gleich 100%. Diese entsprechen 173,93 Kalorien × 100 = 17393 Kalorien.

### 2. Die Leistung eines Arbeiters.

Nur der Mann kommt im wesentlichen für die Außenarbeit in Frage, da die Frau normalerweise nur Arbeiten für die eigene Familie verrichtet oder doch verrichten sollte, die Kinder aber als Arbeitskräfte ausscheiden. Welche Leistung kann der Mann den Erzeugungskosten seiner Arbeitskraft gegenüberstellen?

Die Berufsarbeit, die ein Mann in einem Tage leisten kann, hat Rziha bei 30 verschiedenen Arbeitsarten beobachtet. Als Mittelwert daraus fand er die tägliche Arbeitsleistung annähernd zu 300 Kalorien, nämlich zu 127 415 Meterkilogramm. Pfaff kam bei zwölfstündiger Schichtdauer auf 126 000 Meterkilogramm.

Diese 300 Kalorien stellen den täglichen Gebrauchswert des Menschen dar, wenn er nur kraftliefernd tätig ist und auch nur als Kraftmaschine gewertet wird. Der spezifische Wert der menschlichen Arbeitskraft ist gleich

$$\frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten}} = \frac{300 \text{ Kalorien}}{17393} = \frac{1}{56}.$$

Das ist ein außerordentlich geringer spezifischer Wert, durch den sich die menschliche Arbeitskraft von allen andern wirtschaftlichen Gütern zu ihrem Nachteile unterscheidet.

### 3. Die Lohnkosten je Kilogramm Kohle.

Löffler, Vertreter der bergbaulichen Arbeiter im Reichskohlenrat, gibt in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft", Juni 1925, die Durchschnittsförderung eines Ruhrbergarbeiters im Jahre 1913 je Schicht auf 934 kg Kohle an. Für diese Durchschnittsförderung muß also der Durchschnittslohn von 17393 Kalorien gezahlt werden. Mithin entfällt auf die Förderung von 1 kg Kohle ein Lohnanteil von $\frac{17393}{934} = 18{,}62$ Kalorien.

### 4. Die Gestehungskosten der Zeche je Kilogramm Kohle.

Von den 2000 Kalorien Gebrauchswert, die durchschnittlich in 1 kg Kohle enthalten sind, werden demnach 18,62 Kalorien durch die reinen Lohnkosten der unmittelbaren Arbeit aufgezehrt, die bei der Förderung zu leisten ist. Nach Löfflers Aufsatz, der bereits angeführt wurde, betrug 1913 der Erlös für 1 Tonne Ruhrförderkohle 11 Mark, für 1 kg also 1,1 Pfennig.

Von diesem Erlös entfielen nach derselben Quelle auf:

| Posten | Anteil | Gruppe |
|---|---|---|
| 1. Löhne | 51% | I<br>unmittelbare Arbeitskosten der Förderung zusammen = 63% |
| 2. Gehälter | 4% | |
| 3. Sozialversicherung, Wohlfahrt | 5% | |
| 4. Steuer | 3% | |
| 5. Verwaltungskosten | 1% | II<br>mittelbare Arbeitskosten der Förderung = 26% |
| 6. Materialien | 15% | |
| 7. Abschreibungen | 10% | |
| 8. Gewinne | 11% | III<br>Gewinne |

Bisher haben wir nur die Löhne gleich 51% des Erlöses in Betracht gezogen. Sie machten 18,62 Kalorien je Kilogramm aus. Zu den unmittelbaren Arbeitskosten gehören jedoch auch noch Gehälter, Sozialbeiträge und Steuern, zusammen 63% des Verkaufspreises.

Sind 51% = 18,62 Kalorien, so ist $1\% = \frac{18{,}62}{51}$ Kalorien = 0,365 Kalorien.

63% sind dann $0{,}365 \times 63 = 22{,}995$ Kalorien = 23 Kalorien.

Durch die gesamte unmittelbare Arbeit, die zur Kohlenförderung in Beziehung steht, werden mithin 23 Kalorien aufgezehrt.

Die Grubenverwaltungskosten, Materialien und Abschreibungen enthalten verbrauchte Arbeitsmittel, sind also mittelbare Arbeitskosten. Sie betragen zusammen $26\% = 26 \times 0{,}365$ Kalorien = 9,49 = 9,5 Kalorien.

Der Gewinn der Zeche beträgt 11%. In Kalorien macht er $11 \times 0{,}365$ Kalorien = 4,015 = 4 Kalorien aus.

Es entfallen also:

| | |
|---|---|
| auf die unmittelbare Herstellungsarbeit (Arbeitskraft) . . . | 23,0 Kalorien |
| auf die mittelbare Herstellungsarbeit (Arbeitsmittel) . . . | 9,5 „ |
| auf den Kapitalgewinn des Herstellers (Zeche) . . . . . | 4,0 „ |
| Zusammen | 36,5 Kalorien |

100% des Erlöses für 1 kg Kohle oder 1,1 Pfennig sind also gleich 36,5 Kalorien.

### 5. Gestehungskosten und Gewinne des Handels.

Über die Preisverhältnisse im Kohlenhandel gibt die folgende Aufstellung Aufschluß, die auf Angaben beruht, die dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches entnommen sind, wie sie dieses für das Jahr 1913 enthält. Es handelt sich um die Preise von Ruhrnußkohle in Nürnberg.

| Ruhrkohle Nuß I | je Tonne RM. | je Kilogramm Pf. | % |
|---|---|---|---|
| Preis ab Zeche . . . . . . . . | 14,25 | 1,425 | |
| Preis beim Großhändler . . . . | 26,52 | 2,652 | |
| Verteuerung . . . . . . . . . | 12,27 | 1,227 | |
| Ab Fracht . . . . . . . . . . | 10,00 | 1,000 | |
| Großhandelsaufschlag . . . . . | 2,27 | 0,227 | 5,7 |
| Preis im Kleinhandel . . . . . | 39,78 | 3,978 | |
| Kleinhandelsaufschlag . . . . . | 13,26 | 1,326 | 33⅓ |

Der Handelsaufschlag betrug demnach insgesamt je 1 kg:

| | |
|---|---|
| Großhandel . . . . . . . | 0,227 Pf. |
| Kleinhandel . . . . . . . | 1,326 „ |
| Zusammen | 1,553 Pf. |

Bei einem Endpreise von 3,978 Pf. ist dieser Aufschlag = 39% des Endpreises. Auf einem zechennahen Markt fällt die Fracht fort. Dort besteht der Endpreis allein aus dem Zechenpreis und dem Handelsaufschlag. Da die Handelsaufschläge prozentual in einer Branche ziemlich gleich zu sein pflegen, so wird auf dem zechennahen Markt der Handelsaufschlag zu 39% des Endpreises angenommen werden können. Dann ist der Zechenpreis gleich 61% des Endpreises.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Zechenpreis je 1 kg = | 1,1 Pf. | = 61% | des Endpreises |
| Handelsaufschlag dann = | 0,702 „ | = 39% | „ „ |
| Zusammen je 1 kg | 1,802 Pf. | = 100% | des Endpreises. |

Der Zechenpreis von 1,1 Pf., der 61% des Endpreises ausmacht, entspricht einem Aufwande von 36,5 Kalorien für je 1 kg. Dann entspricht 1% des Endpreises $\frac{36,5}{61}$ Kalorien = 0,599 Kalorien. Der Handelsaufschlag von 39% nimmt dann $0,599 \times 39 = 23,3$ Kalorien in Anspruch, so daß sich der Endpreis, den der Verbraucher zu zahlen hat, auf 59,8 Kalorien beläuft.

Nach einem Überschlag dürfte ein Halb des Handelsaufschlages als Arbeitskosten zu buchen sein = 11,65 Kalorien, während ein Halb Kapitalgewinn darstellt = 11,65 Kalorien.

Mithin gelangen wir zu der folgenden Übersicht über die Zusammensetzung des gesamten Verbraucherpreises für 1 kg Kohle:

| | | |
|---|---|---|
| I. Herstellung | 1. Arbeitskraft . . . . . . . | 23,0 Kal. |
| | 2. Arbeitsmittel . . . . . . . | 9,5 „ |
| | 3. Gewinn auf Arbeitsmittel . | 4,0 „ |
| II. Handel . . | 1. Arbeitskraft und -mittel . . | 11,5 „ |
| | 2. Gewinn auf Arbeitsmittel . | 11,5 „ |
| | Zusammen | 59,8 Kal. |

## B. Die Bestimmung des Gebrauchswertes = G.

In „Die Kraftmaschinen", erschienen 1907 bei Teubner, gibt Professor Schreber, Seite 309, den Kraftinhalt der Anthrazitkohle auf 8000 Kalorien je Kilogramm an.

Nach Bömcke (Wirtschaft und Technik, Juli 1925) werden von der gesamten deutschen Kohlengewinnung verbraucht in

| | |
|---|---|
| Kokereien und Gaswerken . . . . . . . . . . | 30% |
| Hausbrand . . . . . . . . . . . . . . . . . | 10% |
| Verkehrswesen . . . . . . . . . . . . . . . | 15% |
| Landwirtschaft, Industrie und Ausfuhr . . . . | 45% |
| Zusammen | 100%. |

Die Ausnutzung des Energiegehaltes beträgt bei diesen Verwendungsarten der Reihe nach: 50, 20, 5, 15%. Die durchschnittliche Ausnutzung errechnet sich also zu 24,50% oder rund 25%.

Der Gebrauchswert von 1 kg Anthrazitkohle ist also rund 2000 Kalorien. Auf dem Wege von der Herstellung zum Verbrauch werden von diesem Gebrauchswert nur 59,8 Kalorien verteilt. Der Rest von 1940,2 Kalorien ist Gebrauchswertüberschuß, der zunächst unbezahlt in den Verbrauch eingeht und erst bei weiteren Kreisläufen von den wirtschaftlich Mächtigen nach und nach ausgeschöpft und angeeignet wird.

## C. Die Bestimmung des spezifischen Wertes.

Die nachstehende Tabelle zeigt, in welcher Weise die verschiedenen spezifischen Werte der Kohle gefunden werden können.

Bei der Aufstellung dieser Tabelle war zu berücksichtigen, daß der Arbeiter für seinen Lebensunterhalt mehr ausgeben muß, als es die reinen Arbeitskosten seiner Unterhaltsmittel erfordern würden. Im Preise dieser Unterhaltsmittel werden ja nicht nur die darin enthaltenen Arbeitskosten vergütet, sondern es ist bereits der Gewinnanteil derjenigen darin enthalten, die diese Unterhaltsmittel hergestellt und verkauft haben. Dieser, in den Kosten der unmittelbaren und mittelbaren Arbeitskraft steckende Gewinnanteil ist auf ein Drittel veranschlagt.

Der spezifische Gesamtwert der Kohle ergibt sich aus Spalte I der folgenden Zahlentafel. Dort findet sich der reine Arbeitsaufwand, der auf die Kohle verwandt wird. Er ist = 29,43 Kalorien.

I. Spezifischer Gesamtwert der Kohle

$$= \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitskosten (Spalte I)}} = \frac{2000}{29{,}43} = 67{,}99 = \mathbf{68}$$

II. Spezifischer Sonderwert der Kohle:

a) für die Zeche als Selbstverbraucher

$$= \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Selbstkosten der Zeche (Spalte II)}} = \frac{2000}{32{,}50} = \mathbf{61{,}5}$$

b) für die Zeche als Verkäufer

$$= \frac{\text{Verkaufspreis der Zeche (Spalte III)}}{\text{Selbstkosten der Zeche (Spalte II)}} = \frac{36{,}50}{32{,}50} = \mathbf{1{,}12}$$

c) für den Handel

$$= \frac{\text{Verkaufspreis des Handels (Spalte V)}}{\text{Selbstkosten des Handels (Spalte IV)}} = \frac{59{,}80}{48{,}15} = \mathbf{1{,}24}$$

d) für den Verbraucher

$$= \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Selbstkosten des Verbrauchers (Spalte VI)}} = \frac{2000}{59{,}80} = \mathbf{33{,}4}$$

e) für den Arbeiter $= \frac{\text{Lohn}}{\text{Erzeugungskosten}} = \frac{23}{23} = \mathbf{1}$

f) für den Geldleiher $= \frac{\text{Kapital + Dividende}}{\text{Kapital}} = \frac{100 + 12}{100} = \mathbf{1{,}12}.$

| | | | a | b | I | II | III | IV | V | VI |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | Reine Arbeitskosten | Selbstkosten der Zeche | Verkaufspreis der Zeche | Selbstkosten des Händlers | Verkaufspeis des Händlers | Selbstkosten des Verbrauchers |
| I. Herstellung | Arbeitskraft | Reine Arbeitskraft, unmittelbar . . | 23,00 | 15,33 | 15,33 | 15,33 | 15,33 | 15,33 | 15,33 | 15,33 |
| | | darin Gewinn $^1/_3$ . | | 7,67 | — | 7,67 | 7,67 | 7,67 | 7,67 | 7,67 |
| | | darauf Gewinn . . | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Arbeitsmittel | Reine Arbeitskraft, mittelbar . . . | 9,50 | 6,33 | 6,33 | 6,33 | 6,33 | 6,33 | 6,33 | 6,33 |
| | | darin Gewinn $^1/_3$ . | | 3,17 | — | 3,17 | 3,17 | 3,17 | 3,17 | 3,17 |
| | | darauf Gewinn . . | 4,00 | 4,00 | — | — | 4,00 | 4,00 | 4,00 | 4,00 |
| II. Handel | Arbeitskraft und -mittel | reine Arbeitskraft, unmittelbar und mittelbar . . . | 11,65 | 7,77 | 7,77 | — | — | 7,77 | 7,77 | 7,77 |
| | | darin Gewinn $^1/_3$ . | | 3,88 | — | — | — | 3,88 | 3,88 | 3,88 |
| | | darauf Gewinn . . | 11,65 | 11,65 | — | — | — | — | 11,65 | 11,65 |
| | | Zusammen | 59,80 | 59,80 | 29,43 | 32,50 | 36,50 | 48,15 | 59,80 | 59,80 |

## D. Wertverteilung der Kohle nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$ oder $A\sqrt{S}$.

Durch die bisherige Rechnung sind die Arbeitskosten = A ermittelt, die die einzelnen, an der Kohlengewinnung beteiligten Glieder der Wertgewinnungsgemeinschaft aufzuwenden haben, um 1 kg Kohle zu gewinnen. Es ist ferner festgestellt, wie groß der Gebrauchswert eines Kilogramms Kohle = G ist. Es handelt sich nun darum, den Wert des Produktes $A \times G$ für jeden Einzelnen der Beteiligten zu bestimmen und dann die Wurzel daraus zu berechnen. $A \cdot G$ für jeden Teilhaber zu berechnen, sind wir nicht imstande, weil wir zwar für jeden die Größe von A kennen, die Größe von G aber nur für alle zusammen. Wir wissen nur, daß alle an der Kohlengewinnung Beteiligten 2000 Kalorien Gebrauchswert gewonnen haben, wenn sie 1 kg Kohle dem Verbrauch zuführen. Welchen Anteil an der Gewinnung dieser 2000 Kalorien Gebrauchswert kann nun der Bergmann, der Unternehmer, der Händler sich und seiner Tätigkeit zuschreiben?

Solange der unmittelbare und mittelbare Arbeitsaufwand die einzige bestimmbare Größe ist, solange ist er auch der einzig mögliche Maßstab für die Verteilung des gemeinsam gewonnenen Gebrauchswertes auf die Einzelnen.

Die nachstehende Übersicht enthält das Ergebnis der Verteilung des Gebrauchswertes von 1 kg Kohle nach Maßgabe der aufgewendeten Arbeitskosten:

| | | Arbeitskosten je Kilogramm Kohle | Anteil am gewonnenen Gebrauchswert von 2000 Kal. |
|---|---|---|---|
| I. Herstellung | Unmittelbare Arbeitskraft | 23,0 Kal. | 1041,90 Kal. |
| | Arbeitsmittel. . . . . . | 9,5 „ | 430,35 „ |
| II. Handel . . | Arbeitskraft und -mittel . | 11,65 „ | 527,75 „ |
| | Zusammen | 44,15 Kal. | |

Herstellung und Handel wenden zur Gewinnung von 2000 Kalorien Gebrauchswert Kohle 44,15 Kalorien Arbeitsunkosten auf. Auf 44,15 Kalorien entfallen demnach 2000 Kalorien Gebrauchswert. Auf $^1/_{100}$ Kalorie A entfällt dann

$$\frac{2000 \text{ Kalorien}}{4415} = 0{,}453 \text{ Kalorie G.}$$

Anteil am Gebrauchswert haben daher:

die unmittelbare Arbeitskraft in der Herstellung . . . . . . . . . . . 0,453 Kal. × 2300 = 1041,90 Kal.
die Arbeitsmittel in der Herstellung . . 0,453 „ × 950 = 430,35 „
die Arbeitskraft und -mittel im Handel 0,453 „ × 1165 = 527,75 „

Nachdem so für alle Mitwirkenden die Größe von A und zugehörigem G gefunden ist, wird es möglich, in der folgenden Tafel gerechte Lohnanteile zu bestimmen.

| | I | II | III | | IV | | V | VI | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Arbeitsanteil | Anteil an Gebrauchswertgewinnung | Bisherige Wertverteilung | | Neue Wertverteilung nach $\sqrt{A \cdot G}$ oder $A \sqrt{S}$ | | Das Vielfache der alten Preise und Löhne | Das Vielfache der Löhne, reduziert auf den alten Preis | |
| | | | a | b | a | b | | a | b |
| I. Herstellung: Arbeitskraft unmittelbar . . . | 23,00 | 1041,90 | 23,00 | 23,0 | $\sqrt{23 \cdot 1041,90}$ | 154,80 | 6,73 × | 1,35 × | 31,15 |
| I. Herstellung: Arbeitsmittel . . . | 9,50 | 430,35 | 9,50 | } 13,5 | $\sqrt{9,5 \cdot 430,35}$ | 63,94 | 4,74 × | 0,95 × | 12,87 |
| I. Herstellung: Gewinn auf Arbeitsmittel . . . . . | | | 4,00 | | | | | | |
| II. Handel: Arbeitskraft und -mittel . . . . . | 11,65 | 527,75 | 11,65 | } 23,3 | $\sqrt{11,65 \cdot 527,75}$ | 78,42 | 3,37 × | 0,68 × | 15,78 |
| II. Handel: Gewinn auf Arbeitsmittel . . . . . | | | 11,65 | | | | | | |
| Zusammen | | 2000,00 | 59,8 | | | 297,16 | 4,97 × | 1,00 × | 59,80 |
| Rest | | 1940,20 | | | | | | | |
| Spezifischer Wert für Verbrauch . . | alt: 33,4 | | | | neu: 6,72 | | | | |

In Spalte I und II wiederholt diese Übersicht die vorangehende. Spalte III enthält die jetzige, kapitalistische, machtgemäße Wertverteilung, die wir ebenfalls bereits kennen. Das Neue beginnt in Spalte IV. Sie bietet die Berechnung gerechter Lohnanteile nach der Formel $\sqrt{A \cdot G}$. In Spalte V ist angegeben, das Wievielfache die neuen Anteile von den alten ausmachen. Eine Berechnung nach der Formel $A\sqrt{S}$ ergibt dasselbe.

Tritt diese neue Verteilung in Kraft, so steigt dadurch der Preis auf das 4,97fache, wenn die Preise sich im Gleichschritt mit den Löhnen bewegen. Will man den alten Preis = 1 beibehalten, so kann man die neuen Anteile auf diesen reduzieren, ohne ihr Verhältnis, das für die soziale Gerechtigkeit allein wesentlich ist, zu verändern. Man erhält diese auf den heutigen Preis reduzierten gerechten Löhne, indem man den Ausdruck $\sqrt{A \cdot G}$ durch 4,97 teilt. Diese neue Formel $\frac{\sqrt{A \cdot G}}{4{,}97}$ ergibt in Kalorien die Lohnanteile, wie sie in Spalte VIb enthalten sind. Spalte VIa zeigt an, welches Vielfache diese reduzierten gerechten Lohnanteile von den kapitalistischen, machtgemäßen Anteilen ausmachen.

Die hier durchgeführte Berechnung ist allerdings nur eine ganz rohe. So sind die verschiedenen Arbeitsgruppen als gleich wertquellend angenommen. Später wird der spezifische Wert oder die spezifische Fruchtbarkeit aller Arbeitsgruppen gesondert festgestellt werden können.

Auf diese Weise erhält man mittlere Werte für die einzelnen Arbeitsarten.

Jetzt ist der Weg frei, von den gefundenen mittleren Werten aus die individuellen Mehr- oder Minderleistungen festzustellen und im Lohnanteil zum Ausdruck zu bringen. Die vorstehende Berechnung ist auch insofern keine endgültige, weil sie einseitig nur für die Kohlenwirtschaft ohne Berücksichtigung der durchschnittlichen Fruchtbarkeit der Gesamtwirtschaft aufgestellt ist. Erforderlich ist, aus den durchschnittlichen Fruchtbarkeitsverhältnissen der einzelnen Erwerbszweige diejenige der gesamten Volkswirtschaft festzustellen und bei allen weiteren Berechnungen von dieser Grundlage auszugehen.

Man erschrecke nicht vor der gewaltigen Berechnungsarbeit. Ähnliche Aufgaben werden heute schon von den wissenschaftlichen und statistischen Bureaus amerikanischer Werke geleistet, um wirkliche Leistungslöhne zahlen zu können.

Durch sie wird das Statistische Reichsamt vor neue wirtschaftsfördernde Aufgaben gestellt.

## E. Wirkung der Gewinnbeteiligung auf die Besitzbeteiligung.

Der hier errechnete reduzierte gerechte Lohn bedeutet in der Kohlenwirtschaft eine Steigerung des Arbeitslohnes um 35%, und zwar des Reallohnes. Die mächtige Wirkung, die von dieser Tatsache ausgehen kann, werde am Beispiel des Farbentrustes dargestellt.

Die J. G. Farbwerke haben ein Aktienkapital von 1100000000 RM. und eine Belegschaft von 143000 Mann. Auf einen Mitarbeiter entfällt ein Kapital von 7692 RM. Der Durchschnittsverdienst der Belegschaft möge jährlich 1800 RM. betragen. Nehmen wir nun außer diesem Unterhaltslohn nur $33^1/_3\%$ Gewinnbeteiligung an, so ergibt das ein jährliches Mehr von 600 RM. für den Mann. Werden diese 600 RM. von Jahr zu Jahr zur Besitzbeteiligung der Mitarbeiter verwandt und auch nur mit 5% Gewinnbeteiligung versehen, so ist der Anteil jedes Einzelnen in 10 Jahren bereits auf 7547 RM. angewachsen. Das Werk ist in den Besitz der Mitarbeiter übergegangen. Die Richtigkeit der Rechnung ergibt sich aus der Anwendung der Rentenformel auf unsern Fall. Sie heißt $K = \frac{a\,(q^n - 1)}{q - 1}$, wenn K das Endkapital, a die jährliche Gewinnbeteiligung, q die Zahl 1,05 und n die Zahl der Jahre bedeutet. In unserm Falle ist also zu rechnen:

$$K = \frac{600\,(1{,}05^{10} - 1)}{0{,}05}.$$

## F. Löhne und Preise in Amerika.

Amerika liefert den Beweis, daß hohe Löhne mit niedrigen Preisen vereinbar sind.

Sacher gibt in seiner „Mechanik" die folgende Übersicht über die Preise in Deutschland und Amerika im Jahre 1881 wieder:

| | Durchschnittspreise in Pfennigen je Kilogramm in | |
|---|---|---|
| | Deutschland | Amerika (Ver. St.) |
| Weizenmehl | 44 | 24 |
| Rindfleisch zum Braten | 176 | 96 |
| Rindfleisch zur Suppe | 112 | 56 |
| Kalbfleisch | 112 | 96 |
| Schweinefleisch | 136 | 64 |
| Butter | 176 | 160 |
| Käse | 192 | 96 |
| Kaffee | 280 | 200 |
| Zucker | 88 | 64 |
| Stärke | 72 | 64 |
| Kohlen | 3,4 | 3,2 |
| Durchschnitt | 126,5 | 83,9 |
| Preise | 1 | 0,66 |
| Kaufkraft | 1 | 1,5 |

Die Preise der wichtigsten Lebensmittel betrugen in Amerika nur 66% von den entsprechenden Preisen in Deutschland. Die Kaufkraft des Geldes war in Amerika mithin 1,5mal so groß wie in Deutschland.

Über die Löhne macht Sacher für 1881 folgende Angaben:

| | Wochenlohn 1880 in Mark in | |
|---|---|---|
| | Deutschland | Amerika (Ver. St.) |
| Ackerbauarbeiter mit Kost und Wohnung. | 5,92 | 15,2 |
| Ackerbauarbeiter ohne Kost und Wohnung. | 11,48 | 30 |
| Maurer | 17,2 | 60 |
| Tischler und Zimmerleute | 16 | 42 |
| Bäcker | 14 | 32 |
| Schmiede | 14,2 | 48 |
| Schuster | 12,5 | 56 |
| Schneider | 14,3 | 60 |
| Eisenbahningenieure auf den Zügen | 33,4 | 100 |
| Handarbeiter | 12 | 30 |
| Durchschnitt | 15,1 | 47,32 |
| Lohnhöhe | 1 | 3,13 |

Die amerikanischen Löhne standen durchschnittlich 3,13mal so hoch wie die deutschen. Da die Kaufkraft des Geldes in Amerika überdies 1,5mal so groß war wie in Deutschland, so betrug der amerikanische durchschnittliche Reallohn 1,5 × 3,13 = 4,695mal soviel wie der deutsche. In Amerika erhielten die Arbeiter um 1880 einen rund 4,7mal so hohen Lohn wie die Arbeiter in Deutschland.

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches bestanden 1913 und 1924 folgende Lohnverhältnisse:

Es verdienten in 23 Industrien gelernte und ungelernte Arbeiter durchschnittlich in Mark in einer Woche in:

| Deutschland | | Amerika | | Amerika mehr als in Deutschland | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1913 | 1924 | 1913 | 1924 | 1913 | 1924 |
| 28,87 | 33,15 | 52,21 | 109,87 | 1,81 × | 3,31 × |

Die Geldlöhne waren also 1913 in Amerika nur noch 1,81mal, 1924 aber wieder 3,31mal so hoch wie in Deutschland.

Die Verhältnisse der Preise ergeben sich nach dem Statistischen Jahrbuch aus folgender Übersicht:

Es kosteten in Pfennigen je Kilogramm in:

| | Deutschland | | Amerika | |
|---|---|---|---|---|
| | 1913 | 1924 | 1913 | 1924 |
| Rindfleisch | 170 | 210 | 183 | 264 |
| Schweinefleisch | 158 | 260 | 194 | 346 |
| Butter | 275 | 470 | 310 | 442 |
| Zucker | 47 | 79 | 51 | 81 |
| Kohlen | 3 | 4 | 3,5 | 7,1 |
| Brot | 29 | 35 | 52 | 81 |
| Durchschnitt | 114 | 176 | 132 | 236 |
| Preishöhe | 1 | 1 | 1,16 | 1,35 |
| Kaufkraft | 1 | 1 | 0,86 | 0,75 |

Der amerikanische durchschnittliche Reallohn belief sich 1913 auf 1,81 × 0,86; das ist das 1,56fache des deutschen.

1924 wurde in Amerika ein Reallohn gezahlt, der 3,31 × 0,75, also gleich dem 2,48fachen des deutschen war.

Aus dem Statistischen Jahrbuch ergibt sich für das Jahr 1926 die Kaufkraft des Geldes in Amerika als das 0,8fache, der Geldlohn als das 3,23fache. Mithin war 1926 der Reallohn in Amerika 2,58mal so hoch wie in Deutschland.

Geldlohn, Kaufkraft, Reallohn in Deutschland und Amerika:

| | Deutschland | | | | Amerika | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1880 | 1913 | 1924 | 1926 | 1880 | 1913 | 1924 | 1926 |
| Geldlohn | 1 | 1 | 1 | 1 | 3,15 | 1,81 | 3,31 | 3,23 |
| Kaufkraft | 1 | 1 | 1 | 1 | 1,5 | 0,86 | 0,75 | 0,80 |
| Reallohn | 1 | 1 | 1 | 1 | 4,7 | 1,56 | 2,48 | 2,58 |

Der amerikanische Reallohn war im Vergleich zu unserem 1880 am höchsten, er hatte 1913 einen bedenklichen Tiefstand erreicht und ist seitdem wieder stetig gestiegen, ohne jedoch auch nur annähernd die Höhe von 1881 wieder zu erreichen.

## G. Reallöhne in Deutschland in verschiedenen Zeiten.

Auch in Deutschland ist die Kaufkraft der Löhne nicht immer gleich gewesen. In Conrads „Grundriß der politischen Ökonomie", I/393 findet sich folgende Zusammenstellung der am Xantener Dom im Laufe der Jahrhunderte gezahlten Löhne in Denaren und in Kilogramm Weizen. Die Weizenmenge kennzeichnet die Kaufkraft der Löhne.

Löhne am Xantener Dom:

| | Denare | Weizen kg | | Denare | Weizen kg |
|---|---|---|---|---|---|
| 1350—99 . . . | 33 | 150 | 1600—49 . . . | 166 | 66 |
| 1450—99 . . . | 36 | 100 | 1650—99 . . . | 200 | 78 |
| 1550—99 . . . | 72 | 48 | 1882 . . . . . | 820 | 78 |

Der Höchststand der deutschen Löhne war also um 1350, zur Zeit der geregelten Zunftwirtschaft und der Ostsiedlung, der größte Tiefstand zur Zeit der Reformation. Die Löhne waren auf ein Drittel gesunken. Seitdem sind sie zwar gestiegen, haben aber 1882 erst wieder die Hälfte ihres Standes von 1350 erreicht. Auf diesem Stande befinden sie sich noch heute, da inzwischen zwar der Geldlohn, nicht aber der Reallohn gestiegen ist. Der hochproduktive Industriearbeiter von 1928 verdient nur die Hälfte des Handwerkerlohnes von 1350.

## H. Verschiedene Kaufkraft des Goldes.

Die Macht des Goldes, Werte zu kaufen, hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. Sie war 1880 noch doppelt so groß, 1926 nur noch 0,7mal so groß wie 1913. Sie ist also ständig, und zwar sehr rasch gesunken.

Daß die Kaufkraft des Goldes im gleichen Augenblick in verschiedenen Ländern verschieden sein kann, hatten wir bereits früher an Deutschland und Amerika nachgewiesen. Rechnen wir die dort erhaltenen Verhältniszahlen auf Kalorien um und vereinigen die Ergebnisse mit den hier zuletzt gewonnenen, so kommen wir zu folgender Tafel über die Kaufkraft des Goldpfennigs zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern in Kalorien:

| | 1884 | 1913 | 1926 |
|---|---|---|---|
| Deutschland . . . . . . | 62,7 | 32,2 | 23,7 |
| Amerika . . . . . . . . | 94,0 | 27,7 | 18,4 |

An dieser Verschiedenheit der Kaufkraft des Goldes zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten kann man so recht ermessen, welche Torheit es war, den Preis oder Tauschwert des Goldes festsetzen zu wollen: der Preis eines Kilogramm Goldes ist 2790 RM. Der kapitalistische Tauschverkehr hat sich an diese Ruhmestat seiner berühmtesten Auguren nie gestört. Er hat auch das Gold seinen Gesetzen unterworfen wie jede andere Ware, indem er auch seinen Preis bestimmen ließ durch die stets veränderlichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse.

Er bewies dadurch, daß es unmöglich ist, einen Preis für sich allein regeln zu wollen, und sei es auch international, ohne die gesamten Wirtschaftsverhältnisse umfassend zu regeln.

Zugleich aber bewies er hier noch einmal besonders drastisch die völlige theoretische und praktische Unzulänglichkeit der ganzen liberal-kapitalistischen Richtung. Diese mußte versagen, weil sie nur über ein gänzlich unbrauchbares Werkzeug, die Tauschwertlehre, verfügte. Diese Theorie ist eben nicht imstande, irgendwelche richtigen Erkenntnisse zu vermitteln und brauchbare Fingerzeige für die Praxis zu geben, sie kann nur verwirren. Was unter ihrer Herrschaft Ersprießliches geschehen ist, ist ohne oder gegen ihren Einfluß geschehen, allein aus dem richtig empfundenen Bedürfnis heraus.

Demgegenüber erweist sich die Gebrauchswertlehre als eine ganz vorzügliche Sonde. Unerbittlich durchleuchtet sie alle wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen. Sie ist es, die uns die wahren Gesetze der Wertgewinnung offenbart, die uns einen Blick tun läßt in die organische Verbundenheit von Privat- und Gemeininteresse. Indem sie uns theoretisch die Gesetze der Wirtschaft kennen lehrt, schafft sie erst die Bedingung für eine bewußte und planmäßige Wirtschaftsgestaltung.

Solange man in der Wirtschaftstheorie noch allein mit Kosten und Tauschwert umherstümperte, den Gebrauchswert aber außer acht ließ, erschien der vollständige Verzicht auf jede Regelung beinahe noch als der annehmbarste Ausweg.

Zwar hatte auch das Mittelalter bereits geregelt, aber nur allein dem Gefühl folgend und der bloßen Schätzung. Seine Wirtschaftsregelung unterschied sich von der kommenden nationalsozialistischen wie der Glaube vom Wissen verschieden ist.

Dort war zwar ein Ahnen des Zieles und ein Suchen und Tasten in der Richtung auf dasselbe, aber es fehlte der klar erkannte und dadurch vorgebahnte Weg.

Die Gebrauchswertlehre gemahnt uns nicht nur an das vergessene Ziel: Harmonisierung von Gemeinnutz und Eigennutz in der nationalen Wertgewinnungsgemeinschaft — nein, sie leistet mehr! Sie zeichnet dem tätig handelnden Führer zugleich klar und eindeutig den Weg zu diesem Ziele vor.

An uns ist es, ihrem Winke zu folgen! Das große Werk in Angriff zu nehmen und zu vollbringen!

## Der völkische Gedanke in Vergangenheit und Zukunft

**Aus der Geschichte der völkischen Bewegung**

**Von Max Robert Gerstenhauer, Geheimer Regierungs- und Ministerialrat a. D. – Preis RM. 2.40**

Wer seit langem in der völkischen Bewegung mit ganzem Herzen tätig ist und vielleicht seit Jahren oder, wie der Verfasser dieser Schriften, seit Jahrzehnten führend in der Bewegung war, wird aus unseren Tagen heraus das Bedürfnis spüren, Rechenschaft darüber abzulegen und Klarheit zu gewinnen darüber, was er für die Bewegung getan, was die Bewegung für den Nationalsozialismus bedeutet hat und was der völkische Gedanke in der nahen Zukunft bedeuten wird. Diese durch starke persönliche Unmittelbarkeit und Frische ausgezeichnete Schrift will einen Überblick über die Bewegung geben, das Grundsätzliche herausstellen und zeigen, wie ein jahrzehntelanges heißes Ringen um die Ideale notwendig war, um das zu schaffen, was jetzt dem Leben aller Deutschen Richtschnur, Ideal ist oder wenigstens sein sollte.

---

## Potsdam. Von Theodor Scheffer – Preis RM. 1.20

Nicht das Potsdam der Feiern und Feste, sondern Potsdam selbst, die Stadt, ihre Kultur, ihre Tradition, ihre Schönheit in Geschichte und Landschaft kommt hier zu Wort. Dieses kleine schöne Buch über diese preußische Stadt, als Geschenk für alle gedacht, die sich dem Geiste dieser Stadt nahe fühlen, die einmal geführt sein wollen in ihre Schlösser und Gärten, zu ihren Menschen, ihren Gestaltern, vor allem zu dem Genius, Friedrich dem Großen. Es empfiehlt sich selbst durch seine schöne und angemessene Ausstattung.

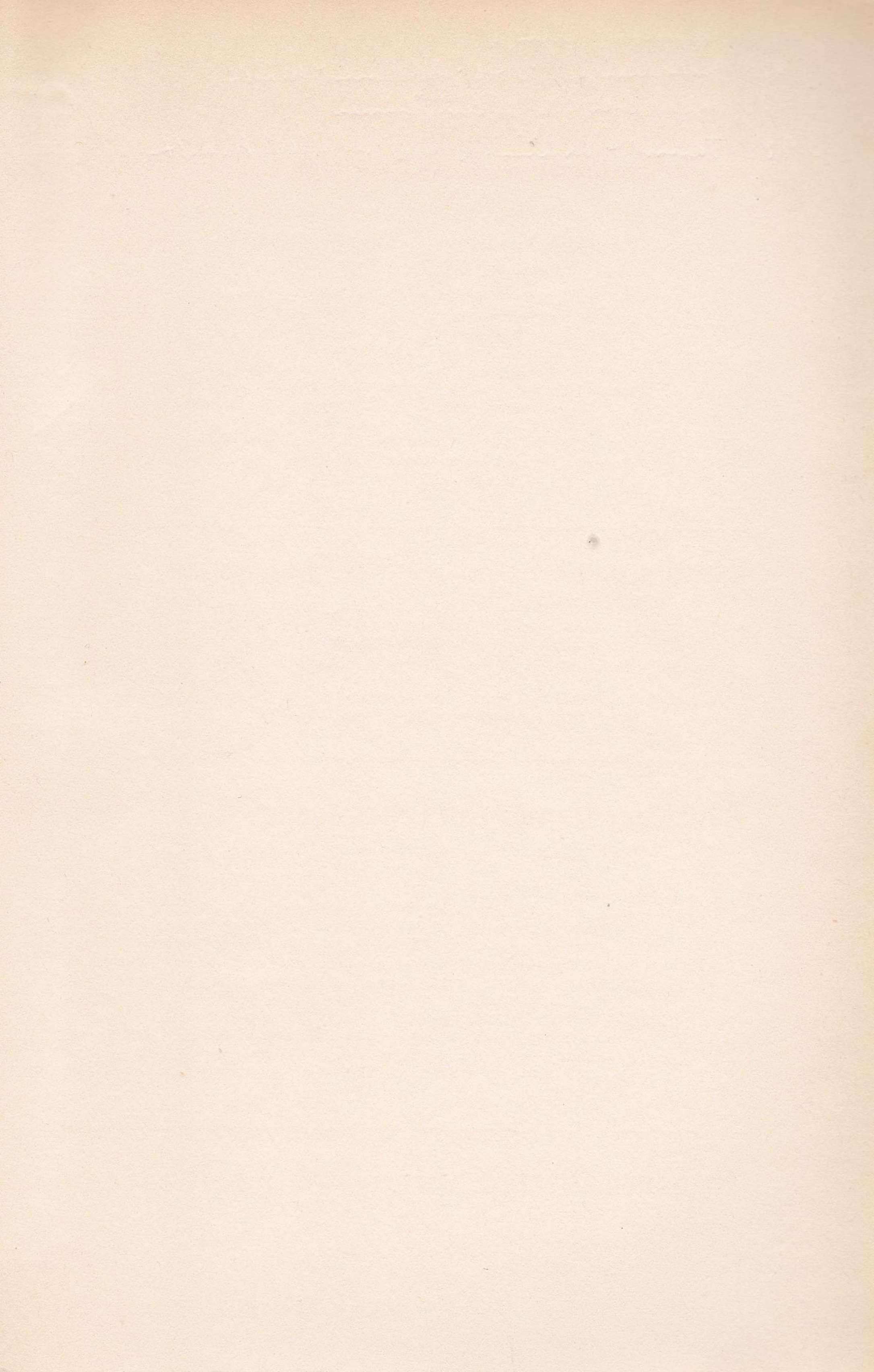
---

## Deutscher Kampf um Lebensraum

**Von Dr. Friedrich Hiller, Regierungsrat in Dessau – 53 S. – Kunstdruckpapier mit zahlreichen Abbildungen – Preis RM. –.80**

In kurzen Zügen zeichnet der Verfasser die Geschichte vom Aufstieg und Verfall der deutschen Ostkolonisation und zieht daraus unerbittlich die harte, aber allein mögliche Lehre für unseren Wiederaufstieg. Die großen Siedlungsprobleme, deren Lösung notwendig verbunden sein muß mit der Sorge der Regierung für den Bauernstand und seiner Einsetzung als Urstand der gesamten Volkswirtschaft, erfordern weitschauende und auf Jahrzehnte, ja vielleicht Jahrhunderte berechnete Maßnahmen. Diese können nur von solchen Männern richtig getroffen werden, deren Blick und Geist an der geschichtlichen Entwicklung der Siedlung und Kolonisation geschult ist, die somit die Verantwortung für eine so umwälzende Tat auf sich nehmen und ihren erst nach langen Jahren wahrnehmbaren Erfolg abschätzen können.

---



S. 28. Preis und Smith.
S. 42 Grenzpaaren, S. 43: Wert und Macht.
S. 47. Sozialpolitik, Lohn, Thünen.
S. 92. Tausch bestimmt d. wirtschaftl. Macht.

